Heimat für alle – Engagement für Integration

Foto/ Wolfgang Teipel

Westfälischer Heimatbund
in Kooperation mit der Diakonie RWL

Foto/ Lea Freudenberg

▲ Gelebte Vielfalt: Türkische Bäckerei in der Dortmunder Nordstadt

▸ S. 28

Grußworte und Vorwort

02 Grußwort
Matthias Löb, Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes e. V.

03 Grußwort
Ioanna Zacharaki, Referentin für Integration und Interkulturalität, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.

04 Vorwort
Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

08 **Einführung**
Heimat für alle – Heimatvereine als Brückenbauer für Integration. Die jahrzehntelange Auseinandersetzung des Westfälischen Heimatbundes e. V. mit einem aktuellen Thema
Silke Eilers und Dörthe Gruttmann

16 **Positionierung des Westfälischen Heimatbundes zum Heimatbegriff**

18 **Wer da ist, gehört zur Heimat**

Fachinput

22 **Hintergründe, Bedingungen und Wahrnehmung von Migration**
Jochen Oltmer

28 **Kommunale Integrationspolitik**
Frank Gesemann und Jannis Gesemann

36 **Integrationsfachdienste und -angebote der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen**
Christiane Grabe

Interviews

46 **Serap Güler**
Staatssekretärin für Integration

50 **Ioanna Zacharaki**
Referentin beim Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.

56 **Dr. Annette Schneider-Reinhardt**
Geschäftsführerin des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V.

62 **Ameen Nasir**
Freier Journalist und Auszubildender bei der Stadt München

66 **Anna-Lena Herkenhoff und Heiko Klare**
Pädagogisch-wissenschaftliche Mitarbeitende bei der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster – gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim)

© Westfälischer Heimatbund e. V., Kaiser-Wilhelm-Ring 3, 48145 Münster
Vorstand im Sinne des § 26 BGB: Matthias Löb (Vorsitzender), Birgit Haberhauer-Kuschel (stellvertr. Vorsitzende)
Vereinsregister des Amtsgerichts Münster, Nr. 1540 · USt-ID: DE 126116974
Telefon: 0251 203810 - 0 · Fax: 0251 203810 - 29
E-Mail: whb@whb.nrw · Internet: www.whb.nrw
verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Silke Eilers
Redaktion: Dr. Silke Eilers, Dörthe Gruttmann, Alexander Lang
Gestaltung: Martin Brombacher, Berlin. martinbrombacher.de
Druck: DruckVerlag Kettler GmbH, Robert-Bosch-Str. 14, 59199 Bönen
Titelbild: Von Jugendlichen mit Tapes gestaltete Glasfront der Städtischen Museen Lüdenscheid. Foto/ Wolfgang Teipel, guten-tach.de

Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die Verfasser persönlich verantwortlich. Die Rechte an den Abbildungen liegen jeweils bei den genannten Urhebern.

2. überarb. Auflage Münster 2021

WHB Heimat.Westfalen.

Gefördert von:
LWL Für die Menschen. Für Westfalen-Lippe.

Unterstützer:
Diakonie Rheinland Westfalen Lippe

Foto/ Brüggemann

▲ Neuangekommene Menschen machen in Asbeck bei einer Museumstour mit. ▸ S. 78

Foto/ Peter Bialobrzeski

▲ Die Ruhr bei Hattingen (2004) aus der Serie „Heimat" von Peter Bialobrzeski ▸ S.88

Praxisbeispiele aus der Heimatarbeit

72 **Integration durch Heimatpflege. Beispiele aus dem Landkreis Hildesheim, Niedersachsen**
Paloma Klages

74 **Aufbau eines Begegnungszentrums mit Personengalerie. Ein Projekt des Heimatvereins Alte Vogtei Burbach e. V. und der Gemeinde Burbach**
Volker Gürke

76 **Zusammenleben in Vielfalt – Interkultureller Austausch in Sennestadt**
Hannelore Junge und Marc Wübbenhorst

78 **Aktivitäten des Heimatvereins Asbeck zur Förderung der Integration neu angekommener Menschen e. V.**
Rebecca Brüggemann

80 **Kulturübergreifendes Engagement des Heimat- und Verschönerungsvereins Siegen-Aschenbach**
Michél Dylong und Dörthe Gruttmann

82 **Ankommen in Westfalen unterstützen. Heimatverein Verl bietet interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten**
Regina Bogdanow

84 **Das Kennenlernen von Heimaten. Beiträge zur Integration in Lüdenscheid**
Arnhild Scholten

Praxisbeispiele anderer Institutionen

88 **Experiment: Künstlerische Reflexion des Begriffs Heimat. Ein Projekt des Westfälischen Literaturbüros in Unna e. V.**
Heiner Remmert und Corinna Glück

90 **Heimat-Werkstatt Dorsten**
Sabine Fischer

92 **Naturerlebnistage mit Kindern aus geflüchteten Familien. Ein Projekt des BUND-Ortsverbandes Radolfzell**
Angela Klein

94 **Voneinander lernen – Integrationsarbeit beim Nabu Hamburg**
Guido Teenck und Dörthe Gruttmann

Serviceteil – Netzwerke, Förderwege und Praxistipps

98 Leitlinien zum Umgang miteinander

99 Herausforderungen

100 Handlungsempfehlungen für gelingendes bürgerschaftliches Engagement

102 Checkliste

104 Übersicht zu Fördermöglichkeiten für Projekte

108 Vernetzung

115 Angebote zur Qualifizierung

Grußwort

Von Matthias Löb

Westfalen war schon immer eine von Austausch und Wanderungsbewegungen geprägte Landschaft und ist es heute noch. Neuankommende tragen zur kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt dieser Region bei. Wie auch Kultur im Allgemeinen ist Heimat etwas Dynamisches, das sich durch Interaktion und grenzüberschreitenden Transfer verändert. Menschen können auch mehrere Heimaten und sich wandelnde Zugehörigkeiten besitzen.

„Wer da ist, gehört zur Heimat" – unter diesem Statement haben wir gemeinsam mit den anderen Landesverbänden und unserem bundesweiten Dachverband Bund Heimat und Umwelt in Deutschland im November 2020 eine aktuelle Resolution beschlossen. Als Heimatbewegung treten wir in diesem Sinne entschieden der Konstruktion eines homogenen, in sich geschlossenen und exklusiven Heimatbildes entgegen. Vielmehr setzen wir uns für einen inklusiven, Gemeinschaft stiftenden Heimatbegriff ein. Integration ist dabei eine Leistung vieler. Zivilgesellschaftliches Engagement ist hier ein integrales Element. Dies möchten wir ebenso mit der vorliegenden Handreichung veranschaulichen.

Heimat- und Bürgervereine sind im Grunde eine ideale lokale Integrationsplattform. Sie vermitteln Heimat als Einladung an jene, die zu uns kommen, und leisten somit einen wichtigen Beitrag zur „Beheimatung" von Menschen. Ihre Angebote können Zugezogenen – seien sie aus anderen Staaten oder aus anderen Regionen Deutschlands – auf unterschiedlichen Ebenen Zugänge zu ihrem neuen Umfeld ermöglichen. Daraus kann auch das Interesse erwachsen, selbst die neue Heimat mitzuentwickeln. Im wechselseitigen Austausch und gemeinsamen Tun kann gegenseitiges Verständnis gefördert werden. Im besten Fall werden so auch neue Heimatakteurinnen und Heimatakteure gewonnen. Wir sehen eine große Chance und wichtige Zukunftsaufgabe darin, dass die Heimatbewegung interkulturelle Begegnungen aktiv gestaltet und fördert. Auf dieser Grundlage können das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Region sowie das respektvolle Miteinander gestärkt werden.

Migration und Integration sind für den Westfälischen Heimatbund ein wiederkehrendes Thema. In den vergangenen Jahrzehnten setzte sich der Verband nicht nur auf Westfalentagen als großen Foren des Austausches und der Verhandlung gesellschaftsrelevanter Themen immer wieder mit Formen und Folgen von Heimatverlust und dem Finden neuer Heimaten auseinander.

Mit dem mehrjährigen Pilotvorhaben „Heimat für alle – Heimatvereine als Brückenbauer für Integration" und auch der Neueinrichtung einer Referentenstelle im WHB für neue Zielgruppen möchten wir die Thematik nun nachhaltig verstetigen. Dafür arbeiten wir mit einem Netzwerk an versierten Partnern wie der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe an langfristigen Lösungen für die Unterstützung der Integrationsarbeit vor Ort.

Bedanken möchte ich mich als Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes auch bei den vielen Ehren- und Hauptamtlichen, die durch ihre Arbeit diese Handreichung erst ermöglicht haben und ein gutes Vorbild für die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Integration sind.

Matthias Löb
Vorsitzender des Westfälischen Heimatbundes e. V.

Foto/ LWL/Stephan Wieland

Grußwort

Von Ioanna Zacharaki

Das Land Nordrhein-Westfalen ist von einer langen Tradition der Zuwanderung und einer ernst genommenen Integrationspolitik geprägt. Erfreulicherweise bestätigt das aktuelle Integrationsbarometer für Nordrhein-Westfalen insgesamt ein überwiegend positives Integrationsklima, unter anderem bestimmt durch häufige, positive Kontakte untereinander und ein hohes Zugehörigkeitsempfinden zu NRW (Integration in Nordrhein-Westfalen. Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2018, Berlin 2018).

Die Herausforderungen in der Integrationsarbeit, beim Umgang mit Vielfalt und zur Förderung des respektvollen Miteinanders sind jedoch vor Ort weiterhin enorm.

Nach wie vor brauchen wir viele Akteurinnen und Akteure, die sich für eine Gesellschaft der Vielfalt und für ein friedliches Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa einsetzen. Das Zusammenleben in Vielfalt muss gelernt und gestaltet werden. Präventive Angebote für Aufklärung, Verständigung und Begegnung sind unerlässlich. Um die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung und ihre Unterstützung bei der Integration von Neuzugewanderten zu stärken, ist es wichtig, dass wir den Mehrwert einer Gesellschaft der Vielfalt konsequent anerkennen und ein „inklusives Heimatverständnis“ offensiv vorleben, wie in der Nordrhein-Westfälischen Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 gefordert. Integration muss hierzu als Querschnitts- und Empowermentaufgabe begriffen und direkt vor Ort umgesetzt werden, da dem Sozialraum, den Quartieren, Nachbarschaften und Infrastrukturen bei der Entwicklung einer interkulturellen Orientierung eine besondere Bedeutung zukommt.

Mit der Einführung des Kommunalen Integrationsmanagements soll Integrationsarbeit wirksamer gestaltet werden. Hierfür müssen die Angebote strategischer ausgerichtet und besser miteinander abgestimmt werden. Die aktuellen Herausforderungen können jedoch nur erfolgreich gemeistert werden, wenn alle Akteurinnen und Akteure Hand in Hand zusammenarbeiten und gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Das Zusammenleben in Vielfalt muss gelernt und gestaltet werden.

Aus diesem Grund stehen beispielsweise die Integrationsagenturen der Wohlfahrtsverbände NRW für eine Kooperation mit den Heimat- und Bürgervereinen des Westfälischen Heimatbundes bereit, der über ein breites Netz von ehrenamtlichen Brückenbauerinnen und Brückenbauern für ein respektvolles Miteinander vor Ort verfügt. Gemeinsam lassen sich lokal wie auch überregional viele Aktionen für das Zusammenleben mit Vielfalt realisieren.

Städtische Strukturen der Integrationsförderung sowie Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege, der Vereine und Initiativen verfügen über unterschiedliche Professionen, Ressourcen, Stärken und Zugänge. Die Herausforderung besteht darin, alle diese Zugänge und Potentiale effektiv und nachhaltig zu nutzen. So kann Integration gut gelingen, wenn die Arbeit auf vielen Schultern verteilt und von verlässlichen Partnerinnen und Partnern sowie Rahmenbedingungen getragen wird.

Ioanna Zacharaki
ReferentinfürIntegrationundInterkulturalität,Koordinatorin der Integrationsagenturen beim Diakonischen Werk RWL

Foto/ Samuel Becker, Diakonie RWL

Bekenntnis zu Heimat verbindet

Von Serap Güler

Wo liegt meine Heimat, und was verstehe ich unter Heimat? Jeder Mensch wird sich diese Frage schon einmal gestellt haben oder wurde mit ihr konfrontiert. Die Antworten dazu fallen unterschiedlich aus und sind so vielfältig wie die Menschen selbst. Unser individuelles Verständnis von Heimat ist an bestimmte Orte und Zeiten gebunden und wird von starken Emotionen und Erlebnissen geprägt. Erst durch ein tief empfundenes Gefühl von Zugehörigkeit und Geborgenheit können der Bolzplatz aus der Kindheit, das Stadtviertel, in dem man sich viel und gerne aufhält, der kleine Fluss, an dem man spazieren geht oder der Kölner Dom, den man auf dem Weg zur Arbeit sieht, zu dem werden, was wir Heimat nennen.

Heimat ist kein leichter oder gar luftiger Begriff. Im Gegenteil: Er ist bedeutungsschwer. Im Ausland werden wir Deutschen oft wegen unseres Heimatverständnisses belächelt. US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner, die ihre Zelte schon in unzähligen Städten aufgeschlagen haben und denen Freiheit und Ungebundenheit über alles gehen, wird man kaum vermitteln können, dass Heimat mehr meint, als den Ort, an dem man gerade lebt. Wer Heimat vorschnell mit „home“ übersetzt, der hat seine eigentliche Bedeutung nicht verstanden. Umgekehrt besteht immer die Gefahr, Heimat zu idealisieren und zu romantisieren. In jeder Heimat, mag sie uns emotional auch noch so nahe sein, gibt es Missstände und Ungerechtigkeiten, für die wir uns ein waches Auge bewahren müssen, denn Heimat meint mehr als „heile Welt“. Und schon gar nicht dürfen wir den Heimatbegriff so verengen, dass er Menschen, die neu hinzukommen, ausschließt. Ein aufgeklärtes, modernes Heimatverständnis verbindet den Respekt vor Tradition und Brauchtum mit einer selbstbewussten Offenheit gegenüber Neuem.

Warum ist es wichtig, sich mit Heimat zu beschäftigen? Es ist wichtig, ja unerlässlich, weil Globalisierung und Digitalisierung unser Leben in einem Tempo verändern, das historisch seinesgleichen sucht. Wir erleben wirtschaftliche, technologische und soziale

Foto/Laurence Chaperon

Beschleunigungsprozesse mit unmittelbaren Auswirkungen auf unser Leben und unseren Alltag. Wo wir arbeiten, wird zunehmend unwichtig. Wozu braucht es noch Büros, wenn von zu Hause aus per Notebook und Videokonferenzen alle Aufgaben erledigt werden können? Wozu noch Kantinen vorhalten, wenn alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Homeoffice sind? Was gestern noch Normalität war, wirkt heute schon veraltet, ja exotisch. Es sind diese Veränderungen, die Konfrontation mit immer neuen Herausforderungen, die, so notwendig und zwingend sie auch sein mögen, nach einem Gegengewicht verlangen. Dieses Gegengewicht kann die Verbundenheit mit der Heimat sein, mit Orten der Besinnung sowie die Begegnung mit Menschen, denen man nahesteht.

Dass die Heimatvereine in Nordrhein-Westfalen sich dieser Realität stellen und ihre Stadt oder ihr Dorf seit vielen Jahren mit großartigem Engagement mitgestalten, verdient unser aller Anerkennung. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen sieht in der Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes eine wichtige politische Aufgabe und trägt dieser durch die Einrichtung eines Ministeriums, das den Begriff „Heimat“ im Namen führt, Rechnung. Sie hat ein Heimatförderprogramm aufgelegt, mit dem Initiativen und Projekte, die lokale und regionale Identität und Gemeinschaft und damit Heimat stärken, unterstützt.

Wer Heimat sagt, der meint Verbundenheit. Trotz der Tatsache, dass die Region, die heute Nordrhein-Westfalen heißt, eine Geschichte von Einwanderung und Integration wie kaum eine andere in Deutschland hat, gehören Ausgrenzung und Diskriminierung zur Alltagserfahrung vieler Menschen. Das dürfen wir nicht akzeptieren oder achselzuckend darüber hinwegsehen. Zu unserer Gesellschaft gehören sowohl diejenigen, die eingewandert sind, ebenso wie jene, die schon seit Generationen hier leben. Um es deutlich zu sagen: Keine Gruppe hat Anspruch auf ein exklusives Heimatverständnis!

Heimat muss gelebt werden, und das schaffen wir nur im gemeinsamen offenen Austausch und Aushandeln miteinander. Ich würde mich freuen, wenn die vielen Heimatvereine verstärkt auf die Menschen mit Einwanderungsgeschichte zugehen. Es gibt tolle Initiativen, die zeigen, dass das inklusive Verständnis von Heimat ein großes integrationsförderndes Potential besitzt. Dazu gehört das Projekt „Heimat für alle – Heimatvereine als Brückenbauer für Integration“ des Westfälischen Heimatbundes. Gleichzeitig rufe ich die vielen Menschen mit Einwanderungsgeschichte dazu auf, die Angebote der Heimatvereine kennenzulernen und sich in ihnen aktiv zu engagieren. Insbesondere sehe ich ein großes Potential in einer engeren Zusammenarbeit von Heimatvereinen und Migrantenorganisationen. Davon können alle Beteiligten nur profitieren. Wenn ich als Staatssekretärin dazu einen Beitrag leisten kann, dann will ich das sehr gerne tun.

Abschließend möchte ich mich beim Westfälischen Heimatbund sehr herzlich bedanken. Seine Bereitschaft, den Integrationsgedanken zu einem wichtigen Bestandteil der eigenen Arbeit zu machen, ist beispielhaft. Sie fügt sich hervorragend in die von der Landesregierung 2019 beschlossene Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 ein. Gemeinsam können wir Nordrhein-Westfalen zum Integrationsland Nummer eins in Deutschland machen. Das wird uns gelingen, weil wir wissen: Heimat braucht Integration, genauso wie Integration Heimat braucht.

Serap Güler
StaatssekretärinfürIntegrationbeimMinisteriumfürKinder, Familie,FlüchtlingeundIntegrationinNordrhein-Westfalen

WHB Heimat.Westfalen.

einsangebote für Neubürger*innen im Allgemeinen (= Zugezogene aus anderen gionen Deutschlands und aus anderen Ländern)

Bietet Ihr Verein derzeit für die Zielgruppe der Neubürger*innen spezielle Angebote?
☒ Ja ☐ Nein
Wenn Nein, dann weiter zu Frage 7

Wenn ja, woraus bestehen die Angebote (Mehrfachnennungen möglich)?
☐ Flyer/Prospekt für Neubürger*innen im Ort/Stadtteil
☒ Stadt-/Ortsführungen
☐ Kennenlerncafés
☐ Sonstiges: _____

2) An wen richten sich diese Angebote (Mehrfachnennungen möglich)?
☐ an Kinder (bis 12 Jahre)
☒ an Jugendliche (12 bis 18 Jahre)
☐ an Erwachsene, hiervon ...
☐ ... aufgrund der Thematik überwiegend an Frau
☐ ... aufgrund der Thematik überwiegend an Mä
☐ ... ausgewogen

3.3) Wie häufig finden diese Angebote statt?
☒ wöchentlich
☐ monatlich
☐ quartalsweise
☐ unregelmäßig
☐ einmalig

... Ihr Verein zur Durchführung der
...gen oder Institutione

Einführung

Heimat für alle – Heimatvereine als Brückenbauer für Integration.

Die jahrzehntelange Auseinandersetzung des Westfälischen Heimatbundes e. V. mit einem aktuellen Thema

Von Silke Eilers und Dörthe Gruttmann

Das Thema „neue Heimat" in der Vergangenheit

Westfalen ist wie auch Deutschland insgesamt in seiner Geschichte durch Migration geprägt und steht für gesellschaftliche Pluralität. Millionen zugezogener Menschen mussten sich in einer neuen Umgebung zurechtfinden. Auch die Heimatbewegung ist seit Langem mit der Thematik befasst. Dies zeigt etwa ein Blick in die Historie des Westfälischen Heimatbundes e. V. (WHB).

Der seit 1915 bestehende WHB vertritt derzeit rund 570 Bürger- und Heimatvereine sowie 700 ehrenamtliche Kreis-, Stadt- und Ortsheimatpflegerinnen und -pfleger in der Region. Er versteht sich als Sprachrohr und Serviceeinrichtung für rund 130.000 Menschen, die sich für den Erhalt, die Vermittlung und die Weiterentwicklung des natürlichen und kulturellen Erbes ehrenamtlich engagieren. Er qualifiziert über Beratung, Fortbildungen, Tagungen und Handreichungen sowie fachspezifische Publikationen. Der WHB initiiert die Vernetzung der Aktiven, organisiert Zusammenarbeit und betreibt Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit. In Bezug auf Aspekte der Migration und Integration sehen wir heute eine große Chance für Bürger- und Heimatvereine darin, interkulturelle Begegnungen aktiv zu gestalten. Die Inhalte und Formen der Verbandsarbeit wandelten sich in den Jahrzehnten. Angebote einer mentalen Bindung und für eine „Beheimatung" von Menschen aus anderen Regionen Deutschlands oder aus anderen Ländern sind für den WHB ein relevantes und durchaus wiederkehrendes Thema.

In der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges und nach Kriegsende waren zahlreiche Geflüchtete und Vertriebene auch vielfach in die ländlichen Gebiete Westfalens gekommen. Die Diskussion über ihre Ankunft bewegte sich vor Ort in einem Spannungsbogen, der von der Befürwortung ihrer Rückkehr in die ehemalige Heimat, über die Abschottung gegenüber den „Entheimateten", der Forderung nach ihrer „Assimilation" bis hin zur Integration in die neue Heimat reichte. Bei nicht wenigen geflüchteten und vertriebenen Menschen bestand zudem noch viele Jahre nach Kriegsende die Hoffnung, irgendwann einmal zurückgehen zu können. Diese Faktoren trugen insgesamt zu einem Gefühl des Fremdseins der Neuankommenden bei. Auch der WHB setzte sich durchaus ambivalent mit der Thematik zwischen Willkommen und Skepsis auseinander.

Als erster Landesverband errichtete er Anfang der 1950er-Jahre eine „Fachstelle für Ostdeutsches Volkstum", um zwischen Einheimischen und ehemals Vertriebenen zu vermitteln. Finanziell wurde dieses Ziel von der Landesregierung unterstützt. Zur Umsetzung schlug Alfons

Perlick, der damalige Leiter der Fachstelle vor, Patenschaftsübernahmen und die Einrichtung von Heimatstuben in die kommunalen Aufgaben westdeutscher Städte und Gemeinden einzubeziehen. Diese Idee fand 1953 Eingang in die Richtlinien der kommunalen Spitzenverbände für ostdeutsche Patenschaften. Infolgedessen entstanden diverse Patenschaftsgründungen und eine Vielzahl „ostdeutscher Heimatstuben“ zur Tradierung der Geschichte und Kultur der Vertriebenen. Viele Menschen setzten sich auch bewusst mit ihrer neuen Heimat auseinander und traten den bestehenden Heimatvereinen bei. Manch einer übernahm gar einen Vorsitz.

Formen von Migration und Integration wandeln sich ebenso wie das Heimatverständnis. Mit der Zuwanderung unterschiedlicher Gruppen von Migrantinnen und Migranten (zum Beispiel Arbeitsmigranten oder Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler) beschäftigte sich in den folgenden Jahrzehnten auch der WHB. Etwa im Rahmen der vom WHB veranstalteten Westfalentage wurden die Themen alte und neue Heimat in Form von Arbeitskreisen oder als Tagungsschwerpunkt erörtert: „Heimat im Wandel der Grenzen“ (1973); „Alte Heimat – neue Heimat. Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler in der westdeutschen Gesellschaft“ (1989); „Integration von Neubürgern“ (1993); „Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa“ (1997) sowie „Heimat suchen – Heimat finden“ (2016). Der WHB beteiligte sich auch mit dem Forum „Heimat für alle“ am NRW-Heimatkongress 2018, auf welchem beispielgebende Integrationsprojekte von Heimatvereinen vorgestellt wurden. Nun hat der WHB erstmals auch ein mehrjähriges Projekt zum Thema Integration und Leben in Vielfalt initiiert.

Das Projekt „Heimat für alle“ in der Gegenwart

Zuzug und Wegzug sind heute weiterhin gesellschaftliche Realität in der Region sowie in Deutschland und Europa insgesamt. Die damit einhergehende Integration ist eine Leistung vieler. Unverzichtbar für ein gelingendes Miteinander – neben staatlichen Programmen zur Teilhabe und Integration – ist insbesondere auch zivilgesellschaftliches Engagement. An dieser Stelle setzt das Projekt des WHB an. Als „Brückenbauer“ kommt Heimatvereinen und Heimataktiven eine wichtige, gesellschaftlich integrative Funktion zu – denn Heimatvereine sind als Ansprechpartner für neuzugezogene Menschen bestens positioniert. Sie sind aber ebenso gute Kontaktpersonen für Personen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte, die schon lange in Deutschland leben beziehungsweise hier geboren wurden und sich trotzdem (noch) nicht zugehörig fühlen.

Es geht somit um die Entwicklung von Konzepten, um zugezogenen Menschen aus anderen Regionen Deutschlands und aus anderen Staaten die neue Heimat näherzubringen und sie an der Gestaltung von Heimat aktiv partizipieren zu lassen.

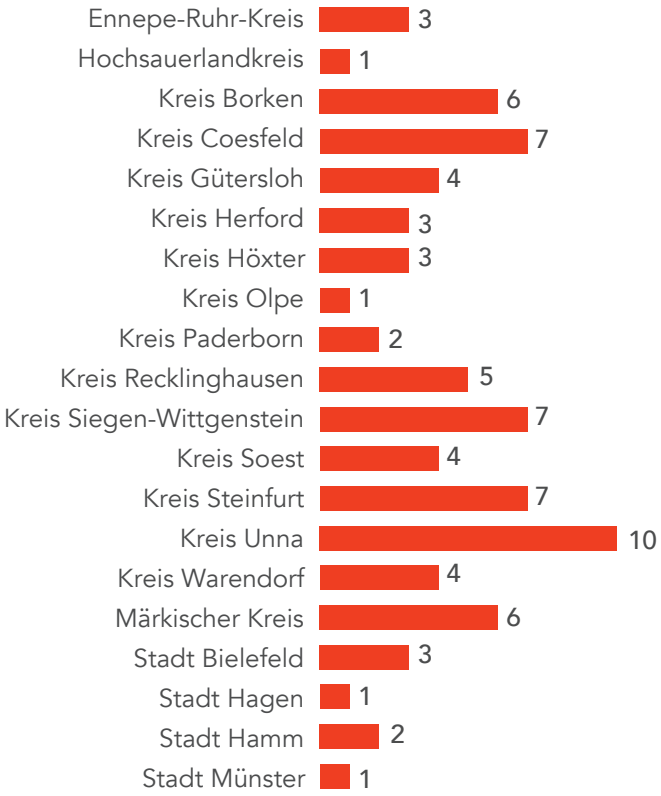
Der Westfälische Heimatbund möchte diese Integrationsfunktion verstärkt unterstützen. Im April 2019 initiierte er deshalb das Projekt „Heimat für alle“, welches mit mehreren Zielsetzungen verbunden ist. Durch fachlichen Austausch mit Verbänden, Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen, die im Themenfeld Integration etabliert sind, sowie gemeinsam mit geeigneten lokalen Partnern möchte der WHB an langfristigen Strukturverbesserungen arbeiten. Diese sollen nicht nur darauf hinzielen, neu hinzugezogene Menschen bei ihren ersten Schritten in der neuen Umgebung zu begleiten, sondern es sollen zielgruppenspezifische regelmäßige Angebote, die auf Austausch und Teilhabe angelegt sind, etabliert werden. Dieses Angebot des Miteinanders richtet sich hierbei an alle Menschen mit eigener Migrationserfahrung oder solcher in der Familie. Es geht somit um die Entwicklung von Konzepten, um zugezogenen Menschen aus anderen Regionen Deutschlands und aus anderen Staaten die neue Heimat näherzubringen und sie an der Gestaltung von Heimat aktiv partizipieren zu lassen. Durch die Aktivitäten und Angebote der Heimatvereine

und bürgerschaftlich Engagierten soll das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit sowie das friedliche und respektvolle Miteinander zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft gestärkt werden. Ein Ziel ist es daher, eine praxisnahe Integrationshandreichung für Heimatvereine zu erarbeiten, die der Westfälische Heimatbund als Impuls für Interessierte über die Region hinaus anbieten möchte. Dieses Projekt soll somit bundesweit Modellcharakter haben und übertragbar für andere Bundesländer sein.
Das Bemühen um eine Ansprache und Kontaktaufnahme ist nicht nur vorteilhaft für Zugezogene, die Anschluss in der neuen oder bereits bekannten Heimat finden möchten, sondern beinhaltet gleichzeitig für Heimatvereine großes Potential. Hier offenbart sich die Chance, die eigene Heimat mit einem neuen Blick zu erfahren, die Perspektive zu erweitern, indem Menschen der (unbekannte) Ort und die Region vielleicht auf andere Art und Weise gezeigt wird und ein Dialog stattfindet. Darüber hinaus stellen Menschen mit vergangener oder aktueller Migrationsgeschichte ein bedeutendes Reservoir für die Neugewinnung von Mitgliedern für Heimatvereine dar, womit ein weiteres Ziel benannt ist.

Zugleich ist es ein wichtiges Anliegen des WHB, der Vereinnahmung des Heimatbegriffs sowie der Heimatthematik durch rechtspopulistische Bewegungen zu begegnen und dieser ein integratives, weltoffenes Heimatverständnis entgegenzusetzen. Aktuell erleben wir immer wieder Versuche einer ideologisch motivierten Inanspruchnahme des Heimatbegriffes. Der Westfälische Heimatbund grenzt sich deutlich von einer ausschließenden, gar rassistischen Heimatdefinition ab. Hierzu gehört auch eine kritisch-reflektierende Auseinandersetzung mit der Verbandsgeschichte. Während des Nationalsozialismus wurde der WHB wie auch andere Verbände und Vereine gleichgeschaltet. Verfechterinnen und Verfechter der „Blut- und Bodenideologie“ missbrauchten den Heimatgedanken für ihre Zwecke, während sich Vertreter der Heimatbewegung bereitwillig in den Dienst des totalitären Systems stellten. Auf diese Weise wurde der Heimatbegriff diskreditiert. Der WHB versteht sich heute als Dienstleister und Netzwerk für eine zukunftsgewandte Heimatarbeit.

Zum Projektaufbau:
Das Vorhaben teilt sich in zwei Projektphasen. Mit einer Anschubfinanzierung durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe konnte im April 2019 der erste Teil beginnen. Hier wurde zunächst eine Umfrage zur Datenerhebung unter den westfälischen Heimatvereinen sowie Heimatpflegerinnen und Heimatpflegern durchgeführt. Auf dieser Basis wurde eine überregionale Tagung für März 2020 geplant, die jedoch Corona-bedingt

Anzahl teilnehmender Heimatvereine an der Umfrage des WHB (aufgeschlüsselt nach Kreisen und kreisfreien Städten)



Grafik/ WHB

kurzfristig abgesagt werden musste. Die auf der Tagung vorgesehenen Vorstellungen von Best-Practice-Projekten durch Heimatvereine und andere Institutionen und Personen wurden für die vorliegende Handreichung weitestgehend verschriftlicht. Zudem wurde durch das Einwerben weiterer Beiträge eine zusätzliche transdisziplinäre Expertise berücksichtigt, die den Heimatakteurinnen und -akteuren sowie darüber hinaus Interessierten eine Hilfestellung sein soll.

In einer zweiten Projektphase sollen unter Einbeziehung adäquater Kooperationspartner fünf Modellprojekte auf lokaler Ebene initiiert und erprobt werden, die Strahlkraft für andere Akteurinnen und Akteure entwickeln können. Die in der Praxis gewonnen Erfahrungen werden anschließend evaluiert.

Durch die Einrichtung einer weiteren Referentenstelle in der Geschäftsstelle des WHB mit Spezialisierung auf neue Zielgruppen kann die Thematik nun nachhaltig

verstetigt werden. Denn trotz der weltweiten Corona-Pandemie brauchen Menschen weiterhin Ansprache und Kontakte, um ihre neue oder wenige Generationen alte Heimat kennen und schätzen zu lernen.

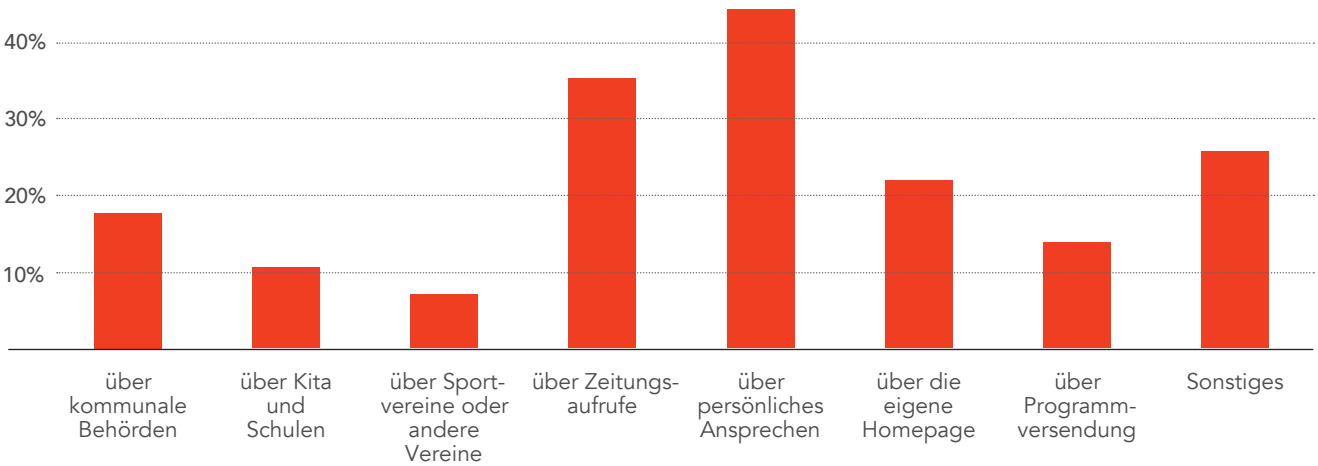
Umfrageergebnisse zum Thema Integrationsarbeit bei den westfälischen Heimatvereinen sowie Heimatpflegerinnen und -pflegern

Im Spätsommer und Herbst 2019 wurde unter den Mitgliedern des Westfälischen Heimatbundes eine freiwillige Umfrage durchgeführt, um einen ersten Überblick darüber zu erhalten, welche Vereine und Personen sich bereits mit dem Thema Integration aktiv auseinandersetzen, welche Rahmenbedingungen lokal bestehen, aber auch, wo sich Bedarfe abzeichnen. Bei dem Fragenkatalog wurde hierbei zwischen Vereinen sowie Heimatpflegerinnen und -pflegern unterschieden. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, die Umfrage online oder analog zu absolvieren. Insgesamt nahmen 80 Heimatvereine sowie 47 Heimatpflegerinnen und -pfleger teil. Damit ist die Umfrage zwar nicht repräsentativ für alle Mitglieder des WHB, sie vermittelt jedoch einen guten ersten Eindruck, was bisher für Aktivitäten entfaltet werden.

Zu den Heimatvereinen:
Von den teilnehmenden Heimatvereinen haben 30 Prozent Mitglieder mit Migrationshintergrund, von denen einige auch nach 2015 eingetreten sind. In fünf Heimatvereinen ist jeweils eine Person mit Migrationshintergrund im Vorstand.

30 von den antwortenden Vereinen boten 2019 für Neubürgerinnen und Neubürger (hierunter wurden allgemein Zugezogene aus anderen Regionen Deutschlands sowie aus anderen Ländern gefasst) spezielle Angebote an. Dazu zählen Flyer oder Prospekte, Stadt- oder Ortsführungen, Kennlerncafés sowie Neubürgerempfänge. Die meisten dieser Angebote richteten sich an Erwachsene. Keine 40 Prozent gaben zudem an, dass sich ihre Angebote auch an Kinder und Jugendliche wenden. Knapp die Hälfte (47 Prozent) der teilnehmenden Heimatvereine mit Angeboten für Neuzugezogene im Allgemeinen kooperierte mit anderen Vereinen oder der jeweiligen Kommune. Knapp die Hälfte der Vereine, die Angebote für Zugezogene im Allgemeinen bereitstellten, wiesen auch Angebote speziell für Menschen aus anderen Staaten auf. Das Spektrum reichte hierbei von Stadt- und Ortsführungen, Erzählcafés, gemeinsamem Kochen, Ausstellungsprojekten bis hin zu Fahrradwerkstätten. Auch Hilfe bei Behördengängen, Sprachunterricht, Flyer/Prospekte oder Musik- und Konzertabende sowie gemeinsame Ausflüge wurden

Wege der Zielgruppenansprache



Bei der Frage „In welcher Form machen Sie auf Ihre Angebote für Neubürgerinnen und Neubürger aufmerksam? Wie stellen Sie Kontakte her?“ waren Mehrfachnennungen möglich.

Grafik/ WHB

genannt. Insgesamt fanden die meisten Aktivitäten unregelmäßig statt. Zehn von fünfzehn Vereinen gaben an, dass sie Kooperationspartner haben: beispielsweise Arbeitskreise oder Vereine, die sich für Flüchtlinge und/oder Migrantinnen und Migranten einsetzen sowie die örtlichen Kommunen.

Die von den Heimatvereinen am häufigsten genannte Problematik bei der Umsetzung von Integrationsangeboten für Zugezogene sei das Desinteresse an diesen Aktivitäten (33 Prozent). 27 Prozent beklagten Probleme durch sprachliche Barrieren. Vier Heimatvereine hatten die Schwierigkeit, dass ihre Angebote nicht oder nur teilweise bei der Zielgruppe bekannt sind. Ein Heimatverein berichtete, dass Zugezogene, insbesondere Geflüchtete, den Ort mittelfristig wieder verlassen und so keine dauerhafte Kontaktherstellung möglich sei. Zeitmangel der Engagierten sowie das Problem, dass die Kosten des Angebotes zu hoch für die Zugezogenen seien, wurden zwar genannt, fallen aber in ihrer Häufigkeit nicht stark ins Gewicht. Ein Drittel der Befragten gab zudem an, dass keine Schwierigkeiten bekannt seien.

Über zwei Drittel der 50 an der Befragung teilnehmenden Vereine, die keine Aktivitäten für Zugezogene haben, gaben an, auch keinen Bedarf an solchen zu haben. Dies läge nicht selten daran (33 Prozent), dass Neubürgerinnen und Neubürger bereits an den üblichen Vereinsangeboten teilnehmen würden. Weitere Gründe seien, dass andere Organisationen oder Gruppen die Integrationsaufgaben des Ortes übernähmen oder dass kaum Menschen aus anderen Regionen Deutschlands oder aus dem Ausland in den Ort zuziehen würden.

26 Prozent der antwortenden Heimat- und Bürgervereine ohne Angebote für Zugezogene hätten jedoch Bedarf: Ihnen fehlen aber entweder die finanziellen Möglichkeiten, die Ideen sowie die personellen Ressourcen oder die Zeit für die Erarbeitung und Umsetzung von Angeboten.

Die Frage, ob Neubürgerinnen und -bürger an den üblichen Vereinsangeboten teilnehmen, unabhängig davon, ob spezielle Angebote für Zugezogene vorgehalten werden, beantworteten 56 Prozent (45) der Heimatvereine mit „Ja“. Zudem haben 68 Prozent der befragten Vereine Interesse an neu zu entwickelnden Angeboten und Integrationsstrategien für Zugezogene aus dem In- und Ausland bekundet, die in der Geschäftsstelle des WHB erarbeitet werden.

Zu den Heimatpflegerinnen und Heimatpflegern:
Bei den Orts-, Stadt- und Kreisheimatpflegerinnen und -pflegern sowie den Vorsitzenden der Heimatgebiete brachte die Umfrage ein anderes Ergebnis zutage. Lediglich sechs Heimatpflegerinnen und -pfleger hatten Zugezogene speziell im Blick: durch Flyer/Prospekte, Stadt- und Ortsführungen sowie durch die Vorstellung der Angebote der örtlichen Heimatvereine, wobei insgesamt auch mit anderen Vereinen, etwa aus dem Sportbereich, zusammengearbeitet würde, mit dem Integrationsrat der Stadt oder örtlichen Einzelhändlern. Eine Person gab an, Neubürgerinnen oder Neubürger persönlich mit einem Begrüßungskorb zu besuchen. Nur ein Heimatpfleger sprach regelmäßig (wöchentlich) Menschen aus anderen Staaten an – durch ein Integrationscafé, Integrationskurse mit Sportvereinen und durch gemeinschaftliches Arbeiten zum Beispiel an Obstflächen. Die gleichen Probleme, die Heimatvereine in Bezug auf die Etablierung von Angeboten speziell für Menschen aus anderen Staaten angegeben haben, wurden auch bei den Heimatpflegerinnen und -pflegern benannt. Insgesamt jedoch gaben 68 Prozent (32) der Befragten an, zukünftig Interesse an neu zu entwickelnden Angeboten zu haben.

Die Umfrageergebnisse belegen zum einen, dass bereits einige Mitglieder des WHB aus Eigeninitiative versuchen, zugezogene Menschen mit ganz unterschiedlichen Programmen anzusprechen. Dies ist sowohl erfolgreich als auch mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Zum anderen zeigen sie, dass die lokalen Gegebenheiten ausschlaggebend für die Form von Angeboten und Bedarfen sind. Dies liegt an den heterogenen Strukturen in Westfalen (ländliche und städtische Räume) allgemein, aber auch an der Situation in den jeweiligen Gemeinden.

Aufbau der Handreichung

Wir möchten unsere Mitglieder beraten und unterstützen, wenn sie sich des Themas Integration annehmen. Heimatakteurinnen und -akteure, die andere beim Zurechtfinden, Ankommen und Kennenlernen der neuen Heimat behilflich sein sowie darüber hinaus in ihre Aktivitäten einbeziehen möchten, benötigen häufig geeignete Hilfestellungen und Qualifizierungsangebote. Die vorliegende Handreichung soll dabei ein erster Bestandteil für die weitere Auseinandersetzung sein, indem sie Anregungen und Hinweise – besonders auch

Die Frage, ob Neubürgerinnen und -bürger an den üblichen Vereinsangeboten teilnehmen, unabhängig davon, ob spezielle Angebote für Zugezogene vorgehalten werden, beantworteten 56 Prozent (45) der teilnehmenden Heimatvereine mit „Ja“.

für die Durchführung von Integrationsprojekten – liefert. Hierfür hat sich der WHB die Einschätzung von Fachleuten sowie Erfahrungsbeispiele von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteurinnen und Akteuren eingeholt. Als Service und um einen leichten Zugang zu ermöglichen, ist diese Handreichung kostenlos und steht sowohl in gedruckter Form als auch digital über die WHB-Webseite (www.whb.nrw) zur Verfügung.

Nach einer Positionierung zum Begriff der „Heimat“ folgen drei Kurzbeiträge, die einen allgemeinen Überblick über die Themenbereiche Hintergründe der Migration, Kommunale Integrationspolitik sowie Integrationsfachdienste und -angebote der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen bieten. In der Rubrik „Interviews“ beantworten Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Positionen Fragen rund um die Bedeutung von Migration und Integration im beruflichen wie im privaten Bereich. Sie zeigen die Vielfalt und unterschiedliche Herangehensweise auf, mit denen man sich dem komplexen Themenbereich widmen kann und sollte. Die Interviewten kommen aus den Bereichen Politik, Freie Wohlfahrtspflege, der Heimatarbeit oder der Beratung gegen Rechtsextremismus und haben zum Teil einen eigenen Migrationshintergrund. Im Anschluss schließen zwei Rubriken an, die Best-Practice-Beispiele für Projekte rund um Integration und Migration vorstellen: zunächst solche von Heimatvereinen und Heimatpflegerinnen und -pflegern, gefolgt von Projektvorstellungen anderer Institutionen und Personen. Ein Teil der Projekte ist bereits abgeschlossen; es werden jedoch auch solche Initiativen vorgestellt, die zur Drucklegung dieser Handreichung noch in der Umsetzungsphase waren. Im Serviceabschnitt möchten wir unter sieben Kategorien Hilfestellung rund um die Umsetzung von Integrationsprojekten geben: Wir benennen Leitlinien zum Umgang miteinander, verweisen auf welche Herausforderungen Sie sich bei der Durchführung eines Integrationsprojektes einstellen müssen, geben Ihnen allgemeine Handlungsempfehlungen für ein gelingendes bürgerschaftliches Engagement, bieten Ihnen erste Checklisten an, haben eine Übersicht über Fördermöglichkeiten für Integrationsprojekte von unterschiedlichen Institutionen aufbereitet und benennen Expertinnen und Experten zur Vernetzung sowie Angebote für Weiter- und Fortbildungen.

Wir möchten uns beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe für die finanzielle Förderung, bei der Diakonie RWL als Kooperationspartner für die Unterstützung und für die wertvollen Informationen bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Handreichung bedanken, ebenso beim Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW sowie bei allen Autorinnen und Autoren, deren Erfahrungen und Fachwissen als Anregung zum Nachahmen dienen sollen. ■

Information und Kontakt
Westfälischer Heimatbund e. V. (WHB)
Dr. Silke Eilers, Geschäftsführerin
Kaiser-Wilhelm-Ring 3, 48145 Münster
0251 203810-0
whb@whb.nrw
www.whb.nrw

Dörthe Gruttmann, Referentin in der Geschäftsstelle
Fachbereich „Heimat DemografieFit“
0251 203810-20
doerthe.gruttmann@whb.nrw

Heimat
Heimat
Heimat
Heimat
Heimat
Heimat
Heimat
HEIMAT
HEIMAT
Heimat
Heimat
Heimat
Heimat
HEIMAT
Heimat
Heimat
Heimat

Positionierungen

Positionierung des Westfälischen Heimatbundes zum Heimatbegriff

Heimat ist ein essentielles Thema für alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und sozialem Status. Unser Verständnis von Heimat wird geprägt durch unsere Erfahrungen in unserem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Heimat ist nicht nur etwas sehr Individuelles und mit der eigenen Biografie oder Gefühlswelt Verbundenes, sondern es ist ein Thema gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Deshalb sieht sich der Westfälische Heimatbund – der die Heimat im Namen trägt – in der Verantwortung, sich hierzu klar zu positionieren. Im 2020 publizierten Leitbild (www.whb.nrw/de/wir-ueber-uns/leitbild/) sowie in der gemeinsam mit den anderen Landesverbänden und unserem bundesweiten Dachverband Bund Heimat und Umwelt in Deutschland verabschiedeten Resolution „Wer da ist, gehört zur Heimat“ (www.whb.nrw/de/wir-ueber-uns/positionen/) zeigt der WHB eine klare Haltung. So sind an dieser Stelle diejenigen Aspekte aufgeführt, die der Westfälische Heimatbund als unerlässlich für die Definition des Heimatbegriffs betrachtet.

Heimat bedeutet Verortung. Wir definieren den Heimatbegriff mittels der drei Komponenten Mensch, Kultur und Natur. Bezugspunkte sind das örtliche und regionale Umfeld. Heimat hat mit Lebensqualität zu tun, mit Kultur und Natur, mit Baukultur, sozialen Bezügen, Mobilität, Infrastruktur und Nahversorgung.

HEIMAT GEHT UNS ALLE AN –

Sie ist Ankerpunkt und Ort der Selbstvergewisserung in einer schnelllebigen Zeit. In einer von Globalisierung, Klimawandel und Bürgerkriegen geprägten Welt erinnert der Heimatgedanke an Solidarität, Gemeinwohl und demokratische Verständigungsformen. Heimatarbeit ist Demokratiearbeit. Wir verstehen Heimat nicht auf den ländlichen Raum beschränkt, sondern ebenso auf die Großstadt bezogen.

HEIMAT STIFTET IDENTITÄT –

mit ihren Menschen, ihren Traditionen, ihren Landschaften, mit Kultur, Sprache und Bauwerken. Wir wollen Heimat erhalten, weiterentwickeln und für die jeweils geltenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lebenswert gestalten. Die Heimatbewegung verbindet Menschen auf freiwilliger und bewusst gewählter Basis

durch aktive Solidarität, denn Heimat erfährt man vor allem zusammen mit anderen. Die Heimatbewegung kann dazu beitragen, durch Diskussion und Initiative Gesellschaftsverhältnisse zu verbessern.

HEIMAT IST INKLUSIV –

Sie ist veränderbar und wandelt sich. Sie entwickelt sich auch in der Begegnung mit dem Anderen und Neuen weiter. Wir treten für einen weltoffenen, Gemeinschaft stiftenden und zukunftsgewandten Heimatbegriff ein. Eine wichtige zukünftige Aufgabe sehen wir darin, Neuankommenden ein Gefühl für die vielfältigen Aspekte der örtlichen und westfälischen Heimat zu vermitteln und ihnen zugleich ein Heimat-Angebot zu machen. Wir möchten das Bewusstsein für Zusammengehörigkeit wecken und vertiefen.

HEIMAT BEDEUTET VERANTWORTUNGSÜBERNAHME –

Sie ist nichts Selbstverständliches, sondern Aufgabe und immerwährende Herausforderung. Heimat bedeutet sich kümmern, Sorge tragen füreinander. Hier handeln Bürgerinnen und Bürger aktiv. Sie machen sich freiwillig stark für Kultur, Natur, Menschen. Heimatarbeit erfordert bürgerschaftliches Engagement vor Ort und zugleich die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dafür setzen wir uns als Dachverband ein.

HEIMAT IST GESTALTUNGSAUFTRAG –

Heimat wird vor Ort gelebt und „gemacht“. Durch bürgerschaftliches Engagement wird das Umfeld lebendig gestaltet und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt.

Heimat ist nicht nur etwas sehr Individuelles und mit der eigenen Biografie oder Gefühlswelt Verbundenes, sondern es ist ein Thema gesamtgesellschaftlicher Relevanz.“

So ist Heimatarbeit immer auch ein Beitrag zu einer aktiven Zivilgesellschaft und Demokratiearbeit.

Heimat ist somit ein Prozess der Aushandlung und Aneignung. Sie steht für Respekt vor dem Anderen und entsteht aus emotionalen Bindungen und sozialer Vernetzung in einem persönlichen Handlungs- und Verantwortungsraum. Das Besondere an ihr ist ihre Vielfältigkeit. Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Heimat einbringen zu können – ob in Westfalen oder über die Region hinaus. ■

Wer da ist, gehört zur Heimat

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland
und seine Landesverbände

Wir, der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland mit seinen Landesverbänden, stellen uns entschieden gegen die Verwendung des Heimatbegriffs zur Diskriminierung und Ausgrenzung vermeintlich Anderer. Dafür haben wir gute Gründe.

Wir sehen, dass der Heimatbegriff von rechten Gruppierungen immer wieder missbraucht wurde und wird, um Menschen auszuschließen, diese als „nicht zugehörig“ zu markieren und damit zu diskriminieren oder um andere reaktionäre politische Ziele zu verfolgen. Ein solcher Umgang mit dem Begriff und dem Phänomen Heimat ist undemokratisch: Die Argumentation der Rechten stellt die „Heimat der Deutschen“ als naturgegeben und einheitlich dar, sie würde sich grundsätzlich von der Heimat zugewanderter Menschen unterscheiden. Es wird ein Mythos einer vorindustriellen Gesellschaft mit „richtiger“ Heimat verbreitet, die Rückkehr zu dieser würde durch Andersglaubende, Andersaussehende oder Andersdenkende bedroht. Durch diese Konstruktion von Unterschieden wird versucht, Ausgrenzung, Diskriminierung, Hass und Gewalt zu legitimieren.

Teilhabe für alle

Wir und unsere Engagierten setzen uns aktiv für Heimat ein, weil wir Heimat als etwas Wertvolles erachten. Sie ist nicht selbstverständlich. Heimat ist ein fragiles Konstrukt, das oft von politischen Tendenzen vereinnahmt wird. Sie ist gewinnbringend, wenn sie Solidarität und Gemeinschaft schafft. Heimat bedeutet Verortung und auf vielfältige Weise Zugehörigkeit, materiell und räumlich, sozial, virtuell oder in anderen Formen. Bezugspunkte für Heimat können die Landschaft, die Stadt, das Dorf oder die Nachbarschaft sein. Genauso können jedoch Natur- und Kulturerbe, Arbeit und Gemeinschaft, geteilte Überzeugungen, gemeinsame Interessen und der Austausch zwischen Menschen Heimat sein. Heimat zu finden ist auch ein Prozess des Knüpfens und Vernetzens von Beziehungen und sozialen Strukturen, der den Zusammenhalt stärkt. Die Grundlage dafür ist die Kommunikation, eine entscheidende Voraussetzung ist die Möglichkeit der Teilhabe und der Teilnahme für alle.

Heimat ist Vielfalt

Dem politischen oder ideologischen Missbrauch von Heimat stellen wir uns entschieden entgegen. Es gibt und gab zu keinem Zeitpunkt eine homogene Heimat oder eine homogene Kultur. Vielmehr bestanden schon immer Austausch und Anpassung von Kulturen und deren Techniken, sodass – trotz aller regionaler Eigenheiten – fließende Übergänge, Dynamiken und Entwicklungen integrale Bestandteile unseres Kulturerbes sind. Zuwanderung und das Zusammenleben verschiedener Religionen und Lebensmodelle gehören selbstverständlich zu unserer Lebensrealität in Deutschland. Niemand

hat das Recht, anderen die Zugehörigkeit zu Heimat abzuerkennen. Wir können und wollen daher weder eine Abgrenzung zu vermeintlich „Anderen“ vornehmen noch einen „naturgegebenen“ und unveränderlichen Zustand von Heimat anerkennen. Es ist für uns nicht plausibel und nicht akzeptabel, Bestehendes und Neues in eine Hierarchie zu bringen oder Teilaspekte zu bevorzugen.

Heimat durch gemeinsame Arbeit bestimmen

Wir wollen das vielfältige materielle und immaterielle Kulturerbe sowie Kulturlandschaften und das Wissen darüber erhalten und weiterentwickeln. Dafür setzen wir uns mit unserer Arbeit ein. Das lebendige Wissen über Traditionen und Erbe ist uns wertvoll. Uns ist aber bewusst, dass dieses Erbe nicht statisch, sondern gewachsen ist und weiter wächst. Einen kreativen Umgang damit und die Ergänzung durch Neues mit jeder Generation befürworten wir daher.

Die Verwendung des Heimatbegriffs als Mittel der Ausgrenzung von Menschen ist demokratiefeindlich, ganz gleich auf welchen Grundlagen die Ausgrenzung basiert, ob auf rassifizierenden, nationalistischen, antisemitischen, antiziganistischen oder anderen diskriminierenden Grundlagen. Das Grundgesetz wissen wir dabei auf unserer Seite. Wer hier ist, hat ein Recht darauf, Heimat in Deutschland zu erfahren, zu bilden und hier heimisch zu werden. Als Engagierte in der Heimatpflege sehen wir es als unsere Aufgabe an, dies in unserem Rahmen zu ermöglichen. Heimat ist eine Einladung. Wir sagen klar: Wer da ist, gehört zur Heimat dazu.

November 2020 ■

Unterzeichnende

- Landesverein Badische Heimat
- Bayerischer Landesverein für Heimatpflege
- Verein für die Geschichte Berlins
- Brandenburg 21 – Verein zur Nachhaltigen Lokal- und Regionalentwicklung im Land Brandenburg
- Bremer Heimatbund – Verein für Niedersächsisches Volkstum
- Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine von 1866
- Denkmalverein Hamburg
- Gesellschaft für Kultur- und Denkmalpflege – Hessischer Heimatbund
- Lippischer Heimatbund
- Heimatverband Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersächsischer Heimatbund
- Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz
- Landesheimatbund Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holsteinischer Heimatbund
- Schwäbischer Heimatbund
- Heimatbund Thüringen
- Westfälischer Heimatbund

▲ Heimverschönerungsaktion für Familien im Flüchtlingsheim Hoppengarten in Münster

Foto/ © Martin Albermann © LWL-Medienzentrum für Westfalen

Kurzbeiträge

Hintergründe, Bedingungen und Wahrnehmung von Migration

Von Jochen Oltmer

Einführung – was ist Migration?

Migration verweist auf räumliche Bewegungen von Menschen. Nicht jede Ortsveränderung aber gilt als Migration. Touristische Unternehmungen, Reisen oder das tägliche Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort etwa zählen nicht dazu. Gemeint sind vielmehr jene Formen regionaler Mobilität, die weitreichende Konsequenzen für die Lebensverläufe der Wandernden haben und aus denen sozialer Wandel im Herkunfts- und Zielkontext resultiert. Migration kann das Überschreiten politisch-territorialer Grenzen bedeuten. Aber auch räumliche Bewegungen innerhalb eines staatlichen Gebildes lassen sich als Migration fassen; denn selbst sie können es erfordern, dass Migrantinnen und Migranten sich mit wirtschaftlichen Gegebenheiten und Ordnungen, kulturellen Mustern sowie gesellschaftlichen Normen und Strukturen auseinandersetzen, die sich zum Teil erheblich von denen des Herkunftsortes unterscheiden.[1]

Eine Migration kann den Lebensmittelpunkt eines Menschen verlagern, ist aber auch häufig durch zeitlich begrenzte Aufenthalte andernorts gekennzeichnet, die nicht explizit den Lebensmittelpunkt versetzen: Saisonwanderungen, die mehr oder minder regelmäßig zu wochen- oder monatelangen Aufenthalten an einem anderen Ort führen, sind beispielsweise darauf ausgerichtet, Geld zu verdienen, um die Existenz der Familie am Ort des Lebensmittelpunktes aufrechtzuerhalten. Zahlreiche Beispiele für solche mitunter über längere Zeit hinweg strukturstabile Formen zirkulärer Migration finden sich in agrarisch geprägten Herkunftsgesellschaften, aber auch im Kontext der seit dem 19. Jahrhundert weltweit beschleunigten Urbanisierung: Eine lineare Wanderung vom Land in die Stadt als „Einbahnstraße“ bietet nur eines unter vielen Mustern jener Migrationen, die das massive globale Wachstum der städtischen Agglomerationen wesentlich tragen. Ein weiteres Mobilitätsmuster ist der „Kreisverkehr“ von temporären Land-Stadt-Land-Wanderungen, die nach Jahren in dauerhaften Niederlassungen in den Städten enden können, aber nicht notwendigerweise müssen.[2] Fluktuation bildete mithin immer schon ein zentrales Element von Migration, und die dauerhafte Niederlassung andernorts stellt nur eines der möglichen Ergebnisse von Wanderungsbewegungen dar. Um nur ein Beispiel zu nennen: In die Bundesrepublik Deutschland kamen vom Ende der 1950er-Jahre bis 1973 rund 14 Millionen Arbeitskräfte aus anderen Staaten („Gastarbeiter“), mehr als elf Millionen, also 80 Prozent, kehrten wieder in ihre Herkunftsländer zurück.[3] Der Prozess der Migration bleibt grundsätzlich ergebnisoffen, denn das Wanderungsergebnis entspricht bei weitem nicht immer der Wanderungsintention: Eine geplante Rückkehr wird aufgeschoben oder räumliche Bewegungen werden abgebrochen, weil bereits ein zunächst nur als Zwischenstation gedachter Ort (unverhofft) neue Chancen bietet. Umgekehrt kann sich das geplante Ziel als ungeeignet oder wenig attraktiv erweisen, woraus eine Weiter- oder Rückwanderung resultiert.

Motive und Bedingungen

Migration ist zwar ein Normalfall menschlicher Existenz, in dem Sinne, dass es immer schon räumliche Bewegungen gab und auch zukünftig weiter geben wird.[4] Migration ist damit aber noch kein individueller Normalfall, bildet vielmehr eine voraussetzungsvolle soziale Praxis. Nur für recht wenige Individuen weltweit trifft in der Vergangenheit oder in der Gegenwart die geläufige Vorstellung zu, Migration sei das Ergebnis einer rationalen Entscheidung eines autonomen Menschen, der eigensinnig, eigenverantwortlich und selbständig Ziele für die Zukunft im Kontext eines spezifischen „Lebensentwurfs“ zu formulieren vermag. Sozialer Zwang, Regeln und Normen können derart hemmend wirken, dass Migration keine Handlungsoption bietet, Menschen vielmehr immobilisiert werden. Migration kann aber auch Ergebnis sozialen Zwangs sein: denn andere Akteurinnen und Akteure, Institutionen, Organisationen und Strukturen sind in der Lage, Menschen zu nötigen, mobil zu werden. Menschen können in Handlungsroutinen eingebunden sein, die Bewegung fordern, etwa im Falle von Nomaden oder im Kontext traditionsreicher (saisonaler) Arbeitswanderungen.

▲ Prekäre Unterkunftsverhältnisse im Flüchtlingslager: Camp Zaatari in Jordanien im Juli 2013, in dem vor allem Syrerinnen und Syrer leben

Foto/ U.S. Department of State, wikimedia.org/wiki/File:An_Aerial_View_of_the_Za%27atri_Refugee_Camp.jpg (abgerufen am 11.08.2020)

Schließlich bietet moderne Staatlichkeit zunehmend weiter ausgebaute und verdichtete Infrastrukturen und Instrumente, um räumliche Bewegungen effektiv und effizient verwalten und steuern zu können. Staatliches Steuerungsinteresse und staatlicher Kontrollanspruch gegenüber Migrationsbewegungen sind insbesondere seit dem späten 19. Jahrhundert erheblich gewachsen[5] und finden ihren Ausdruck vornehmlich in einer weitreichenden Differenzierung im Blick auf Mobilitätschancen unterschiedlicher sozialer Kollektive. So lässt sich denn von einer globalen migratorischen Klassengesellschaft sprechen, die für einen kleinen Teil der weltweiten Bevölkerung (beinahe) unbeschränkte Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Migration bietet (beispielsweise Angehörige politischer, wirtschaftlicher, kultureller Eliten oder Hochqualifizierte), die als legitim und vorteilhaft verstanden wird. Ein Großteil der Weltbevölkerung kann hingegen andere Staaten legal nicht aufsuchen, ist auf Umwege oder beschränkte Kanäle der Migration verwiesen, ihre Bewegung gilt als Gefahr für Sicherheit und Wohlstand und deshalb als illegitim und irregulär.

Migrationsforschung muss folglich ergründen, ob Migration die Handlungsmöglichkeiten von Menschen und Kollektiven erhöht oder vermindert, ob Migration als Ausdruck individueller oder kollektiver Handlungsmacht zu verstehen ist, ob Migration ein Ergebnis routinisierten Handelns bildet oder ob Strukturen und Systeme Bewegung fordern beziehungsweise fördern oder verhindern beziehungsweise beschränken.

Eine weltweit in Vergangenheit und Gegenwart äußerst gewichtige Migrationsform bilden Gewaltmigrationen. Formen von durch Gewalt induzierten räumlichen Bewegungen (insbesondere Flucht, Vertreibung, Deportation) zeigen sich dann, wenn staatliche, halb- (zum Beispiel Milizen), quasi- (wie der „Islamische Staat“, der von sich behauptet, ein Staat zu sein) und zum Teil auch nichtstaatliche Akteure das Leben von Einzelnen oder Kollektiven weitreichend beschränken. Da deren (Über-)Lebensmöglichkeiten und körperliche Unversehrtheit, Rechte und Freiheit, Chancen der politischen Partizipation, Souveränität und Sicherheit bedroht werden, sehen sie sich zum Verlassen ihrer Herkunftsorte genötigt.[6] Aufgrund der nicht selten extrem beschränkten Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen ist Flucht oft durch Immobilisierung gekennzeichnet: Menschen sind vor Grenzen oder unüberwindlichen natürlichen Hindernissen gefangen („trapped“)[7] – infolge des Mangels an (finanziellen) Ressourcen, aufgrund von migrationspolitischen Maßnahmen oder wegen fehlender Netzwerke. Ein Großteil der Schutzsuchenden weltweit unterliegt in sogenannten langandauernden Flüchtlingssituationen einem – nicht selten prekären – Schutz, hat aber zum Teil durch die Unterbindung von Bewegung Handlungsmacht eingebüßt und ist sozial extrem verletzlich, das heißt konkret: prekärer rechtlicher Status, Provisorien als Unterkünfte, kaum Zugang zu legalen Arbeitsmöglichkeiten sowie eingeschränkte Bildungschancen für die Kinder.

Menschen sind vor Grenzen oder unüberwindlichen natürlichen Hindernissen gefangen – infolge des Mangels an (finanziellen) Ressourcen, aufgrund von migrationspolitischen Maßnahmen oder wegen fehlender Netzwerke.

Sieht man von diesen gewaltinduzierten Migrationen ab, streben Individuen, Familien oder Kollektive meist danach, mit Hilfe einer Bewegung die Lebenssituation zu verbessern durch das Erschließen von Erwerbs-, Konsum- oder Siedlungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Ausbildungs- oder Heiratschancen.[8] Solche Bewegungen

verbinden sich oft mit biografischen Wendepunkten und Grundsatzentscheidungen wie Aufnahme von Arbeit, Ausbildung oder Studium, Wahl oder Zuweisung von (Heirats-)Partnerinnen und -Partnern oder Familiengründung. Deshalb handelt es sich bei Migrantinnen und Migranten überwiegend um Jugendliche und junge Erwachsene, wie ein Blick in die Ergebnisse des Mikrozensus deutlich macht: Das durchschnittliche Alter bei der Einreise der 2017 in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten betrug 23,5 Jahre, während das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland insgesamt mit 45,9 Jahren doppelt so hoch lag.[9]

Viele Migrationstheorien verstehen räumliche Bewegungen als Ergebnis einer rationalen Entscheidung, einer Kosten-Nutzen-Abwägung. Sie lassen unbeachtet, dass der Bezug auf zukünftige Chancen in hohem Maße auf Emotionen verweist: Leitend sind subjektive Vorstellungen über räumliche und soziale Ziele und damit über das Veränderungspotential, das eine Migration mit sich zu bringen vermag. Mit (Ziel-)Orten verbinden sich Imaginationen: spezifische Lebensziele werden vor dem Hintergrund je eigener Selbstkonzepte als attraktiv oder unattraktiv wahrgenommen, Bewegung als zu hohes Risiko eingeschätzt oder als zu bewältigende Belastung, gar als erwünschte Herausforderung.[10] Weil solche Vorstellungen sozial situiert und sozial sanktioniert sind, können sie auch in spezifische „Kulturen der Migration“ eingebettet sein: Vorausgewanderte bilden ein Rollenmodell, Handlungen einflussreicher Gleichgesinnter („peers“) sind bedeutend für individuelle Vorstellungen über Chancen und Risiken der Migration. Auch andere individuelle oder institutionelle Akteure suchen die Bereitschaft zur Bewegung zu beeinflussen: Studierende oder akademisch Gebildete werden mit der Einschätzung konfrontiert, Mobilität sei in höchstem Maße karrierefördernd, weshalb spezifische Programme (etwa das Erasmus-Programm der EU oder Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes DAAD) ihre Bewegung zu unterstützen suchen. Debatten um einen „brain drain“ führen dazu, dass Abwanderungen hoch qualifizierter Arbeitskräfte als gesellschaftlich gefährlich dargestellt werden – und in der Folge eine Bewegung in den Fällen sanktioniert wird, in denen kostenträchtige Ausbildungsschritte im Herkunftsland absolviert wurden. Mithilfe einer Bewegung zu erreichende Ziele sowie Gefahren und Chancen einer Migration werden mithin in unterschiedlichen (gesellschaftlichen, lokalen, beruflichen, familiären) Kontexten sehr verschieden eingeschätzt.[12]

Räumliche Bewegungen zur Erschließung oder Ausnutzung von Chancen zielen keineswegs immer auf eine Stabilisierung oder Verbesserung der Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten selbst. Familien oder andere Herkunftskollektive senden vielmehr häufig Angehörige aus, um mit den aus der Ferne eintreffenden „Rücküberweisungen“ oder anderen Formen des Transfers von Geld die ökonomische und soziale Situation des zurückbleibenden Kollektivs zu konsolidieren oder zu verbessern. Eine zentrale Bedingung für das Funktionieren solcher translokaler ökonomischer Strategien bildet die Aufrechterhaltung sozialer Bindungen – Netzwerke – über zum Teil lange Dauer und große Distanzen. Die Abwandernden senden häufig nicht nur Geld in die Herkunftsregion, sondern fungieren auch innerhalb ihrer Netzwerke als Mittler anderer Weltsichten, neuer technischer oder technologischer, ökonomischer oder kultureller Kenntnisse und Kompetenzen. Damit verschaffen sich Migrantinnen und Migranten, aber auch jene, die in den

▲ Titelbild der Zeitschrift „Revue. Die Weltillustrierte“ vom 29. April 1950. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl der aus Deutschland nach Übersee Ausgewanderten stark angestiegen. Diese umfangreiche Bewegung über die kontinentalen Grenzen Europas hinaus bildete in der frühen Bundesrepublik nicht nur ein Medienereignis, sondern auch ein wichtiges Thema in öffentlichen und politischen Debatten.

Abbildung/ Archiv des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Osnabrück

Herkunftsgesellschaften Geld und Wissen empfangen, ein Mehr an Einfluss und Entscheidungskompetenz.

Netzwerke

Ob und inwieweit eine temporäre, zirkuläre oder auf einen längerfristigen Aufenthalt andernorts ausgerichtete Migration als individuelle oder kollektive Handlungsoption verstanden wird, hängt entscheidend von der interaktiven Produktion von Wissen über Migrationsziele, -pfade und -möglichkeiten ab. Damit die Bewegung eine Option bietet, Handlungsmacht zu erschließen, bedarf es verlässlicher Informationen über das Zielgebiet. Solcherlei Wissen vermitteln mündliche und schriftliche Auskünfte staatlicher, religiöser oder privater Organisationen beziehungsweise Beratungsstellen. Verschiedene Kommunikationsmittel verbreiten zudem Informationen, die für den Prozess der Migration von Belang sein können – von der „Auswanderungsliteratur" des 19. Jahrhunderts über Artikel in Zeitungen und Zeitschriften bis hin zu Berichten im Radio, im Fernsehen oder im Internet. Auch die staatliche oder private Anwerbung von Arbeitskräften (beispielsweise durch Unternehmen oder Arbeitsverwaltungen) kann als eine Form des Transfers von Wissen über Chancen der Migration verstanden werden.

Wesentlich bedeutsamer für die Vermittlung von Informationen über Chancen und Gefahren der Ab- oder Zuwanderung, über räumliche Ziele, Verkehrswege sowie psychische, physische und finanzielle Belastungen sind allerdings vorausgewanderte (Pionier-)Migrantinnen und Migranten, deren Nachrichten (früher über Auswandererbriefe, heute per Smartphone) aufgrund von verwandtschaftlich-bekanntschaftlichen Verbindungen ein hoher Informationswert beigemessen wird. Sie etablieren Kettenwanderungen, bei denen Migrantinnen und Migranten bereits abgewanderten Verwandten und Bekannten folgen. Loyalität und Vertrauen bilden zentrale Bindungskräfte solcher Netzwerke. Herkunftsräume und Zielgebiete sind mithin in der Regel über Netzwerke miteinander verbunden.[13]

Je umfangreicher ein Netzwerk am Zielort ist und je intensiver soziale Beziehungen innerhalb des Netzwerkes gepflegt werden, desto mehr ökonomische und soziale Chancen bietet es.

Je umfangreicher ein Netzwerk am Zielort ist und je intensiver soziale Beziehungen innerhalb des Netzwerkes gepflegt werden, desto mehr ökonomische und soziale Chancen bietet es – gerade an der Intensität und Größe des Netzwerkes bemisst sich immer auch die Attraktivität eines Migrationszieles. Vor diesem Hintergrund erhöht ein Netzwerk von Migrantinnen und Migranten nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass weitere Bewegung stattfindet. Vielmehr konstituiert es auch Wanderungstraditionen und beeinflusst damit die Dauerhaftigkeit einer Migrationsbewegung zwischen Herkunftsraum und Zielort, die zum Teil über Generationen existieren. Das gilt zumal auch deshalb, weil sich im Prozess der Migration der Umfang der Netzwerke erweitert und damit auch vermehrt Möglichkeiten bestehen, Verwandten und Bekannten zu folgen.[14] Die Wirkung der Netzwerke verstärkt sich durch Migration.

Am Zielort garantieren Netzwerke Schutz und Orientierung im andersartigen sozialen Raum, vermitteln Arbeits- und Unterkunftsmöglichkeiten, helfen bei Kontakten mit Obrigkeiten, staatlichen, kommunalen oder religiösen Institutionen. Die Netzwerke der Migrantinnen und Migranten werden nicht nur durch Kommunikation und durch den Austausch von Leistungen auf Gegenseitigkeit aufrechterhalten, sondern reproduzieren sich durch (nicht selten translokal und transkontinental ausgehandelte) Eheschließungen, die Etablierung von Vereinen und Verbänden, eine spezifische Geselligkeitskultur, aber auch gemeinsame ökonomische Aktivitäten.

▼ „Ein Brief aus Amerika", Gemälde von Berthold Woltze (1829–1896), das um 1860, also in einer der Hochphasen der Auswanderung aus deutschen Staaten, entstanden ist.

Abbildung/© Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: 1987/344

Teilhaben

Bereits seit langem kennzeichnet ein Paradoxon den wissenschaftlichen Umgang mit dem Begriff Migration: Ein Großteil der Arbeiten, die sich als Beiträge zu einer Erforschung von Migrationsphänomenen verstehen, gelten explizit nicht der Bewegung selbst, ihren Hintergründen und Bedingungen, sondern ausschließlich ihren Folgen. Sie konzentrieren sich auf die (dauerhafte) Niederlassung und die über Generationen beobachtete Anwesenheit im Zielland der räumlichen Mobilität der Vorfahren, beschreiben Migration mithin als einen Prozess, der dahin tendiert, unabgeschlossen zu bleiben („Menschen mit Migrationshintergrund“).[15]

Migration über größere Distanzen kann vor dem Hintergrund vielerlei Beschränkungen und zahlreicher Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Bewegung stattfindet, als relativ unwahrscheinliches soziales Phänomen gelten.

Nicht zuletzt angesichts der finanziellen, sozialen und emotionalen Kosten von Migration sind Migrantinnen und Migranten motiviert, ihre Kompetenzen und Kenntnisse, ihre Arbeitskraft und ihre Kreativität dort einzusetzen, wohin sie sich bewegt haben. Dafür nehmen sie nicht selten Lebens-, Erwerbs- oder Wohnbedingungen in Kauf, die Einheimische ablehnen – und finden sich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen (arbeitsintensiv, geringere Qualifikationsanforderungen, hohe Fluktuation, ungünstige Arbeits- und Lohnverhältnisse), die sie vor dem Hintergrund von Diskriminierungen und Dequalifizierung aufsuchen müssen oder weil sie sich damit angesichts von Rückkehrerwägungen und -erwartungen zufrieden geben.[16]

Soziale Beziehungen zwischen neu zugewanderten und bereits länger anwesenden Menschen, Vernetzung und Verflechtung also, sind Voraussetzung und Mittel, Beteiligung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Einerseits müssen Migrantinnen und Migranten bereit und in der Lage sein, soziale Beziehungen zu bereits länger Anwesenden aktiv zu betreiben. Andererseits kommt es in mindestens gleichem Maße auf die Bereitschaft der bereits länger Anwesenden an, Vernetzung zuzulassen, aktiv zu suchen, offen zu sein und Vernetzungsbemühungen anzuerkennen.

Ziel von Integration ist es, dass alle Menschen über Möglichkeiten uneingeschränkter gesellschaftlicher Beteiligung verfügen. Eine solche chancengleiche Teilhabe ist nicht selbstverständlich. Sie muss dauernd erkämpft, erstritten und gesellschaftlich ausgehandelt werden, egal ob es um ökonomische Teilhabe (zum Beispiel am Arbeitsmarkt, mit Blick auf Einkommen und berufliche Position) geht, um soziale Teilhabe (zum Beispiel am Wohnungsmarkt und den Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen), um kulturelle Teilhabe (zum Beispiel in Hinsicht auf Bildung oder die Nutzung von Kulturangeboten) oder politische Teilhabe (zum Beispiel in Bezug auf Wahlen sowie Aktivitäten in Vereinen und Verbänden).

Jenseits dieser Alltagskomponente kann Teilhabepolitik Wege dafür bereiten, die Handlungsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten zu erhöhen, damit das Eingebundenwerden auch erstritten und erkämpft werden kann, ihre Stimmen also auch gehört werden (können). Es bedarf daher der Rahmenbedingungen für die Vernetzung und der Beteiligung an gesellschaftlichen Aushandlungen über Teilhabe, dazu gehören unter anderem sowohl Statusfragen (zum Beispiel im Hinblick auf das Aufenthaltsrecht) als auch Kommunikationsfähigkeit und Kommunikationsbereitschaft auf allen Seiten (zum Beispiel Sprachkenntnisse und Orientierungswissen).

Fazit

Migration über größere Distanzen kann vor dem Hintergrund vielerlei Beschränkungen und zahlreicher Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Bewegung stattfindet, als relativ unwahrscheinliches soziales Phänomen gelten.[17] Deshalb auch bleibt die Zahl der Menschen, die über große Distanzen und über Staatsgrenzen migrieren, relativ klein: Die UN zählt aktuell weltweit 272 Millionen Migrantinnen und Migranten, die Staatsgrenzen überschritten haben. Das mag als viel erscheinen, entspricht aber nicht mehr als 3,5 Prozent der Weltbevölkerung. Vornehmlich drei Aspekte sind dafür verantwortlich: geringe finanzielle Ausstattung vieler Menschen, lokale Bindung ihrer Ressourcen sowie migrationspolitisch motivierte Restriktionen. In vielen Gesellschaften der Gegenwart (und das gilt für die Vergangenheit noch in weitaus höherem Maße) verfügt ein Großteil der Menschen nur über ein Existenzminimum, weshalb nur wenige die Mittel für weiträumige Bewegungen aufzubringen vermögen. Auch amtliche Genehmigungen und Dokumente für die Ausreise beziehungsweise die Einreise können teuer sein oder sind schwer zu erlangen. Schließlich ist die Ankunft in einer Zielregion meist nicht sofort mit der Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit verbunden. Für unvermeidliche Anfangsinvestitionen wird Sparkapital verbraucht, Geld muss geliehen werden. Für einen Großteil der Bewohner der Welt ist die Umsetzung eines Migrationsprojektes über größere Distanzen hinweg mithin ohne finanzielle oder organisatorische Unterstützung illusorisch. Armut schränkt ihre Handlungsmacht und ihre Bewegungsfähigkeit massiv ein.[18]

Migration bildete im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ein zentrales Thema politischer und medialer Diskussionen in Deutschland sowie in ganz Europa. Trotz der hohen und konstanten Aufmerksamkeit blieb die Wahrnehmung räumlicher Bevölkerungsbewegungen sehr selektiv: Im Vordergrund standen die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden sowie die Bedingungen und Folgen der Gewährung von Asyl angesichts eines Anstiegs der Ankunftszahlen. Schon zuvor wurde außerdem die Zuwanderung aus den seit 2007 zur EU gehörigen Staaten Rumänien und Bulgarien unter dem Stichwort „Armutsmigration" ein Schwerpunkt von Berichterstattung und politischen Debatten. In die Diskussion gerieten vornehmlich Bewegungen, die als (potentielle) Gefahr für die Sozialsysteme, die innere und äußere Sicherheit, aber auch für den gesellschaftlichen Frieden in der Bundesrepublik und der EU eingeschätzt wurden. Dass Europa nur ein kleiner Teil der umfangreichen Fluchtbewegungen aus und in den Kriegs- und Krisenzonen der Welt erreichte, geriet demgegenüber ebenso wenig in den Fokus wie die Normalität der europäischen Migrationssituation mit ihren umfangreichen räumlichen Bewegungen zur Wahrnehmung von Erwerbs- und Bildungschancen andernorts. Nichts deutet darauf hin, dass sich das im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ändern wird, obgleich nur die Kenntnis der Vielfältigkeit der Migrationsverhältnisse einen Beitrag dazu leisten könnte, einseitige Positionierungen und daraus resultierende Polarisierungen in den gesellschaftlichen Debatten der Zukunft zu vermeiden. ■

Angaben zum Autor

Jochen Oltmer, Dr. phil. habil., ist Apl. Professor für Neueste Geschichte und Migrationsgeschichte sowie Mitglied des Vorstands des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er arbeitet zu deutschen, europäischen und globalen Migrationsverhältnissen in Vergangenheit und Gegenwart.

Jochen Oltmer
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien
Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück
0541 9694365
joltmer@uni-osnabrueck.de
www.imis.uni-osnabrueck.de

1 Hierzu und zum Folgenden: Jochen Oltmer: Migration. Geschichte und Zukunft der Gegenwart. 2. Aufl. Bonn 2020, S. 19–40.
2 Vgl. Friedrich Lenger: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850. 2. Aufl. München 2014, Kap. II u. III.
3 Vgl. Rainer Münz/Wolfgang Seifert/Ralf Ulrich: Zuwanderung nach Deutschland. Frankfurt a. M. 1997, S. 35–42.
4 Vgl. Klaus J. Bade/Jochen Oltmer: Normalfall Migration. Bonn 2004.
5 Vgl. Jochen Oltmer: Migration. In: Handbuch Staat. Hrsg. Rüdiger Voigt. Wiesbaden 2018, S. 1535–1545.
6 Vgl. Ders.: Flucht, Zwangsmigration, Gewaltmigration? Begriffe und Konzepte der Forschung. In: Konfliktfeld Fluchtmigration. Hrsg. Reinhard Johler/Jan Lange. Bielefeld 2019, S. 57–72.
7 Vgl. Richard Black/Michael Collyer: „Trapped" Populations: Limits on Mobility at Times of Crisis. In: Humanitarian Crises and Migration. Hrsg. Susan F. Martin u. a. London 2014, S. 287–305. DOI: 10.4324/9780203797860-14.
8 Vgl. Charles Tilly: Migration in Modern European History. In: Human Migration. Hrsg. William H. McNeill/Ruth S. Adams. Bloomington 1978, S. 48–72, hier S. 72.
9 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2018: Deutschland und Internationales. Hrsg. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 2018, S. 46.
10 Vgl. Jørgen Carling/Francis Collins: Aspiration, Desire and Drivers of Migration. In: Journal of Ethnic and Migration Studies. 44 Jg. (2018), S. 909–926, hier S. 909–913.
11 Vgl. Jørgen Carling/Kerilyn Schewel: Revisiting Aspiration and Ability in International Migration. In: Journal of Ethnic and Migration Studies. 44. Jg. (2018), S. 945–963, hier S. 953f.
12 Vgl. Erind Pajo: International Migration, Social Demotion, and Imagined Advancement. New York 2008, S. 3f.
13 Vgl. Mustafa Emirbayer/Jeff Goodwind: Network Analysis, Culture, and the Problem of Agency. In: American Journal of Sociology. 99. Jg. (1994), S. 411–1453, hier S. 1445f.
14 Vgl. William Petersen: A General Typology of Migration. In: American Sociological Review. 23. Jg. (1958), S. 256–266, hier S. 263.
15 Vgl. Annette Treibel: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. 5. Aufl. Weinheim 2011; Janine Dahinden: A Plea for the „De-Migranticization" of Research on Migration and Integration. In: Ethnic and Racial Studies. 39. Jg. (2016), S. 2207–2225.
16 Vgl. Michael Piore: Birds of Passage. Migrant Labour in Industrial Societies. Cambridge 1979, S. 1–14.
17 Vgl. Thomas Faist: Transnationale Migration als relative Immobilität in einer globalisierten Welt. In: Berliner Journal für Soziologie. 17. Jg. (2007), S. 365–385.
18 Vgl. Hein de Haas: The Myth of Invasion. The Inconvenient Realities of African Migration to Europe. In: Third World Quarterly. 29. Jg. (2008), S. 1305–1322.

Kommunale Integrationspolitik

Von Frank Gesemann und Jannis Gesemann

Migration und Integration sind für viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland bereits seit Jahrzehnten politischer Alltag. Integrationspolitik ist dabei schon längst zu einem festen Bestandteil lokaler Politik geworden: Viele Kommunen haben über die Zeit entsprechende Einrichtungen und Dienste geschaffen, differenzierte lokale Integrationsstrategien formuliert sowie die örtliche Zivilgesellschaft eingebunden. Durch die verstärkte Zuwanderung ab 2010 und die breite Fluchtbewegung ab Sommer 2015 entwickelte sich die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchtgeschichte zu einer der wichtigsten aktuellen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft in Deutschland. Im föderalen Mehrebenensystem der Bundesrepublik Deutschland wird Integrationspolitik als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Gesellschaft, Bund, Ländern und Kommunen sowie einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteuren entwickelt und umgesetzt.

Der Bund und die Bundesländer sind in diesem Kontext insbesondere für die Steuerung der Migration, die Entwicklung allgemeiner Grundlagen der Integrationspolitik, die Gesetzgebung und die Förderung in zentralen Integrationsbereichen verantwortlich. Sie beeinflussen somit die Bedingungen der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die Kommunen verfügen über das Recht der Selbstverwaltung und können ihre eigene Integrationspolitik an die lokalen Bedingungen anpassen und nach eigenen Vorstellungen organisieren. Sie fördern, gestalten und moderieren die Integration und Teilhabe von Eingewanderten sowie die Öffnung der Aufnahmegesellschaft mit erheblichen Anstrengungen direkt vor Ort und leisten damit bis heute einen unverzichtbaren Beitrag. Dieser Artikel gibt einen Überblick über das kommunale Handlungsfeld im Bereich der Integrationspolitik, indem zuerst die Relevanz der lokalen Ebene und die Integrationsanstrengungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen herausgestellt werden. Anschließend werden der Stand der Integrationspolitik in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen dargelegt, bevor zum Abschluss die Schnittstelle zum bürgerschaftlichen Engagement aufgezeigt wird.

Die kommunale Integrationspolitik hat sich zu einem Handlungsfeld mit eigenem Gewicht und zunehmender Professionalisierung entwickelt und wird mittlerweile auf allen Ebenen föderaler Politik weitestgehend anerkannt.

Relevanz der lokalen Ebene

Die Neuausrichtung der Integrationspolitik seit Mitte der ersten Dekade der 2000er-Jahre hat in Städten, Gemeinden und Landkreisen zu einer bemerkenswerten Aufwertung und Vitalisierung der Anstrengungen zur Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte beigetragen. Die kommunale Integrationspolitik hat sich zu einem Handlungsfeld mit eigenem Gewicht und zunehmender Professionalisierung entwickelt und wird mittlerweile auf allen Ebenen föderaler Politik weitestgehend anerkannt. Es ist daher auch unbestritten, dass der lokalen Ebene für die soziale Integration von Einwanderinnen und Einwanderern sowie ihren Nachkommen eine Schlüsselbedeutung zukommt. Die Herausforderungen der gesellschaftlichen Integration werden dabei gemeinsam im Zusammenspiel einer großen Vielfalt von Akteurinnen und Akteuren aus dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich bewältigt. In Städten und Gemeinden, Stadtvierteln und Quartieren erfolgt die Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft sowie in Arbeitsmarkt und Bildungswesen. In der Nachbarschaft und im Wohnumfeld als Begegnungsräume werden die Grundlagen für Anerkennung, Vertrauen und Zusammenhalt gelegt, aber auch Konflikte ausgetragen. Chancen und Herausforderungen von Migration, Integrationserfolge, aber auch Barrieren und Folgen einer mangelnden Integration

von Menschen mit Migrationshintergrund werden also vor allem auf lokaler Ebene deutlich. Die neue Dynamik der kommunalen Integrationspolitik zeigt sich auch durch das verstärkte wissenschaftliche Interesse an diesem Politikfeld, so wird Migration und Integration mittlerweile nicht nur am Beispiel von Großstädten diskutiert, sondern es werden vermehrt auch Klein- und Mittelstädte sowie Gemeinden und Landkreise ländlicher Regionen in den Blick genommen.

Integrationsbeiträge von Städten, Gemeinden und Kreisen

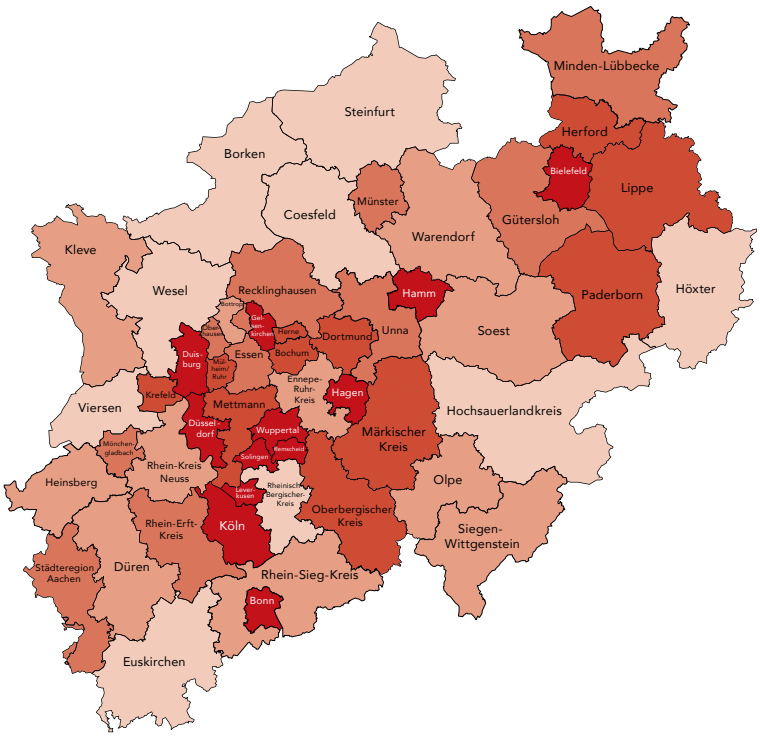
Kommunale Integrationspolitik setzt sehr unterschiedlich an und umfasst eine Vielzahl von Handlungsfeldern. Hierzu gehören insbesondere Angebote zur Förderung der sozialen Integration von Zugewanderten wie Verbesserung von Sprachkompetenzen und Bildungschancen, Erleichterung der Zugänge zu Ausbildung und Arbeitsmarkt, sozialräumliche Integration und Teilhabe, freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auch Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Zusammenhalt, zur Prävention und Moderation von Konflikten sowie zur interkulturellen Öffnung von Behörden und Vereinen in der Gesamtgesellschaft werden von vielen Kommunen initiiert. Sie unterstützen die Integrationsarbeit von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, von Migrantenorganisationen und religiösen Gemeinden. Viele Städte fördern zudem zivilgesellschaftliche Initiativen, die Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete unterstützen oder sich für interkulturelle Begegnungen einsetzen.[1]

Viele, vor allem größere Kommunen verfügen heute über strategisch orientierte Integrationskonzepte, haben das Thema als Querschnittsaufgabe institutionell verankert, investieren in die interkulturelle Öffnung ihrer Verwaltungen und Einrichtungen, richten konsultative Migrations- und Integrationsbeiräte ein, fördern das Engagement von und mit Zugewanderten und unterstützen lokale Migrantenorganisationen sowie Initiativen gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.

Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland

Bereits eine 2012 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Studie zum „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“ zeigte, welche Bedeutung die Kommunen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund beimessen. Zudem wurde durch die Studie deutlich, wie hoch der Verbreitungsgrad eigener, den lokalen Bedingungen angepasster kommunaler Strategien zur Integration von Migrantinnen und Migranten ist und dass die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände zur Gestaltung zentraler Handlungsfelder der kommunalen Integrationspolitik von vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen umgesetzt werden. Die Ergebnisse der Studie zeigten allerdings auch, dass der Stellenwert der kommunalen Integrationspolitik sehr stark von der Gemeindegröße und dem Anteil der Migrantinnen und Migranten beeinflusst wird: Je größer die Gemeinde und je höher der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dem Thema der Integration von Zugewanderten eine hohe Bedeutung zugeschrieben wird.[2]

Die hohe Bedeutung von Integrationspolitik wurde von den Kommunen vor allem mit ressourcenorientierten



Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Privathaushalten in Nordrhein-Westfalen 2017 nach kreisfreien Städten und Kreisen

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Prozent

- unter 21
- 21 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 bis unter 35
- 35 und mehr

Grafik/ 7. Kommentierte Zuwanderungs- und Integrationsstatistik Nordrhein-Westfalen. Ausgabe 2018. Hrsg. Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2019, S. 13.

Gründen wie der demografischen Entwicklung oder unausgeschöpften Potentialen von Eingewanderten in Verbindung gebracht, aber auch – wenn auch deutlich seltener – mit problembezogenen Faktoren wie den Folgekosten mangelnder Integration oder sozialräumlichen Problemlagen. Viele Kommunen versuchten vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Fachkräftemangel die Chancen und Potentiale der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte systematisch zu erschließen. Die Integration von Zugewanderten wandelt sich in diesem Prozess von einer Sonderaufgabe zu einer zentralen Zukunftsaufgabe, in der nicht mehr nur die soziale Integration einer einzelnen Bevölkerungsgruppe, sondern die Entwicklungsperspektiven der ganzen Kommune in den Fokus genommen werden. Integrationspolitik wird zunehmend als Aufgabe gesehen, die stärker mit anderen zentralen Politikfeldern in der Kommune verknüpft wird und zu deren Gestaltung das Spektrum der einzubeziehenden Akteurinnen und Akteure erweitert werden muss.[3]

Seit der Neuausrichtung der Integrationspolitik Anfang der 2000er-Jahre ist insbesondere auf der Grundlage eines bundesweiten Wettbewerbes, der von der Bertelsmann Stiftung und dem Bundesinnenministerium organisiert wurde, ein Kanon von Erfolgsfaktoren entwickelt worden, der für viele Städte, Gemeinden und Landkreise zu einem wichtigen Leitbild in der Integrationspolitik geworden ist. Zu den Erfolgsfaktoren gehören insbesondere die Verankerung von Integration als kommunale Führungs- und Querschnittsaufgabe, die gemeinschaftliche Entwicklung eines strategisch ausgerichteten Konzepts, die Vernetzung aller relevanten Akteurinnen und Akteure in der Kommune, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, die Förderung von Engagement und Beteiligung von Eingewanderten, die Entwicklung eines breiten Angebots integrationsorientierter Maßnahmen, die sozialräumliche Ausgestaltung der Integrationspolitik sowie die Verbesserung von Berichtswesen und Wirkungsmessung.

Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Umsetzung dieser Empfehlungen: Die Kommunen sind sehr aktiv bei Versuchen, lokale Strategien der Integration zu entwickeln, zentrale Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit zu vernetzen, das freiwillige Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen, kommunale Einflussmöglichkeiten der Bildungsförderung auszuschöpfen, benachteiligte Wohnquartiere zu stärken und das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit zu stärken. Entwicklungsbedarfe zeigen sich demgegenüber vor allem in den Handlungsfeldern interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung, Nutzung der wirtschaftlichen Potentiale von Menschen mit Migrationshintergrund, Evaluation und Wirkungsmessung. Die Ergebnisse belegen den hohen Aktivitätsgrad der Kommunen in vielen Handlungsfeldern, deuten aber auch auf Barrieren der Umsetzung hin, die vor allem mit begrenzten Ressourcen, zum Beispiel bei der Neueinstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, Schwierigkeiten des Perspektivwechsels von einer eher problembezogenen zu einer ressourcenorientierten Integrationspolitik sowie einer mangelnden Kultur der Dokumentation, der Evaluation und der Wirkungsorientierung zusammenhängen.[4]

Die enorme Zuwanderung von Asylsuchenden und Geflüchteten in den Jahren 2015/2016 ist in vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen zu einer zentralen Herausforderung geworden. In den ersten Monaten standen Unterbringung und Versorgung im Vordergrund, aber schon bald zeigte sich, dass es vielfältiger Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen

▼ Gelebte Vielfalt: Straßenplakat für ein Fußballturnier der Religionen in Dortmund

Foto / Frank Gesemann

sowie eines abgestimmten Zusammenwirkens von Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft bedarf, wenn Integration und Teilhabe erfolgreich gestaltet werden sollen. Die starke Zuwanderung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass inzwischen auch viele Landkreise sowie Klein- und Mittelstädte der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine hohe Bedeutung zumessen.[5] In einer neuen Studie wird sogar hervorgehoben, dass die Jahre 2015/2016 in den Kommunen für einen „enormen migrationspolitischen Innovationsschub“[6] sorgten, da bestehende kommunale Integrationskonzepte an vielen Orten um die Gruppe der Geflüchteten erweitert werden mussten und bislang wenig durch Migration geprägte Regionen gefordert waren, an die lokalen Bedingungen zur Förderung von Integration und Teilhabe angepasste Konzepte und Strategien zu entwickeln.

5,3 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Migrationshintergrund, das sind 30,1 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2019.

Kommunale Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen

Die Aufwertung des Themas Integration und die Neuausrichtung der Integrationspolitik in Deutschland haben die Chancen zur Entwicklung einer aktiven beziehungsweise strategisch ausgerichteten kommunalen Integrationspolitik deutlich erhöht. Die Bundesländer haben ihre Anstrengungen in den letzten Jahrzehnten verstärkt und unterstützen die Kommunen mittlerweile vor allem durch Beratungs-, Informations- und Vernetzungsangebote. Zusätzlich setzen Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg auch auf Förderprogramme für eine strukturelle Stärkung der kommunalen Integrationspolitik. In Nordrhein-Westfalen wurden bereits im Jahr 2001 zentrale Handlungsfelder der Integrationspolitik, gemeinsame Grundsätze, Forderungen und Ziele festgelegt sowie das Thema Integration als Querschnittsaufgabe definiert. Kein Bundesland in Deutschland ist stärker durch Einwanderung und kulturelle Vielfalt geprägt:[7] 5,3 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Migrationshintergrund, das sind 30,1 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2019.[8] Am höchsten war der Anteil im Jahr 2018 in Wuppertal (40,5 Prozent), gefolgt von Bielefeld und Hagen (jeweils 39,8 Prozent), am niedrigsten ist der Anteil im Kreis Höxter (14,7 Prozent). Ein Meilenstein der nordrhein-westfälischen Integrationspolitik stellt bis heute das im Konsens verabschiedete Teilhabe- und Integrationsgesetz dar, welches im Jahr 2012 in Kraft getreten ist. Es hat die Förderung von Teilhabe und Integration gesetzlich verankert, womit eine „vorausschauende, aktivierende und unterstützende Integrationspolitik für alle Generationen“ ermöglicht wurde.[9] Als wesentliches Element des Gesetzes wird die Stärkung der Integrationskraft der Kommunen durch die Schaffung von Kommunalen Integrationszentren gesehen, die für die Koordination von kommunalen Integrationsaufgaben und die Vernetzung unterschiedlicher Akteure verantwortlich sind. Mittlerweile sind in fast allen Kreisen und in allen kreisfreien Städten Kommunale Integrationszentren eingerichtet worden, durch die bisherige Strukturen erweitert wurden sowie die Integrationsarbeit direkt vor Ort unterstützt wird. Darüber hinaus versucht die Landesregierung mit der 2019 vorgelegten Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030[10] sowie der partizipativen Erarbeitung einer Engagementstrategie[11] die Konzepte für Integration und Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts weiterzuentwickeln. Nordrhein-Westfalen als Einwanderungsland in Deutschland gilt somit allgemein als Vorreiter und Motor einer erfolgreichen Migrations- und Integrationspolitik, die Potentiale erschließt, aber auch Herausforderungen in den Blick nimmt.

Schnittstelle bürgerschaftliches Engagement

Viele Kommunen verfügen über wichtige Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen, auf die sie bei der eigenverantwortlichen Regelung ihrer lokalen Angelegenheiten zurückgreifen können. In einer Befragung von Städten, Gemeinden und Landkreisen[12] konnten Anfang 2016 drei Bündel von Ressourcen aufgezeigt werden, auf die Kommunen in ihrer Politik zur Förderung der Integration von Neuzugewanderten zurückgreifen können: auf die konzeptionelle und strategische Orientierung der Verwaltung, auf eine gute lokale Vernetzung und Kooperationskultur sowie auf das Engagement und die Offenheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen unternehmen daher einiges, um das freiwillige Engagement von und mit Zugewanderten zu fördern, beispielsweise durch die Unterstützung von Willkommensinitiativen, Lotsen-, Mentoren- und Patenprojekte, von Migrantenselbstorganisationen sowie die interkulturelle Öffnung von Vereinen.

Die Ergebnisse der Befragung zur kommunalen Integrations- und Flüchtlingspolitik zeigen, dass die Vernetzung zentraler Akteurinnen und Akteure, die För-

derung des freiwilligen Engagements in der kommunalen Integrationspolitik sowie die Einbindung der Bevölkerung in eine lokale Integrations- und Vielfaltspolitik als die wichtigsten Elemente einer strategisch ausgerichteten Integrationspolitik angesehen werden. Acht von zehn Kommunen halten diese Elemente für sehr wichtig oder wichtig. Erst mit einigem Abstand folgen klassische Steuerungsinstrumente wie die Verankerung von Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung oder die Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte. Allerdings zeigen sich hierbei deutliche Unterschiede nach Gemeindegröße: Bei Kleinstädten und Gemeinden, die im Unterschied zu Groß- und Mittelstädten über weniger hauptamtliche Strukturen verfügen, steht die Förderung des freiwilligen Engagements an erster Stelle, gefolgt von der Vernetzung zentraler Akteurinnen und Akteure und der Einbindung der Bevölkerung.

Integration und Zusammenhalt erfordern von allen Seiten Offenheit und Vertrauen, Wertschätzung von Vielfalt sowie Anerkennung der gesellschaftlichen Grundwerte.

Das im Jahr 2012 in Kraft getretene „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen“ (Teilhabe- und Integrationsgesetz) nimmt ausdrücklich auf das bürgerschaftliche Engagement Bezug: Zu den Grundsätzen gehört in § 2, Absatz 5: „Das bürgerschaftliche Engagement von und für Menschen mit Migrationshintergrund soll in allen Bereichen der Gesellschaft gestärkt werden. Dabei ist auch auf gemeinsame Formen ehrenamtlichen Engagements hinzuwirken, da diese als Grundlage für Begegnung, Verständigung und Gemeinschaft wirken. Dafür ist die interkulturelle Öffnung von Vereinen und Organisationen erforderlich.“[13]

Seit 2016 fördert die Landesregierung mit dem Programm „KOMM-AN NRW“ die Integration von Geflüchteten und seit 2018 auch die Integration anderer Neuzugewanderter in den Kommunen. Im Zentrum steht dabei die Unterstützung und Koordination des freiwilligen Engagements insbesondere durch die Förderung von Ankommenstreffpunkten. Gefördert werden beispielsweise „ehrenamtliche Ansätze der niedrigschwelligen, begleitenden Hilfen für Flüchtlinge und Neuzugewanderte“, die „Bereitstellung von Angeboten des Zusammenkommens und der Orientierung“ sowie Maßnahmen zur Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen. Ein wichtiger Partner für die Umsetzung des Landesprogramms sind die Kommunalen Integrationszentren, die gestärkt werden sollen, um Aufgaben der Koordination besser wahrnehmen zu können.

Die Fördermittel sollen darüber hinaus für die Vernetzung, Unterstützung und Qualifizierung der Ehrenamtlichen genutzt werden.[14]

Fazit und Ausblick

Mit der 2019 vorgelegten Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030 sowie der partizipativen Erarbeitung einer Engagementstrategie entwickelt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ihre ambitionierte Integrationspolitik konzeptionell weiter und verknüpft sie mit Elementen, die für eine erfolgreiche Integration, die Verbesserung der Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wesentlichsind. Hierzu gehören unter anderem die Etablierung eines ganzheitlichen kommunalen Integrationsmanagements, die Öffnung staatlicher Institutionen und Strukturen, die Gestaltung einer „lebendigen Migrationsgesellschaft“ sowie die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Integrationspolitik steht dabei weiterhin im Spannungsfeld verschiedener Interessen und wird auch in Zukunft mit Herausforderungen konfrontiert werden, die nur gesamtgesellschaftlich bewältigt werden können.

Integration und Zusammenhalt erfordern von allen Seiten Offenheit und Vertrauen, Wertschätzung von Vielfalt sowie Anerkennung der gesellschaftlichen Grundwerte. Auf kommunaler Ebene soll das Miteinander gelebt werden, so der Anspruch der Landesregierung. Durch Begegnungen und Dialog können Vorurteile abgebaut und Konflikte gelöst werden. Dabei geht es insbesondere auch „um das Zugehörigkeitsgefühl zu und die Identifikation mit Nordrhein-Westfalen (und Deutschland), Fragen der Identität in der Einwanderungsgesellschaft, die Gestaltung und Pflege von Heimat für alle, eine gemeinsame Erinnerungskultur, die auch die Migrationsgeschichten einschließt, das Zusammenleben im Alltag in Städten und auf dem Lande“.[15]

Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft wird dabei wesentlich von einer aktiven Zivilgesellschaft und einer lebendigen Engagementkultur geprägt sowie von Menschen, die sich vor Ort für ein friedliches Miteinander einsetzen und um ein inklusives Gemeinwesen bemühen. ■

Daten zu Migration und Integration in Nordrhein-Westfalen

- 5,3 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen haben einen Migrationshintergrund. Das sind 30,1 Prozent der Bevölkerung (2019). Am höchsten war der Anteil 2018 in Wuppertal (40,5 Prozent), gefolgt von Bielefeld und Hagen (jeweils 39,8 Prozent). Am niedrigsten ist der Anteil im Kreis Höxter (14,7 Prozent).
- Jüngere Altersgruppen weisen deutlich höhere Migrationsanteile auf als ältere. Bei den unter 15-Jährigen haben 43,8 Prozent, bei den über 64-Jährigen nur 15,5 Prozent einen Migrationshintergrund (2019).
- Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in den Städten des Ruhrgebiets und der Rheinschiene deutlich höher als in den eher ländlich geprägten Kreisen. Am höchsten war der Anteil 2017 in Wuppertal (40,5 Prozent), gefolgt von Bielefeld und Hagen (jeweils 39,8 Prozent), am niedrigsten im Kreis Höxter (14,7 Prozent).
- Fast die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (49,1 Prozent) verfügte 2019 über die deutsche Staatsbürgerschaft. Von den 2,7 Millionen Ausländerinnen und Ausländern haben die meisten eine türkische, syrische oder polnische Staatstangehörigkeit.
- Die Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund (56,9 Prozent) spricht zuhause vorwiegend Deutsch. Als weitere Sprachen folgen Türkisch (9,8 Prozent), Russisch (5,6 Prozent) sowie Arabisch und Polnisch (jeweils 4,3 Prozent).
- Ein hoher Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund verfügt über eine höhere Bildung. Mehr als ein Drittel (37,1 Prozent) haben entweder die Fachhochschulreife (9,4 Prozent) oder die Hochschulreife (27,8 Prozent) erlangt. Zugleich verfügen 12,2 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund über keinen allgemeinbildenden Abschluss.
- Knapp zwei Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (62,7 Prozent) waren 2017 erwerbstätig. 27,4 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund sind in Produktionsberufen tätig und 36,2 Prozent in kaufmännischen und unternehmerischen Dienstleistungsberufen.
- Das Integrationsklima in Nordrhein-Westfalen wird – aufgrund von Daten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration – von Menschen mit und ohne Migration gleichermaßen mehrheitlich positiv bewertet (jeweils 68 Punkte auf einer Skala von 0 bis 100).
- Von Befragten mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen fühlen sich dem Bundesland rund 53 Prozent „voll und ganz" sowie etwa 32 Prozent „eher" zugehörig. Knapp 45 Prozent sind der Meinung, dass das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft in ihrem Bundesland besser funktioniert als im übrigen Deutschland; nur 13,0 Prozent bewerten es als schlechter.

Quellen/ Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: 7. Kommentierte Zuwanderungs- und Integrationsstatistik Nordrhein-Westfalen. Ausgabe 2018. Düsseldorf 2019. www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/7_zuwand-u_integrations_nrw_online.pdf (abgerufen am: 24.08.2020); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Integration in Nordrhein-Westfalen. Sonderauswertung des SVR-Integrationsbarometers 2018. Berlin 2018.

Angaben zu den Autoren

Frank Gesemann, Dr. phil., ist Diplom-Politologe und Mitbegründer sowie Geschäftsführer des Instituts für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) in Berlin. Neben der Evaluation von Programmen und Projekten liegen seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte im Bereich Migration und gesellschaftlicher Wandel, Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen, soziale und interkulturelle Stadtentwicklung, Partizipation von Migrantinnen und Migranten, kommunale Bildungs- und Sozialpolitik sowie gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen.

Jannis Gesemann ist Student der Politikwissenschaft und Nachhaltigkeitswissenschaften sowie studentischer Mitarbeiter an der Leuphana Universität Lüneburg und am Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) in Berlin.

Dr. Frank Gesemann
DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration
Nymphenburger Str. 2, 10825 Berlin
030 81486502
Frank.Gesemann@t-online.de
www.desi-sozialforschung-berlin.de/

Jannis Gesemann
jannisgesemann@googlemail.com

1 Vgl. Frank Gesemann: Kommunale Integrationspolitik. In: Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Hrsg. Heinz Ulrich Brinkmann und Martina Sauer. Wiesbaden 2016, S. 284.
2 Vgl. Frank Gesemann/Roland Roth/Jutta Aumüller: Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland. Studie erstellt für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Berlin 2012.
3 Vgl. ebd.
4 Vgl. Gesemann: Kommunale Integrationspolitik, S. 289.
5 Frank Gesemann/Roland Roth: Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Berlin 2017, S. 21.
6 Vgl. Hannes Schammann u. a.: Zwei Welten? Integrationspolitik in Stadt und Land. Stuttgart 2020, S. 99.
7 Einen anschaulichen Überblick über die Migrationsgeschichte von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 150 Jahren bietet die Darstellung von Christoph Nonn: Kleine Migrationsgeschichte von Nordrhein-Westfalen. Köln 2011.
8 Im Bundesgebiet lebten 2019 insgesamt nach Daten des Statistischen Bundesamtes 21,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 26 Prozent an der Bevölkerung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge definiert: „Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist." Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen: 1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer; 2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte; 3. (Spät-)Aussiedler; 4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen. Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus. Wiesbaden 2017.
9 Teilhabe- und Integrationsbericht Nordrhein-Westfalen. 1. Bericht nach § 15 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2016, S. 33.
10 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2019. www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/rz_broschuere_mkffi_191125_obeschnitt.pdf (abgerufen am: 24.08.2020).
11 Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen 2020. www.engagiert-in-nrw.de/engagementstrategie (abgerufen am: 21.09.2020).
12 Gesemann/Roth: Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten; Dies.: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik.
13 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz). Vom 14. Februar 2012. www.recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000486 (abgerufen am: 24.08.2020).
14 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: KOMM-AN NRW. Programm zur Förderung der Integration von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen. Förderkonzeption von November 2019. www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/KOMM-AN-NRW/index.php (abgerufen am: 24.08.2020).
15 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Nordrhein-Westfälische Teilhabe- und Integrationsstrategie 2030. Düsseldorf 2019, S. 13. www.mkffi.nrw/sites/default/files/asset/document/rz_broschuere_mkffi_191125_obeschnitt.pdf (abgerufen am: 24.08.2020).

▼ Gelebte Vielfalt: Türkische Bäckerei in der Dortmunder Nordstadt.

Foto/ Lea Freudenberg

Integrationsfachdienste und -angebote der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen

Von Christiane Grabe

„Ein alter Rabbi fragte einst seine Schüler, wie man die Stunde bestimmt, in der die Nacht endet und der Tag beginnt. Ist es, wenn man von weitem einen Hund von einem Schaf unterscheiden kann, fragte einer der Schüler. Nein, sagte der Rabbi. Ist es, wenn man von weitem einen Dattel- von einem Feigenbaum unterscheiden kann, fragte ein anderer. Nein, sagte der Rabbi. Aber wann ist es denn, fragten die Schüler. Es ist dann, wenn du in das Gesicht irgendeines Menschen blicken kannst und deine Schwester oder deinen Bruder siehst. Bis dahin ist die Nacht noch bei uns.“[1]

Deutschland ist ein traditionelles Aus- und Einwanderungsland und wird nicht erst seit dem 1961 beschlossenen deutsch-türkischen Anwerbeabkommen durch kulturelle und ethnische Vielfalt seiner Bevölkerung geprägt. Im Jahr 2019 hatten 21,2 Millionen Menschen und somit 26 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund.[2] Auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und Prosperität Nordrhein-Westfalens ist stark mit Zu- und Einwanderung verbunden. 2019 lebten hier 5,3 Millionen Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, das sind rund 30 Prozent der Gesamtbevölkerung.[3] Migration leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der Europäischen Union insgesamt, auch angesichts aktueller und künftiger Herausforderungen wie demografischer Wandel und Arbeitskräftemangel.

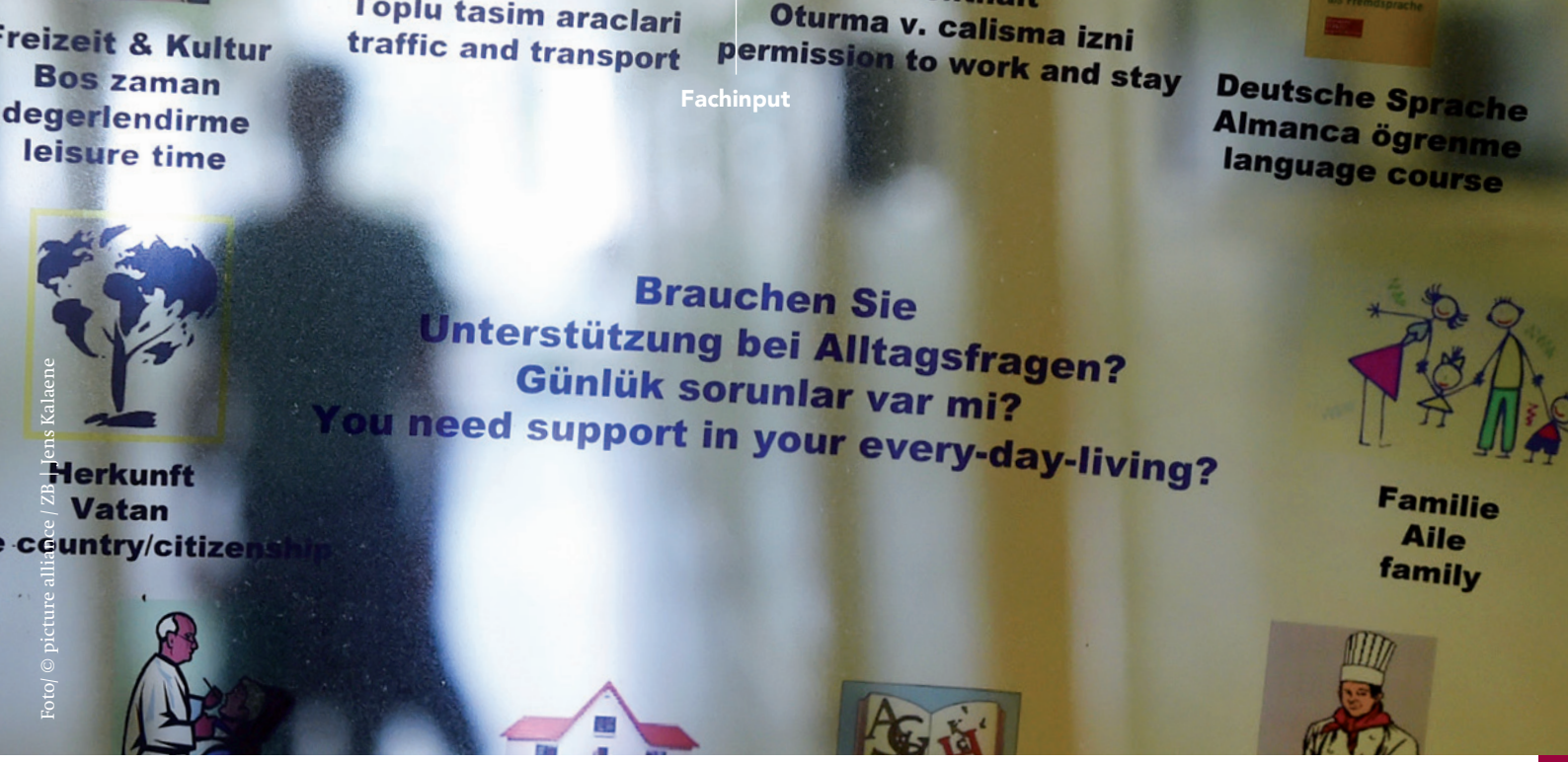
Die Förderung der Integration Zugewanderter ist erst im Zuwanderungsgesetz von 2005 als staatliche Aufgabe festgeschrieben worden.[4] Die bis zur Jahrtausendwende politisch aufrechterhaltene Maxime, Deutschland sei kein Einwanderungsland, blockierte zunächst die Entwicklung einer konzeptionellen öffentlichen Integrationspolitik. Stattdessen delegierte der Staat die Integrationsarbeit über einen langen Zeitraum weitgehend an die Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

„Freie Wohlfahrtspflege“ bezeichnet dabei „die Gesamtheit aller sozialen Hilfen, die auf freigemeinnütziger Grundlage und in organisierter Form in der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden. Freie Wohlfahrtspflege unterscheidet sich einerseits von gewerblichen auf Gewinnerzielung ausgerichteten Angeboten und andererseits von denen öffentlicher Träger“[5] (also beispielsweise von Kommunen).

Die Vorläufer der heutigen Verbände der Wohlfahrtspflege hatten bereits im 19. Jahrhundert mit der „Auswandererfürsorge“ erste Ansätze einer Migrationsberatung entwickelt. Sie erweiterten diese in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – zunächst beauftragt von den Alliierten – in der Betreuung von „heimatlosen Ausländern“ und „displaced persons“. In der jungen Bundesrepublik setzte auch die Betreuung und Beratung von Aussiedlerinnen und Aussiedlern ein. Ab 1955 boten die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege „Ausländerbeschäftigungspolitik“ für ankommende sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, nachziehende Familien sowie in den nachfolgenden Jahren auch verstärkt für Asylsuchende an. Bis zum Jahr 2004 etablierten sich die weiter differenzierten Dienste Aussiedlersozialberatung, Ausländersozialberatung und Jugendmigrationsdienste.

Die Vorläufer der heutigen Verbände der Wohlfahrtspflege hatten bereits im 19. Jahrhundert mit der „Auswandererfürsorge“ erste Ansätze einer Migrationsberatung entwickelt.

Früher als auf der Bundesebene wurde dabei in Nordrhein-Westfalen 2001 mit der „Integrationsoffensive Nordrhein Westfalen“[6] die jahrzehntelange Tradition der Zuwanderung politisch anerkannt und der Grundstein für die heutige Integrationspolitik gelegt. Es war parteiübergreifender Konsens, dass Integration nicht Assimilation bedeuten kann, sondern Zugewanderte den seit jeher bestehenden Pluralismus



Foto/ © picture alliance / ZB | Jens Kalaene

▲ Blick durch eine Folie mit Hinweisen zur Unterstützung bei Alltagsfragen in deutscher, türkischer und englischer Sprache in einem AWO-Begegnungszentrum

unserer Gesellschaft bereichern. Des Weiteren wurden eine Kultur der Anerkennung, ein gleichberechtigtes Miteinander und eine Begegnung von Einheimischen und Zugewanderten auf gleicher Augenhöhe als Ziele einer ernst gemeinten Integrationspolitik implementiert. Daran anknüpfend befördert Nordrhein-Westfalen seitdem eine ausdifferenzierte integrationspolitische Infrastruktur, die staatliche, zivilgesellschaftliche und zugewanderte Akteurinnen und Akteure gleichermaßen beteiligt. Im Rahmen der Neukonzeption der Migrationsberatung auf Bundes- und Landesebene wurden zunächst die Migrationserstberatung und ab 2010 die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer als Angebot der Wohlfahrtspflege bundesweit eingeführt. In Nordrhein-Westfalen schrieb zudem das Teilhabe- und Integrationsgesetz[7] 2012 Kommunale Integrationszentren, Integrationsagenturen in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Deutscher Caritasverband, Arbeiterwohlfahrt, Diakonie Deutschland, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) und Migrantenselbstorganisationen als partnerschaftlich agierende und landesgeförderte Säulen fest.

Nachfolgend werden nun die seitdem von den Landes- beziehungsweise Bezirksverbänden der Freien Wohlfahrtspflege NRW getragenen Integrationsfachdienste und -angebote näher vorgestellt, die dort, wo sie vor Ort vorhanden sind, engagierte und fachkundige Ansprech- und Kooperationspartner für integrationsbezogene und -fördernde Projekte und Aktivitäten sind:

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Das Fachpersonal der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) unterstützt erwachsene Zugewanderte ab 27 Jahren vor, während und nach deren Teilnahme an Integrationskursen in folgenden Themenbereichen:

- individuelle Beratung und Begleitung von Neuzugewanderten und ihren Familien mit einem dauerhaften Aufenthaltsstatus, einschließlich EU-Bürgerinnen und -Bürgern, anerkannten Geflüchteten sowie von Menschen, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist;
- Beratung und Begleitung von bereits länger in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten mit besonderem Förderbedarf zu allen Fragen der Integration, einschließlich der Unterstützung bei Fragen der Aufenthaltsverfestigung, sowie zu Fragen der Familienzusammenführung;
- Förderung des individuellen Integrationsprozesses in den Lebensbereichen Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur sowie Engagement mit dem Verfahren des Case Managements;[8]
- sozialpädagogische Begleitung der Teilnehmenden von Integrationskursen vor, während und nach dem Integrationskurs auch in Verbindung mit Gruppenangeboten und Informationsveranstaltungen;
- Mitarbeit in kommunalen Netzwerken, migrationspolitischen Gremien und Öffentlichkeitsarbeit;
- Mitwirkung bei der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und sozialen Diensten.

Die Beratung orientiert sich dabei an den individuellen Fragen und konkreten Bedürfnissen der Menschen mit dem Ziel, die Ratsuchenden darin zu unterstützen, sich gut in der neuen Heimat einzuleben, die Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig und eigenverantwortlich regeln und sich konstruktiv in das Gemeinwesen einbringen zu können.

Das Projekt „MBE online – mbeon“ ergänzt die klassische Migrationsberatung um eine wohnortunabhängige und niedrigschwellige, datensichere und anonyme Online-Beratung über eine für den Nutzer kostenlose App.[9]

Jugendmigrationsdienste (JMD)

Die Beraterinnen und Berater der bundesweit gut 470 und damit nicht flächendeckend vorhandenen Jugendmigrationsdienste informieren, begleiten und unterstützen junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in ihrer sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration.[10] Zielgruppen sind benachteiligte beziehungsweise individuell beeinträchtigte junge Menschen nach § 13 SGB VIII.[11] Damit verbunden bieten die Jugendmigrationsdienste als Teil des migrationsspezifischen Beratungsangebotes für neu zugewanderte und geflüchtete junge Menschen eine sozialpädagogische Begleitung vor, während und nach den Integrationskursen. Sie agieren als Scharnier zwischen den zahlreichen Angeboten der öffentlichen Hand (beispielsweise der Jobcenter), der Freien Wohlfahrt (zum Beispiel der Integrationskursträger) und den unterschiedlichen Rechtskreisen (wie der Sozialgesetzbücher). Diese individuelle Integrationsförderung mit sozialpädagogischer Beratung und Integrationsförderplanung wird ergänzt durch Gruppenangebote, die den Integrationsprozess unterstützen sowie durch Elternarbeit. Die Fachkräfte beantworten Fragen zum Übergang von der Schule ins Berufsleben, zu lebensweltlichen Themen wie Sport, Freundschaft oder Familie und fördern das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Jugendmigrationsdienste sind anwaltschaftlich für die jungen Menschen in verschiedenen Netzwerken vor Ort aktiv und sind engagierter Teil ihres Sozialraums. Als weitere Aufgabe unterstützen sie die interkulturelle Öffnung von Diensten und Einrichtungen der sozialen Handlungsfelder. Vor Ort sind sie aufgrund ihrer Arbeit mit jungen zugewanderten Menschen essentielle Bündnispartner bei der Integration junger geflüchteter Menschen. Sie werden gefördert durch den beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelten Kinder- und Jugendplan des Bundes und sind Teil der Initiative „JUGEND STÄRKEN“, mit der sich das Bundesministerium deutschlandweit für eine bessere Integration junger Menschen mit schlechteren Startchancen mit und ohne Migrationshintergrund in Schule, Beruf und Gesellschaft einsetzt. In Westfalen gibt es Jugendmigrationsdienste unter anderem in Dortmund, Hamm, Münster, Olpe, Arnsberg, Paderborn, Bielefeld und Herford.

Im Modellprojekt „Jugendmigrationsdienst im Quartier“ wird an 16 Standorten mit besonderem Entwicklungsbedarf erprobt, wie die Lebenssituation und -welt der Bewohnerinnen und Bewohner verbessert und das soziale Zusammenleben gestärkt werden kann. Junge Menschen können in gemeinsamen Aktivitäten ihr Quartier mitgestalten: Die Mikroprojekte reichen von interkulturellem Kochen über ein Theaterprojekt bis hin zur Abhaltung einer Jugendkonferenz. Das noch bis Ende 2021 laufende Projekt hat in Nordrhein-Westfalen aktuell nur in Wuppertal einen Standort.[12]

Analog zu „MBE online – mbeon“ ist „jmd4you“ die Onlineberatung der Jugendmigrationsdienste, eine deutschlandweit erste Online-Anlaufstelle speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 12 und 27 Jahren. Sie ergänzt die Beratungsangebote der Jugendmigrationsdienste vor Ort und bietet eine flächendeckende Begleitung, professionell, anonym und mehrsprachig. Gefördert wird das Projekt „jmd4you“ vom europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)[13] und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

▼ Kinderfreizeit des Caritas-Verbandes in einer Flüchtlingsunterkunft der Stadt Münster

Foto/ Martin Albermann © LWL-Medienzentrum für Westfalen

Integrationsagenturen NRW

Seit 2007 fördert das Land Nordrhein-Westfalen Integrationsagenturen für die Belange von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.[14] Aufgabe der aktuell rund 190 Integrationsagenturen (IA) ist es, die gesellschaftliche Teilhabe von zugewanderten Menschen zu verbessern und das friedliche und respektvolle Miteinander in Nachbarschaft und Quartier zu stärken. Die Integrationsagenturen verstehen sich dabei als Vermittler und Vernetzer zwischen Zugewanderten, Einheimischen und den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren im Sozialraum wie Familienzentren, Kindertagesstätten, Schulen, Kultureinrichtungen, Behörden oder lokalen Betrieben mit dem Ziel, gegenseitige Vorurteile abzubauen sowie Akzeptanz und einen wertschätzenden Umgang mit Vielfalt zu fördern.

In den Integrationsagenturen arbeiten Fachkräfte in den Feldern:

- Interkulturelle Öffnung von Diensten und Einrichtungen: Diese werden beispielsweise im Rahmen interkultureller Trainings oder durch die Entwicklung von kultursensiblen pädagogischen Konzepten darin unterstützt, Haltungen zu reflektieren und zu verändern und ihre Angebote kultursensibel zu gestalten, sodass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft diese wahrnehmen können.
- Sozialraumorientierte Arbeit: Auf der Grundlage einer Sozialraumanalyse werden in Abstimmung mit anderen Akteuren, Gruppen und Initiativen (beispielsweise im Rahmen von Sozialraumkonferenzen, Runden Tischen oder themenbezogenen Arbeitsgruppen) bedarfsorientierte Angebote gestaltet und Räume und Gelegenheiten für Austausch und Begegnungen geschaffen. Ausgehend von den Integrationsagenturen gibt es zum Beispiel interkulturelle und generationenübergreifende Chöre, Nachbarschaftsfeste, Bildungsprojekte und Unterstützungs- sowie Patenschaftsangebote für älter werdende Menschen oder auch für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in den Quartieren.
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sowie Potentialerschließung für die Integrationsarbeit: Bürgerschaftliches Engagement kann nicht nur Neuankommenden das Ankommen und Orientieren in der neuen Heimat erleichtern, sondern bietet darüber hinaus die Chance, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern. Gleichzeitig kann es Unterstützungs-, Freizeit- und Kulturangebote für die Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren flankieren und so Lebensqualität und nachbarschaftliches Miteinander stärken. Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie lokale Vereine und Initiativen insbesondere im Bereich der Migrantenselbstorganisationen werden daher durch Beratung, Supervision und Qualifizierung in ihrem Engagement unterstützt, etwa in der Ausgestaltung ihrer Kinder- und Jugendarbeit oder der Entwicklung von gesundheits- und bewegungsfördernden Angeboten in den Wohnquartieren.
- Antidiskriminierung: Latente und offene Diskriminierung findet in nahezu allen Lebensbereichen – in der Arbeitswelt, am Wohnungsmarkt, in Bildungseinrichtungen und in der Gesundheitsversorgung – statt. Sie schränkt die hiervon Betroffenen in ihrem sozialen, politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben ein und kann Rückzug und Krankheit befördern. Eine Aufgabe der Integrationsagenturen ist es, auf strukturelle und konkrete Formen von Diskriminierung hinzuweisen und zu ihrem Abbau beizutragen, beispielsweise im Rahmen der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen gegen Diskriminierung vor Ort oder durch Trainings zur Sensibilisierung und Förderung eines vorurteilsbewussten Denkens und Handelns.

Foto/ Martin Albermann © LWL-Medienzentrum für Westfalen

▲ Heimverschönerungsaktion für Familien im Flüchtlingsheim Hoppengarten in Münster

Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

Seit 2009 arbeiten die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit unter dem Dach der Integrationsagenturen NRW sowohl mit landesweiter Zuständigkeit als auch angebunden an die jeweiligen Städte und Kreise.

Die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit

- beraten Menschen, die von rassistischer, ethnischer und religiöser Diskriminierung betroffen sind,
- unterstützen Institutionen und Organisationen bei der Erarbeitung von Antidiskriminierungskonzepten,
- begleiten und stärken im Rahmen von Einzelfallberatung Menschen mit Rassismuserfahrungen,
- dokumentieren Beratungsfälle, erforschen Diskriminierungsfelder, erstellen Fachinformationen und stehen als Expertinnen und Experten zur Verfügung,
- führen Kampagnen zum Abbau von Vorurteilen und gegen Rassismus durch und geben Newsletter und Studien heraus.

Auch vor dem Hintergrund zunehmender Polarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft werden die zurzeit landesweit 13 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit 2020 weiter ausgebaut auf nun insgesamt 43 – insbesondere, um Versorgungslücken in ländlichen Regionen zu füllen und die Angebote weiter zu stärken und zu qualifizieren.

Interkulturelle Zentren

Interkulturelle Zentren sollen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Orte des gemeinsamen kulturellen Hintergrundes bieten und dem Aufbau eines positiven Wir-Gefühls dienen. Sie sollen zudem ermöglichen, Fortbildungsangebote in einem vertrauten Umfeld wahrzunehmen. Interkulturelle Zentren dienen außerdem als Orte der Begegnung für Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner unterschiedlicher Herkunft. Zahlreiche kulturübergreifende Aktivitäten und Projekte, die häufig in Kooperation mit anderen Handelnden im Sozialraum gestaltet werden, fördern das Kennenlernen, das Zusammenleben in Vielfalt sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.[15]

▼ Litfaßsäule mit der Aufschrift „Guten Morgen – Du bist willkommen" 2015 in Halle (Westfalen)

▲ Ankündigung eines Deutschkurses nur für Frauen in Dortmund

Foto/ picture alliance / AP Images | Frank Augstein

Soziale Beratung von Flüchtlingen

Von den in Nordrhein-Westfalen lebenden etwa 2,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländern sind nach Auskunft des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 164.000 Menschen im Besitz einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die soziale Beratung von Flüchtlingen, die nicht über einen auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel verfügen.[16] Im Rahmen der Beratungsangebote werden den Menschen Perspektiven und Strategien zur Bewältigung sozialer und psychischer Probleme, die oft mit dem plötzlichen Verlust von Heimat, Familie, Freunden, Beruf und Einkommen sowie traumatischen Erlebnissen auf der Flucht verbunden sind, vermittelt. Häufig sind die professionellen Beratungsleistungen vor Ort in vielfältige Netzwerke ehrenamtlich engagierter Bürger und Bürgerinnen eingebunden. Die ehrenamtlich Engagierten erleichtern nicht nur das Ankommen und Leben am neuen Standort, sondern unterstützen die Geflüchteten auch dabei, sich zu engagieren und für das Gemeinwohl einzubringen. Im Programm der sozialen Beratung von Flüchtlingen bieten insbesondere die Angebote der Regionalen Flüchtlingsberatung und der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, angebunden an die örtlichen Wohlfahrtsträger und an die Kirchengemeinden, Andock- und Kooperationsmöglichkeiten für gemeinsame Projekte.

Foto/ picture alliance / JOKER | Paul Eckenroth

Regionale Flüchtlingsberatung

Die Mitarbeitenden in den Regionalen Flüchtlingsberatungsstellen geben Hilfestellung bei asyl-, aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen. Sie bieten Unterstützung im sozialen, psychischen, gesundheitlichen und persönlichen Bereich und schließen dabei Themen wie Familienzusammenführung, Unterstützung der Aufnahme und Eingliederung in den Städten und Gemeinden, der sozialen Versorgung oder Gesundheitsfragen ein. Ebenso entwickeln und begleiten sie Projekte und Gruppenangebote vor Ort, zum Beispiel für geflüchtete Frauen oder Kinder und Jugendliche. Die Orientierung am Gemeinwesen ist dabei handlungsleitend. Die Regionale Flüchtlingsberatung arbeitet zudem eng mit Ehrenamtlichen zusammen und fördert somit das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Flüchtlingen.

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit – Ehrenamtskoordination

Ehrenamtliches Engagement war stets der Grundpfeiler der Flüchtlingsarbeit in Deutschland. Mit dem vermehrten Ankommen von Asylsuchenden seit 2014 und den Folgejahren wurde die Bedeutung des aktiven Engagements durch die hohe Hilfsbereitschaft von Millionen Menschen besonders sichtbar. Sie ermöglichen und verstärken noch heute vielerorts die Erstversorgung der Geflüchteten, begleiten die Navigation durch das deutsche (Asyl-)System, unterstützen auf dem Bildungs- und Berufsweg, geben Sprachunterricht, suchen Wohnungen und sind unentbehrlich im Inklusionsprozess von Gesellschaft und neu Ankommenden. Auch beim Einfordern der Rechte von Asylsuchenden sind sie wichtige Mitstreitende. Ehrenamtlich Engagierte sind essentielle Mitgestalterinnen und Mitgestalter einer willkommen heißenden Gesellschaft. Viele Engagierte sind selbst nach Deutschland zugewandert und bringen sich für das Zusammenleben ein.[17]

Die Koordination ehrenamtlicher Flüchtlings- und Integrationsarbeit ist vor Ort zuständig für die fachliche Begleitung, Unterstützung und Weiterbildung von Ehrenamtlichen im komplexen Arbeitsfeld von Flucht, Integration und Gemeinwesenarbeit in den Diensten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege und der Kirchengemeinden. Die Mitarbeitenden beraten Ehrenamtliche in ihrer Tätigkeit, koordinieren Netzwerke und organisieren Unterstützung für und mit geflüchteten Menschen. Die Aufgaben sind höchst heterogen und an die Bedarfe der Menschen vor Ort angepasst. Das können Willkommenscafés, Kleiderkammern, Sprachlernprojekte, Mentoringprogramme zum Beispiel zur Begleitung beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf und vieles weitere sein –

Ehrenamtliches Engagement war stets der Grundpfeiler der Flüchtlingsarbeit in Deutschland.

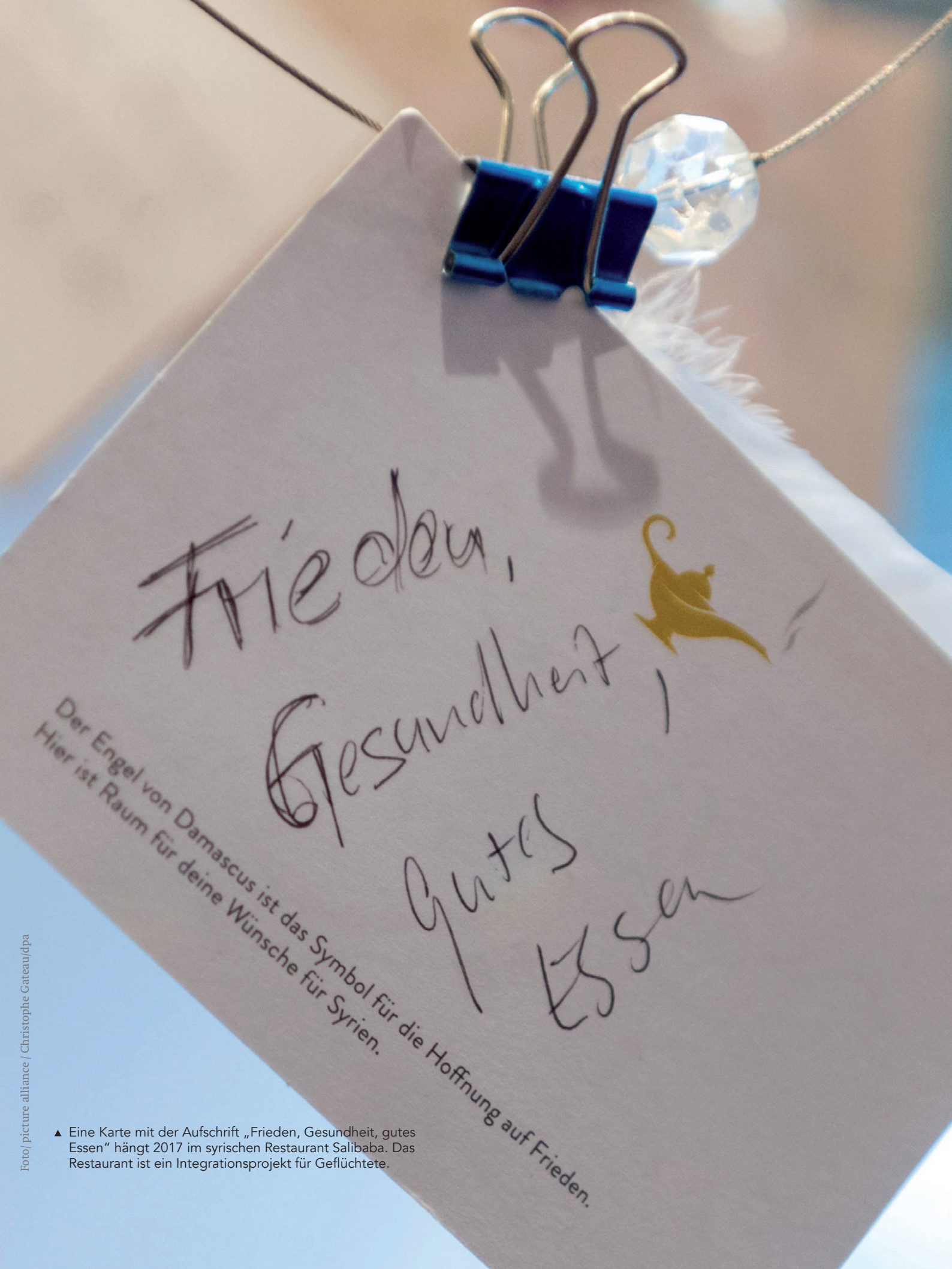
mit vielen möglichen Schnittstellen zur Arbeit der Ehrenamtlichen in den örtlichen Heimatvereinen und ihren Dachverbänden auf der Landesebene. So sind die genannten Beispielprojekte immer auf die Mitwirkung von Ehrenamtlichen angewiesen und können ohne diese nicht getragen werden. Ziel der Ehrenamtskoordination ist, die ehrenamtliche Arbeit in einer Weise zu begleiten, dass sie die Aufnahme und Teilhabe geflüchteter Menschen fördert und dabei gleichzeitig die ehrenamtlich Tätigen motiviert, stützt und vor eigener Überforderung schützt. ■

Angaben zur Autorin

Christiane Grabe, Dipl.-Ing. Raumplanung und Coach, ist Referentin beim Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. – Diakonie RWL und dort im Arbeitsfeld Flucht, Migration und Integration zuständig für die Koordination der Integrationsagenturen im Verbandsbereich der Diakonie RWL. Ihre Schwerpunkte sind Sozialraumorientierung in der Integrationsarbeit, Konfliktmanagement und die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen.

Christiane Grabe
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.
– Diakonie RWL
Lenaustraße 41, 40470 Düsseldorf
0211 6398-650
c.grabe@diakonie-rwl.de
www.diakonie-rwl.de

1 Ernst Tugendhat: Ethik und Politik. Vorträge und Stellungnahmen aus den Jahren 1978–1991. Frankfurt a. M. 1992, S.64–65.
2 Statistisches Bundesamt: Bevölkerung. Migration und Integration. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html (abgerufen am: 06.08.2020).
3 Landesbetrieb Information und Technik NRW: Statistik – Gebiet und Bevölkerung. www.it.nrw/statistik/gesellschaft-und-staat/gebiet-und-bevoelkerung (abgerufen am: 06.08.2020).
4 Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz – ZuWG). www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzestexte/DE/Zuwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (abgerufen am: 06.08.2020).
5 www.bagfw.de/ueber-uns/freie-wohlfahrtspflege-deutschland# (abgerufen am: 15.09.2020).
6 Im Rahmen der Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen vom 19. Juni 2001 verständigten sich alle damals im Landtag vertretenen Parteien (SPD, CDU, FDP und GRÜNE) auf zentrale Handlungsfelder der Integrationspolitik, gemeinsame Grundsätze, Forderungen und Ziele. Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen. Drucksache 13/1345. 19.06.2001.
7 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz), 14.02.2012. www.recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000486 (abgerufen am: 31.08.2020).
8 Case Management ist in der sozialen Arbeit eine Verfahrensweise zur Abstimmung, Koordinierung und Bewerkstelligung der nötigen Unterstützung, Begleitung, Behandlung, Förderung und Versorgung einer Klientin oder eines Klienten innerhalb der einzelnen Bereiche des Sozial- und Gesundheitswesens und in seinem persönlichen Lebensumfeld. Vgl. allgemein: Case Management in der Sozialen Arbeit. Hrsg. Corinna Ehlers/Wicher Broer. Opladen u. a. 2013.
9 Gefördert wird die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Teil des migrationsspezifischen Beratungsangebots gemäß § 45 Aufenthaltsgesetz (AufenthG). www.gesetze-im-internet.de/aufenthg_2004/BJNR195010004.html (abgerufen am: 31.08.2020).
10 Umfassende Informationen zum Jugendmigrationsdienst finden sich auf der Homepage www.jugendmigrationsdienste.de/ (abgerufen am: 17.08.2020); zum Modellprojekt Jugendmigrationsdienst auf der Webseite www.jmd-im-quartier.de/ (abgerufen am 17.08.2020).
11 Sozialgesetzbuch (SGB) – Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe, § 13 Jugendsozialarbeit.
12 Das Modellprojekt „Jugendmigrationsdienst im Quartier" wird vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.
13 Der europäische Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) fördert die Teilnahme von Zugewanderten aus Nicht-EU-Staaten am ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Leben.
14 Standorte und Ansprechpartner der Integrationsagenturen und Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit NRW findet man auf der Webseite www.integrationsagenturen-nrw.de/ (abgerufen am: 17.08.2020).
15 Sowohl die Integrationsagenturen NRW als auch die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit und die interkulturellen Zentren werden durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) NRW gefördert.
16 Landesprogramm NRW „Soziale Beratung von Flüchtlingen" des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) NRW.
17 Der von der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe in Kooperation mit der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche herausgegebene Wegweiser „Unter dem Schatten deiner Flügel" für die ehrenamtliche Arbeit mit Geflüchteten vermittelt unter anderem Hintergrundwissen zu den Themen Flucht und Asyl, gibt Hinweise für den interkulturellen Umgang und zeigt verschiedene Aufgaben der Ehrenamtsarbeit auf. www.kircheundgesellschaft.de/fileadmin/Dateien/Das_Institut/FMI_Integration/Diakonie_-_Unter_dem_Schatten_Web.pdf (abgerufen am: 17.08.2020).



▲ Eine Karte mit der Aufschrift „Frieden, Gesundheit, gutes Essen" hängt 2017 im syrischen Restaurant Salibaba. Das Restaurant ist ein Integrationsprojekt für Geflüchtete.

Foto/ picture alliance / Christophe Gateau/dpa

Interviews

Ein Gespräch mit:

Serap Güler

Staatssekretärin für Integration beim Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in Nordrhein-Westfalen

Foto/ Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration in Nordrhein-Westfalen, H. Severin

Frau Güler, Sie kennen Ministerpräsident Armin Laschet schon aus der Zeit, als er selbst noch (der erste) Integrationsminister des Landes Nordrhein-Westfalen war. 2017 hat er Sie zur Staatssekretärin für Integration berufen. Welche Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer Arbeit?

Unsere Integrationspolitik folgt einem klaren Ziel: Nordrhein-Westfalen zur Heimat für alle hier lebenden Menschen zu machen. Wer aus der Türkei oder aus Syrien eingewandert ist, soll sich genauso zugehörig fühlen wie derjenige, dessen Familie seit Generationen in Nordrhein-Westfalen lebt. Das ist auch der Kern unserer Kampagne #IchDuWirNRW, bei der Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen gemeinsam sagen: Das hier ist unser Land, hier will ich gerne leben und die Gesellschaft voranbringen. Es freut mich daher besonders, dass wir 2019 in Nordrhein-Westfalen so viele Einbürgerungen wie seit über zehn Jahren nicht mehr hatten. Unsere Aufgabe als Landesregierung ist es, rechtlich und politisch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte unser tolles Land als ihre Heimat annehmen. Deswegen bezeichnen wir unser Integrationsministerium auch als Chancenministerium. Damit sind wir auch bei Armin Laschet, der als Integrationsminister den Begriff der „Aufsteigerrepublik“ geprägt hat. Denn genau darum geht es: Zugehörigkeit fördern, Chancen schaffen, Aufstieg ermöglichen.

Aufgrund der Migrationsgeschichte Ihrer Eltern, die aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind, haben Sie auch einen ganz persönlichen Bezug zur Thematik Integration. Was ist aus Ihrer Sicht wichtig für eine gelingende gelebte Vielfalt, insbesondere, wenn Sie an die eigenen familiären Erfahrungen denken?

Ich bin zuerst einmal meinen Eltern unendlich dankbar dafür, dass sie den Grundstein für den Weg gelegt haben, den ich gegangen bin. Dass ich heute Staatssekretärin im größten deutschen Bundesland bin, ist auch ihr Verdienst. Sie haben hart gearbeitet, sie haben zusammengehalten, Schwierigkeiten überwunden und dabei ganz gewiss auch manchmal Zweifel gehabt, ob Deutschland das richtige Land für die Familie ist. Rassismus und Diskriminierung sind für Menschen mit Einwanderungsgeschichte ja nichts Abstraktes, sondern oft sehr reale Alltagserfahrungen, insbesondere dann, wenn man aus einem muslimischen Land kommt. Aber meine Eltern haben es geschafft und darauf können sie stolz sein, ebenso wie wir als Gesellschaft stolz auf die erste Einwanderergeneration sein können. Leider zeigen wir ihr diesen Respekt viel zu selten. Denn nur so können Integration und Miteinander gelingen: anderen Menschen Anerkennung zollen, keine lauten Parolen herausposaunen, sondern mit Neugier für das Gegenüber immer wieder den Dialog suchen.

Ohne Konflikte ist ein gemeinschaftliches Zusammenleben nicht vorstellbar. Konflikte müssen ausgehalten und gelöst werden.

Nordrhein-Westfalen ist ein in Geschichte und Gegenwart durch Migration geprägtes Land, das enorm von dieser kulturellen Fülle und Diversität profitiert hat. Neben Erfolgen im Zusammenleben sind aber immer wieder auch Konflikte und Spannungen zu verzeichnen. Wie können wir diese Herausforderungen aktiv und konstruktiv gemeinsam angehen?

Ohne Konflikte ist ein gemeinschaftliches Zusammenleben nicht vorstellbar. Konflikte müssen ausgehalten und gelöst werden. Denn nur dann können wir uns als offene Gesellschaft weiterentwickeln. Wir können dazu beitragen, indem wir eine gemeinsame Wertebasis pflegen und erhalten. Wir müssen sie aber auch den Menschen, die nach Deutschland einwandern, aktiv vermitteln und vorleben. Dazu kann die Debatte oder der Streit hilfreich sein. Der ehemalige Abteilungsleiter im Integrationsministerium und Soziologe, Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani, vertritt sehr pointiert die These, dass gerade der zivilisiert ausgetragene Streit so etwas wie die Leitkultur der Bundesrepublik ist. Von diesem Streit wurden die Einwanderinnen und Einwanderer aber lange ausgeschlossen. Sie saßen nicht mit am Verhandlungstisch. Es wurde über sie entschieden, ohne sie zu beteiligen. Das ist heute erfreulicherweise anders. Menschen mit Einwanderungsgeschichte fordern ihre Rechte ein. Das ist genau der richtige Weg, eine mündige Einwanderungsgesellschaft ohne patriarchale Bevormundung zu werden.

Der Westfälische Heimatbund e. V. (WHB) als Dachverband von rund 570 Bürger- und Heimatvereinen sowie 700 ehrenamtlichen Heimatpflegerinnen und Heimatpflegern vertritt etwa 130.000 Menschen, die sich bürgerschaftlich für die Pflege und den Erhalt des kulturellen und landschaftlichen Erbes einsetzen. Wie beurteilen Sie ehrenamtliches Engagement für das Funktionieren von Integration?

Unsere Gesellschaft lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Der Staat allein wäre überfordert, wenn sich Menschen nicht freiwillig für andere einsetzen. Für diesen Einsatz bin ich sehr dankbar. Dass uns die Integration der Flüchtlinge viel besser gelingt, als es die vielen Pessimisten und Populisten vorhergesagt haben, liegt ganz wesentlich an den freiwilligen Helferinnen und Helfern. Auch in der Corona-Pandemie sehen wir, wie Menschen füreinander einstehen: Für Personen, die einer Risikogruppe angehören, werden Einkäufe erledigt, älteren Menschen wird Essen vorbeigebracht, man singt gemeinsam auf den Balkonen. Das ist ja genau das, was die Populisten von rechts so stört, die auf Spaltung und Schuldzuweisung setzen und nun Zusammenhalt und Solidarität erleben. In diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch den Westfälischen Heimatbund, die vielen Heimatvereine, Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger einschließen. Ich finde es großartig, dass sich der Westfälische Heimatbund offensiv von einer populistischen Inanspruchnahme des Heimatbegriffes abgrenzt und sich für ein integratives, weltoffenes Heimatverständnis einsetzt. Daher ist es besonders schade, dass die Tagung „Heimat für alle – Engagement für Integration“ wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste.

Wo sollte es Ihrer Meinung nach (mehr) Schnittstellen zwischen Politik und Ehrenamt in diesem Bereich geben? Wie kann und sollte die Landespolitik ehrenamtliches Engagement unterstützen?

In Nordrhein-Westfalen engagieren sich rund sechs Millionen Menschen unentgeltlich und freiwillig für das Gemeinwohl. Der Großteil des freiwilligen Engagements findet vor Ort in der Nachbarschaft statt. Dieses Engagement fördert maßgeblich das Miteinander in unserer Gesellschaft und verdient daher unsere besondere Anerkennung und Wertschätzung. Mit

Es ist gut und richtig, Traditionen und Bräuche zu pflegen. Das darf aber nie um den Preis der Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft und Kultur geschehen.

Andrea Milz als Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt in der NRW-Staatskanzlei hat das bürgerschaftliche Engagement eine starke Fürsprecherin in der Landesregierung. Im Juni 2018 haben wir eine Engagementstrategie gestartet, bei der sich alle Interessierten beteiligen können. Ich empfehle daneben allen die Webseite www.engagiert-in-nrw.de. Auch wir im Integrationsministerium fördern das zivilgesellschaftliche Engagement auf vielfache Weise, beispielsweise in der Flüchtlingsarbeit und für Neuzugewanderte. In Zusammenarbeit mit den Kommunen und Trägern der Freien Wohlfahrtspflege stellen wir mit dem Landesprogramm KOMM-AN NRW sicher, dass Ehrenamtliche auch in Zukunft verlässliche Ansprechpartnerinnen und -partner vor Ort finden, die ihren Einsatz unbürokratisch unterstützen und fachlich begleiten. Daneben unterstützt das Integrationsministerium die vielen Migrantenselbstorganisationen in Nordrhein-Westfalen auf vielfältige Weise.

Wenn Ihnen der Begriff des Heimatvereins begegnet, woran denken Sie dann? Hatten Sie bereits Berührungen oder Kontakte zu Heimatvereinen? Wenn ja, in welcher Form?

Ich sehe meine Aufgabe als Staatssekretärin darin, Ansprechpartnerin für Menschen und Organisationen zu sein, die sich vor Ort für Integration und Teilhabe einsetzen. Ich habe unser Bundesland in den vergangenen Jahren noch viel intensiver kennenlernen dürfen. Ich habe nicht gezählt, aber gefühlt war ich schon mindestens einmal in jeder der 396 Kommunen in NRW. Vor der Corona-Pandemie kam ich täglich mit Menschen aus Verbänden, Vereinen, Religionsgemeinschaften, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen. Auch zu Heimatvereinen habe ich häufig Kontakt. Die Arbeit, die dort geleistet wird, ist sehr wichtig.

Inwiefern beurteilen Sie rechtspopulistische Tendenzen und Bewegungen als Gefährdung für ehrenamtliche Integrationsarbeit? Was nehmen Sie hierbei als Staatssekretärin an aktuellen Entwicklungen wahr?

Wir alle sind gefordert, entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen. Deutschland darf nie wieder ein Land der Ausgrenzung und Verfolgung werden. Gerade weil es so viele engagierte Streiterinnen und Streiter für die Demokratie gibt, stimmt mich das positiv. Ich neige nicht zur Schwarzmalerei: Die große Mehrheit der Menschen in unserem Land ist mit den demokratischen Parteien und ihren Vertreterinnen und Vertretern durchaus zufrieden. Das zeigen die Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen deutlich. Bei der Landtagswahl 2017 erhielt die AfD 7,4 Prozent. CDU, SPD, Grüne und FDP – also die Parteien der demokratischen Mitte – brachten es zusammen auf 83,2 Prozent. So viel Enttäuschung und Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien wie zuweilen behauptet wird, gibt es gar nicht. Und jetzt in der Corona-Pandemie, wenn es wirklich um etwas geht, dann kehren die unzufriedenen Bürgerinnen und Bürger auch wieder zu den Parteien der Mitte zurück. Ich bin sicher, dass sich gute Sacharbeit, die das Leben der Menschen verbessert, langfristig immer auszahlt. Denn genau darin ist die AfD schwach. Sie sucht nicht nach Lösungen, sie sucht nach Schuldigen.

Damit verbunden ist nicht selten der Versuch von rechten Kreisen, den Heimatbegriff für sich zu nutzen und so auszulegen, dass viele Menschen ausgegrenzt werden. Was können Sie Heimatakteurinnen und Heimatakteuren raten, um sich gegen eine solche Vereinnahmung zur Wehr zu setzen?

Ich rate ihnen, das Heimatverständnis nicht zu verengen, nicht zu musealisieren, sondern offen zu halten, damit es möglichst vielen Menschen die Chance zur Identifikation eröffnet. Wenn das nicht gelingt, wenn man Heimat mit Homogenität gleichsetzt und gegen Einwanderung und Diversität in Stellung bringt, dann hat der Heimatbegriff keine Zukunft. Es ist gut und richtig, Traditionen und Bräuche zu pflegen. Das darf aber nie um den Preis der Ausgrenzung von Menschen anderer Herkunft und Kultur geschehen. Heimatvereine können eine ganz wichtige Integrationsaufgabe erfüllen. Sie sind die kompetenten Ansprechpartner für das lokale Leben, für Kultur und Natur und damit bestens geeignet, Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu unterstützen. Ich wünsche mir ein inklusives Heimatverständnis.

Einige Heimatvereine gehen bereits mit gutem Beispiel voran und haben selbst Projekte ins Leben gerufen, um zum einen neu hinzugezogene Menschen beim Ankommen zu unterstützen und zum anderen einen Austausch auf Augenhöhe herbeizuführen. Der WHB möchte diese bereits begonnen Initiativen Einzelner aufnehmen und mit seinem derzeitigen Projekt „Heimat für alle – Heimatvereine als Brückenbauer für Integration“ weitere – langfristig ausgerichtete – Unterstützung anbieten, damit Neubürgerinnen und Neubürger aktiv an der Gestaltung ihrer neuen Heimat partizipieren können. Welche Tipps und Hinweise können Sie uns für unser Projekt mit auf den Weg geben?

Das sind großartige Ansätze und Initiativen. Ich ermuntere alle Beteiligten, diesen Weg weiterzugehen. Mein Ratschlag: Begegnen Sie aktiv Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Neuankommenden ebenso wie jenen , die schon in zweiter oder dritter Generation hier leben. Suchen Sie selbst den Kontakt etwa zu den 54 Kommunalen Integrationszentren, zu den 190 Integrationsagenturen im Land oder den vielen Migrantenselbstorganisationen. Gute Ansprechpartner sind auch die vor Ort tätigen Integrationsräte. Auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Integrationsministerium stehen gerne beratend zur Seite. Nordrhein-Westfalen war schon immer ein weltoffenes Land. Diese Vielfalt hat uns stark gemacht. So soll es auch in Zukunft bleiben. ■

Information und Kontakt

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf
0211 837-02
poststelle@mkffi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Ein Gespräch mit:

Ioanna Zacharaki

Referentin für Integration und Interkulturalität, Koordination der Integrationsagenturen NRW beim Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe

Foto/ Sofia Eleftheriadi-Zacharaki

Gerade heute, bei der Bewältigung globaler und sozialer Herausforderungen wie Armut, Krieg oder Klimawandel, braucht die Gesellschaft dringend Menschen, die das soziale Engagement als prioritäre Aufgabe für ihr Leben betrachten.

Frau Zacharaki, seit 1994 arbeiten Sie als Referentin für Integration und Interkulturalität bei der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Wo liegen Tätigkeitsfelder der Diakonie im Bereich Integration und welche Schwerpunkte beinhaltet Ihre Arbeit?

Unser Geschäftsfeld gliedert sich in zwei Bereiche: Wir haben zum einen das Handlungsfeld „Flucht“ zur Unterstützung örtlicher Beratungsstellen und von Trägern bei der verfahrensrechtlichen und sozialen Beratung für Asylsuchende und für Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt. Im Handlungsfeld „Migration und Integration“ werden zum anderen örtliche Beratungsstellen und Träger bei der Antidiskriminierungsarbeit sowie bei der Beratung von neuzugewanderten Menschen und bereits länger in Deutschland lebenden Personen, insbesondere bei Themen wie Aufenthalt, Sprachkursen, Zugang zu Arbeit und Ausbildung sowie Teilhabe, Zusammenleben im Sozialraum fachlich begleitet.

Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder gegenüber Ministerien, Mittelgebern und relevanten Fachinstitutionen und fördern die fachliche Weiterentwicklung im Handlungsfeld. Wir arbeiten eng zusammen mit den Landeskirchen im Verbandsgebiet und stimmen uns in allen flucht-, migrations- und integrationsrelevanten Themen mit den übrigen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege NRW (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Der Paritätische NRW, Deutsches Rotes Kreuz, Jüdische Landesverbände) ab.

Ich koordiniere das Landesförderprogramm der Integrationsagenturen im Verband, ich fördere und begleite interkulturelle Projekte und koordiniere zurzeit als Sprecherin im Fachausschuss Integration der Freien Wohlfahrtspflege in NRW den Austausch- und Abstimmungsprozess zwischen allen Verbänden. Gemeinsam mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen bauen wir aktuell den Bereich der Antidiskriminierungsarbeit in NRW aus.

Sie sind eine „Multitaskerin“: Neben Ihrer Tätigkeit bei der Diakonie engagieren Sie sich politisch bei der SPD. Sie sind als studierte Germanistin und Soziologin Autorin und Herausgeberin von Fachpublikationen zu Themen wie interkulturelle Öffnung und interkulturelle Kompetenz. Sie setzen sich in der von Ihnen gegründeten „Akademie der Werte“ für eine humane und wertorientierte Bildungsarbeit ein und engagieren sich unter anderem auch in der Flüchtlingshilfe auf der griechischen Insel Lesbos. Für Ihr vielfältiges – ehrenamtliches – Engagement haben Sie 2019 das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Was sollten aus Ihrer Erfahrung heraus Menschen beachten, wenn Sie sich ehrenamtlich für neuankommende oder hinzugezogene Menschen einsetzen möchten?

Unsere eigene Haltung über die Bedeutung des Engagements für Menschen, unabhängig der Herkunft, des Alters oder des Geschlechts, steht für mich im Vordergrund. Aus dieser Haltung heraus kann viel Motivation und unendliche Kraft für soziales Engagement entstehen. Meine Praxiserfahrung bestätigt die Theorie von Maslow: Neben der Erfüllung der persönlichen und individualistischen Bedürfnisse nach Entwicklung, Entfaltung und Selbstverwirklichung führt das Streben nach verantwortungsvollem Handeln in der Gemeinschaft

zu einem besonders starken Gefühl von Sinnerfüllung im Leben. Gerade heute, bei der Bewältigung globaler und sozialer Herausforderungen wie Armut, Krieg oder Klimawandel braucht die Gesellschaft dringend Menschen, die das soziale Engagement als prioritäre Aufgabe für ihr Leben betrachten. Dabei geht es um die Entwicklung einer ethisch-humanen Haltung gegenüber allen Menschen und der Natur als Lebensgrundlage.

Sie sind als 18-Jährige aus Griechenland nach Deutschland gekommen. Was ist Ihnen beim Ankommen schwergefallen und was leicht? Was sind Ihrer Erfahrung nach wichtige Punkte für einen gelingenden Einlebungsprozess?

Ich kam im Erwachsenenalter nach dem Abitur in Griechenland nach Deutschland. Ich hatte keine Kenntnisse der deutschen Sprache. Deutsch in einer kurzen Zeit zu lernen, dass ich damit in der neuen Umgebung klarkomme, aber zugleich auch Germanistik und Soziologie studieren kann, war keine leichte Aufgabe. Es ist mir sehr schwergefallen.

Eine Fremdsprache ohne Akzent und ganz fehlerlos zu sprechen, ist schon eine Herausforderung. Bis heute mache ich manchmal die Erfahrung, dass in verschiedenen Situationen Gesprächspartner wegen des Akzents die fachliche Kompetenz übersehen.

Leicht und gleichzeitig eine wichtige Strategie für einen gelingenden Einlebungsprozess war für mich, den mutigen Schritt zu machen, immer selbst die Initiative zu ergreifen, um Kontakte außerhalb des eigenen Milieus zu suchen. Es ist eine wichtige Erfahrung, wenn die Grenze der eigenen Gruppe, des eigenen Milieus, der eigenen Umgebung überschritten wird. Genau an dieser Stelle wird es spannend, da wird der Lernprozess in Gang gesetzt. Dort gibt es viel Gesprächsstoff, Neugier und Diskussion. Aus Erfahrung kann ich bestätigen, es lohnt, sich aus seinem sicheren Ort in neue Orte locken zu lassen und neue Menschen, bis dato fremde Kulturen und Milieus kennenzulernen.

Die meisten Arbeitsbereiche, seien es die Integrationsagenturen oder die Dienste in der Flüchtlingsarbeit, kommen ohne die Einbeziehung von ehrenamtlich Aktiven nicht aus.

Neue Horizonte eröffnen sich für dich. Viel Neues wird entdeckt, und dieses Neue trägt dazu bei, das bisher in der eigenen Kultur und Umgebung Erlernte anders zu betrachten. Der Blick wird erweitert. Platon beschreibt diesen Prozess als Bildung – „Παιδεία – Paidia“. Und tatsächlich: Bildung und Persönlichkeitsentfaltung finden gleichermaßen in diesem Prozess statt. Für einen gelungenen Einlebungsprozess gehört neben Mut, Offenheit, Neugier und Kontaktfreudigkeit auch die Kompetenz dazu, einiges aushalten zu können.

Die Diakonie ist eine der großen Wohlfahrtsorganisationen in Deutschland. Wo gibt es Schnittstellen zwischen den Tätigkeiten der Diakonie und ehrenamtlich Aktiven im Bereich Integration?

Die Diakonie als Träger verschiedener Fachdienste der Migrations- und Integrationsarbeit beschäftigt viele hauptamtliche Mitarbeitende, die neben ihrer

Professionalität oft ein hohes Maß an intrinsischer, das heißt einer inneren, aus sich selbst entstehenden Motivation einbringen. Die meisten Arbeitsbereiche, seien es die Integrationsagenturen oder die Dienste in der Flüchtlingsarbeit, kommen ohne die Einbeziehung von ehrenamtlich Aktiven nicht aus. Gerade die Integrationsagenturen aktivieren Ehrenamtliche für die Integrationsarbeit. Sie erkunden beziehungsweise bestimmen die Einsatzfelder, begleiten die ehrenamtlich Aktiven bei ihren Tätigkeiten, bieten Qualifizierungen an und stärken ihre vorhandenen Potentiale.

Gibt es einen Moment in Ihrer beruflichen oder persönlichen Laufbahn, der Sie – in Bezug auf das Thema „Integration" – besonders erstaunt hat? Welches ist ihr größtes Erfolgserlebnis?

Ein schönes Erlebnis kann ich von einem Kooperationsprojekt der Integrationsagentur der Diakonie Essen mit dem Stadtteilbüro Altendorf mit dem Namen „Die engagierten Jungs" berichten. Angefangen hat das Projekt mit ganz anderen Vorzeichen, nämlich mit einer Zerstörung eines frisch erstellten Spielplatzes durch einen Teil dieser Jungs. Sie wurden darüber aufgeklärt, dass sie Wiedergutmachung leisten müssen. Sie wurden ernstgenommen, es wurden viele Gespräche mit ihnen geführt und sie wurden begleitet im Rahmen des Projektes „Die engagierten Jungs". Sie haben den Spielplatz wiederherstellen können, Anerkennung für ihre geleistete Arbeit erfahren und daraufhin dann die Pflege des Spielplatzes übernommen. Für dieses Engagement haben die Jungs sogar einige Preise verliehen bekommen.

Welche negativen Erfahrungen haben Sie in Ihrer langjährigen Tätigkeit bei der Diakonie gemacht? Wo sehen Sie Grenzen, wenn es um interkulturelle Kompetenzen geht?

Ich kann weniger von negativen Erfahrungen sprechen. Ich nehme aktuell eine enorme Herausforderung wahr, die meinen Verband wie auch alle anderen öffentlichen beziehungsweise kommunalen Einrichtungen betrifft: Ich sehe den Bedarf für eine systematische strukturelle Verankerung des Ansatzes der Interkulturalität und der Antidiskriminierungsarbeit. Es ist viel passiert, vor allem im Fortbildungsbereich, für den Erwerb interkultureller Kompetenzen. Dies reicht aber nicht aus. In der Reflexion und Vergewisserung der jeweiligen Öffnungsprozesse der Einrichtungen sowie bei der strukturellen Verankerung der interkulturellen Öffnung und der Antidiskriminierungsarbeit müssen Dienste systematischer vorgehen. Oft fehlen die Zeit und die nötigen Ressourcen für eine regelmäßige Bestandsaufnahme beziehungsweise eine Ist-Analyse der bisher geleisteten Arbeit sowie für die Vergewisserung über die vorhandenen Stärken und Schwächen und die Erfassung der aktuellen Bedarfe hinsichtlich des interkulturellen und Antirassismus-Ansatzes. Aber gerade in einer solchen Phase erhalten die Träger und Einrichtungen die Chance, sich über das eigene Profil, über die Spannungsfelder und den eigenen Standpunkt angesichts der Herausforderungen zu vergewissern sowie die notwendigen künftigen Öffnungsschritte abzustimmen.

Nach dieser Reflexions- und Abstimmungsphase verständigen sich die Akteurinnen und Akteure über die zukünftige Strategie der Verankerung des Ansatzes und stimmen sich über kurz-, mittel- und langfristige Ziele für die Umsetzung des Öffnungsprozesses ab.

Angesichts des wachsenden Rassismus ist die Verankerung des Ansatzes der Interkulturalität und der Antidiskriminierungsarbeit dringend geboten.

Inwiefern sehen Sie rechtspopulistische Tendenzen und Bewegungen als eine Gefährdung Ihrer Arbeit? Werden Sie mit diesem Problem häufig in Ihrem Arbeitsalltag konfrontiert?

Die aktuelle Stimmungslage in der Gesellschaft macht deutlich, dass der Umgang mit Migration in ihrer jetzigen Dimension eine lange unterschätzte Herausforderung für unsere demokratische, auf humanitären Grundrechten fußende Gesellschaftsordnung bedeutet. So zeigte sich in der Zeit des großen Flüchtlingszuzugs 2015/2016 immer klarer,

mit welchen grundsätzlichen gesellschaftlichen und globalen Verwerfungen, daraus resultierenden Konfliktlinien, Ängsten und Spaltungsprozessen, basierend auf stetig wachsenden ökonomischen Ungleichheiten, unsere Gesellschaft zu kämpfen hat. Rechtspopulistische und extremistische Strömungen profitieren von der Angst in der Bevölkerung vor Veränderungen und machen die Vertreterinnen und Vertreter der Vielfaltsgesellschaft und insbesondere Geflüchtete zu Sündenböcken. Dabei wird mit rechten Kampfbegriffen wie „Überfremdung“ gearbeitet, die unreflektiert von vielen Menschen übernommen werden. Hierzu trägt auch die zum Teil unverantwortliche Medialisierung des Themas bei, durch die die Akzeptanz dieser Strömungen und ihrer Rhetorik vergrößert wird.

Aufgabe unserer Dienste ist es, Foren für Diskurse zur Versachlichung der aktuellen Debatten anzubieten, beispielsweise Bürgerdialoge vor Ort im Sozialraum zu organisieren, um Sorgen, Nöte und Verunsicherungen ernst zu nehmen und gemeinsam Strategien für ein friedliches und wertschätzendes Miteinander zu entwickeln. Kommunikations- und Argumentationstrainings werden nach wie vor sehr gut angenommen. So kann man sich bei unangenehmen Gesprächen gut positionieren, andere Meinungen mit Argumenten entkräften und ohne gegenseitige Beleidigungen respektvoll und wertschätzend den Gesprächspartnern begegnen.

Welche Entwicklung können Sie sowohl bei Ihren Tätigkeiten als auch im Alltag in Bezug auf das Thema Integration feststellen? Wie beurteilen Sie diese, und welche Veränderungen wünschen Sie sich in Zukunft?

Gerade sind die Herausforderungen in der Integrationsarbeit beim Umgang mit Vielfalt und zur Förderung des respektvollen Miteinanders vor Ort enorm, weil die Diversität aktuell als Auslöser und Ventil bei weiteren unerfreulichen gesellschaftlichen Entwicklungen wirkt. Die Verunsicherung in der Gesellschaft ist groß. Wir spüren, dass es um das Wesentliche geht, um den sozialen Zusammenhalt, um die Demokratie, um das wertschätzende Miteinander und den sozialen Frieden vor Ort.

Gerade heute ist die Integrationsarbeit notwendiger denn je. In allen Tätigkeitsfeldern besteht viel Bedarf.

Allein im Sozialraum stehen wir vor enormen Herausforderungen. Die Entstehung von Spannungen und Konflikten erfolgt nicht nur durch den Zuzug von Geflüchteten und Neuzugewanderten. Zwei wichtige Gründe sind die Kumulation sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und die fehlende Infrastruktur.

Unzureichende Arbeits-, Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten erschweren das Zusammenleben von einkommensschwachen Personen, Alleinerziehenden, Langzeitarbeitslosen, Kindern, Jugendlichen und Senioren. Das subjektive Unsicherheitsgefühl bei der Bevölkerung steigt, und der verdeckte Rassismus wird immer sichtbarer.

Menschen mit Einwanderungsgeschichten sind ein wertvoller und wesentlicher Teil unserer demokra-

Gerade heute ist die Integrationsarbeit notwendiger denn je. In allen Tätigkeitsfeldern besteht viel Bedarf.

Menschen mit Einwanderungsgeschichten sind ein wertvoller und wesentlicher Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Dennoch fordert das Thema Migration den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus.

tischen Gesellschaft. Dennoch fordert das Thema Migration den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus.

Das Zusammenleben mit Vielfalt muss gelernt und gestaltet werden. Demokratie und sozialer Frieden müssen gepflegt werden. Denn Demokratie lebt von der Vielfalt der Meinungen und von der Vielfalt der Menschen. Sie kann gelingen, wenn alle in der Gesellschaft ernst genommen werden, Gehör und Respekt für ihre Bedürfnisse finden und die Chance haben, Verantwortung zu tragen, um das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten.

Wie könnte eine Kooperation zwischen Heimatvereinen und der Diakonie RWL in Bezug auf die Gestaltung von Integrationsprojekten aussehen?

Ich sehe viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Zum Beispiel können unsere Integrationsagenturen vor Ort gute und verlässliche Ansprechpartner sein. Diese sind nicht flächendeckend präsent, jedoch können an den Standorten, wo Heimatvereine und Integrationsagenturen vorhanden sind, beide miteinander Kontakt aufnehmen und gemeinsam ausloten, wie die Rahmenbedingungen, die Möglichkeiten und die aktuellen Bedarfe aussehen. Absprachen und Vereinbarungen zur Kooperation können getroffen werden.

Im Rahmen der Aufgabenplanung können gemeinsame Schwerpunkte identifiziert werden. Konkrete, abgestimmte und gewünschte Aktionen können dann in Kooperation mit den Heimatvereinen gestaltet werden. Integrationsagenturen verfügen beispielsweise über gute Zugänge zu Migrantenselbstorganisationen, es können Begegnungsveranstaltungen beziehungsweise gemeinsame Maßnahmen mit mehreren Partnern durchgeführt werden. So lernen sich Partner gut kennen, das Vertrauen wächst, dadurch eröffnen sich Zugänge und so erweitert sich der Wirkungskreis. Informationsveranstaltungen können durchgeführt werden, Integrationsagenturen referieren selbst oder setzen andere kompetente Referierende ein, um zum Beispiel Einblicke in Lebensstile und Lebenswelten von unterschiedlichen Zielgruppen zu ermöglichen, oder bieten Trainings zur interkulturellen Sensibilisierung an, um den Blick für Vielfalt zu schärfen.

Es gibt sehr viele Ideen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, vor Ort können diese erkundet und formuliert werden. ■

Information und Kontakt
Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. – Diakonie RWL
Ioanna Zacharaki
Lenaustraße 41, 40470 Düsseldorf
0211 6398-253
i.zacharaki@diakonie-rwl.de
www.diakonie-rwl.de

Ein Gespräch mit:

Dr. Annette Schneider-Reinhardt

Geschäftsführerin des Landesheimatbundes Sachsen-Anhalt e. V.

Foto/ Matthias Behne

Frau Dr. Schneider-Reinhardt: Sie arbeiten bereits seit Anfang der 1990er-Jahre beim Landesheimatbund Sachsen-Anhalt, seit 2011 sind Sie Geschäftsführerin. Was motiviert Sie zu Ihrem Einsatz und Ihrer Unterstützung für die ehrenamtliche Tätigkeit von Heimatvereinen?

Die Arbeit der Heimatvereine umfasst ein breites Spektrum von vielfältigen Bereichen der Daseinsvorsorge bis hin zur vollständigen Gestaltung des kulturellen Lebens im Ort. Dieses unglaubliche Engagement für das Gemeinwohl zu erfahren und zu begleiten, übt auf mich eine starke Faszination aus und ist daher immer wieder neue Motivation für meine Tätigkeit.

Jenseits der Einteilung in Ressorts wird aber leider diese Arbeit der Vereine in der Kommunal- und Landespolitik stark unterschätzt und ist häufig nicht im Blick, wenn über bürgerschaftliches Engagement diskutiert wird.

Nach der Wiedervereinigung war in Sachsen-Anhalt zu beobachten, wie sich vielerorts die bisherigen Kulturbundgruppen als eigenständige Vereine organisierten, um zunächst klassische Felder der Heimatarbeit wie Mundartpflege, Festkultur und Umweltschutz zu bearbeiten. Auch die Ortschronistenbewegung, die in der DDR per Gesetz geregelt gewesen war, wurde nun vielfach von den neu gegründeten Vereinen übernommen. Im Unterschied zur Arbeit im Kulturbund der DDR war es den Mitgliedern nun möglich, selbst in die Gestaltung ihres Ortes und der Umgebung einzugreifen.

Nach der Wiedervereinigung war in Sachsen-Anhalt zu beobachten, wie sich vielerorts die bisherigen Kulturbundgruppen als eigenständige Vereine organisierten.

Der 1990 als Dachverband gegründete Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V. unterstützt die jungen Vereine mit vielen Weiterbildungsveranstaltungen, so für Ortschronistinnen und -chronisten sowie für Heimatforschende oder Denkmalpflegerinnen und -pfleger in Vereinen, die zum Beispiel ein Schloss betreuen. Dazu gehören gleichfalls Weiterbildungen zu Kulturlandschaftsführerinnen und -führern („Erklärern“) und zu Erfasserinnen oder Erfassern, die in ein digitales System Kulturlandschaftselemente einarbeiten. Ebenso führte der Dachverband Projekte zur Dokumentation des gesellschaftlichen Umbruchs (Filme, Ausstellungen) durch und initiierte Bürgerbeteiligungsprozesse zum Beispiel zu Kultur- oder Nutzungskonzepten. Heute ist die Auseinandersetzung mit rechtsgerichtetem Gedankengut und das Erlernen entsprechender Methoden des Umgangs eine neue Herausforderung für Vereine, vor allem im ländlichen Raum.

Dies alles zu begleiten und die Akteure in den Vereinen miteinander in den Erfahrungsaustausch zu bringen und zu vernetzen, ist eine lohnenswerte Aufgabe für einen Dachverband.

Hatten oder haben Sie Berührungspunkte mit dem Thema Migration in Ihrem Tätigkeitsfeld? Ist das ein Bereich, mit dem Sie sich bereits beim Landesheimatbund auseinandergesetzt haben?

Migration ist ja ein weiter Begriff. So ist Ostdeutschland seit der Wende von einer großen Abwanderungswelle in westliche Bundesländer – vor allem aus Arbeitsgründen – betroffen. Die Auswirkungen in Form von Gebäudeleerstand und Überalterung zeigen sich in vielen Regionen Sachsen-Anhalts sehr deutlich und sind durch demografische Daten belegt.

Wie in Gesprächen mit Vereinsmitgliedern geäußert, wäre man in der Gegenwart in solchen Dörfern froh, wenn es Flüchtlingsfamilien mit Kindern erlaubt gewesen wäre, in leerstehende Häuser mit Gärten einziehen zu dürfen. Eine Betreuung durch die örtlichen Vereine wäre dabei gegeben gewesen.

In den Jahren 2009 und 2010 wurde gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Wanderausstellung zu dem Thema „Sachsen-Anhalt – traditionell weltoffen“ erarbeitet, in der Entwicklungsschübe, die durch Aus- und Zuwanderung ausgelöst wurden, vermittelt werden: So studierte zum Beispiel ab 1730 an der halleschen Universität der erste Afrikaner in Deutschland Philosophie und Medizin, andererseits existieren Gründungen wie „Ascania Nova“ (Neu-Aschersleben) – entstanden auf Betreiben eines anhaltinischen Herzogs in der Ukraine und heute ein Biosphärenreservat – oder die Stadt Blumenau in Brasilien, die auf eine Auswanderergruppe um den Apotheker Hermann Blumenau aus dem Harzer Ort Hasselfelde zurückgeht.

Gibt es in Sachsen-Anhalt Heimatvereine, die sich mit dem Thema Integration – also dem Neuankommen von Menschen aus anderen Regionen Deutschlands oder aus anderen Staaten – aktiv befassen? Wenn nicht, woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Der ländliche Raum Sachsen-Anhalts ist geprägt von einer Vielzahl kleiner Städte und Dörfer und kaum zersiedelt. Nach der Wende entstanden besonders um die Großstädte Halle und Magdeburg neue Siedlungen am Rand der Dörfer. Andererseits haben viele Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalt verlassen und Häuser stehen leer. Daher kümmern sich viele Vereine sowohl um das Leerstandsmanagement als auch um Strategien zur aktiven Einbeziehung von Neuankommenden in ihren Orten.

Sehr erfolgreich dabei agiert zum Beispiel der 2010 vom Landesheimatbund Sachsen-Anhalt gegründete Dachverband für die Kirchbauvereine. Nahezu in

In der Gegenwart muss man feststellen, dass sich die Lebenssituation im Osten Deutschlands immer noch von der im Westen deutlich unterscheidet.

jedem Ort existiert ein solcher Verein, der sich um Erhalt und Sanierung seiner Dorfkirche in einem der kirchenreichsten Bundesländer Deutschlands bemüht. Gerade weil dessen Mitglieder zu einem mehrheitlichen Teil aus Nichtchristen bestehen, ist hier der integrative Ansatz zur Dorfgemeinschaft immanent.

Menschen aus anderen Staaten siedeln sich dagegen kaum in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts an. Dort, wo dies geschieht, kann ich von erfolgreicher Integration berichten. So wurde nach dem Zuzug eines englischen Paares mit den Kindern des Ortes „englisch gegärtnert“ und neben dem Erwerb botanischer Kenntnisse auch die englische Sprache geübt. Wir selbst haben bei der von uns jährlich durchgeführten Folklorewerkstatt Kinder und Jugendliche einer syrischen Familie mit Harzer Musiktraditionen mittels Ausprobieren (Harzzither, Birkenblattblasen) vertraut gemacht.

Die AfD ist derzeit mit 21 Abgeordneten (gut 24 Prozent der Stimmen) die stärkste Oppositionspartei im Landtag von Sachsen-Anhalt, rechtspopulistisches Gedankengut zeigt sich an vielen Stellen stärker als in westlichen Bundesländern. Der Begriff „Heimat“ wird auch von rechten Kreisen beansprucht und ausgrenzend ausgelegt. Wie wirkt sich das auf Ihre und auf die Arbeit von Heimatvereinen in Sachsen-Anhalt aus?

Der Heimatbegriff wurde seit der Romantik neben seinen positiven Zuschreibungen immer auch nationalistisch verwendet. Wir Heimatverbände

in Deutschland haben uns in Abgrenzung dazu einem weltoffenen Heimatbegriff verpflichtet, müssen uns aber immer wieder mit dieser historischen Entwicklung aktiv auseinandersetzen. So muss „Heimat“ als Begriff in Gesprächen immer wieder hinterfragt und definiert werden.

In der Gegenwart muss man feststellen, dass sich die Lebenssituation im Osten Deutschlands immer noch von der im Westen deutlich unterscheidet. So besteht in den ländlichen Räumen eine deutlich kleinteiligere Unternehmensstruktur, die Wagniskapitalinvestitionen sind äußerst gering, Löhne und Gehälter niedrig, Arbeitsperspektiven eher bescheiden. In den letzten Jahren ist daher eine zunehmende Frustration in Bezug auf die Lebenswirklichkeiten festzustellen. Diese pessimistischen Haltungen bieten Zugänge für rechtes Gedankengut.

Auch unsere Mitgliedsvereine bleiben in der Auseinandersetzung mit solchem Gedankengut durch Bürgerinnen und Bürger in ihren Orten nicht verschont. So bewirtschaftet zum Beispiel eine junge Gruppe von Anastasia-Anhängern (eine aus Russland stammende Bewegung, die antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut vertritt) im Harz einen Bauernhof. Unsere Mitgliedsvereine fragen aus diesen Gründen stärker nach Bildungsangeboten, um den Argumenten solcher und anderer Gruppierungen zu begegnen und sich gegenüber entsprechenden Angriffen zu wappnen.

Wie kann man Ihrer Meinung nach rechtspopulistischen Bewegungen und Tendenzen, die sich den Heimatbegriff zunutze machen wollen beziehungsweise unter Umständen Heimatvereine für ihr Gedankengut vereinnahmen wollen, begegnen?

Vereine und Verbände, die sich für ihr Lebensumfeld – die Heimat – engagieren, haben genügend Möglichkeiten, den prognostizierten Entwicklungen der Landflucht und pessimistischen Zukunftsszenarien als Grundlage des ostdeutschen Rechtspopulismus entgegenzusteuern.

In einer engagierten und zukunftsorientierten Heimatpflege wird ganz bewusst gefragt, was zu tun ist, um den ländlichen Raum nicht nur überlebensfähig, sondern attraktiv für Zuziehende sowie für Flüchtlinge zu gestalten und ihnen eine neue Heimat zu geben.

Wer sich den eigenen Lebensort mit seiner Geschichte erschließt, sich mit den Brüchen und Umbrüchen beschäftigt und vor allem damit, wie sich unter verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Konstellationen an diese erinnert wurde und wird, ist aufmerksamer und bereit, sich für seine Nahwelt im Heute zu engagieren. Einzelne Personen können aber für die Ortsgemeinschaft nur erfolgreich handeln, wenn sie im Verein an demokratischen Prozessen teilhaben. Es gilt daher, Demokratie nicht nur als junger Mensch einmalig zu erlernen, sondern sie muss auch in unseren Vereinen und Initiativen immer wieder neu geübt werden.

Inwiefern wünschen Sie sich auch politisch-gesellschaftliche Unterstützung bei Ihrer Arbeit?

2010 war der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt der erste Heimatverband, der dem Programmaufruf „Zusammenhalt durch Teilhabe“ der Bundeszentrale für politische Bildung folgte und 2010 bis 2012 das Projekt „Engagiert für Heimat und Demokratie“ durchführte. An fünf Standorten im Land wurden mit den Vereinen vor Ort Handlungsstrategien entwickelt, um neue Wege bei der Aktivierung und Beteiligung von Menschen zu gehen. Auch ohne Flüchtlingswelle stand die Auseinandersetzung mit rechtsgerichtetem Gedankengut und wie ein Verein im Ort dagegen agieren kann im Mittelpunkt. „Schwierige Orte. Regionale Erinnerung an das ‚Zeitalter der Extreme‘“ und „Das Leben der Dinge. Wie Gegenstände aus schwierigen Zeiten im Heimatmuseum zum ‚Sprechen‘ gebracht werden können“ waren Veranstaltungen in diesem Kontext, um nur zwei Beispiele aus dem Projekt zu benennen (www.lhbsa.de/themen/demokratie/engagiert-fuer-heimat-und-demokratie).

In den letzten Jahren fühlen sich viele Menschen in den Vereinen mit ihren Ideen und deren Umsetzung hingegen nicht ernst genommen, die Umsetzung von Ideen wird durch bürokratische Zwänge erschwert, und es fehlt häufig die Anerkennung durch die Kommunal- und Landespolitik. Vielfach ziehen sich die kommunalen Träger im öffentlichen Bereich aus ihrer Verpflichtung zurück und übertragen Vereinen die Verantwortung für die Bewirtschaftung öffentlicher Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Sportstätten, Dorfgemeinschaftshäusern und denkmalgeschützten Objekten.

Dagegen wird das Spektrum des Förderinstrumentariums immer undurchschaubarer für den einzelnen Verein, der im Kriterien- und Paragrafendschungel zu ersticken droht. Rückzahlungen von Fördergeldern sind häufig die Folge, auch wenn ein Projekt durchaus erfolgreich durchgeführt wurde. Manchmal endet das nach einem nervenaufreibenden Hin und Her in einem Gerichtsverfahren.

Hier bedarf es der Unterstützung von Heimat- und Bürgervereinen. So wäre beispielsweise gerade für die geforderte Bildungsarbeit im Umgang mit rechtem Gedankengut eine Antragstellung unter dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ richtig und notwendig. Diese wirkt aber abschreckend, wenn erst beim Dachverband eine zweijährige Ausbildung von sogenannten Demokratieberaterinnen und -beratern vom Fördergeber verlangt wird, von denen es im Bundesland schon eine ganze Reihe gibt.

Heimat hat viel mit Identifikation zu tun. Das zumindest lässt sich anhand der Interviews, die der Landesheimatbund Sachsen-Anhalt 2018 mit Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft zum Thema Heimat geführt hat, erkennen. Was würden Sie Heimatvereinen raten, um Menschen, die nach Sachsen-Anhalt gezogen sind und womöglich noch keinerlei Kontakte geknüpft haben, eine solche Identifikation mit der neuen Heimat zu ermöglichen? Was bieten Heimatvereine in Sachsen-Anhalt an, was für neuankommende Menschen interessant sein könnte?

Die lokalen Initiativen sind dabei äußerst vielfältig. In vielen Orten wird eine ausgeprägte Willkommenskultur nicht nur für Zugezogene, sondern auch für Einwohnerinnen und Einwohner beim Übergang vom Berufsleben in das Rentnerdasein gepflegt. Vielfach ist für diese jetzt erst die Möglichkeit gegeben, sich im Wohnort (der oft nicht der Arbeitsort war) zu engagieren. Manche ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die meist selbst Mitglied in mehreren Vereinen sind, werben dann aktiv für die verschiedenen Aufgaben im Ort.

Wir denken, dass ein lebendiger und attraktiver Ort in einer intakten Umwelt und mit einem reichen Vereins- und Kulturleben ein schlagendes Argument dafür sein kann, trotz langer Arbeitswege hier wohnen zu bleiben oder vielleicht sogar (wieder) zurückzuziehen. Und mehr noch: Eine produktiv verstandene Heimatpflege, die sich auf die wirtschaftliche Nutzung und „Vermarktung“ der Kulturlandschaft einlässt, regionale Kreisläufe unterstützt, traditionelle Handwerke neu belebt, lokale Produkte und eigene touristische Highlights bewirbt, kann dazu beitragen, in kleinem, aber in der Summe relevantem Maße Produktion und Beschäftigung zu sichern und damit Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven zu erhalten.

Welche Möglichkeiten hat der Dachverband, hierbei mitzuwirken?

Zunächst sind vielfältige Formen von Weiterbildung anzubieten. Hier haben wir im Laufe der letzten Jahre ein umfangreiches Angebot geschaffen. Dies reicht von einem reichhaltigen Exkursionsangebot in Form von Architekturspaziergängen zur regionalen Baukultur über Kulturlandschaftswanderungen zu besonderen Objekten des spirituellen Tourismus, Ausbildungslehrgängen zur Kulturlandschaftsführerin oder zum Kulturlandschaftsführer und neuerdings zur Ortschronistin beziehungsweise zum Ortschronisten bis hin zu Weiterbildungen zum Umgang mit Objekten in Heimatstuben sowie Mundarttheaterprojekten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird definiert durch die Qualität der sozialen Beziehungen.

Um Frustrationen zu kanalisieren und in positive Effekte des Gehörtwerdens umzukehren, ist es wichtig, Formen der Anerkennung von freiwilligem Engagement zu entwickeln. So stellen wir beispielsweise interessante und nachahmenswerte Projekte von Vereinen in unserer Zeitschrift („Journal für Sachsen-Anhalt“) oder in anderen Medien vor (www.journal.lhbsa.de/sachsen-anhalt-journal).

Außerdem haben wir in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den anderen Kulturverbänden die Berufung eines Engagementbotschafters entwickelt, der als Dankeschön eine Grafik, die vorher über eine Ausschreibung durch den Künstlerverband gestaltet wurde, erhält. Diese Person wird einerseits für ihr Ehrenamt geehrt, hat aber andererseits auch den Auftrag, medial für ihren Engagementbereich zu werben, was zu einer zusätzlichen Anerkennung und Synergien hinsichtlich des zivilgesellschaftlichen Zusammenhalts führt.

Eine besonders wichtige Form ist die Ermöglichung von Bürgerbeteiligung. In unserem Projekt zur Durchführung von „Vereinsdialogen“ werden Vereinsarbeit und Landespolitik näher zusammengebracht. Aktuelle Herausforderungen werden den gewählten Kommunal- und Landtagsabgeordneten übermittelt und mit ihnen diskutiert. Auf diese Weise hoffen wir, die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen nicht nur stärker in den Fokus politischer Tätigkeit zu rücken, sondern auch die ihnen gebührende Anerkennung zu bieten. Wenn wir Bürgerbeteiligung ermöglichen und verstärken, so entstehen damit Chancen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Heimat selbst gestalten und damit ihre Zukunft aktiv beeinflussen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird definiert durch die Qualität der sozialen Beziehungen, durch die Verbundenheit mit dem Ort und durch die Gemeinwohlorientierung (also das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein, die Solidarität und die Anerkennung sozialer Ordnungen). Als Heimatverbände sollten wir zur zukünftigen Vereinsarbeit und deren Wahrnehmung im kommunal- beziehungsweise im landespolitischen Bereich deutlich machen, dass gerade die Vereine im ländlichen Raum, für die wir stehen, einen enorm wichtigen Faktor eben dieses gesellschaftlichen Zusammenhaltes darstellen. Und wir sollten dies durchaus auch in dem Bewusstsein vertreten, dass wir in unseren Reihen in der Regel mehr Mitglieder haben als die regierenden Parteien.

Wenn politische Gremien die Arbeit der vielen Engagierten im ländlichen Raum besser oder vielmals überhaupt erst wahrnehmen, Verständnis für die Herausforderungen aufbringen, den vielen Ideen und Lösungsansätzen Raum zur Umsetzung geben und die entsprechende Anerkennung zollen, dann würde dies auch das demokratische Grundverständnis der Menschen im ländlichen Raum stärken und rechtsgerichteten Tendenzen keine Chance geben. ■

Information und Kontakt
Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V.
Dr. Annette Schneider-Reinhardt
Magdeburger Straße 21, 06112 Halle/Saale
0345 29286-10
info@lhbsa.de
www.lhbsa.de

Ein Gespräch mit:

Ameen Nasir

Freiberuflicher Journalist, Auszubildender beim Kreisverwaltungsreferat der Stadt München

Foto/ Ameen Nasir

Herr Nasir, Sie sind 2014 über die Balkanroute aus Syrien nach Deutschland geflüchtet. Mittlerweile leben Sie seit einigen Jahren in Deutschland. Haben Sie sich Deutschland und die hier lebenden Menschen vor Ihrer Ankunft ganz anders vorgestellt? Was hat Sie positiv überrascht, und was war womöglich ein Schock für Sie?

Glücklicherweise hatte ich nicht viele falsche Vorstellungen von Deutschland. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass ich – als die Wege vor mir blockiert waren und ich mich entschied, in ein europäisches Land zu fliehen – auf einem Papier eine Liste mit potentiellen europäischen Zufluchtsländern anlegte, darunter Schweden, Österreich, die Niederlande, Deutschland und Norwegen. Anschließend begann ich darüber nachzudenken, wie gut die Chancen auf einen Neuanfang in jedem einzelnen Land für mich stehen würden. Ich habe verschiedene Faktoren zwischen diesen Ländern verglichen, darunter Beschäftigungsmöglichkeiten, die Wirtschaft und sogar die Bedeutung der Sprache und ihrer Reichweite sowie natürlich das geltende Asylrecht. Auch das Klima war ein wichtiger Faktor, in diesem Fall gegen die skandinavischen Länder.

Am Ende fiel meine Wahl auf die Bundesrepublik Deutschland: Ich sagte mir, dass das deutsche Volk wie auch das syrische die Umstände von Kriegen, Asyl und diktatorischer Herrschaft durchgemacht hat und sicherlich verstehen wird, was einen Menschen dazu veranlasst, sein Land und alles damit Verbundene zu verlassen und bloß mit seinem Leben zu fliehen. Positiv überrascht hat mich die Offenheit der Menschen hier und die vielen Gelegenheiten, Freundschaften zu knüpfen. Denn ich hätte nicht damit gerechnet, dass dies einfach so passieren würde, noch dazu so schnell.

Was haben Sie getan, um die Stadt, in der Sie nun leben, kennenzulernen? Gab es Angebote für Menschen, die aus anderen Staaten kommen – zum Beispiel Stadtführungen in anderen Sprachen, Museumsbesuche, Kennenlernaktionen von der Stadt oder von Vereinen?

Bevor ich nach Deutschland kam, wusste ich nicht viel über München, aber ich habe mich bereits in den ersten Wochen nach meiner Ankunft in diese Stadt verliebt. Verschiedene Vereine, darunter Heimaten e. V. (Plattform für interkulturellen Dialog, Jugendarbeit, Bildung und Austausch in Bayern), Zusammenwachsen e. V. (Ziel: Einbindung junger

Deutschland ist ein wunderschönes Land mit vielen Möglichkeiten und Aktivitäten. Versuchen Sie, es kennenzulernen, es lohnt sich.

Geflüchteter in die Gesellschaft, Begegnungen auf Augenhöhe, zum Beispiel durch eine internationale Theatergruppe) und der Deutsch-Syrische Verein e. V. brachten mir die Stadt – mit ihren Museen und auch Alltagsschauplätzen – näher. Ich kann derartige Initiativen allen anderen Flüchtlingen und Migranten nur wärmstens weiterempfehlen.

Noch ein Stück wichtiger als die Vereinsarbeit ist jedoch eine mitgebrachte Neugier und der persönliche Wunsch, die Stadt kennenzulernen, in der man lebt. Dies ist der Hauptgrund, warum ich mein Leben in München und Bayern so sehr schätze. Insbesondere liebe ich den Englischen Garten sowie das Schloss Nymphenburg. Außerdem fahre ich regelmäßig in die Berge und an die Seen der näheren Umgebung.

Sie arbeiten als freier Journalist und machen eine Ausbildung bei der Stadt München. Sie haben eine neue Heimat gefunden und setzen sich für andere geflüchtete Menschen ein. Werden Sie in Ihrem Arbeits- und auch in Ihrem privaten Alltag mit Vorurteilen, Anfeindungen und Rassismus konfrontiert? Wenn ja, was für Vorurteile sind das, und wie reagieren Sie darauf?

Bei der Arbeit hatte ich bisher nie solche Probleme, weder mit meinen Kolleginnen und Kollegen noch mit Bürgerinnen und Bürgern. Und sogar die beliebte Frage „Woher kommst du?" wurde mir erst ein einziges Mal gestellt, und zwar von einem sehr freundlichen Mann, der sich selbst als Flüchtlingshelfer engagiert.

Im öffentlichen Leben stieß ich nur sehr selten auf eine Art versteckten Rassismus. Meine Reaktionen darauf waren von Selbstvertrauen und Gelassenheit geprägt, manches Mal auch von einem Lächeln begleitet, da ein Rassist schnell zurückweicht, wenn sich herausstellt, dass das Opfer selbstbewusst und eben nicht so schwach ist wie in seiner Vorstellungswelt. Das bedeutet aber nicht, dass Rassismus gerechtfertigt wäre, wenn das Opfer weniger selbstsicher und verunsichert ist.

Ich mache eine Berufsausbildung bei der Stadt München. Das bedeutet, dass ich während der Ausbildung viele städtische Institutionen kennenlerne. Alle sechs Monate arbeite ich in einem anderen Referat. Die erste dieser Einrichtungen, die ich kennenlernte, war das Bürgerbüro, wo meine Aufgabe darin bestand, Adressänderungen anzunehmen.

In dieser Zeit erhielt ich einen tieferen Einblick in die kulturelle Vielfalt der deutschen Gesellschaft. Viele deutsche Bürgerinnen und Bürger, die zu uns kommen, haben mehr als eine Nationalität. Im Sozialreferat, wo ich derzeit arbeite, konnte ich die problematischen Aspekte der Gesellschaft und den Beitrag des Staates zu deren Lösung kennenlernen, wie Arbeitslosigkeit und den Zerfall der Familie, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Es wird viel über geflüchtete Menschen geredet, aber nicht immer kommen diese Menschen auch zu Wort und werden nach ihren Ansichten, Meinungen und Wünschen befragt. Sie sind ein Gründungsmitglied von „Messages of Refugees – Flüchtlingsbotschaften“, einer Sendung, die bis Ende 2016 freitagabends auf Bayern 2 im Radio lief und Geflüchtete selbst zu Wort kommen ließ. Diese Sendung wurde 2017 mit dem Karl-Buchrucker-Preis der Inneren Mission München ausgezeichnet. Wie kam es zu dieser Idee, welche Themen wurden in der Sendung angesprochen, und was für Reaktionen aus der Bevölkerung gab es auf dieses ungewöhnliche Sendungsformat?

Die Idee begann mit zwei Kolleginnen des Zündfunk-Senders, und im Laufe mehrerer Diskussionsrunden erarbeiteten wir das Konzept der Sendung in ihrer endgültigen Form. Wir haben in unserer Sendung „Flüchtlingsbotschaften” ganz unterschiedliche Themen angesprochen, angefangen bei den rechtlichen Problemen, mit denen Flüchtlinge konfrontiert

Kurz gesagt, das politische und zivile Leben in Syrien existiert de facto nicht.

sind wie Abschiebung und Weigerung, über die Probleme der Flüchtlingsländer und die mögliche Rolle Deutschlands und der EU bei der Lösung dieser Probleme bis hin zu Problemen wie Rassismus oder psychische Probleme, denen Flüchtlinge infolge ihrer Traumata oft ausgesetzt sind.

Ich kann nicht wirklich viel über die Reaktionen aussagen, weil ich mich nicht intensiv damit auseinandergesetzt habe, aber das meiste Feedback an mich war positiv. Hier möchte ich klarstellen, dass die Verantwortung nicht nur bei der Flüchtlingsaufnahmegemeinschaft liegt, sondern auch bei den Flüchtlingen selbst. Ich denke, die Selbstverantwortlichkeit der Flüchtlinge macht es erforderlich, dass sie über viele Verbände und Parteien, die sie willkommen heißen und ihnen die Möglichkeit geben, mit der Gesellschaft zu interagieren, eine Teilhabe finden und das Wort ergreifen.

Heimatvereine beschäftigen sich insgesamt mit einem breiten Spektrum an Themen und Tätigkeitsfeldern in der regionalen Heimat- und Kulturpflege. Die Aufgaben und Aktivitäten reichen von der Kulturlandschaftspflege, Umwelt- und Naturschutz über Regional- und Ortsgeschichte, Baukultur und Denkmalpflege bis hin zum immateriellen Kulturerbe sowie Fragen zur Alltagskultur. Gibt es ähnliche Vereine auch in Syrien und hatten Sie in München, wo Sie derzeit leben, bereits Kontakt zu einem Heimatverein?

Ich bin Mitglied in dem bereits genannten Verein Heimaten e. V. und Gründungsmitglied eines anderen Vereins namens Zusammenwachsen e. V. Außerdem habe ich Kontakt zu vielen anderen Verbänden und bin seit 2018 Mitglied einer deutschen politischen Partei. Für Organisationen der Zivilgesellschaft gibt es in Syrien leider keine Möglichkeiten zur Entfaltung.

Syrien wird politisch von einer Partei und dessen Vorsitzendem Baschar al-Assad, der zugleich Präsident ist, regiert. Wenn sich dort eine Organisation oder Partei bildet, muss diese mit der Regierung verbunden sein. Kurz gesagt, eine Vielfalt des politischen und zivilen Lebens existiert in Syrien de facto nicht.

Was würden Sie anderen geflüchteten Menschen für Empfehlungen geben, um Deutschland beziehungsweise den jeweiligen Ort, die jeweilige Stadt besser kennenzulernen und Kontakte zu knüpfen?

Deutschland ist ein wunderschönes Land mit vielen Möglichkeiten und Aktivitäten. Versuchen Sie, es kennenzulernen, es lohnt sich. Wenn Sie im Flüchtlingslager wohnen, suchen Sie nach Freiwilligenangeboten oder engagieren Sie sich bei Aktivitäten in der Gemeinde. Gehen Sie raus, und seien Sie offen für alles Neue. Deutschland ist ein Land der Arbeit und Aktivität, also seien Sie nicht untätig, dann können Sie es hier weit bringen.

Würden Sie sich wünschen, dass es noch andere Projekte oder Initiativen gibt, damit neuankommende Menschen ihren neuen Heimatort besser kennenlernen können? Was gibt es noch nicht, was es Ihrer Meinung beziehungsweise Ihrer Erfahrung nach geben sollte, damit sich Menschen aus anderen Ländern in Deutschland heimisch fühlen können?

Die Bereitschaft des Zuhörens ließe sich noch verbessern: Syrer sind sehr darum bemüht, der westlichen Welt die realen Ausmaße der Geschehnisse mitzuteilen – vielleicht, weil sie glauben, dass die EU ihnen im Kampf gegen die in Syrien täglich begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit – gerade durch das Assad-Regime (aber auch durch andere Mächte) – weiterhilft, wenn die Europäer die Wahrheit kennen. Europa steht in diesem Kontext gemeinhin für die Wahrung von Menschenrechten, Gerechtigkeit und Demokratie. Und somit denke ich mir, das Wichtigste, was Neuankömmlingen das Gefühl gibt, willkommen zu sein und verstanden zu werden, ist, ihnen zur Seite zu stehen und ihre Probleme, ihr Leid und ihren Kampf als solche anzuerkennen. André Grahle von der Ludwig-Maximilians-Universität München hat viel über dieses Phänomen geschrieben und gesprochen.

Die meisten dieser Menschen sind Opfer von Verfolgung oder Krieg, an denen sie keine Schuld haben. Wir Syrer zum Beispiel sind Opfer der Unterdrückung durch ein brutales und menschenverachtendes Regime. Ein Teil dieser Menschen empfindet Schmerzen und ein großes Bedürfnis, seine Probleme und Themen in Deutschland zu erklären und von den Deutschen als solche anerkennen zu lassen.

Was für Anregungen, Tipps und Hinweise können Sie Heimatvereinen geben, um neuangekommene Menschen für ihre Tätigkeiten zu interessieren und sie zum Mitmachen in einem Heimatverein einzuladen?

Ich denke, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft derzeit hervorragende Arbeit leisten, und ich hoffe, dass die derzeitige Corona-Pandemie und die Wirtschaftslage ihre Arbeit und ihre Integrationsbemühungen nicht behindern. Ich hoffe, dass diese Projekte und Aktivitäten fortgesetzt werden und dass mehr Neuankömmlinge angesprochen werden, indem Broschüren und Einladungen zu einem ersten Einführungstreffen in ihrer Muttersprache verteilt werden. ■

Information und Kontakt
Ameen Nasir
ameen.nasir3@gmail.com

Ein Gespräch mit:

Anna-Lena Herkenhoff und Heiko Klare

Pädagogisch-wissenschaftliche Mitarbeitende der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster – gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim)

Fotos/ Anna-Lena Herkenhoff, Heiko Klare

Frau Herkenhoff, Herr Klare, wofür genau ist die Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster zuständig, welche Aufgaben übernimmt die Beratungsstelle, welche Institutionen oder Personen sprechen Sie mit Ihrer Arbeit an?

Wir sind Ansprechpartnerin für alle, die sich im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen auseinandersetzen wollen – oder müssen. Oft gibt es einen sehr konkreten Anlass: Es kommt zum Beispiel zu Bedrohungen von Kommunalpolitikerinnen und -politikern oder anderen öffentlich auftretenden Personen, es gibt aktive Neonazis im Ort, es geht nach den Kommunalwahlen um den Einzug neuer extrem rechter Stadträtinnen und -räte in die Kommunalparlamente oder Schülerinnen und Schüler posten sich schnell verbreitende rechte Bilder oder Videos im Klassenchat. Häufig wenden sich aber auch Unternehmen, zivilgesellschaftliche Bündnisse oder Einrichtungen aus der Bildungsarbeit an uns. Sie wollen sich langfristig mit der demokratischen Kultur in ihrem Ort oder ihrer Organisation beschäftigen und eher strategisch denken: mit der Arbeit an Leitbildern, mit Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeitende und Engagierte oder mit der Entwicklung eigener Projekte. Diese Menschen und Organisationen unterstützen wir und nehmen dabei immer in den Blick, was die Beteiligten beitragen können und in welchem sozialen Umfeld die Herausforderungen stattfinden. Das Ziel ist stets, gemeinsam mehr Handlungssicherheit zu erlangen und gegebenenfalls auch nicht mehr allein mit dem Problem dazustehen.

Rechtspopulismus ist eine sehr aktuelle und gesellschaftsrelevante Thematik. Was genau kann man unter Rechtspopulismus sowie unter rechtspopulistischen Bewegungen fassen, und welche unterschiedlichen Ausformungen gibt es? Was ist der Unterschied zu Rechtsextremismus?

Rechtspopulismus wird häufig missverstanden als eine Art abgeschwächter oder gemäßigter Rechtsextremismus. Mit Blick auf die Rhetorik und die Außendarstellung mag das manchmal stimmen, ideologisch aber nicht. Parteien sowie Akteurinnen und Akteure, die in der öffentlichen Debatte als rechtspopulistisch gekennzeichnet werden, vertreten in aller Regel völkische, rassistische, antiegalitäre – also extrem rechte – ideologische Weltbilder, an denen sich ihre Gesellschafts- und Politikentwürfe orientieren.

Man erkennt rechtspopulistische Kommunikation also zum einen daran, dass sie nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit Emotionen arbeitet.

Wir würden Rechtspopulismus eher als eine Art der politischen Kommunikation beschreiben, die zum Ziel hat, extrem rechte Inhalte und Gesellschaftsvorstellungen möglichst anschlussfähig zu vermitteln.

Wie und woran kann man Rechtspopulismus erkennen? Was sind zum Beispiel typische Themen und Begrifflichkeiten, die verwendet werden? Wir erleben etwa, dass der Begriff Heimat häufiger in rechtspopulistischen Kontexten vereinnahmt wird.

Rechtspopulistische Akteurinnen und Akteure nutzen in der Regel kontroverse gesellschaftliche Debatten um Themen wie zum Beispiel Flucht und Migration oder Gewalttaten, vor allem gegen Kinder und Frauen, als Gelegenheitsstruktur, um sich selbst als Tabubrecherinnen und Tabubrecher aufzuspielen („Die etablierten Parteien verschweigen uns was!“). Die jeweilige gesellschaftliche Diskussion wird dabei bewusst emotionalisiert („Alles wird immer gefährlicher!“), um am Ende die eigenen Deutungen („Täter sind immer Fremde!“) und Lösungsvorschläge („Migration unterbinden!“) ins Spiel zu bringen. Man erkennt rechtspopulistische Kommunikation also zum einen daran, dass sie nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit Emotionen arbeitet. Dabei wird dem „gesunden Menschenverstand“, also gefühltem, breit geteiltem Alltagswissen, das sehr leicht mit Ressentiments und Vorurteilen Hand in Hand geht, mehr Wert beigemessen als wissenschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Erkenntnissen und Errungenschaften.

Zum anderen erkennt man Rechtspopulismus schlicht an seinem ideologischen Gehalt. Idealisiert wird die homogene Gemeinschaft, dämonisiert wird die offene, pluralistische Gesellschaft in all ihren Facetten.

Der Regierungsbezirk Münster, für den Sie zuständig sind, ist sehr heterogen: Hierzu gehören als Metropolregion und Ballungszentrum das nördliche Ruhrgebiet ebenso wie ländliche Regionen und dörflich-kleinstädtische Strukturen des Münsterlandes. Gibt es Schwerpunktorte, wo Ihre Arbeit stärker nachgefragt wird? Sind Sie vermehrt im städtischen/großstädtischen Bereich unterwegs?

Das ist tatsächlich nicht der Fall. Wir sind in den ländlicheren Regionen des Münsterlandes mindestens genauso viel unterwegs wie im urban geprägten städtischen Ruhrgebiet. Es gibt im Münsterland zwar derzeit keine sichtbar organisierten Neonazi-Strukturen, aber lokal durchaus extrem rechte Personen, die Menschen Anlass geben, uns nach Rat und Unterstützung zu fragen. Was die gestiegene Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte in den Jahren 2015 bis 2017 angeht, ist auch das Münsterland keine Ausnahme.

Darüber hinaus sind Einstellungen wie Rassismus und Antisemitismus, Homosexuellenfeindlichkeit und Antifeminismus oder völkische und autoritäre Vorstellungen von Gesellschaft ja nicht organisierten extrem rechten Akteurinnen und Akteuren vorbehalten. Diese Einstellungen sind in der gesamten Gesellschaft zu finden. Alltäglicher Rassismus ist entsprechend auch im Münsterland ein Problem.

Rechtspopulisten suchen Gelegenheiten, in die Zivilgesellschaft vorzudringen. Ist für Sie ein direktes oder auch unterschwelliges Zugehen von rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren auf bürgerschaftlich Engagierte in Vereinen und Verbänden feststellbar?

Was wir beobachten, ist nicht unbedingt ein gezieltes Zugehen von klar abgrenzbaren Gruppen oder Akteurinnen und Akteuren auf Vereine oder Verbände, sondern eher eine gesellschaftliche Stimmung, in der etwa rassistische Ressentiments öffentlich wahrnehmbarer geäußert werden. Diese Entwicklung zeigt sich unter Umständen eben auch in Vereinen und Verbänden. In der Debatte um die Maßnahmen zum Schutz vor einer Ausbreitung des Corona-Virus ist dies gerade sehr gut zu beobachten: Die gezielte Emotionalisierung und Zuspitzung der Diskussionen, die personalisierte Zuschreibung der Probleme an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Gesundheitsminister Jens Spahn oder den Virologen Christian Drosten, aber auch die stetig wiederholten Verschwörungsmythen führen dazu, dass extrem rechte Deutungen und Erzählungen salonfähig gemacht und damit normalisiert werden. Diese Dynamiken haben wir schon in den Jahren zuvor in der Diskussion um die Unterbringung von Geflüchteten beobachten müssen. Vereine und Verbände, die sich deutlich wahrnehmbar gegen Rassismus und rechte Einstellungen positionieren, werden zudem schon seit einigen Jahren gezielt von rechten Akteurinnen und Akteuren diffamiert und beispielsweise durch Kampagnen in den sozialen Medien angegriffen.

Wie können sich gerade auch ehrenamtlich tätige Menschen vor rechtspopulistischem Verhalten bei ihrer Arbeit schützen? Welche Argumente können beispielsweise vorgetragen werden, um rechtspopulistisches Gedankengut inhaltlich zu entkräften?

Unserer Erfahrung nach geht es hier weniger um konkrete Argumente, sondern eher um die Entwicklung einer Haltung. Da spielt die Organisation, in der Ehrenamtliche sich engagieren, eine große Rolle: Gibt es Satzungen, Leitbilder oder Positionspapiere, auf die sich die Engagierten berufen können und die ihnen den Rücken stärken? Gibt es eine Begleitung der Arbeit durch zuständige Personen oder hilfreiche Handreichungen, die auch diese Aufgabe im Blick hat? Wenn das nicht der Fall ist, können und sollten Ehrenamtliche das durchaus einfordern, um nicht allein für ihre Werte einstehen zu müssen.

Außerdem empfiehlt es sich, gemeinsam mit anderen Engagierten, aber auch mit den Hauptamtlichen ins Gespräch zu kommen und über mögliche Situationen nachzudenken. Denn es ist am schwierigsten zu reagieren, wenn wir überrascht und nicht vorbereitet sind. Dafür bietet die Mobile Beratung Unterstützung. Darüber hinaus gibt es von den „eigenen“ Vereinen und Verbänden häufig sogar eine Vielzahl an hilfreichen Veröffentlichungen, die sehr konkrete Tipps geben und passgenau für das jeweilige Arbeitsfeld formuliert sind.

Es ist wichtig, sich seiner eigenen Haltung bewusst zu sein und sich darüber zu verständigen: Wofür stehen wir? Wie stellen wir uns diese Gesellschaft vor? Haben wir Kritik an politischem Handeln und wenn ja, was kritisieren wir an wem?

Der WHB grenzt sich klar gegenüber einer ausgrenzenden und diskriminierenden Verwendung des Heimatbegriffs ab und versteht Heimat inklusiv. Was für Hinweise können Sie uns als Dachverband für unsere Arbeit geben? Wie können wir unsere Mitglieder bestmöglich in der Abgrenzung gegen Rechtspopulismus unterstützen?

Es ist wichtig, sich seiner eigenen Haltung bewusst zu sein und sich darüber zu verständigen: Wofür stehen wir? Wie stellen wir uns diese Gesellschaft vor? Haben wir Kritik an politischem Handeln und wenn ja, was kritisieren wir an wem? Dafür bieten das Leitbild und bisherige Veröffentlichungen des WHB eine gute Basis – außerdem lohnt der Blick über den Tellerrand, etwa nach Thüringen. Hier bezieht der Thüringer Heimatbund deutlich Stellung und spielt eine große Rolle in der lokalen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Das passiert dann nicht nur in Veröffentlichungen oder verbalen Positionierungen, sondern auch durch konkrete Projekte, mit denen demokratisch Engagierte vor Ort unterstützt werden. Zudem sollte der WHB als Dachverband mit den Mitgliedern möglichst konkret definieren, was für sie einen inklusiven Heimatbegriff ausmacht und welche praktischen Konsequenzen das für die Arbeit in den einzelnen Mitgliedsvereinen hat.

Wo können ehrenamtlich tätige Menschen wie Mitglieder von Heimat- und Bürgervereinen Unterstützung in Form von Beratung und Fortbildungen erhalten – neben der „Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster“?

Mobim in Münster ist eines von fünf Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen. Neben unserer Beratungsstelle gibt es in NRW ein professionelles Netzwerk unterschiedlicher spezialisierter Einrichtungen. Darunter befinden sich zwei Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, eine Anlaufstelle für potentielle Aussteigerinnen und Aussteiger und Bezugspersonen von rechtextrem orientierten Menschen sowie ein Netzwerk von Antidiskriminierungsbüros, die bei Diskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) unterstützen und beraten. Darüber hinaus gibt es eine enge Zusammenarbeit mit vielen Trägern der Bildungsarbeit, die im Themenfeld tätig sind. Außerdem gibt es auch Kontakte zu kommunalen Partnerschaften für Demokratie, die in Städten und Gemeinden Projekte im Themenfeld finanzieren und koordinieren. Wir freuen uns über Anrufe oder Mails und vermitteln gern weiter. ■

Information und Kontakt
Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster
0251 49271-09
kontakt@mobim.info
mobim.info
www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel/mobile-beratung-gegen-rechtsextremismus

Foto: Gottfried Bräuer

Praxisbeispiele aus der Heimatarbeit

Foto/ Paloma Klages

◂ Süße Integration: Bei einem Projekt zur nachhaltigen Grünlandnutzung haben Alteingesessene und Zugewanderte gemeinsam geimkert.

Integration durch Heimatpflege.

Beispiele aus dem Landkreis Hildesheim, Niedersachsen

Von Paloma Klages

Wer kann unsere Heimat besser erklären als diejenigen, die unser Land, den Wohnort, das Viertel, die Sitten und Bräuche am besten kennen? Die Heimatpflege – die Heimatkennerinnen und -kenner. Dabei ergibt sich ein vielschichtiges Potpourri an Möglichkeiten: Vereine, die oft über Nachwuchssorgen klagen, können Familien oder Kinder bei Thementagen oder gemeinschaftlichen Aktionen miteinbeziehen.

In Groß Escherde beispielsweise hat der örtliche Heimatverein einen Tag rund um das Thema Wasser gestaltet, parallel war es auch Thema im Sachkundeunterricht der Grundschule. Die Teilnehmenden besuchten eine Fischzucht, verfolgten Quelle und Bachläufe, wodurch nebenbei ein Kennenlernen der Umgebung stattfand. Sprachprobleme mit den Kindern gab es hierbei kaum. Die Gruppe hat diverse Parameter bestimmt, mikroskopiert, viel gefragt und erklärt. Dabei erwies es sich als Glücksfall, einen Hydrologen aus dem Iran dabeizuhaben, für den es nach seiner Flucht eine große Freude war, den Tag bereichern zu können.

Für einen anderen Heimatverein im Leinebergland war es ein glücklicher Umstand, fünf zupackende junge Männer mit Migrationshintergrund im Ort wohnen zu haben. Beim Anblick von Arbeiten an schweren Eichenbänken boten sie sofort ihre Hilfe an und unterstützten eine Zeit lang mit ihrer Arbeitskraft den Verein. Bis heute sind zwei von ihnen noch oft bei den Tätigkeiten des Heimatvereins dabei.

Sprache ist ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg der Integration. Es gibt immer wieder sinnvolle Verknüpfungen, also Situationen, bei denen sowohl die Heimatpflege als auch die Geflüchteten profitieren. Vielleicht sind auch deshalb viele Aktive aus der Heimatpflege ehrenamtlich oder auch mittlerweile hauptamtlich in der Integration tätig. Das setzt allerdings erst einmal eine Offenheit gegenüber „anderen“ Menschen voraus: zuhören, nachfragen, bestenfalls wertfrei vergleichen und harmonisch diskutieren – was zum Beispiel bei Heimatabenden gut praktiziert werden kann. Denn Heimaten sind vielfältig. Begleitet von landestypischen Gerichten, Musik, Filmen und Bildern sind derartige Zusammenkünfte horizonterweiternde Begegnungen. Beim gemeinsamen Kochen kann man nicht nur technische Geräte oder Vokabeln erklären, sondern auch nebenbei Fotos für Rezeptbücher machen, wie sie vielerorts bereits entstanden sind, vielfach auch finanziert durch Werbeanzeigen.

Die Stadt Alfeld organisierte mit Mitgliedern des dortigen Heimatvereins und einem Unterstützerkreis in den historischen Wallanlagen ein Frühstück an einem Sonntagmorgen. Die Liste der aufgetischten Gerichte reichte von deutschen Soleiern und Roggenbrötchen

Das Projekt war auf Nachhaltigkeit und Selbstversorgung angelegt. Tatsächlich bewirtschaften heute einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigene (Schreber-)Gärten.

über kasachischen Möhrensalat bis zu äthiopischer Bohnenmarmelade. Dazu gab es ebenso variantenreiche Musik. So hatten die Besucherinnen und Besucher Gelegenheit, zu probieren und sich auszutauschen.

Nicht nur gemeinsames Essen verbindet, sondern bereits das Anbauen von Obst und Gemüse. Als „verbindendes" Gemüse ist etwa das Eibischgewächs Okra/Ladyfinger zu nennen – es wird auf allen Erdteilen angebaut und unterschiedlich zubereitet oder kam – wie in Deutschland – eher als Hustenmittel zum Einsatz, bevor es in Vergessenheit geriet. Als eine von 500 Initiativen für den ländlichen Raum wurde in der Gemeinde Nordstemmen ein Jahr das Projekt „Garten, Streuobstwiese & Bienen" mit etwa 3.000 Euro aus Landesmitteln gefördert. Es gab mit Imkern, Gärtnern und Gartenlandbesitzern gute Kooperationen in Theorie und Praxis. Dank der Förderung standen die notwendigen Geräte zur Verfügung. Am Ende wurde gemeinsam geerntet. Das Projekt war auf Nachhaltigkeit und Selbstversorgung angelegt. Tatsächlich bewirtschaften heute einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigene (Schreber-)Gärten. Wenn auf einmal der typisch deutsche Gartenzwerg inmitten von Kurkuma und Bockshornklee steht oder auf dem Kartoffelacker nun Süßkartoffeln angebaut werden, gibt es auch hier eine gegenseitige „Befruchtung".

Als herausragend ist das Projekt „Heimatblicke" des Niedersächsischen Heimatbundes (NHB) zu nennen, das aus Mitteln des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gefördert wurde (Gesamtvolumen: 300.000 Euro). 2016 und 2017 ermöglichte es Heimatvereinen und Geflüchteten, in einen Dialog über Kultur(en) zu treten. Eine weiterführende Schule und der Förderverein des Stadtmuseums beispielsweise erarbeiteten in Pattensen eine Stadtrallye; im Grenzlandmuseum Eichsfeld fand das „World-Café Heimat" statt.

Ein junger Lehrer aus Marokko konnte zudem im Rahmen von „Heimatblicke" ein Praktikum beim Heimatbund im Landkreis Hildesheim absolvieren. Drei Monate lang begleitete er in Vollzeit gegen eine Aufwandspauschale von 500 Euro im Monat die Kreisheimatpflegerin und konnte einerseits die Kultur des Lebensumfeldes kennenlernen, andererseits auch direkt vermittelnd tätig sein. In diesem Projekt vernetzten sich in kurzer Zeit Heimatpflegerinnen und -pfleger, kommunale und regionale Integrationshelferinnen und -helfer, Mitglieder der Runden Tische und Geflüchtete, ebenso aber auch Menschen, die schon länger hier leben, allerdings nun erst bereit waren, sich intensiver auf eine neue Heimat einzulassen. Zunächst hat der Praktikant unter etwa 200 neu Zugewanderten eine Umfrage durchgeführt, was sie bei einer Stadtführung sehen und erklärt haben möchten. Gemeinsam mit zwei Stadtführerinnen entwickelte er dann eine mehrsprachige Stadtführung, die zwar zum Beispiel auch auf die beiden UNESCO-Welterbestätten einging und auch erklärte, warum sie sich dort befinden, zudem aber ebenso Alltagsfragen klärte, etwa wo man Restmüllsäcke oder Bustickets erwerben kann. 381 Anmeldungen für sieben Führungen in je acht Sprachen verdeutlichen, dass es offensichtlich einen Bedarf für ein solches Angebot gab und immer noch gibt – denn die Stadtführungen in unterschiedlichen Sprachen finden auf Anfrage weiterhin statt und werden nun von der Stadt angeboten. Der Wohnort wird eben erst dann zur Heimat, wenn man einen Bezug dazu hat. Dieser entsteht durch Offenheit, Toleranz und auch durch Unterstützung durch die Heimatpflege. ■

Information und Kontakt

Landkreis Hildesheim
Paloma Klages, Kreisheimatpflegerin, OE 912
Bischof-Janssen-Str. 31, 31134 Hildesheim
05069 4809245
escherde@gmail.com
www.kulturium.de/KulturBüro/Heimatpflege

Aufbau eines Begegnungszentrums mit Personengalerie.

Ein Projekt des Heimatvereins Alte Vogtei Burbach e. V. und der Gemeinde Burbach

Von Volker Gürke

Nicht ohne Grund trägt der Heimatverein Burbach den Namen des historischen Fachwerkgebäudes, um dessen Erhalt vor etwa fünfzig Jahren heftig gestritten wurde. Die Alte Vogtei in der Ortsmitte von Burbach weiß Geschichte und Geschichten des Dorfes von nunmehr bald 325 Jahren zu erzählen. In der zugehörigen Zehntscheune wurde das Heimatmuseum „Leben und Arbeiten in Burbach“ drei Jahrzehnte lang zum heimatkundlichen Erlebnis für Einheimische und Gäste. Seit 2017 erleben beide Gebäude eine umfassende Grundsanierung, die zeitgleich die Chance einer konzeptionellen Neuausrichtung bietet. Die Gemeinde Burbach als Eigentümerin und der Heimatverein Burbach als Hauptnutzer haben über Monate mit Architekten, Ausstellungsmachern und versierter Museumsberatung für die Alte Vogtei mitsamt ihrer Zehntscheune das Konzept eines Besucher-, Begegnungs- und Erlebniszentrums (BBEZ) entwickelt, das bis 2022 umgesetzt werden soll. Von Anfang an wurde bei diesem Prozess auf die Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger gesetzt, zahlreiche Foren und Workshops begleiten die Entstehung und den Werdegang bis heute. Gebündelt und vorangetrieben werden die Ideen, An-

▼ Die Alte Vogtei mit benachbarter Zehntscheune, die zu einem Besucher-, Begegnungs- und Erlebniszentrum umfunktioniert wird.

Foto/ Gottfried Bräuer

regungen und Ergebnisse von einer Arbeitsgruppe, die sich aus ehrenamtlich engagierten Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Professionen zusammensetzt.

Herzstück der Neugestaltung wird neben zahlreichen anderen Angeboten und Möglichkeiten die Ausstellung „Gemeinsam Burbach“ sein. Vor dem Hintergrund der Geschichte des Dorfes und seiner Region soll aktuellen Fragen zur Entwicklung von Gesellschaft und Umwelt nachgegangen werden. So formulierte schon die grundlegende Projektbeschreibung: „Das umfassende Konzept des BBEZ Alte Vogtei will sowohl Urlaubs- und Tagesgäste als auch Einheimische in der Region generationsübergreifend ansprechen und dabei jeder Form des ‚Anders-Seins‘ mit Offenheit begegnen. In diesem Zusammenhang wird es auch Angebote zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund geben. Damit will das Zentrum einen Beitrag zur Begegnung und zur Entwicklung einer offenen Gesellschaft leisten.“ (Förderantrag/02.10.2017). Orientiert ist die konzeptionelle Zielvorstellung dabei an der bewegten Geschichte des Ortes: „Im Laufe der Geschichte haben sich Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Ländern in Burbach niedergelassen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Hugenotten (französische Protestanten) retteten sich vor religiöser Verfolgung hierher. Vietnamesische ‚Boatpeople‘ und Menschen aus dem Balkan flüchteten vor dem Krieg. Vertriebene im Kontext des Zweiten Weltkriegs und Bewohner der ehemaligen DDR suchten hier ihre neue Heimat. So entwickelte sich die dörfliche Gemeinschaft stets weiter. Heute leben in Burbach etwa 15.000 Einwohner, die aus 160 Herkunftsnationen stammen.“ (Ausstellungstext/Entwurf 05.07.2019). Dass die Thematik Migration für Burbach auch weiterhin Aktualität besitzt, zeigt nicht zuletzt das Betreiben einer Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach von 2014 bis 2017.

In der vorgesehenen Dauerausstellung werden Erfahrungen und Fragestellungen zu „Herkunft – Heimat – Miteinander“ vor allem in der sogenannten Personengalerie aufgenommen, die bezeichnenderweise in der Sektion „ZusammenLeben“ der Ausstellung zu finden sein wird. Im Obergeschoss der Zehntscheune können die Besucherinnen und Besucher zukünftig das beleuchtete „Haus-im-Haus“ betreten und werden an dessen Längsseite auf etwa 15 Präsentationen stoßen, mit denen unterschiedliche Lebenszeugnisse alter und junger, alteingesessener und zugereister Burbacher zu Gehör kommen und ins Auge fallen werden. Diese biografischen Blitzlichter können mit Hilfe digitaler Technik vertieft und in temporären Wechselausstellungen umfassend wahrgenommen werden.

„Heimat für alle“ – die Alte Vogtei wird ein zeitgemäßer Ort der Begegnung, der Räume zum Kennenlernen und zum engagierten Miteinander öffnet sowie Brücken für eine gelingende Integration baut. ■

Das umfassende Konzept des BBEZ Alte Vogtei will sowohl Urlaubs- und Tagesgäste als auch Einheimische in der Region generationsübergreifend ansprechen und dabei jeder Form des ‚Anders-Seins‘ mit Offenheit begegnen.

▲ So soll die Personengalerie in der Zehntscheune zukünftig gestaltet sein, die Biografien von Burbachern mit und ohne Migrationshintergrund beispielhaft vorstellt.

Information und Kontakt
Heimatverein Alte Vogtei Burbach e. V.
Volker Gürke, 1. Vorsitzender
Jägerstraße 2, 57299 Burbach
volker.guerke@gmail.com
www.alte-vogtei.de

Zusammenleben in Vielfalt – Interkultureller Austausch in Sennestadt

Von Hannelore Junge und Marc Wübbenhorst

Die ehemalige Stadt Sennestadt – heute zu Bielefeld gehörend – entstand in den 1950er- und 1960er-Jahren als Planstadt auf der grünen Wiese, die in erster Linie für Geflüchtete und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten errichtet worden war. Die Wohnungsnot und die Flüchtlingsströme der Nachkriegszeit erforderten günstigen und ausreichenden Wohnraum. In den 1990er-Jahren schließlich sind viele Menschen aus Osteuropa zugezogen. So war Sennestadt von Anfang an ein Ort der Vielfalt und ist es bis heute mit seinen 22.000 Einwohnern aus über 50 Herkunftsländern geblieben.

Der „Arbeitskreis Vielfalt" und seine Aktivitäten

1983 wurde der Sennestadtverein e. V. gegründet, der sich dafür einsetzt, „möglichst vielen Menschen eine soziale und kulturelle Heimat im Stadtbezirk zu geben", wie es auf der Webseite heißt. Das gesellschaftliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft bewegt sich im Spannungsbogen von einer offenen Gesellschaft bis zu Ausgrenzungs- und Abgrenzungsformen. Die wechselseitige Exklusion einzelner Gruppen und das politische Erstarken von rechtspopulistischen Parteien sind Auswüchse, die auch in der Sennestadt zu beobachten sind. Der Verein sieht es als seine Aufgabe an, Brücken zu bauen und Angebote integrativ und inklusiv anzubieten. Beteiligung an den Kulturangeboten und das gesellschaftspolitische Mitgestalten sind das Ziel. Die Heimatarbeit kann dabei Impulse setzen und konstruktive Vorschläge machen.

Schon früh entstanden im Sennestadtverein Arbeitskreise mit ganz unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Einer davon ist der „Arbeitskreis Vielfalt", der das Miteinander aller Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern und dabei die soziale Diversität, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensweisen, aber auch das Spektrum der Herkunft seiner Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigen möchte. So entstanden neue Veranstaltungsreihen wie „Klänge der Welt", bei denen das Publikum auf landestypischen Instrumenten gespielte Musik aus aller Welt kennenlernen und genießen darf. Bei der Reihe „Märchen aus aller Welt" lauschen die Menschen nicht nur gebannt der Vorleserin, sondern sie erfahren auch viel über die Entstehung dieses Märchens. Die zum Jahresende stets stattfindende Veranstaltung „Sitten und Gebräuche verschiedener Länder in der Weihnachtszeit" trifft auf einen ganz anderen Interessentenkreis. Die mehrmals stattfindenden „Sennestädter Wohnzimmergespräche" haben eine besonders nachhaltige Wirkung auf die Besucherinnen und Besucher. Hierbei überlegt sich der Arbeitskreis, wen er aus welchem Herkunftsland ansprechen könnte und stellt dann den Kontakt her. Anschließend gibt es ein Vorbereitungsgespräch. Am entsprechenden Abend erzählen die Gastgebenden erst von ihrem Herkunftsland und berichten anschließend, welche Eindrücke sie später in ihrer „zweiten Heimat" Sennestadt prägten. Daraus entspinnen sich viele Fragen, aber auch angeregte Diskussionen und so manche spätere Freundschaft. Gerade diese Abende schaffen es stets, auf die Vielfalt in Sennestadt einzugehen und durch ihr besonderes Format Interesse zu wecken. Alle sprechen dabei offen über die Erfahrungen des Ankommens, über ihr jeweiliges Heimatgefühl, ihre kulturellen und familiären Prägungen und wie diese ihr Leben beeinflusst haben. Diese Wohnzimmergespräche sind stets sehr persönliche Beiträge von Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus anderen Herkunftsländern.

Der Arbeitskreis bietet zudem Veranstaltungen beim jährlichen Sennestadtfest im Sommer an. Dank finanzieller Unterstützung gelang es beim Sennestadtfest 2019, ganz unterschiedliche Gruppen aus mehreren Ländern auftreten zu lassen. Eine heimische Volkstanzgruppe wurde ganz besonders bejubelt. Diese Vielfalt stieß auf Begeisterung und regte zum Mitmachen an. Auf dem Festplatz stand ein großes „Zelt der Begegnung". Darin

Integration bedeutet auch, den Anderen so sein zu lassen wie er ist.

Foto: Sennestadtverein

▲ Beim achten Sennestädter Wohnzimmergespräch im Februar 2020 servierte die Gastgeberin landestypische Speisen aus der Türkei.

fanden an beiden Tagen des Festes mehrere Gespräche mit Mitmenschen aus anderen Herkunftsländern statt. Die Atmosphäre war ähnlich wie bei den „Sennestädter Wohnzimmergesprächen“: Die Gastgeberin oder der Gastgeber nahmen auf einem Sofa mit ihren aus der alten Heimat mitgebrachten Bildern und anderen Materialien vor dem Publikum Platz. Einige landestypische Essensspezialitäten luden zum Probieren ein. Bei allen fünf Gesprächen war ein Publikum vorzufinden, das das ausgefallene Angebot des Arbeitskreises auf diesem Stadtteilfest mit Interesse aufnahm. Zweimal wurde anschließend sogar ein landestypischer Tanz gemeinsam auf dem Platz vor dem Zelt eingeübt.

Integration und Miteinander durch persönlichen Kontakt

Gerade der Dialog ist wichtig, nicht allein die Migrationsgeschichte. Auf Anregung des Ortsheimatpflegers Marc Wübbenhorst wurde 2019 mit Bezirksbürgermeister Lars Nockemann und Stadtteilkoordinator Alex Kanobaire ein zweiter Bürgerdialog durchgeführt, bei welchem Sennestädterinnen und Sennestädter zusammenkamen, um über Herausforderungen im Stadtteil zu sprechen, darunter Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation. Dass man auch mehrere Heimaten haben kann, darüber waren sich die Teilnehmenden einig. Für die erste Generation der Ankommenden war es oft schwierig. Die Sprache, aber auch der stressige Alltag ließen nicht immer Raum für das Miteinander vor Ort. Integration lebt vom persönlichen Kontakt und dem Engagement vieler Ehrenamtlicher. Sie ist keine einmalige Maßnahme, sondern Daueraufgabe. Integration im Kleinen ist die vom Ortsheimatpfleger geleitete Plattdeutschgruppe in der Sennestadt. Hier wird oft gefragt, welche Variante des Niederdeutschen denn verwendet werde. Aber das Konzept sieht vor, dass jeder seinen Dialekt einbringt. „Wir üben dann, den jeweils anderen zu verstehen und nicht zu verändern“, erläutert der Ortsheimatpfleger.

Integration bedeutet auch, den Anderen so sein zu lassen wie er ist. Beim Weihnachtsmarkt in der Sennestadt werden unterschiedliche Gruppen eingeladen, dazu gehören auch diejenigen, die kein Weihnachten feiern. Es geht um das Signal und den guten Kontakt, alles Weitere folgt darauf.

Erfahrungen zeigen, dass es bei Jugendlichen besser ist, weniger strukturell zu arbeiten. Stattdessen sind Angebote gefragt, die über das Thema Migration hinausgehen. Eine Zusammenarbeit beispielsweise mit externen Künstlerinnen und Künstlern oder Anbieterinnen und Anbietern aus dem Bereich Jugendarbeit stellt hier die inhaltliche Qualität sicher. Nicht nur über die Fluchtgeschichte zu reden, sondern etwas Aktives zu tun, von dem man gerne am Montag in der Schule erzählen mag, ist aus Sicht der Ortsheimatpflege ein geeigneter Schlüssel.

Konzepte und Projekte können nur dann funktionieren, wenn sie Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzen und gemeinschaftlich entwickelt werden. Der Verpflichtung, die man gegenüber den Menschen eingeht, sollte man sich bewusst sein. Das Kennenlernen, zum Beispiel bei einem gemeinsamen Essen, ist immer nur der erste Schritt. Das Beteiligen an Kulturangeboten und das gesellschaftspolitische Mitgestalten sind das Ziel. Der Sennestädter Heimat- und Kulturverein als auch der Ortsheimatpfleger werden weiterhin neue Formate entwickeln und anbieten, um zugezogenen Menschen ein auf Gemeinschaft ausgerichtetes Zusammenleben auf Augenhöhe zu ermöglichen. ■

Information und Kontakt

Sennestadtverein e. V.
Arbeitskreis „Vielfalt in der Sennestadt“
Lindemannplatz 3, 33689 Bielefeld
0521 515648
info@sennestadtverein.de
www.sennestadtverein.de/

Ortsheimatpfleger Sennestadt
Marc Wübbenhorst
marc.wuebbenhorst@googlemail.com

Aktivitäten des Heimatvereins Asbeck zur Förderung der Integration neu angekommener Menschen

Von Rebecca Brüggemann

„Heimat-Verein" – schon unser Name ist Verpflichtung genug, sich mit dem Schicksal der Menschen zu befassen, die ihre Heimat verloren haben und eine neue Heimat suchen. So dachte der Heimatverein Asbeck e. V., als im Jahr 2016 klar wurde, dass mit der Verteilung der Geflüchteten in die Kommunen auch neue Bürgerinnen und Bürger in den dörflichen Ortsteil Asbeck der Gemeinde Legden (Kreis Borken) kommen werden.

Um zu verstehen, welche Rolle der Heimatverein in Asbeck spielt, muss hervorgehoben werden, dass dieser im 1.300 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Asbeck eine Art Allzuständigkeit wahrnimmt. Fast alle Asbecker sind im Heimatverein oder fühlen sich ihm verbunden, und so tut man eben alles, was man für Asbeck tut, auch für den Heimatverein. Zu Beginn stand die Akutversorgung der Neuangekommenen mit dem Nötigsten an. In dieser Phase gründeten sich in der Gemeinde eine Kleiderkammer und im Ortsteil Asbeck eine heute noch existierende Fahrradwerkstatt, die jedem Geflüchteten ein gebrauchtes, aber fahrtaugliches Fahrrad zur Verfügung stellt, damit der Weg von Asbeck ins 3,5 Kilometer entfernte Legden zum Einkaufen und für Arztbesuche bewältigt werden kann. Der Heimatverein stellt hierfür einen historischen Spieker mitten im Ortskern zur Verfügung, denn die Fahrradwerkstatt soll nicht nur gut erreichbar sein, sie soll als Baustein der Integration eben auch eine zentrale Rolle einnehmen.

Der Heimatverein spendete den Bewohnerinnen und Bewohnern der ersten großen Unterkunft, die sich direkt neben dem im Eigentum des Heimatvereins stehenden Dormitorium befand, eine Fahrradkarre, damit die Einkäufe leichter mit dem Fahrrad transportiert werden konnten. Diese hingegen halfen gerne beim Auf- und Abbau der Tische und Stühle für Veranstaltungen im Dormitorium, so dass sich direkt persönliche Bekanntschaften bildeten und wechselseitig Vertrauen aufgebaut werden konnte.

Die Frauen, die in unterschiedlichen Lebenssituationen nach Asbeck kamen, äußerten ihre durchaus auch abweichenden Bedürfnisse nicht so deutlich wie die oftmals allein eingereisten männlichen Geflüchteten.

Sehr schnell wurde klar, dass die deutsche Sprache als Schlüssel zur Integration gefördert werden muss, sodass ein Deutschkurs ins Leben gerufen wurde. Dieser findet bis heute montagabends statt und wird durch ehrenamtliche Integrationspatinnen und -paten, auch aus den Reihen des Heimatvereins, gestaltet. Für besondere Aktionen sowie Lehrfilmvorführungen darf der Deutschkurs das mit Beamer und sonstiger Tagungstechnik ausgestattete Dormitorium nutzen, ansonsten tagt er in einem Raum der Kirchengemeinde direkt neben dem Kindergarten.

Die gute Kooperation zwischen Geflüchteten und Einheimischen führt auch immer wieder dazu, dass der Heimatverein diese für eine ehrenamtliche Mitarbeit bei Veranstaltungen gewinnen kann. Ein ehemals Geflüchteter interessiert sich sogar so sehr für die Heimatgeschichte und die Aktivitäten des Heimatvereins, dass er mittlerweile Vorstandsmitglied geworden ist und sich zum Gästeführer ausbilden lässt. Er übernimmt eine Mittler- und Vorbildfunktion, gerade auch für neu angekommene Geflüchtete, und geht ihnen mit gutem Beispiel voran.

Foto/ Brüggemann

▲ Neuangekommene Menschen machen in Asbeck bei einer Museumstour mit.

Damit Verständnis für das Leben in unserem touristisch attraktiven Ort geschaffen wird, laden wir alle neu angekommenen Geflüchteten stets zu einer mehrsprachigen Führung durch das Dorf und unsere Museen ein. Auch die Hilfe, die wir ihnen zukommen lassen, ist nicht nur materieller Art, sondern besteht oft in Fahrdiensten, Lernhilfen und Begleitungen im Alltag, etwa zum Arzt oder bei Behördengängen. Gerade durch diese Hilfen schaffen wir eine spürbare Integration der Geflüchteten, die mit Interesse an Brauchtumsveranstaltungen wie dem Maifest oder dem Schützenfest teilnehmen und uns mit Essenseinladungen an ihrer Kultur teilhaben lassen.

Die Frauen, die in unterschiedlichen Lebenssituationen nach Asbeck kamen, äußerten ihre durchaus auch abweichenden Bedürfnisse nicht so deutlich wie die oftmals allein eingereisten männlichen Geflüchteten. So wurde unter tatkräftiger Mitwirkung von Heimatvereinsmitgliedern ein Frauentreff ins Leben gerufen, der alle zwei Wochen ein niedrigschwelliges Angebot an die geflüchteten Frauen richtet und häufig erste Anlaufstelle für Sorgen und Nöte, aber auch für Kontakt- und Lernwünsche ist. Daraus entwickelten sich eine orientalische Tanzgruppe und ein Schwimmkurs, der den geflüchteten Frauen die Möglichkeit gibt, sich auch körperlich auszudrücken und weiterzuentwickeln – eine Freiheit, die sie in ihrer alten Heimat oft nicht hatten!

Für uns bietet sich durch diese Kontakte die Möglichkeit, für uns fremde Heimaten und Kulturen näher kennenzulernen. Ohnehin sehen wir unser Engagement für die Geflüchteten keinesfalls einseitig, vielmehr profitieren auch wir von dem Kontakt, durch die tatkräftige Unterstützung bei Veranstaltungen genauso wie durch die Erweiterung unseres Horizontes und Wirkradius. Wir haben neue Mitglieder gewonnen und sind mit solchen Mitmenschen, die Interesse an der Arbeit mit Geflüchteten haben, näher in Kontakt gekommen. Die Entscheidung, Geflüchteten, die auf der Suche nach einer neuen Heimat sind, die helfende Hand zu reichen, war und ist daher aus Sicht des Heimatvereins Asbeck e. V. der absolut richtige Weg. Denn auch wenn viele Asbeck früher oder später wieder den Rücken kehren – ob aus familiären, beruflichen oder aufenthaltsrechtlichen Gründen –, ist Asbeck für einige Geflüchtete tatsächlich schon zur neuen Heimat geworden. ■

Information und Kontakt

Heimatverein Asbeck e. V.
Rebecca Brüggemann, Geschäftsführerin
Heeker Straße 11b, 48739 Legden-Asbeck
02566 909419
info@heimatverein-asbeck.de
www.heimatverein-asbeck.de

Kulturübergreifendes Engagement des Heimat- und Verschönerungsvereins Siegen-Achenbach

Fotos/ Günther Langer (HVA) © Heimatverein Achenbach

Von Michél Dylong und Dörthe Gruttmann

▲ Berg der Fundstücke nach der Reinigungsaktion durch Bundesfreiwilligendienstleistende und Geflüchtete auf dem Fischbacherberg in Siegen

Achenbach, Stadtteil von Siegen, ist ländlich eingebettet und vorwiegend ein Wohngebiet. Hier leben geflüchtete und von Armut betroffene Menschen neben alteingesessenen Einwohnern. Der Heimatverein Achenbach setzt sich von vielen anderen Heimatvereinen ab, indem er neben seiner ursprünglichen Ausrichtung (Denkmalpflege und Verschönerung des Ortsbildes) viele Aufgaben übernimmt, die sonst von kommunaler Hand und/oder von Wohlfahrtsorganisationen ausgeübt werden. Er ist Träger verschiedener Bildungs- und Teilhabemaßnahmen. So wurde die Gemeinnützige Weiterbildungsgesellschaft Achenbach mbH ins Leben gerufen, über welche Sprachkurse angeboten und unterschiedliche berufliche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen unterbreitet werden. Die gGmbH betreibt ebenfalls mehrere Sozialkaufhäuser und ein Sozialcafé/Restaurant mit preiswertem Essen, welche auch als wichtiger sozialer Treffpunkt fungieren.

Für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund bietet der Heimatverein viele Möglichkeiten des Kennenlernens von Ort und Menschen sowie der gleichzeitigen Beteiligung an einmaligen wie wiederkehrenden Aktionen und Projekten. Durch den Bundesfreiwilligendienst beispielsweise helfen Menschen mit Migrationshintergrund, die sozialen Einrichtungen und Aktivitäten zu erhalten und tragen so zur Verbesserung des Zusammenhalts des ganzen Stadtteils bei.

Eine starke positive Resonanz erfährt ebenfalls die seit 2009 jährlich mit der Christlichen Gemeinde Achenbach organisierte Weihnachtsfeier für Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Ländern. Die Teilnahme am Weihnachtsfest mit Tannenbaum, Geschenken für Kinder und internationalen Speisen steht grundsätzlich jedem offen. Ein großes Interesse hieran haben gerade auch viele Nichtchristen. 2019 musste aufgrund der hohen Zahl an Teilnehmenden von 160 Personen, die sich aus Bundesfreiwilligendienstlerinnen und -dienstlern, Arbeitsgelegenheitskräften, Vereinsmitgliedern, Deutschkursteilnehmenden, Mitarbeitenden sowie ehrenamtlich Engagierten zusammensetzte, gar über den Tag verteilt an unterschiedlichen Standorten gefeiert werden.

Zu den Aktivitäten des Heimatvereins zählen auch Reinigungs- und Aufräumaktionen, die von „Bufdis“ im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten sowie von Ehrenamtlichen durchgeführt werden. Im August 2019 organisierte der Heimatverein auf Anfrage einen Aufräum-

Resultat des Aktionstages war nicht nur ein sauberer Ortsteil, sondern ebenso die Gewinnung von 40 neuen Mitgliedern für den Heimatverein.

▲ Das Team der Bundesfreiwilligendienstleistenden, die den historischen Rundwanderweg Achenbach ertüchtigen und instand halten

und Reinigungstag am Fischbacherberg in unmittelbarer Nähe zu Achenbach. Viele Freiwillige – darunter ehrenamtliche Unterstützer, Vereinsmitglieder und Geflüchtete – halfen, das Gebiet von Müll zu befreien. Dabei verband der Heimatverein das Nützliche ebenso mit dem Angenehmen, wenn im Nachhinein auf dem Vereinsgelände ein Garten- und Grillfest für die Engagierten stattfand. Resultat des Aktionstages war nicht nur ein sauberer Ortsteil, sondern ebenso die Gewinnung von 40 neuen Mitgliedern für den Heimatverein.

Ein langfristig angelegtes und umfangreiches, in die Zukunft weisendes Projekt stellt der sogenannte Sozial-Coin dar. Das im Sommer 2019 in Kooperation mit Studierenden der Universität und der Stadt Siegen initiierte Vorhaben hat zum Ziel, das Zusammenwachsen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – insbesondere von Neubürgerinnen und Neubürgern – wie auch demokratische Prozesse zu fördern. Denn durch den starken Zuzug von geflüchteten Menschen regte sich in Teilen der Bevölkerung Achenbachs ein starker Widerstand. So kamen kirchliche Vertreter und Verantwortliche von Vereinen zusammen, um dem Auseinanderdriften der Stadtteilgesellschaft entgegenzuwirken. Daraus entwickelte sich das Projekt „E-Mobilität und Ehrenamt“, wobei sich in Workshops alteingesessene und zugezogene Bürgerinnen und Bürger über die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung austauschten. Aus dieser Partizipation entstand eine Stadtteil-App: Durch ehrenamtliche Arbeit können sich Menschen sogenannte Sozial-Coins verdienen, die in ihre App eingetragen werden. Diese Stadtteilwährung kann anschließend für die Ausleihe von Elektrofahrzeugen (Elektroauto, -mofas und -fahrräder) eingetauscht, für die Pachtung einer Gartenparzelle oder in den Sozialkaufhäusern eingelöst werden. Die App ermöglicht eine bessere Vernetzung von Bürgern. Angebote für ehrenamtliches Engagement können schnell aufgenommen werden. Bürgerschaftliche Initiative wird auf diese Weise belohnt und dadurch weiter gefördert. Alle Menschen im Stadtteil können das Angebot gleichberechtigt nutzen – gerade Jugendliche haben ein starkes Interesse hierfür gezeigt. Der Start der App war so erfolgreich, dass es teilweise mehr Interessenten als Angebote für ehrenamtliche Arbeit gab.

Insgesamt richten sich die Aktivitäten des Heimatvereins Achenbach nicht ausschließlich an Menschen aus anderen Staaten, sondern an alle Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Unterscheidung wird hier bewusst nicht getroffen. Im Heimatverein und bei den Maßnahmen treffen Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Herkunft zusammen, die eine neue Gemeinschaft bilden. Da die Stadt Siegen jedoch einen etwa 26-prozentigen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund hat (Stand: 31.12.2019), lassen sich sowohl unter den Vereinsmitgliedern als auch unter den freiwilligen Helferinnen und Helfern immer Menschen aus ursprünglich anderen Staaten finden.

Der Heimatverein richtet sein Betätigungsfeld sehr stark am lokalen Bedarf aus, kooperiert mit der Stadt Siegen und unterschiedlichen Institutionen. Nur aus den Mitgliedsbeiträgen des Vereins lässt sich das vielfältige Engagement jedoch nicht finanzieren. Zusätzliche Spenden sowie die Beantragung von Fördermitteln (zum Beispiel beim Heimatförderprogramm des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen) sind hierfür elementar. ■

Information und Kontakt
Heimat- und Verschönerungsverein
Siegen-Achenbach e. V.
Günther Langer, 1. Vorsitzender
Im Langenseifen 5, 57072 Siegen
Briefpost an: Achenbacher Str. 115, 57072 Siegen
0271 23419363
hvachenbach@aol.de
www.siegen-achenbach.de

Ankommen in Westfalen unterstützen.
Heimatverein Verl bietet interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten

Von Regina Bogdanow

Der Heimatverein Verl e. V. blickt 2020 auf sein 100-jähriges Bestehen zurück. Die Mitgliederzahl ist im Laufe der Zeit auf 720 Mitglieder angestiegen und bleibt seit einigen Jahren relativ konstant. Drei gleichberechtigte Vorsitzende werden in ihrer Arbeit von mehreren Arbeitskreisen unterstützt, die sich unterschiedlichen Aufgaben widmen. Das ermöglicht die hohe Anzahl von ungefähr 180 Veranstaltungen pro Jahr.

Gemäß der Satzung strebt der Verein an, „Überliefertes und Neues sinnvoll zu verbinden, zu pflegen und weiterzuentwickeln“. Diesen Partizipationsgedanken versuchen wir in verschiedenen Projekten und in Zusammenarbeit mit der Stadt Verl, dem Westfälischen Heimatbund und anderen Institutionen, die gleiche Ziele verfolgen, zu verwirklichen.

Stadtführungen für Neubürger

Ein seit Jahren gepflegter Brauch besteht in dem von der Stadt Verl organisierten Empfang für Neubürger, der alle zwei Jahre stattfindet. Zu diesen Veranstaltungen melden sich regelmäßig etwa 120 Personen an.

Die Vereine der Stadt erhalten dabei Gelegenheit, sich den Neubürgern in kurzen Statements zu präsentieren. Der Heimatverein übernimmt neben der eigenen Vorstellung zusätzlich die Aufgabe einer Stadtführung. Ausgebildete Natur- und Kulturführerinnen und -führer begleiten Gruppen von jeweils 15 bis 20 Personen bei einem einstündigen Rundgang durch den Verler Ortskern. Sie gehen dabei auf die Entwicklung Verls vom Heidedorf zum heutigen Industriestandort ein und informieren über wichtige historische und neue Gebäude, Einrichtungen, Plätze und Kunstwerke im Ortsmittelpunkt. Bei der anschließenden kleinen Bewirtung bietet sich die Gelegenheit zu weiteren Gesprächen und Informationen. Damit ist oft der erste Anlass zu Kontakten mit dem Heimatverein gegeben, die in einer Mitgliedschaft münden können.

Arbeitsmigration – Ein Koffer voll Hoffnung

Arbeitsmigration ist ein wichtiger Teil der jüngeren deutschen Geschichte. In den 1950er-Jahren kamen die ersten sogenannten Gastarbeiter auch nach Verl. Die von der Arbeitsgemeinschaft der Archivare des Kreises Gütersloh 2013 bis 2015 kuratierte Wanderausstellung „Ein Koffer voll Hoffnung“ porträtierte 14 ehemalige Arbeitsmigranten aus dem Kreis Gütersloh. Auf mehr als 40 Tafeln wurde ihre Lebensgeschichte in den Vordergrund gerückt, die ebenso Bezüge zur Gegenwart und zur gegenwärtigen Integrationsdebatte hat. Diese Ausstellung wurde abschließend im Verler Heimathaus gezeigt.

Zur Ausstellungseröffnung waren alle portraitierten Personen persönlich eingeladen. Zwar gab es in der Wanderausstellung kein Beispiel aus Verl; es wurden aber spanische, griechische, türkische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie aus der Türkei stammende aramäisch sprechende Christen in Verl angesprochen und gebeten, ihre eigene Geschichte zu erzählen. Die Resonanz darauf war erfreulich groß; das Heimathaus war voller Gäste. Positiv zu bewerten ist die Tatsache, dass sich durch diese Veranstaltung auch Personen angesprochen fühlten, die erst viel später im Rahmen der Arbeitsmigration nach Verl gekommen waren.

Nach dem einleitenden Vortrag des Historikers Norbert Ellermann entstand ein sehr reger Austausch mit den Gästen und der Gäste untereinander, die bereitwillig über ihre Ängste und Hoffnungen, Erfahrungen, Schwierigkeiten und Erfolge bei ihrem Ankommen in Verl berichteten. Kontakte wurden geknüpft, die bis heute Bestand haben und zu dem neuen Projekt „Weihnachten in Europa“ anregten, das eine Ausstellung sowie ein Rezeptbuch mit weihnachtlichen Gebäcken umfasste.

In fremde Töpfe schauen

Während der Ausstellung „Ein Koffer voll Hoffnung“ wurde in den Gesprächen der vielen Besucherinnen und Besucher unter anderem deutlich, wie auch unser kulinarisches Leben durch Zuzug anderer Kulturen bereichert worden ist. Essen und Trinken verbindet die Menschen, besonders das gemeinsame Zubereiten und der gemeinschaftliche Verzehr. So entstand die Idee zu einem gemeinsamen Kochabend, an dem jeweils

Foto/ Natalie Gottwald

▲ Vereinsmitglied Nadine Holzmeier und Regina Bogdanow, Vorsitzende des Heimatvereins Verl, in der Ausstellung „Ein Koffer voll Hoffnung"

nationale Speisen zubereitet werden sollten. Etwa zwölf Frauen bildeten eine internationale Arbeitsgruppe. In mehreren Treffen wurden die geplanten Speisen vorgestellt und die Rezepte dazu zum Teil erstmals verschriftlicht. Es entwickelte sich der Plan, die Rezepte in einer Broschüre zusammenzufassen.

Für manche Teilnehmerinnen waren diese Besprechungen der erste Kontakt mit Verler Bürgerinnen und Bürgern. Jedes Treffen gestaltete sich sehr lebhaft und kommunikativ, besonders der eigentliche Kochabend. Zum anschließenden gemeinsamen Essen erschienen viele weitere Familienmitglieder, so dass eine sehr große Tafel zusammengestellt werden konnte. Als Erfolg ist zu werten, dass sich die Teilnehmenden unbedingt eine Wiederholung wünschten.

Ausstellung eines syrischen Künstlers

Der vor einigen Jahren aus Syrien geflüchtete Künstler Abdulkader Khalil war als Besucher öfter Gast im Heimathaus. Bald schon entwickelte sich die Idee, seine Bilder auf der Galerie des Heimathauses auszustellen. Abdulkader Khalil malt jeden Tag viele Stunden und verarbeitet in seinen Bildern Erinnerungen an Gewalt, Krieg und Flucht. Zunehmend richtet sich sein künstlerischer Blick jedoch in die Gegenwart und Zukunft. Seine Bilder vom schönen Syrien, von deutschen Impressionen, Tierdarstellungen und Fantasiegestalten wirken heute überraschend positiv.

Zur Eröffnung seiner Ausstellung im Dezember 2016 war das Heimathaus neben anderen Gästen gefüllt mit zahlreichen Besucherinnen und Besuchern aus seinem Familien- und Freundeskreis. Einleitende und erklärende Worte wurden simultan in verschiedene Sprachen übersetzt.

Abdulkader Khalil konnte durch die Ausstellung Kontakte mit anderen Künstlern knüpfen und ist jetzt Mitglied in einer Künstlergruppe, was ihm und seiner Familie die Integration erleichtert und weitere Ausstellungen ermöglicht hat.

Die aktiven Mitglieder des Heimatvereins Verl nutzen persönliche Kontakte und Ressourcen für Begegnungen mit neu hinzugezogenen Menschen, Aktionen und Projekte. Eine jeweils persönliche Ansprache und die Kooperation mit Partnern vor Ort erweisen sich dabei immer wieder als sehr hilfreich und effektiv. ■

Information und Kontakt

Heimatverein Verl e. V.
Regina Bogdanow, Vorsitzende
Sender Straße 8, 33415 Verl
0171 2714058
www.verlerland.de

▲ Eines der Schwarz-Weiß-Bilder im Katalog „Freunde" des Vereins „Wir hier": die befreundeten Ehepaare Nabiyar und Scholten

Foto: Guido Raith

Das Kennenlernen von Heimaten.

Beiträge zur Integration in Lüdenscheid

Von Arnhild Scholten

Der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e. V. (GHV) sowie seine Vorsitzende setzen sich bereits seit vielen Jahren mit dem Thema „Heimat" auseinander und wie (kulturelle) Vielfalt vor Ort unterstützt werden kann. Im Folgenden werden vier Beispiele vorgestellt.

Ausstellung und Katalog „Freunde" (2012/2015)

Im Juni 2012 wurde in den Museen der Stadt Lüdenscheid eine Ausstellung mit dem Titel „Wir hier" eröffnet, in der zahlreiche Vereine und Vereinigungen (von Zugewanderten, Vertriebenen bis zu den Kulturvereinen der in Lüdenscheid ansässigen Migrantinnen und Migranten) die Gelegenheit erhielten, sich einem breiten Publikum vorzustellen. Aus dieser Ausstellung mit einem mehrwöchigen Rahmenprogramm ging später der Verein „Wir hier" hervor, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Zusammenleben von zugewanderten Menschen und Einheimischen darzustellen und für gegenseitiges Verstehen der unterschiedlichen Kulturen zu werben.

2015 entstand in Zusammenarbeit mit dem Lüdenscheider Fotografen Guido Raith ein Bildband mit Schwarz-Weiß-Fotos von befreundeten Paaren, jeweils einem mit und einem ohne Migrationshintergrund. Die Vorsitzende des Geschichts- und Heimatvereins und ihr Mann beteiligten sich daran mit einem befreundeten Ehepaar aus Afghanistan, das schon lange in Deutschland lebt, mit dem sie zusammen eine Mädchenschule in Afghanistan aufgebaut haben und bis heute betreuen.

Stadtführungen (2016)

Als im Jahr 2015/2016 eine große Zahl von asylsuchenden Menschen nach Lüdenscheid kam, entschloss sich der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid, Stadtführungen für Neuangekommene als Pilotprojekt anzubieten. In den Reihen des Vereins gab es zwei ehrenamtliche Stadtführer, die sich bereit erklärten, ohne Entgelt derartige Führungen zu übernehmen.

Zunächst war es schwierig, die Anschriften der Geflüchteten zu ermitteln, die dezentral untergebracht waren. Am unkompliziertesten war der Weg über den Dechanten der katholischen Kirche und eine ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuerin, die auch Sprachunterricht erteilte. Beide hatten bereits mit eritreischen Geflüchteten gearbeitet und ein Vertrauensverhältnis zu ihnen aufgebaut. Sie rieten dem Geschichts- und Heimatverein, die Stadtführungen mit einer relativ homogenen Gruppe

zu erproben, um Spannungen zu vermeiden, und übernahmen die Kontaktvermittlung. Zweimal konnten Stadtführungen für eritreische Geflüchtete unter der Regie des Vereins stattfinden, allerdings nicht ohne Schwierigkeiten: Es gab ein Sprachproblem, das durch Englisch nicht ganz gelöst werden konnte. Auch geriet der Zeitfahrplan der Führungen durcheinander, weil es durch die Übersetzung zu Verzögerungen kam und es für die Stadtführer nicht einfach war, Fachbegriffe anschaulich zu umschreiben und Stadtgeschichte für Menschen aus einem völlig anderen Kulturkreis greifbar zu machen. Diese Stadtführungen stellten sowohl an die Stadtführer wie auch an die Besucher (ausschließlich junge Männer) besondere Anforderungen. Der GHV nahm deshalb Kontakt zur Volkshochschule Lüdenscheid auf und gab die Führungen an diese Organisation ab, die sie bis heute anbietet. Denn der Bedarf an solchen Führungen ist stetig vorhanden.

Ausstellung „HOME – There is no place like Lüdenscheid" (2018)

Für das Ausstellungsprojekt „HOME – There is no place like Lüdenscheid" näherten sich Künstlerinnen und Künstler sowie Kreative mit über 100 Jugendlichen dem Thema „Heimat" aus ganz unterschiedlichen künstlerischen Positionen (zum Beispiel aus den Bereichen Street Art, Theater, Poetry-Slam und Graffiti) und bereiteten diese Auseinandersetzung für eine Ausstellung auf. Die Ausstellung über jugendliche Identitäten und ihr kultureller Zugriff auf die Heimatstadt zeigten die Städtischen Museen Lüdenscheid 2018. Unterstützt wurde das Projekt unter anderem vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid sowie vom Jugendamt.

Dabei spielte es keine Rolle, ob die Kinder und Jugendlichen zu den „Alteingesessenen" oder zu den Zugewanderten gehörten, alle waren „Lüdenscheider". Integration wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, wobei es in einem Theaterworkshop (deutsch-türkisches Theater) speziell um Jugendliche mit einem Migrationshintergrund ging.

Foto/ Jutta Rudewig, Lüdenscheider Nachrichten

▼ Mit diesen T-Shirts drückten die Jugendlichen aus Lüdenscheid im Rahmen der Ausstellung „Home – There is no place like Lüdenscheid" ihr Heimatverständnis aus.

Diese Stadtführungen stellten sowohl an die Stadtführer wie auch an die Besucher (ausschließlich junge Männer) besondere Anforderungen.

Die Ausstellung war angelegt wie der Grundriss einer Wohngemeinschaft, in jedem Zimmer wurden besondere jugendliche Sichtweisen realisiert, die zuvor in Workshops erarbeitet worden waren. Dazu gehörten beispielsweise auf Leinen hängende T-Shirts mit Poetry-Slam-Texten. Die Museen lockten auf diese Art erstmalig neben einem älteren Publikum auch viele junge Menschen in ihre Räume, und der Geschichts- und Heimatverein freute sich über die jugendliche Beschäftigung mit dem, was „Heimat" ausmacht – eine Win-win-Situation.

Das Ausstellungsprojekt konnte sich von insgesamt 226 Bewerbungen unter den 30 Besten der Ausschreibung zum NRW-Jugendkulturpreis 2018 platzieren. Das Projekt mache sichtbar, was junge Menschen bewegt und begeistert, was ihr Leben und ihr Umfeld ausmacht, und repräsentiere die besonderen Qualitäten kultureller Kinder- und Jugendkulturarbeit in NRW, heißt es in der Urkunde der Jury.

Stadtfest

Bis zum Jahr 2018 hat der Geschichts- und Heimatverein 42-mal das jährliche Stadtfest als Veranstalter ausgerichtet. Jedes Jahr erwies es sich als wunderbare Möglichkeit, die verschiedenen kulturellen und kulinarischen Sitten und Bräuche sowohl der einheimischen wie der zugewanderten Vereine zu erleben. Die Organisation übernahm weitgehend die Stadt, das finanzielle Risiko hingegen trug der Geschichts- und Heimatverein. ■

Information und Kontakt

Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e. V.
Dr. Arnhild Scholten, Vorsitzende
Rathausplatz 2, 58507 Lüdenscheid
02351 171599
geschichts-und-heimatverein@luedenscheid.de
www.ghv-luedenscheid.de

Foto/ Andreas Lampe © NABU Hamburg

Praxisbeispiele anderer Institutionen

Experiment: Künstlerische Reflexion des Begriffs Heimat.

Ein Projekt des Westfälischen Literaturbüros in Unna e. V.

Von Heiner Remmert und Corinna Glück

In der Fremde erfährt man,
was die Heimat wert ist,
und liebt sie dann um so mehr.
Ernst Wichert

Heimat – eine Emotion oder ein Ort? Dort, wo wir geboren oder aufgewachsen sind oder hier, wo wir jetzt leben? Ein Schicksal oder etwas, das man sich selbst schafft? Verändert sich Heimat im Laufe des Lebens? Ist Heimat ein Sehnsuchtsort? Oder existiert sie vielleicht überhaupt nicht (mehr)?

Mögliche Antworten auf diese und viele weitere Fragen stellt das interdisziplinäre kulturelle Kooperationsprojekt „Experiment HEIMAT“ ins Zentrum einer künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Begriff Heimat. Initiiert wurde es von Dr. Herbert Knorr, Christiane Antons und Heiner Remmert vom Westfälischen Literaturbüro in Unna e. V. Das Literatur- und Fotografieprojekt greift damit ein Thema auf, das im soziokulturellen und gesellschaftlichen Kontext wieder an Bedeutung gewinnt und dabei zugleich auffällig kontrovers diskutiert wird. Ergänzend zu dieser aktuellen Diskussion will das Projekt die künstlerische Betrachtung von „HEIMAT-Orten“ in Westfalen fortführen. Im Fokus des Vorhabens stehen bereits als Heimat etablierte Räume oder aus bestimmter Perspektive „heimatlich“ konnotierte Orte. Mit diesen soll sich ergebnisoffen künstlerisch-literarisch befasst sowie bereits bestehende Auseinandersetzungen erforscht und aus gegenwärtiger Perspektive fortgeschrieben werden. Auf die Spurensuche begeben sich ab Frühjahr 2021 renommierte Kunstschaffende, die aufgrund ihrer Arbeiten, Biografie und Nationalität für das Vorhaben als besonders geeignet erscheinen: Dazu gehören die neun Autorinnen und Autoren Helene Bukowski, Safiye Can, Nora Gomringer, Lütfiye Güzel, Sabrina Janesch, Wladimir Kaminer, Sharon Dodua Otoo, Raoul Schrott und Najem Wali sowie die acht Fotografinnen und Fotografen Peter Bialobrzeski, Jörg Brüggemann, Alem Kolbus, Ute Mahler, Loredana Nemes, Christina Stohn, Nikita Teryoshin und Ritesh Uttamchandani. Ihre mehrtägigen Rechercheaufenthalte führen sie an Orte, die exemplarisch für Heimat stehen, die identitätsstiftend wirken und für einige Menschen vielleicht sogar ein Synonym von Heimat darstellen: das Bermudadreieck in Bochum, das Hermannsdenkmal und der Teutoburger Wald bei Detmold, die Fußballstadt Dortmund und die Widukind-Stadt Enger, die ehemaligen Arbeits- und heutigen Freizeitorte Henrichshütte Hattingen und Schiffshebewerk Henrichenburg, die historischen Stätten Wilzenberg im Sauerland und Kolvenburg im Kreis Coesfeld sowie der Genuss- und Kulturort Lindenbrauerei in Unna.

In Tandems erforschen die Künstlerinnen und Künstler schreibend und fotografierend diese Orte in einem ersten Schritt unter dem Blickwinkel Heimat. Das Besondere ist der Austausch untereinander, aber auch die Begegnung mit an den „HEIMAT-Orten“ lebenden Menschen. In Gesprächen mit Ortsansässigen, darunter Gruppen wie Heimatvereine oder Migrationsverbände sowie Besucherinnen und Besucher, erforschen sie die Bedeutung, die diese dem jeweiligen Ort zuschreiben.

Den Rahmen dafür bietet ein temporärer mobiler Informations- und Veranstaltungsraum, das „HEIMAT-Labor“, in dem begleitende Kultur- und Infoveranstaltungen stattfinden – von Pressegesprächen über Lesungen und Diskussionsforen bis hin zu Performances

Information und Kontakt
Westfälisches Literaturbüro in Unna e. V. (WLB)
Heiner Remmert, Leiter WLB
Nicolaistraße 3, 59423 Unna
02303 96385-0
post@wlb.de
www.wlb.de

Das Besondere ist der Austausch untereinander, aber auch die Begegnung mit an den „HEIMAT-Orten“ lebenden Menschen.

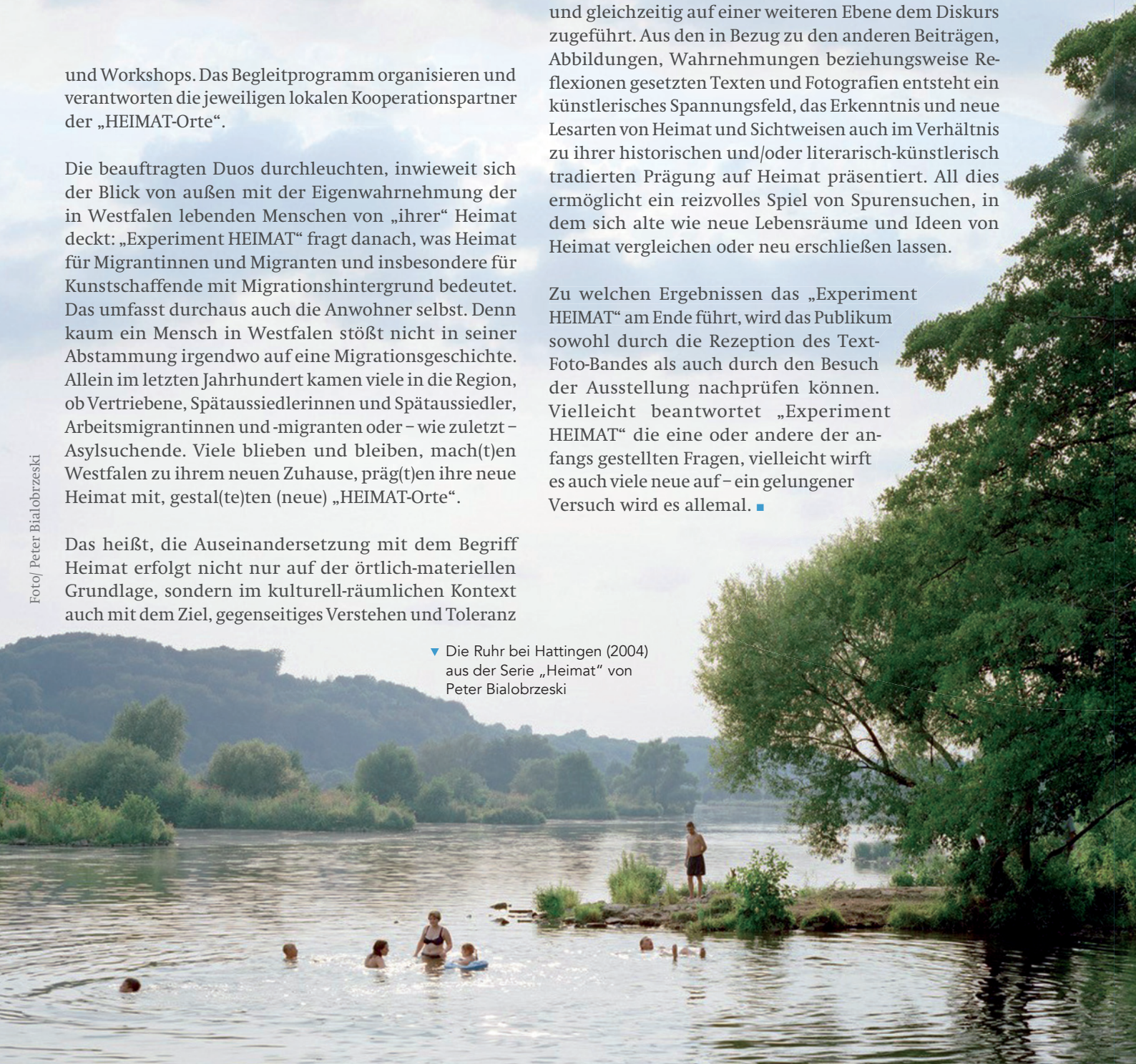
und Workshops. Das Begleitprogramm organisieren und verantworten die jeweiligen lokalen Kooperationspartner der „HEIMAT-Orte“.

Die beauftragten Duos durchleuchten, inwieweit sich der Blick von außen mit der Eigenwahrnehmung der in Westfalen lebenden Menschen von „ihrer“ Heimat deckt: „Experiment HEIMAT“ fragt danach, was Heimat für Migrantinnen und Migranten und insbesondere für Kunstschaffende mit Migrationshintergrund bedeutet. Das umfasst durchaus auch die Anwohner selbst. Denn kaum ein Mensch in Westfalen stößt nicht in seiner Abstammung irgendwo auf eine Migrationsgeschichte. Allein im letzten Jahrhundert kamen viele in die Region, ob Vertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Arbeitsmigrantinnen und -migranten oder – wie zuletzt – Asylsuchende. Viele blieben und bleiben, mach(t)en Westfalen zu ihrem neuen Zuhause, präg(t)en ihre neue Heimat mit, gestal(te)ten (neue) „HEIMAT-Orte“.

Das heißt, die Auseinandersetzung mit dem Begriff Heimat erfolgt nicht nur auf der örtlich-materiellen Grundlage, sondern im kulturell-räumlichen Kontext auch mit dem Ziel, gegenseitiges Verstehen und Toleranz zu fördern. Durch literarische sowie visuelle Rezeption aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf scheinbar Altbekanntes und Unveränderbares soll als Ergebnis ein produktives, künstlerisches Kaleidoskop entstehen, das zum Nachdenken und zur kritischen Diskussion einlädt.

Im Anschluss an die Recherchereisen werden von den Künstlerinnen und Künstlern literarische Texte und Bilderserien zu dem jeweiligen „HEIMAT-Ort“ erstellt. Die Ergebnisse werden in einem hochwertigen Text-Foto-Band veröffentlicht und in einer Wanderausstellung aufbereitet, die 2022 an die jeweiligen „HEIMAT-Orte“ zurückkehrt. Mit den Präsentationsformaten werden die Arbeiten der Kunstschaffenden nachhaltig veröffentlicht und gleichzeitig auf einer weiteren Ebene dem Diskurs zugeführt. Aus den in Bezug zu den anderen Beiträgen, Abbildungen, Wahrnehmungen beziehungsweise Reflexionen gesetzten Texten und Fotografien entsteht ein künstlerisches Spannungsfeld, das Erkenntnis und neue Lesarten von Heimat und Sichtweisen auch im Verhältnis zu ihrer historischen und/oder literarisch-künstlerisch tradierten Prägung auf Heimat präsentiert. All dies ermöglicht ein reizvolles Spiel von Spurensuchen, in dem sich alte wie neue Lebensräume und Ideen von Heimat vergleichen oder neu erschließen lassen.

Zu welchen Ergebnissen das „Experiment HEIMAT“ am Ende führt, wird das Publikum sowohl durch die Rezeption des Text-Foto-Bandes als auch durch den Besuch der Ausstellung nachprüfen können. Vielleicht beantwortet „Experiment HEIMAT“ die eine oder andere der anfangs gestellten Fragen, vielleicht wirft es auch viele neue auf – ein gelungener Versuch wird es allemal. ■



Foto/ Peter Bialobrzeski

▼ Die Ruhr bei Hattingen (2004) aus der Serie „Heimat“ von Peter Bialobrzeski

Heimat-Werkstatt Dorsten

Von Sabine Fischer

Die Stadt Dorsten ist geprägt durch ihre elf Stadtteile und bildet aufgrund ihrer flächenmäßigen Ausdehnung eine Brücke zwischen dem Ruhrgebiet und dem Münsterland. Jeder Stadtteil besitzt ein sehr ausgeprägtes, eigenständiges Quartiersleben und lässt eine eigene Verbundenheit spüren. Mit dem seit Oktober 2019 im Rahmen der Förderschiene „Heimat-Werkstatt" des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW geförderten gleichnamigen Projektes möchte die Stadtagentur Dorsten zur Bildung einer gemeinsamen lokalen Identität der Gesamtstadt anregen und die einzelnen Stadtteile mit ihren Bewohnerinnen und Bewohnern zu einem gemeinschaftlichen Diskussions- und Arbeitsprozess bringen. Hierbei stehen folgende Fragen im Vordergrund: Was verbinden die Dorstenerinnen und Dorstener mit ihrer Stadt und mit ihrem Stadtteil? Wie kann Dorsten künftig lebenswert bleiben? Was kann jeder Einzelne dazu beitragen?

Die Ergebnisse sollen mit Hilfe von Künstlerinnen und Künstlern sichtbar gemacht werden. Mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren werden künstlerisch Themen erarbeitet, wie zum Beispiel Werte, Geschichte, Traditionen, Zusammengehörigkeit, Kooperation, Miteinander, Identität sowie Image und Engagement im und über den eigenen Stadtteil hinaus.

Der Werkstatt vorausgegangen waren mehrere Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern, in denen insgesamt die vier Themenfelder Kultur, Wasser/Grün (in Bezug auf Dorstens Naherholungsmöglichkeiten), facettenreiche Stadtteile (jeder Stadtteil hat sein eigenes Gesicht: von Bergbau bis Landwirtschaft) sowie bürgerschaftliches Engagement erarbeitet wurden, die in der Werkstatt weiter vertieft werden sollen.

Die Umsetzung der Heimat-Werkstatt erfolgt in drei Blöcken:

Block 1: Werkstätten zur Erarbeitung eines gemeinsamen Bildes „Wir in Dorsten" in drei ausgewählten Dorstener Stadtteilen

Interessierte Dorstenerinnen und Dorstener haben in Dorsten-Hervest (einem vom Bergbau geprägten Stadtteil) für die vier genannten Themenbereiche ein Bild zu ihrer Stadt entwickelt. Über diese Wahrnehmung, die sich je nach Thema verändert und anpasst, sollen immer wieder andere Schwerpunkte und Aussagen getroffen werden können. Sie dient einerseits einer schnellen und einfachen bildlichen Erklärung, andererseits einem gezielten Einsatz zum Beispiel für die Darstellung der Werte, Geschichte und Traditionen, für die Dorsten steht.

In dem urban geprägten Stadtteil Feldmark schlagen wir die wichtige Brücke zur Ansprache unterschiedlicher Menschen über die Themen Musik und Kunst. In einem sogenannten Musikerviertel wollen wir über die Künstlerinnen und Künstler ins Gespräch kommen und die Anwohnerinnen und Anwohner, darunter auch viele Neuzugewanderte, Menschen mit Migrationsgeschichte, zum Mitmachen einladen. Mit einem Info-Bus zum Projekt werden wir an einem Einkaufscenter die Leute ansprechen. Folgende Aktionen sind geplant:

- Der Grünstreifen, der sich durch das gesamte Wohngebiet erstreckt, soll zur Vorstellung von Kunstwerken genutzt werden.

- Das Thema Respekt gegenüber Mitmenschen, der Natur und Umwelt wird gemeinsam künstlerisch erarbeitet. Beispielsweise eine rote Fadenspannung – Symbol für die vielfältigen Beziehungen zwischen Menschen und innerhalb der Natur – soll den Begriff Respekt als Aussparung sichtbar werden lassen. Aber auch Jugendliche wollen mit einer „Begegnungsidee" – einer Holzbank, die zum Hinsetzen und Miteinanderreden einlädt – einen Bogen zum Thema Respekt schlagen. Kinder haben ganz eigene Vorstellungen von Respekt. Gerade für sie ist ein positiver und wertschätzender Umgang wichtig. Wie sollen sie einen respektvollen Umgang miteinander, mit der Natur, ihrem Umfeld lernen, wenn sie selbst keine Wertschätzung erfahren? Auch Menschen mit Behinderung und Nachteilen haben aufgrund eigener Erfahrungen eine andere Sicht auf dieses

Menschen verlassen unter anderem ihre Heimat, weil sie Angst um ihr Leben haben, was wir uns heute teilweise gar nicht wirklich vorstellen können.

Thema. Sie alle entwickeln ihre Ideen, die dann mit Farbe auf Findlinge übertragen werden, die am Anfang und Ende des Rossiniweges einen dauerhaften Anstoß zum Thema Respekt geben sollen.

Im ländlich geprägten Stadtteil Altendorf-Ulfkotte wird der RuhrKulturGarten neu belebt, gerade auch durch die Aufstellung einer 3,20 Meter hohen Betonstele als Landmarke, welche den Bergbau und das Ruhrgebiet symbolisiert.

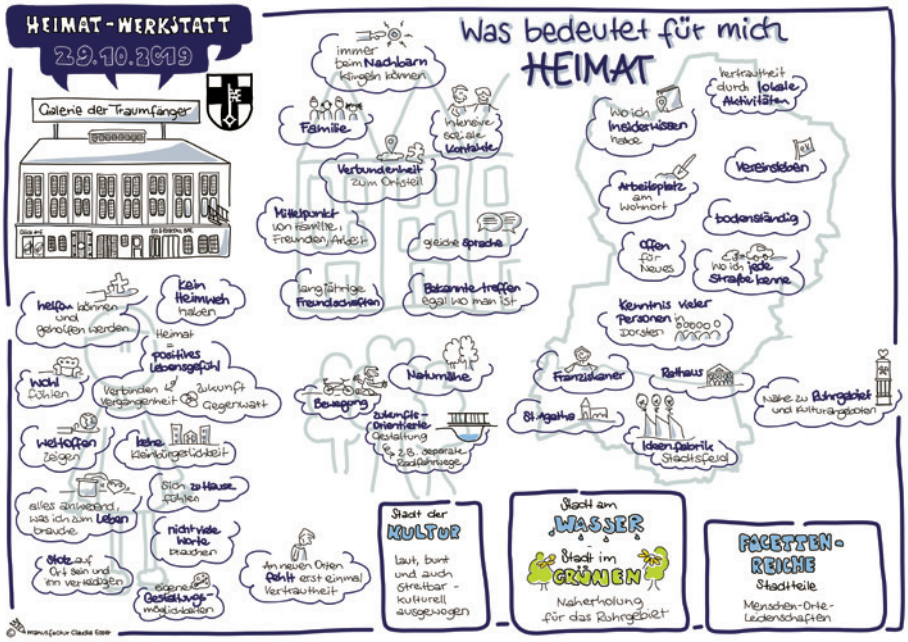
Block 2: Gesprächsrunden mit Multiplikatoren in den elf Stadtteilen

Die Heimat-Werkstatt soll nicht auf drei Stadtteile beschränkt sein. Deshalb finden in allen elf Stadtteilen Gesprächsrunden mit Personen statt, die sich engagieren. Die Runden sind sehr aufschlussreich und stellen noch einmal die verschiedenen Stadtteile und ihre jeweilige Wahrnehmung durch die Interviewten als Teil Dorstens heraus. Eine Gesamtauswertung der Gespräche erfolgt erst nach Abschluss aller Interviews.

Block 3: Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und Personengruppen

Zur Dorstener Bevölkerung gehören auch Menschen, die aus verschiedenen Ländern zugewandert sind. In Bürgerversammlungen sind sie selten vertreten. In der Heimat-Werkstatt sollen sie deshalb besonders angesprochen werden und zu Wort kommen.

In einer gesonderten Aktion #Schlüsselmoment Dorsten erzählen Dorstenerinnen und Dorstener ihre Geschichte, ihren Schlüsselmoment zu Dorsten. Darüber sind 24 Berichte entstanden, die digital und 2020 auch in Form eines Buches veröffentlicht werden. Eine der Geschichten stammt von dem gebürtigen Syrer Omiar Albuni, der 2015 nach Deutschland geflüchtet war. Nachdem er eine eigene Wohnung in der Dorstener Altstadt gefunden hatte, wurde er auf die Kochgruppe „ZUKUNFT“ aufmerksam gemacht. „Hier wird in den Räumen des Kultur- und Begegnungszentrums Brunnenplatz mit Geflüchteten, Asylbewerbern, Migranten und Familien mit Kindern gekocht. Von der Planung über den Einkauf von Zutaten bis hin zur Zubereitung des jeweiligen Gerichts, machen die Teilnehmer alles selbst und bereiten Gerichte aus den verschiedensten Kulturen zu. Omiar Albuni hat die Kochgruppe einfach mal besucht und ist [...] seit 2017 regelmäßig anwesend. Er liebt es, zu kochen und



▲ Nach einem ersten Werkstatttreffen in Dorsten-Hervest entstand dieses Bild der Bewohnerinnen und Bewohner von ihrer Stadt.

hat so auch schon viele neue Menschen kennengelernt. [...] Besonders geholfen hat die Kochgruppe ihm beim Erwerb der deutschen Sprache. [...] Für Omiar Albuni hat Deutschland so viel Gutes getan, dass er etwas zurückgeben will. Aus diesem Grund engagiert er sich ehrenamtlich in einem Seniorenheim. Hier will er sich auch für eine Stelle bewerben.“ (www.stadtinfo-dorsten.de/images/pdf/24_dorstener_schluesselmomente.pdf).

Menschen verlassen unter anderem ihre Heimat, weil sie Angst um ihr Leben haben, was wir uns heute teilweise gar nicht wirklich vorstellen können. Finden sie beziehungsweise haben sie in Dorsten eine neue Heimat gefunden? Dies ist eine wichtige Frage, die wir in den Prozess einbringen wollen. Aus diesem Grund nehmen wir Kontakt zu einer Gruppe Geflüchteter auf. Gleichzeitig werden wir noch einmal verstärkt Menschen mit Migrationsgeschichte ansprechen, die teilweise bereits viele Jahre in Dorsten leben. Ihre Auffassung zu ihrer „neuen Heimat Dorsten“ hat eine besondere Bedeutung. ■

Information und Kontakt

Stadtagentur/Stadtinfo der Stadt Dorsten
Sabine Fischer, Leiterin
Recklinghäuser Straße 20, 46282 Dorsten
02362 3080810
sabine.fischer@dorsten.de
www.stadtinfo-dorsten.de

Grafik/ Stadtagentur Dorsten

▲ Die Kinder der Flüchtlingskindergruppe des BUND-Ortsverbandes Radolfzell gehen auf Entdeckungsreise.

Fotos: Beate Kunz

Naturerlebnistage mit Kindern aus geflüchteten Familien.

Ein Projekt des BUND-Ortsverbandes Radolfzell

Von Angela Klein

Heraus aus räumlicher Enge in der Gemeinschaftsunterkunft, weg von Sorgen und Spannungen – hinein in die Natur: Die zehn vom Ortsverband Radolfzell des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) zwischen Juli 2016 und Juli 2017 angebotenen Naturerlebnistage gaben Kindern aus geflüchteten Familien Raum, mit Spiel, Spaß und allen Sinnen ihre nahe Umgebung am Bodensee zu erkunden, die hiesige Natur kennenzulernen und sich dabei „auszuleben". Umgeben von der Lebendigkeit der Natur, im Kontakt mit Tieren, Bäumen und Blumen, konnten sie sich als Teil eines größeren Ganzen erfahren. Dabei wurden sie vertraut mit ihrem neuen Lebensort, was ein wertvoller Schritt zur Integration ist. Und gemäß dem Motto, was man kennt, das schützt man auch, konnte ihre Wertschätzung der Natur wachsen. Ganz nebenbei schafften das gemeinsame Erkunden der Natur und auch das praktische Tun unzählige Gelegenheiten, auf spielerische Weise die deutsche Sprache zu lernen. Diese Projektziele stießen bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und der Boehringer-Stiftung des Rotary Clubs Radolfzell-Hegau auf offene Ohren und sie übernahmen die Projektfinanzierung.

Die zehn Natur-Nachmittage fanden in unregelmäßiger Folge statt und dauerten jeweils drei Stunden. Die Kinder im Grundschulalter wurden ein bis zwei Tage vorher persönlich bei einem Besuch ihrer Familien eingeladen. Sie wurden dann in der Gemeinschaftsunterkunft abgeholt, wo auch die Ausflüge wieder endeten. Mal ging es zu Fuß in den benachbarten Wald und mal mit dem Auto an einen abgelegenen Platz, der mit Wald, weitläufigen und gut übersichtlichen Wiesen und einer Feuerstelle wunderbare Bedingungen bietet, gemeinsam mit den Kindern die Natur zu erleben und ihnen Freiraum zu gewähren.

Jeder Nachmittag hatte den gleichen Ablauf, beinhaltete jedoch einen anderen Schwerpunkt – so zum Beispiel die Themen die großen Waldtiere, Schmetterlinge, Vögel, Tierspuren, Bäume oder Wiesenblumen. Als Einstieg wurden Impulse zum Wahrnehmen und Forschen, Spielen und Bewegen, Kreativsein und Werkeln geliefert. Im Anschluss hatten die Kinder Gelegenheit, ihren eigenen Interessen zu folgen. Darin wurden sie begleitet und unterstützt, wobei die Erfahrungen der Kinder wichtiger als die Wissensvermittlung waren. Eine kleine gemeinsame regionale und saisonale Mahlzeit an einem Lagerfeuer gehörte immer dazu. Wichtig war uns nach jedem Nachmittag eine Abschlussrunde, in der die Kinder auf ihre Weise im Kreis ausdrücken konnten, was ihnen an dem Tag besonders gut gefallen hatte.

Konzipiert und geleitet wurden das Projekt und die einzelnen Nachmittage von Angela Klein, einer selbständigen Naturpädagogin. Sprachschwierigkeiten, manchmal „herausforderndes Verhalten“ einzelner Kinder (dazu gehörten zum Beispiel, sich nicht an Vereinbarungen zu halten, wegzulaufen oder andere nicht ausreden zu lassen) und Ängste vor Tieren erforderten einen hohen Betreuungsschlüssel, sodass sie immer von zwei ehrenamtlichen Mitarbeitenden des BUND begleitet wurden und die Gruppengröße auf maximal zehn Kinder beschränkt war. Das Interesse der Kinder in der Gemeinschaftsunterkunft überstieg jedoch die Kapazität der Gruppengröße, so dass leider Kinder vertröstet werden mussten.

Die Flüchtlingskinder haben die Zeit in der Natur sehr genossen. Mit großer Freude haben wir erlebt, wie sie „auftauen“ und das Vertrauen in die Betreuenden und die Natur wuchs, wie sie immer mehr Tiere und Pflanzen wahrnahmen und wiedererkannten und wie sie immer vorsichtiger mit ihnen umgingen. Grundsätzlich brauchten soziale Aspekte viel Raum und den Kindern tat Bewegung sowie praktisches Arbeiten sehr gut. Wir haben viele berührende Momente mit den Kindern erlebt und konnten selbst wertvolle Erfahrungen machen. Flexibilität, Spontanität und Geduld waren an den Nachmittagen gefragt, denn selten verlief alles wie geplant. Unsere eigenen Berührungsängste sind kleiner geworden, wir haben die dazugehörigen Familien kennengelernt, und es sind über die Natur-Nachmittage hinaus weitere gemeinsame Aktivitäten im Privaten entstanden.

„Wann gehen wir wieder in den Wald?“, „Warum kommst du morgen nicht wieder?“ – der Wunsch der Kinder, noch öfter gemeinsam in die Natur zu gehen, hat uns motiviert, das Projekt in den Folgejahren fortzuführen und unter verschiedenen Schwerpunktthemen weiterzuentwickeln.

▲ Der Blick durch ein Fernglas will geübt sein – vor allem, wenn es das erste Mal ist.

Manche Kinder waren nach drei Jahren noch immer dabei, manche wurden inzwischen in ihre Herkunftsländer abgeschoben und immer wieder wollten auch weitere Kinder mitgehen. Es ist eine Träger-Kooperation aus dem BUND und dem Freundeskreis Asyl Radolfzell entstanden. Finanziert wurde die Weiterentwicklung des Projektes in den Folgejahren 2018 und 2019 über verschiedene Stiftungen und Förderprogramme aus dem sozialen und aus dem Umweltbereich. Auch die Stadt Radolfzell unterstützte das Projekt, sodass als ein Höhepunkt eine Ausstellung über mehrere Wochen mit großen von den Kindern gemachten Naturfotos in der Radolfzeller Stadtbibliothek gezeigt werden konnte. Zu ihrer Eröffnungsfeier kamen auch die Familien der jungen Fotografinnen und Fotografen, und es ließen sich viele Besucherinnen und Besucher süddeutsches Gebäck bei syrischer Live-Musik schmecken.

Zwar ruhte das Projekt 2020, doch soll es – falls eine weitere Förderung erfolgt – fortgeführt werden.

Weitere Anregungen für Naturerlebnisprojekte liefert die Broschüre „Raus in die Natur – Naturerlebnistage mit Kindern aus geflüchteten Familien“ (umweltbildung-mit-fluechtlingen.de/fileadmin/umf/Projekte/Natur_Naturschutz/Broschuere_BUND_Raus_in_die_Natur_Fluechtingskinder.pdf). ■

Information und Kontakt

Angela Klein
Naturpädagogin, Naturtherapeutin, Diplom-Biologin
Poppelestraße 16, 78315 Radolfzell
07732 911887
in-der-natur-sein@web.de
www.in-der-natur-sein.com

Voneinander lernen – Integrationsarbeit beim NABU Hamburg

Von Guido Teenck und Dörthe Gruttmann

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) engagiert sich bei seinen Tätigkeiten rund um Umwelt und Natur für die Integration geflüchteter Menschen, sowohl auf Bundes- als auch auf lokaler Ebene. Viele Ortsgruppen sind bereits seit Jahren in diesem Bereich aktiv, um zugezogenen Menschen Natur- und Umweltschutz näherzubringen und überhaupt den Zugang zur heimischen Natur zu ermöglichen, kulturelle Barrieren abzubauen und ein Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen.

Der NABU Hamburg hat im Juni 2017 das Projekt „Voneinander lernen“ mit dem Ziel initiiert, Geflüchtete mittels Umweltbildung und Beteiligung an Naturschutzeinsätzen in das Verbandsleben des NABU Hamburg zu integrieren. Das vom Integrationsfonds der Stadt Hamburg bis Ende 2019 geförderte Projekt hat allein im Jahr 2019 etwa 500 Teilnehmende mit unterschiedlichen Angeboten erreicht. Hierbei gab es zwei Kernbereiche, in denen jeweils mehrere Angebote entwickelt wurden: Umweltbildung mit Kindern sowie Naturerleben mit Jugendlichen und Erwachsenen. Die Teilnehmenden kamen überwiegend aus Afghanistan, Syrien, Irak, Iran und aus osteuropäischen Ländern.

Umweltbildung für Kinder

In einer Wohnunterkunft gab es bereits ab 2016 für zwei Altersgruppen (5 bis 7 Jahre; 8 bis 11 Jahre) jeweils alle zwei Wochen im Wechsel Umweltbildungsangebote, deren Nachfrage sehr hoch war. Ebenso wurden an zwei Hamburger Schulen regelmäßig Naturprojekte mit sechs Integrationsklassen durchgeführt, wobei die Kinder die heimischen Pflanzen und Tiere kennenlernten und zugleich ihre Sprachkenntnisse verbesserten. Themen hierbei waren zum Beispiel Frühling und Frühblüher, Vögel, Bäume, Herbst oder auch Winterstrategien von Tieren. Hauptsächlich in der Ferienzeit kam das sogenannte FuchsMobil zum Einsatz, das mobile Umweltbildung für Kitas und Schulen anbietet und in diesem Fall zu mehreren Flüchtlingsunterkünften fuhr. Gemeinsame Ferienangebote für Kinder deutscher und ausländischer Herkunft ermöglichten zudem das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen und den Abbau von Vorurteilen.

Das Arbeiten an einem gemeinsamen, für die Gesellschaft wertvollen Ziel schaffte das Gefühl des Gebrauchtwerdens und „etwas zurückgeben zu können“.

Nach einiger Zeit war bei allen durchgeführten Veranstaltungen ein Lernerfolg sichtbar: Kinder haben sich Bäume, Tiere und deren Eigenschaften gemerkt und diese Informationen auch in ihre Familien weitergetragen.

Naturerleben für Jugendliche und Erwachsene

Geflüchtete (junge) Erwachsene konnten bei Aktionstagen und Pflegeeinsätzen der NABU-Stadtteilgruppen teilnehmen. Dadurch erhielten sie Einblick in ehrenamtliche Arbeit eines Naturschutzvereins, lernten die Natur vor Ort kennen und konnten – das war gerade auch den geflüchteten Menschen wichtig – Kontakt zu deutschen Muttersprachlerinnen und Muttersprachlern aufbauen, sich austauschen sowie zugleich ihre eigenen Sprachkenntnisse verbessern. Das Arbeiten an einem gemeinsamen, für die Gesellschaft wertvollen Ziel schaffte das Gefühl des Gebrauchtwerdens und „etwas zurückgeben zu können“. Neu angekommene Menschen halfen zum Beispiel mit, Bäche zu renaturieren, Moore zu entkusseln (von Gehölzen zu befreien) oder Blühwiesen für Insekten anzulegen.

Familienangebote

Gut angenommen wurden ebenfalls Projekttage und Familienausflüge. Bei ersterem spielten unter anderem die naturnahe Gartengestaltung und das Anlegen von Hochbeeten eine Rolle. Das Gartenprojekt wurde mit Kochevents verknüpft, an denen sich besonders auch Frauen beteiligten. Gemischte Gruppen gab es ebenso beim Sommerfest oder auf den Ausflügen, die zum Beispiel zu einem Biobauernhof führten.

Integrations-Teamerinnen und -Teamer

Aufgabe der sogenannten Integrations-Teamerinnen und -Teamer war es, Umweltbildungsangebote und Projekttage zu planen, durchzuführen und Teilnehmende während der praktischen Einsätze zu begleiten. Dazu wurden mehrere Fortbildungen durchgeführt. Sie waren die Ansprechpersonen vor Ort. Einige Geflüchtete waren so engagiert, dass sie als Integrations-Teamerin oder -Teamer vom NABU ausgebildet wurden. Sie betreuten nicht nur Gruppen und standen bei Aktionstagen parat, sie waren auch vielfach Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner sowie Dolmetschende für neue Geflüchtete.

Resümee des Projektes „Voneinander lernen“

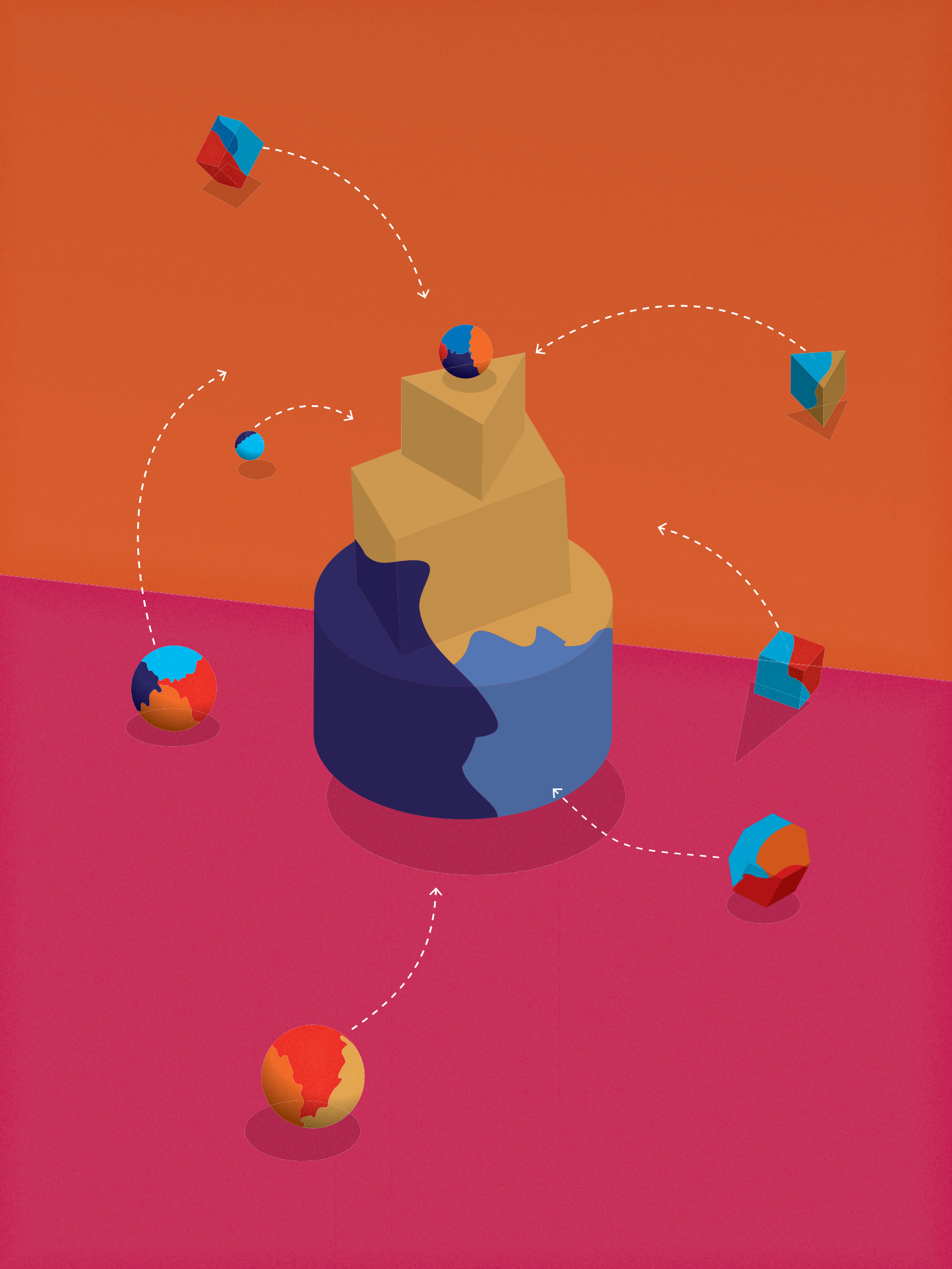
Das Projekt basierte stark auf dem ehrenamtlichen Einsatz der Integrations-Teamerinnen und -Teamer sowie auf der Vernetzung und Kooperation mit verschiedenen Einrichtungen und Vereinen. Schwierigkeiten ergaben sich aus der Überlastung und teilweise fehlenden Eigeninitiative von Unterkunftsleitungen. Zudem war der Anfang sehr zeitaufwendig: Es dauerte, bis Kooperationen aufgebaut waren und bis eine Vertrauensbasis geschaffen war, so dass Geflüchtete auch die Angebote angenommen haben. Die Formalien – wie die Beschaffung einer Genehmigung von den Eltern für Ausflüge oder das Abholen der Kinder – waren ebenfalls zunächst problematisch. Es dauerte, bis sich alle Seiten auf die Gegebenheiten eingestellt hatten. NABU-Projektreferentin Alexandra Keil verweist aber trotz aller Startschwierigkeiten auf den gegenseitigen Vorteil des Projektes, dessen Ziel die langfristige Integration von Menschen in die Naturschutzarbeit ist. Einige der Teilnehmenden setzen sich auch nach dem Projekt weiterhin beim NABU Hamburg ein. Mit dem Bildungsprojekt „Miteinander lernen“, welches sich insbesondere an junge Menschen und Familien mit Migrationshintergrund richtet sowie an Stadtteile mit niedrigem Sozialindex, startete im Januar 2020 ein Nachfolgeprojekt. ■

Information und Kontakt

Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Landesverband Hamburg e. V.
Guido Teenck
Klaus-Groth-Str. 21, 20535 Hamburg
040 697089-14
teenck@NABU-Hamburg.de
www.NABU-Hamburg.de

Foto/ Andreas Lampe © NABU Hamburg

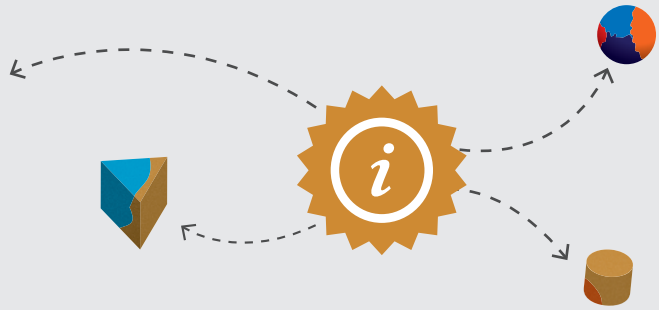
▲ Gemeinsam mit deutschen Teilnehmenden helfen Geflüchtete bei einem Naturschutz-Einsatz in Hamburg-Allermöhe.



Serviceteil – Netzwerke, Förderwege und Praxistipps

Handlungsempfehlungen für ein gemeinsames Leben in Vielfalt

Im Folgenden möchten wir Ihnen in sieben Unterpunkten Hilfestellung rund um die Umsetzung von Integrationsprojekten geben. Diese Ausführungen sind erste Hinweise, Tipps und Anregungen und hegen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie können aber Anfang und Basis für gelingendes bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration sein und verweisen Sie auf Expertinnen und Experten in vielen, die Integration betreffenden Bereichen.



1. Leitlinien zum Umgang miteinander

Auf welcher Basis sollte zusammengearbeitet und miteinander umgegangen werden, um das Thema Integration im eigenen Verein zu verankern? Wir haben für Sie dazu einige Leitlinien formuliert.

Respekt und Vertrauen – dazu gehören:

- Solidarität als Grundprinzip und Grundhaltung,
- Gerechtigkeit als Grundnorm menschlichen Zusammenlebens und als Grundlage des Interessenausgleichs sowie als Basis unseres Handelns,
- Vertrauen als Grundlage für Offenheit bei gleichzeitigem Verständnis für erforderliche Kontrolle,
- Offenheit im Umgang miteinander, vertrauend auf die Einhaltung von Spielregeln, wohl wissend, dass Offenheit immer auch Mut erfordert und Unsicherheit in sich birgt,
- Achtung des anderen als Person, die sich in der gegenseitigen Wertschätzung im Umgang miteinander über alle Hierarchieebenen hinweg äußert,
- Toleranz prägt auf dem Boden der Demokratie und des Pluralismus den Umgang miteinander.

Verbindlichkeit und Kontinuität – das meint:

- Nachhaltigkeit sorgt für Kontinuität und Verbindlichkeit – Unsicherheit und Unzuverlässigkeit werden somit vermieden, ebenso eine Planung auf kurze Sicht.
- Verbindlichkeit ist Richtschnur des Handelns und unerlässlich für Vertrauen, Erfolg und Ergebnisorientierung.

Regeln und Kritikfähigkeit – diese beinhalten:

- Kritikfähigkeit in ihren drei Aspekten: selbständig beurteilen, Kritik geben und annehmen, um konstruktiv Probleme zu lösen und Themen voranzutreiben,
- Es empfiehlt sich vor einer Veranstaltung oder bei Projektbeginn auf die zuvor vereinbarten Regeln einzugehen, zum Beispiel für eine konfliktarme Diskussion auf respektvollen Umgang ohne Beleidigungen und Anfeindungen hinzuweisen.

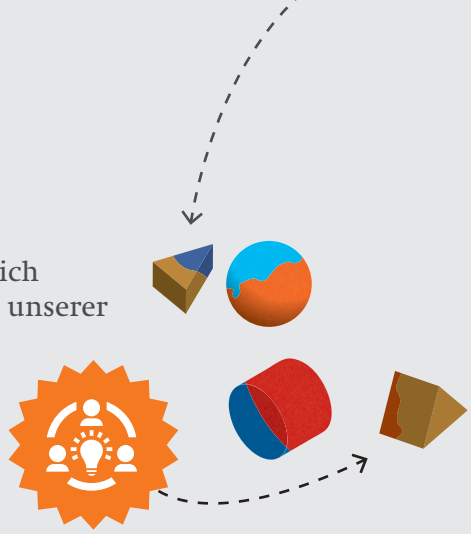
Offenheit für Vielfalt – dazu gehören:

- nicht nur den Blick auf das Fremde, Andere, sondern auch auf die Gemeinsamkeiten, das Verbindende der Kulturen richten,
- im Umgang miteinander andere – uns oft fremde – Erfahrungen und Sichtweisen anerkennen,
- auf eingeschränkte politisch gefärbte Sichtweisen möglichst verzichten,
- neugierige, offene Haltung neu hinzugezogenen Menschen gegenüber.

Offenheit und sich mit allen Sinnen auf Neues einlassen, erweitert das eigene Spektrum und bildet.

2. Herausforderungen

Jedes Vorhaben birgt Herausforderungen und Hindernisse, denen man sich stellen muss. Hier sind einige gesammelte Aspekte aus den Erfahrungen unserer Autorinnen und Autoren in Bezug auf Integrationsprojekte.



Allgemeine Herausforderungen:

Sprachbarriere

- Sprachbarrieren können bei allen Altersgruppen auftreten. Durch die Schulpflicht lernen Kinder und Jugendliche jedoch die deutsche Sprache häufig schneller.
- Durch mangelnde Kommunikationsmöglichkeiten kann es zu Missverständnissen kommen.

Kulturelle Differenzen

- Die Gleichstellung von Mann und Frau ist nicht in allen Kulturkreisen gegeben – für patriarchische Strukturen muss bei Projekten ein akzeptierter Rahmen geschaffen werden, wenn die Zielgruppe geschlechterübergreifend ausgerichtet ist.
- Konfliktpotential können unterschiedliche Religionszugehörigkeiten oder religiöse Ausrichtungen bergen.
- Ebenso sollte darauf geachtet werden, dass Menschen aus „verfeindeten“ Staaten in einem Projekt nicht aufeinandertreffen.

Rechtspopulistische Anfeindungen

- Wer sich im Bereich Integration engagiert, kann mit rechtspopulistischen Anfeindungen oder Rassismuskommentaren konfrontiert werden. Wie man damit umgehen kann, erfahren Sie unter „Angebote zur Qualifizierung“.

Konkrete Herausforderungen bei Projekten:

Mögliche Konflikte

- Fürsorgepflicht wird manchmal als Bevormundung missverstanden oder interpretiert, jedoch gilt diese häufig, wenn nicht gar immer der persönlichen Sicherheit beziehungsweise Absicherung. Ein Beispiel sind Veranstaltungen und Feste, die immer rechtlichen Bestimmungen folgen müssen, damit die Veranstalter (ehrenamtliche Kräfte/Heimatvereine) rechtlich abgesichert sind (dazu gehören behördliche Auflagen wie Brandschutz, Ausschanklizenzen, Ruhezeiten, Versicherungen, Einwilligungserklärungen, Arbeitsschutzbestimmungen, Sicherheitsauflagen).
- Bestehende Konflikte zwischen den verschiedenen Familien, in die wir keinen Einblick haben, können sich im Verhalten zum Beispiel der Kinder untereinander äußern.

Spontanität der Teilnehmenden

- Bei Menschen aus anderen Kulturen ist teilweise wenig Verbindlichkeit vorhanden, dafür mehr Spontanität – Unpünktlichkeit oder das Mitbringen von nicht angemeldeten Personen (zum Beispiel kleine Geschwister) kann vorkommen.
- Etwas länger im Voraus zu planen beziehungsweise einen Termin länger vorher anzukündigen, ist schwierig. Für eine höhere Teilnehmerzahl sollte besser kurzfristig auf etwas hingewiesen werden.

Kinder

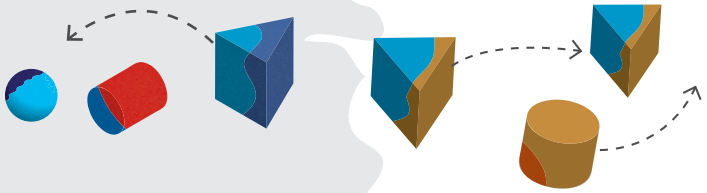
- Kinder aus den Gemeinschaftsunterkünften stehen verständlicherweise oft „unter Strom“, haben viel Energie und hohen Bewegungsdrang. Projekte, in denen langes Stillsitzen erforderlich ist, sollten vermieden werden.
- Kinder sind es teils nicht gewohnt, weitere Strecken zu Fuß zu gehen.
- Für Projekte mit Kindern ist ein sehr hoher Betreuungsschlüssel erforderlich.

Projektverantwortliche

- Eine hohe Arbeitsbelastung der Projektverantwortlichen kann schnell ausufern.
- Nicht getroffene Absprachen oder zu wenig Kommunikation zwischen den Verantwortlichen bergen Mehrarbeit und Konfliktpotential.
- Die eigene, zu hohe Erwartungshaltung kann zu Frustration und Enttäuschung führen.

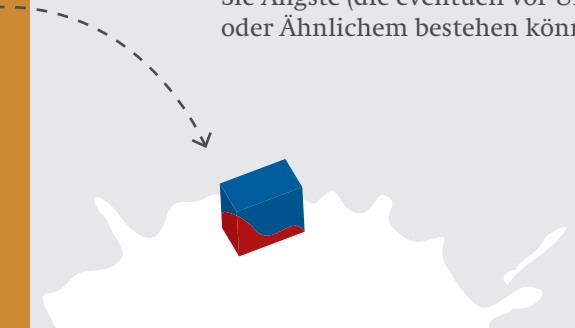
3. Handlungsempfehlungen für gelingendes bürgerschaftliches Engagement

An dieser Stelle möchten wir Ihnen einige Hinweise geben, die für ein funktionierendes bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration und Interkulturalität unerlässlich sein können. Dazu gehören allgemeine Verhaltensweisen und Umgangsformen.



Vertrauen herstellen und Verlässlichkeit garantieren

- Planung und Koordination sind der mit Abstand wichtigste Faktor. Meist liegt hier der Grund, welcher zum Scheitern von ansonsten tollen Ideen führt. Dazu gehören Erreichbarkeit, Absprache der Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für die unterschiedlichen Aspekte des Projektes sowie Verlässlichkeit.
- Beständigkeit: Geben Sie nicht frustriert bei anfänglicher Unpünktlichkeit oder Nichteinhalten von Verabredungen auf. Besprechen Sie stattdessen Erwartungen und berücksichtigen Sie ein anderes Zeitempfinden.
- Bei Projekten mit Kindern ist zu bedenken, dass es für manche Eltern schwierig ist, ihr Kind Fremden zu überlassen. Oft sind die Kinder das einzige, was sie mitgebracht haben und daher der größte Ankerpunkt. Schaffen Sie zunächst Vertrauen, indem Sie sich persönlich vorstellen und den Eltern somit bekannt sind. Lassen Sie diese – falls möglich – (anfangs) zuschauen oder schaffen Sie parallele Aktionen.
- Stellen Sie neben sich selbst und Ihrem Verein auch Ihre Kooperationspartner vor und nehmen Sie Ängste (die eventuell vor Uniformen, Behörden oder Ähnlichem bestehen können).

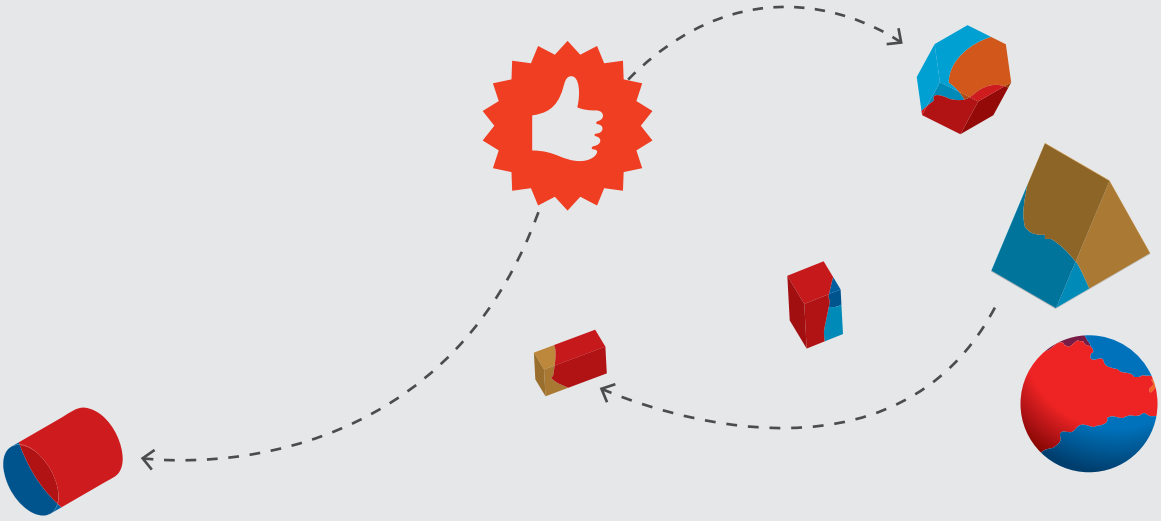


Gleichstellung und Teilhabe aller Beteiligten

- Teilhabe und Partizipation, das Einbinden aller Akteurinnen und Akteure vor Ort sind essentiell zum Gelingen jeglicher Art von Projekten, welche bürgerschaftliches Engagement aktivieren sollen.
- Gleichstellung und Begegnung mit dem Gegenüber auf Augenhöhe sind Voraussetzungen für ein harmonisches Miteinander.
- Nutzen Sie die jeweiligen Stärken der Beteiligten (zum Beispiel in Bezug auf Berufserfahrung, Wissen, Vernetzungen).

Sprachbarrieren überwinden

- Verwenden Sie ein Bildwörterbuch für die Grundlagen der deutschen Sprache, wenn Sprachschwierigkeiten existieren, oder bitten Sie eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer mit besseren deutschen Sprachkenntnissen zu übersetzen.
- Interkulturelle Alltagskompetenz: Lernen Sie wichtige Worte oder Höflichkeitsfloskeln in anderen Sprachen sowie andere Schreibweisen von Zahlen (zum Beispiel für Termine, Verabredungen). Das verhindert Missverständnisse.
- Verwenden Sie Namensschilder in mehreren Sprachen und Schriften.
- Zum gegenseitigen Kennenlernen: Fragen Sie nach der Bedeutung des Namens und erklären im Gegenzug Ihren eigenen Namen.



Kulturellen und religiösen Differenzen begegnen

- Berücksichtigen Sie religionsbezogene Ernährung (zum Beispiel in Bezug auf Alkoholkonsum und Zutaten beim Essen).
- Fragen Sie offen nach kulturellen Unterschieden, um diese zu respektieren.
- Nehmen Sie bei der Projektplanung auf Feiertage in anderen Religionen Rücksicht.

Öffentliche Vorstellung des Projektes

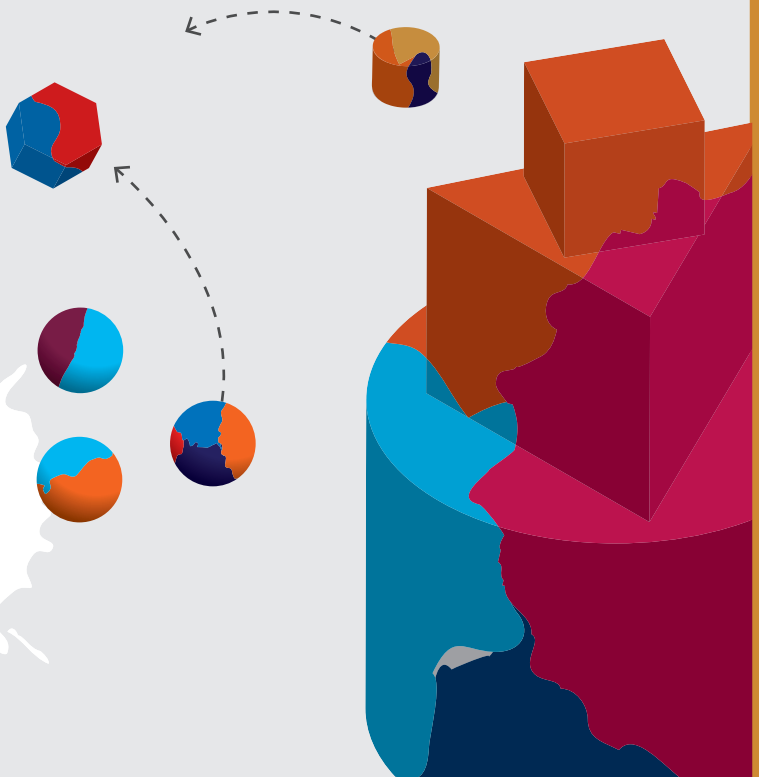
- Machen Sie Ihr Projekt öffentlich: Wenn die Akteurinnen und Akteure vor Ort von Projekten erfahren, fühlen sie sich informiert und wahrgenommen.
- Hierdurch lassen sich weitere Interessierte und ehrenamtliche Kräfte aktivieren. Ebenfalls steigt so die Akzeptanz für bürgerschaftliches Engagement.

Herkunft und Fluchtvergangenheit beachten

- Bewerten Sie nicht die Gründe von am Projekt teilnehmenden geflüchteten Menschen.
- Bei Notfällen, besonders psychischen Zusammenbrüchen durch posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), verweisen Sie an entsprechende Stellen (Kontakte finden Sie unter dem Unterpunkt „Vernetzung“) oder vermitteln direkt Hilfe.

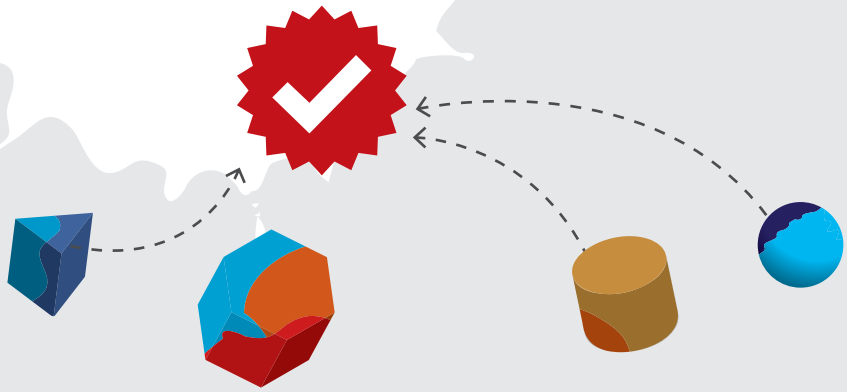
Projektpartner einbinden und vernetzen

- Die Umsetzung eines Projektes sollte möglichst nicht alleine erfolgen. Vernetzen Sie sich mit anderen Institutionen, Personen und Einrichtungen wie den Wohlfahrtsverbänden, kommunalen Ansprechpartnern oder kirchlichen Trägern und holen Sie sich die Expertise hauptamtlicher Akteurinnen und Akteure ein. Erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner finden Sie unter „Vernetzung“.



4. Checkliste

Für die Planung von Integrationsprojekten steht Ihnen an dieser Stelle eine Checkliste zur Verfügung, die einige zu beachtende Aspekte bei der Vor- und Nachbereitung sowie bei der Durchführung eines Projektes zusammenfassen.



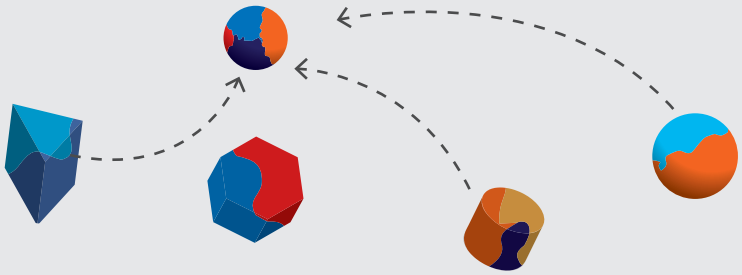
Vor dem Projekt zu klären

Konzeption und Idee des Vorhabens

- Suchen Sie sich eine Idee, die einen niedrigschwelligen Zugang ermöglicht. Hierbei sollte es sich jedoch nicht um ein einmaliges Ereignis handeln, damit langfristige Strukturen und Kontakte etabliert werden können. Prüfen Sie hierbei auch, wo Bedarfe und Interessen bei der jeweiligen Zielgruppe liegen könnten.
- Für welche Zielgruppe ist das Projekt gedacht? Für Kinder/Jugendliche, für Frauen oder generell für Erwachsene? Nicht jede Projektidee ist für jedes Alter geeignet.
- Suchen Sie sich vor Ort geeignete Projektpartner oder zumindest Ansprechpartner als Unterstützer. Das können beispielsweise Schulen, Wohlfahrtsverbände, andere Vereine, Migrantenverbände oder kommunale Dienststellen sein.
- Stellen Sie einen Finanzplan auf. Übernimmt möglicherweise Ihr Projektpartner einen Teil der Unkosten? Halten Sie fest, wer welche Kosten trägt (dazu gehören auch Fahrtkosten). Eine Übersicht zu Fördermöglichkeiten bietet der nächste Abschnitt.
- Sprechen Sie die Umsetzung mit Aufgabenverteilung sowie Ziele des Projektes vorab ab und halten Sie diese für alle Beteiligten schriftlich fest.

Vorbereitung und Planung zur konkreten Umsetzung

- In welchen regel- oder unregelmäßigen Abständen soll das Projekt stattfinden (wöchentlich/monatlich) und zu welchen Uhrzeiten? Beachten Sie allgemeine Zeitpläne der Zielgruppe (zum Beispiel Schulunterricht bei Kindern, Sprach- oder Integrationskurse bei Erwachsenen; für manche Familien sind oft Treffen an den Wochenenden wichtiger als Termine mit „Fremden“) sowie religiöse Feiertage.
- Wie viele Personen werden zur Durchführung benötigt? Kinder etwa erfordern einen höheren Betreuungsschlüssel. Wer leitet das Projekt? Wer ist nach außen hin feste Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner?
- Welche Aufgaben müssen übernommen werden? Verteilen Sie anfallende Arbeiten im Team.
  - Diese können sein: Finanzplan erstellen, Antragsunterlagen für Fördermöglichkeiten ausfüllen, Versicherungsschutz klären, Materialien besorgen, Räumlichkeiten organisieren und Erreichbarkeit des Projektortes prüfen, Kooperationspartner finden, Koordination des Teams, Öffentlichkeitsarbeit.
- Prüfen Sie, wie und in welcher Form Sie neuzugezogene Menschen ansprechen können. Wo erreichen Sie die Zielgruppe? Hier können kommunale Stellen, Vereine, Wohlfahrtsorganisationen und andere Institutionen helfen. Sprechen Sie vor



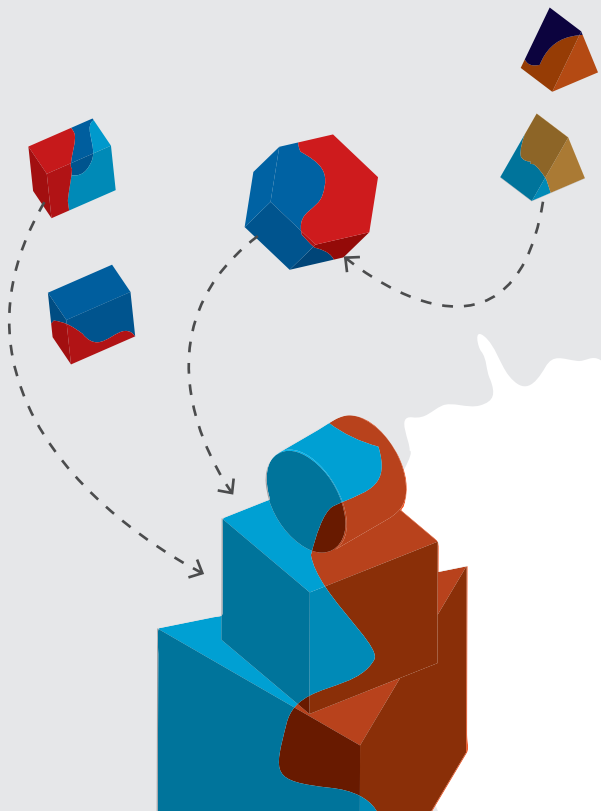
Projektbeginn mögliche Teilnehmende persönlich an (gerade auch Eltern von Kindern) und schaffen Sie Vertrauen.
- Welche Materialien werden benötigt? Beachten Sie auch scheinbar banale Sachen (zum Beispiel Schreibutensilien).
- Legen Sie konkrete Termine vorab fest sowie ihre jeweilige Dauer, und berücksichtigen Sie eventuell Transportzeiten mit dem ÖPNV.
- Machen Sie Ihr Projekt öffentlich (zum Beispiel über soziale Medien, Zeitungen oder Multiplikatoren).
- Überlegen Sie sich eine weitere Idee (gewissermaßen einen Plan B), falls etwas nicht umsetzbar oder realisierbar ist.

Bei der Durchführung zu beachten

- Werben Sie für Ihr Projekt am besten durch persönliche Ansprachen und kurz vor dem Ereignis.
- Stellen Sie sich und Ihren Verein vor.
- Erklären Sie Abläufe wiederholt.
- Machen Sie Namensschilder in mehreren Schriften.
- Steht Ihnen womöglich eine dolmetschende Person oder eine Integrationshelferin beziehungsweise -helfer zur Verfügung? Dann nutzen Sie deren Fachkenntnisse.
- Weisen Sie mit Aufklebern (mehrsprachig oder mit Piktogrammen) je nach Zielgruppe in Toiletten auf richtiges Händewaschen, Händedesinfektion, Nutzung der Mülleimer für Hygieneartikel, Spül-Stopp-Taste und anderes hin.
- Sorgen Sie bei Ausflügen für Essen und Trinken. Wenn Sie etwas mit Kindern oder Jugendlichen draußen machen, kontrollieren Sie die Kleidung (Sonnenschutz oder Regenkleidung sind nicht immer vorhanden).
- Für viele, die noch im Asylverfahren sind, kann es hilfreich sein, Bescheinigungen über die Teilnahme an Projekten zu erhalten.

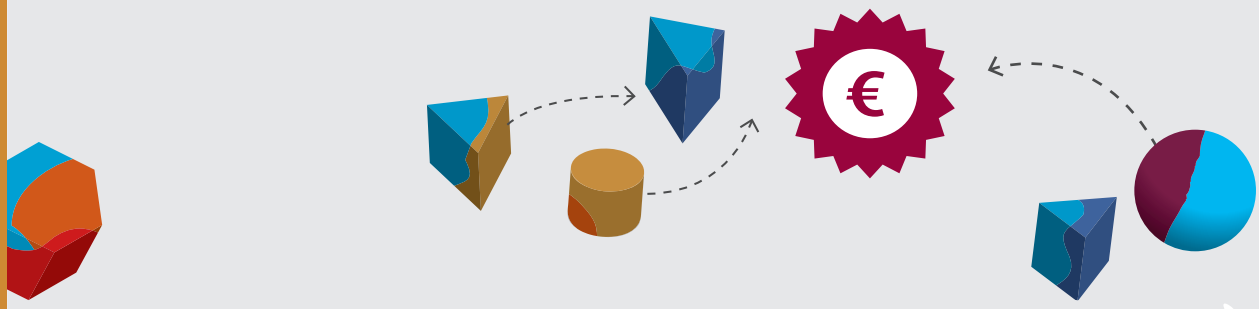
Nachbereitung des Projektes

- Bewahren Sie die Unterlagen und Dokumente auf.
- Befragen Sie die Teilnehmenden, was ihnen gefallen hat, was nicht und welche möglichen Änderungswünsche diese haben. Es sollte im Idealfall darum gehen, bei neuzugezogenen Menschen und Personen mit eigener oder zurückliegender familiärer Migrationsgeschichte ein (langfristiges) Interesse am Verein hervorzurufen.
- Reflektieren Sie das Projekt unter den Veranstaltern – wichtig dabei ist, dass sich im Team vorher darauf geeinigt werden muss, wie die Reflexion stattfindet:
  - Ist das Ziel des Projektes erreicht worden?
  - Was kam wie gut an?
  - Was hat bei der Kontaktaufnahme gut oder schlecht funktioniert?
  - Was hat im Ablauf nicht gepasst und aus welchen Gründen?
  - Ist das Projekt wiederholbar?
  - Worauf muss beim nächsten Mal mehr geachtet werden?



5. Übersicht zu Fördermöglichkeiten für Projekte

Die Finanzierung eines Projektes ist häufig der ausschlaggebende Punkt für eine Umsetzung. Deshalb haben wir hier einige Fördermöglichkeiten für Integrationsprojekte und allgemeine Projekte von Heimatengagierten gesammelt. Die Förderungsinhalte und Richtlinien sowie Fristen können sich jedoch schnell ändern. Informieren Sie sich bitte rechtzeitig vorab, wenn Sie eine Förderung beantragen möchten.

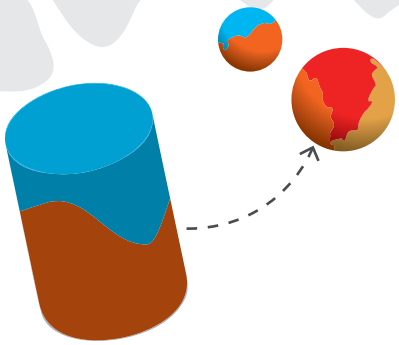


Auf Landesebene

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes NRW bietet unterschiedliche Förderungen und Finanzhilfen für Heimatvereine und lokale Projekte an:

- Heimat-Scheck
- Heimat-Preis
- Heimat-Werkstatt
- Heimat-Fonds
- Heimat-Zeugnis

Eine detaillierte Auflistung und Beschreibung der finanziellen Förderungen finden Sie auf der Internetseite des WHB unter „Förderlotse“ (www.whb.nrw/de/service/foerderlotse) und in der Zeitschrift „Heimat Westfalen“ (5/2018) (www.whb.nrw/367-download/Heimat%20Westfalen/2018/HW_5_18_Internet.pdf).



Einzelprojekte

- **Fördergeber:** Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Bewilligungsbehörde ist die Bezirksregierung Arnsberg.
- **Allgemeine Informationen:** Neben landesweiten Programmen fördert das Land auch Einzelprojekte. Das können Veranstaltungen mit Integrationsbezug sein (beispielsweise Ausstellungen oder Straßenfeste), aber auch die Herstellung von mehrsprachigem Infomaterial kann gefördert werden. Dabei kann der Antrag von Kreisen, Gemeinden und Städten, Kommunalen Integrationszentren und Integrationsagenturen gestellt werden, aber auch von Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen.
- **Förderrichtlinien:** Die Einzelprojektförderung hat keine Förderrichtlinien. Jeder Antrag und jedes geplante Projekt werden individuell angesehen und überprüft.
- **Förderung beantragen**: www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Einzelprojekte
- **Ansprechpartnerin:**
  Bezirksregierung Arnsberg
  Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg
  Claudia Röper
  02931 82-2937
  Claudia.Roeper@bra.nrw.de

KOMM-AN NRW (Programmteil II)

Programm zur Förderung der Integration und Teilhabe von Flüchtlingen und Neuzugewanderten in den Kommunen

- **Fördergeber:** Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW, Bewilligungsbehörde ist die Bezirksregierung Arnsberg.
- **Voraussetzungen:** Antragsteller sind Kreise und kreisfreie Städte, welche die Mittel in Abstimmung mit den jeweiligen kreisangehörigen Kommunen der Kreise sowie den Akteurinnen und Akteuren vor Ort an Durchführungsträger weiterleiten können.
- **Allgemeine Informationen:** Mit dem Programm KOMM-AN NRW soll die ehrenamtliche Arbeit vor Ort unterstützt und koordiniert werden. Gefördert werden im Baustein II „Bedarfsorientierte Fördermaßnahmen vor Ort“:
  - die Renovierung, Ausstattung und der Betrieb von Ankommenstreffpunkten,
  - Maßnahmen des Zusammenkommens, der Orientierung und Begleitung,
  - Maßnahmen zur Informations- und Wissensvermittlung,
  - Maßnahmen zur Qualifizierung von ehrenamtlich Tätigen und zur Begleitung ihrer Arbeit.

  Die Maßnahmen werden dabei mit einer Pauschale von 250 Euro im Monat gefördert und sind daher vor allem für größere und auf längere Dauer angelegte Vorhaben geeignet.
- **Förderung beantragen:** Die Anträge müssen in der Regel im Voraus für das nächste Jahr gestellt werden und bis zum 15. November des Vorjahres eingereicht werden.
- **Ansprechpartner:** Vereine, Ehrenamtliche und Migrantenselbstorganisationen müssen sich für die Antragstellung an die jeweiligen Kommunalen Integrationszentren vor Ort wenden (siehe dazu den Eintrag unter „Vernetzung“).
- **Weitere Informationen:** www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/KOMM-AN-NRW/Programmteil-II

Weitere Informationen eine Förderung des Landes NRW betreffend finden Sie unter:

www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme
www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/Phasen-einer-Zuwendung.pdf

Auf Bundesebene

Leistungen für „Bildung & Teilhabe“

Unter anderem Asylbewerberinnen und -bewerber können bei diesem Programm kleine monatliche Förderungen erhalten. Machen Sie Teilnehmende Ihres Projektes darauf aufmerksam.

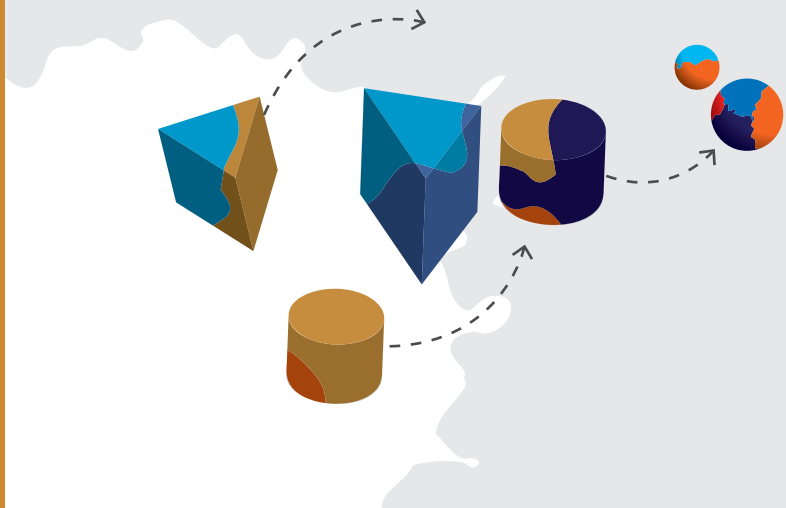
- **Fördergeber:** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Voraussetzungen:** Die Empfängerinnen und Empfänger der Förderung (zum Beispiel Teilnehmende Ihres Projekts) müssen eine dieser staatlichen Leistungen beziehen: Asylbewerberleistungen, Kinderzuschlag, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) oder Wohngeld.
- **Allgemeine Informationen:** Die Empfänger erhalten Förderungen von bis zu 15 Euro monatlich für beispielsweise Mitgliedschaften in Vereinen oder gemeinschaftliche Aktivitäten kultureller Bildung. Dabei reicht ein einfacher Nachweis zur Wahrnehmung einer Tätigkeit aus.
- **Förderrichtlinien:** familienportal.de/familienportal/familienleistungen/bildung-und-teilhabe
- **Förderung beantragen:** Antragsformulare erhalten Asylbewerberinnen und -bewerber vor Ort bei ihrem jeweiligen Ansprechpartner oder auf der Webseite ihrer zuständigen Anlaufstelle, bei der die staatlichen Leistungen beantragt werden.
- **Ansprechpartner:** Regionale Ansprechpartner finden Sie unter www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/Bildungspaket/Laenderuebersicht/Nordrhein-Westfalen/inhalt

Bundesfreiwilligendienst (BFD)

Im BFD engagieren sich Menschen für das Allgemeinwohl, auch im Bereich der Integration. Er soll die bestehenden Freiwilligendienste ergänzen, das bürgerschaftliche Engagement fördern und steht Freiwilligen jeden Alters offen. Teilnehmen können auch Ausländerinnen und Ausländer.

- **Fördergeber:** Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben sowie die jeweiligen Zentralstellen
- **Voraussetzungen:**
  - Als Einsatzstelle des Bundesfreiwilligendienstes können nur gemeinwohlorientierte Einrichtungen anerkannt werden (wer von der Körper-

schaftssteuer befreit ist, erfüllt diese Voraussetzung). Um eine Einsatzstelle des Bundesfreiwilligendiensts (BFD) zu werden, müssen Sie sich zunächst einer Zentralstelle zuordnen, die Sie vertritt. Danach können Sie einen Antrag auf Anerkennung als Einsatzstelle stellen (Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Anerkennung lässt sich unter folgendem Link finden: www.bundesfreiwilligendienst.de/fuer-einsatzstellen/anerkennung-als-einsatzstelle).
    - Voraussetzungen für die Teilnahme am BFD von Freiwilligen aus dem Ausland: www.bundes-freiwilligendienst.de/news/bundesfreiwilligendienst-bfd/579/duerfen-asylbewerber-und-fluechtlinge-teilnehmen
- **Allgemeine Informationen:** Der Bundesfreiwilligendienst dauert in der Regel zwölf Monate und ist auf Vollzeit der Freiwilligen ausgelegt. Gleichzeitig ist es vorgesehen, dass die Einsatzstellen des BFD jährlich einen/eine (oder mehrere) Freiwillige anstellen. Als Einsatzstelle im BFD erhalten Sie Kostenerstattungen des Bundes unter anderem für Taschengeld und Sozialversicherungsbeiträge sowie für die pädagogische Begleitung Ihrer Freiwilligen.
- **Förderrichtlinien:** www.bundesfreiwilligendienst.de/fileadmin/de.bundesfreiwilligendienst/content.de/Service/Downloads/Einsatzstellen-Rechtstraeger-Abrechnungsstellen/Anerkennungsrichtlinie.pdf
- **Förderung beantragen:** Unter „Einsatzstellen, Rechtsträger, Abrechnungsstellen“ lässt sich der Antrag finden: www.bundesfreiwilligendienst.de/service/downloads
- **Ansprechpartner:**
  Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
  Von-Gablenz-Str. 2-6, 50679 Köln
  allgemeiner Kontakt unter der Hotline:
  0221 3673-0
  zu Fragen der Anerkennung als Einsatzstelle:
  referat-202@bafza.bund.de



Stiftungen

Stiftungen verändern immer mal wieder ihre Förderprogramme und Förderrichtlinien. Von daher lohnt es sich, regelmäßig auf den Webseiten von Stiftungen zu überprüfen, ob eine Antragsstellung für Ihr angedachtes Projekt lohnt (zum Beispiel auch bei der Stiftung Mercator oder der Robert Bosch Stiftung). Abonnieren Sie auch Newsletter, wenn Stiftungen diese anbieten.

Heidehof Stiftung

Die Heidehof Stiftung fördert ein- oder auch mehrjährige Projekte verschiedener Themen, wie Integrationsprojekte für Migrantinnen und Migranten.

- **Voraussetzungen:**
    - Es muss sich bei den zu fördernden Projekten um ein- oder mehrjährige Projekte handeln.
    - Eine Dauerförderung ist nicht möglich.
    - Gefördert werden vor allem Projekte, welche im Zusammenhang mit Bildung und Sozialem stehen.
- **Allgemeine Informationen:** Es gibt keinen Höchstfördersatz und keine Antragsfrist. Die Förderung muss über das Onlineformular auf der Webseite der Stiftung beantragt werden. Das Projekt muss innerhalb der nächsten zwölf Monate nach der Bewilligung begonnen werden.
- **Förderrichtlinien:** www.heidehof-stiftung.de/antragstellung/downloads
- **Förderung beantragen:** www.heidehof-stiftung.de/antragstellung/formular
- **Ansprechpartner:**
  Heidehof Stiftung GmbH
  Heidehofstr. 35 A, 70184 Stuttgart
  0711 993756-10
  www.heidehof-stiftung.de

Stiftung Mitarbeit – Starthilfe

Mit der Starthilfeförderung (Mikroförderung) möchte die Stiftung Bürgerinnen und Bürger bestärken, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Bürgerschaftlich engagierte Gruppen benötigen in ihrer Anfangsphase oft einen finanziellen Impuls, um ihre Arbeit aufnehmen zu können.

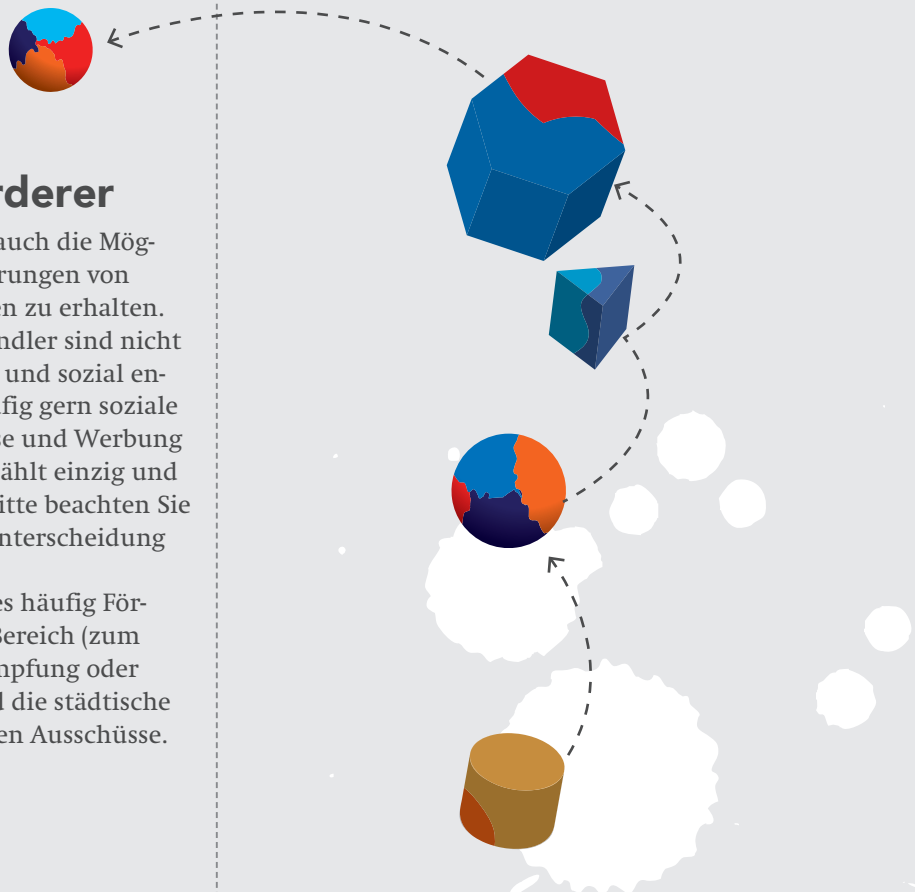
- **Voraussetzungen:** Gefördert werden kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen und personellen Ressourcen sowie neue Initiativen und junge Vereine, die in den Bereichen Soziales, Politik, Kultur, Umwelt und Bildung jenseits von Schule tätig sind. Wesentlich dabei ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können.
- **Allgemeine Informationen:** Es werden nur Ausgaben in den Bereichen Sachmittel für die Öffentlichkeitsarbeit, Sachmittel für Initiativen- und Vereinsorganisation (zum Beispiel Ausstattungsgegenstände, Büro-, Verbrauchs- und Moderationsmaterial) sowie Sachmittel für erste Aktivitäten mit insgesamt bis zu 500 Euro gefördert.
- **Förderrichtlinien:** www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/starthilfefoerderung/foerderrichtlinien
- **Förderung beantragen:** Förderanträge sind formlos zu stellen. Sie müssen schriftlich (per Post) eingereicht werden. Antragsfristen stehen bei den Förderrichtlinien.
- **Ansprechpartnerin:**
  Stiftung Mitarbeit
  Ellerstraße 67, 53119 Bonn
  Corinna Asendorf
  0228 60424-27
  asendorf@mitarbeit.de
  www.mitarbeit.de

Weitere mögliche Förderer

- **Regionale Unternehmen:** Es gibt auch die Möglichkeit, Unterstützung und Förderungen von vor Ort beheimateten Unternehmen zu erhalten. Gerade familiengeführte Mittelständler sind nicht selten stark heimatlich verbunden und sozial engagiert. Unternehmen fördern häufig gern soziale Projekte, da es ihnen positive Presse und Werbung bringt. Bei der Kontaktaufnahme zählt einzig und allein das persönliche Auftreten. Bitte beachten Sie hierbei die auch steuerrelevante Unterscheidung von Spenden und Sponsoring.
- **Kommunen:** Bei Kommunen gibt es häufig Fördertöpfe im sozialen, kulturellen Bereich (zum Beispiel in Bezug auf Armutsbekämpfung oder Jugendhilfe). Ansprechpartner sind die städtische Verwaltung und/oder die politischen Ausschüsse.

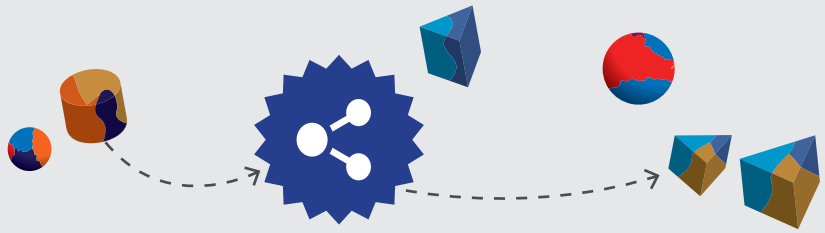
Tipps und Ratschläge

- Achten Sie auf Ausschreibungen und Projektbeteiligungen von Ministerien, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und abonnieren Sie Newsletter.
- Nehmen Sie keine Spenden oder Finanzierungen von politischen Parteien an, oder lassen Sie sich und das Projekt nicht von einzelnen Parteimitgliedern finanziell unterstützen.
- Fragen Sie bei Personen, die im Leistungsbezug des Jobcenters stehen, nach der Möglichkeit zur Unterstützung – oder beim Sozialamt, wenn das Projekt der Förderung der Sozial- oder Alltagskompetenz dient oder berufliche Orientierung bietet (was zum Beispiel bei Handwerksprojekten der Fall sein kann).
- Ein Nachweis von sozialem Engagement in Form von Projektmitarbeit und Vereinsunterstützung kann auch vorteilhaft sein für Personen, die sich einbürgern lassen möchten.
- Wenn Ihr Projekt aus formalen Gründen nicht selbst förderfähig ist (zum Beispiel, weil Ihr Verein kein Träger der freien Jugendhilfe ist), suchen Sie sich gezielt einen Projektpartner, der einen entsprechenden Förderantrag stellen kann.



6. Vernetzung

Für eine erste Kontaktaufnahme für Hilfestellungen oder für langfristige Kooperationen sind hier einige Institutionen und Vereine vorgestellt, die Ihnen bei Ihrem Integrationsprojekt helfen können. Dabei sind neben allgemeinen Informationen zu ihren Aufgaben und Zuständigkeiten die entsprechenden Ansprechpartnerinnen und -partner aufgeführt.



Freie Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege setzt sich aus den sechs Spitzenverbänden zusammen (Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland sowie Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland). Sie engagiert sich für Integration und setzt sich für Menschen mit Migrationshintergrund ein. Dies umfasst beispielsweise Beratungsmöglichkeiten oder Unterstützung bei bürgerschaftlichem Engagement. Darüber hinaus engagiert sich die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland für soziale Projekte, betreibt Krankenhäuser, Kindergärten und vieles mehr und ist ein wichtiger Teil des deutschen Sozialstaates.

Integrationsagenturen NRW

Träger der rund 190 Integrationsagenturen in Nordrhein-Westfalen sind die Wohlfahrtsverbände. Gefördert werden die Integrationsagenturen durch das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW durch die jeweiligen Bezirksregierungen.

- **Aufgabenfeld:** Die Integrationsagenturen begünstigen ehrenamtliches Engagement für Integration durch
  - Aktivierung von Menschen, um gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen,
  - Beratung, Begleitung und Stärkung von Ehrenamtlichen mit und ohne Migrationshintergrund in Organisationen und Initiativen,
  - Schulung von Ehrenamtlichen mit und ohne Migrationshintergrund und durch interkulturelle Trainings,
  - Koordinierung der Einsätze von Ehrenamtlichen in geeigneten Arbeitsfeldern.
- Die Integrationsagenturen wollen, dass Zugewanderte besser an der Gesellschaft teilhaben, indem sie für Verständigung sorgen und Integrationsarbeit unterstützen. Dabei sollen Menschen, Vereine und Projekte zusammengebracht werden und ehrenamtlich Engagierte unterstützt werden, die sich für Zugewanderte einsetzen. Das Angebot der Integrationsagenturen ist dabei sehr breit und deckt fast alle gesellschaftlichen Bereiche ab, welche mit Integration zu tun haben können.
- **Weitere Informationen:** integrationsagenturen-nrw.de
- **Ansprechpartner:** Eine der Integrationsagenturen bei Ihnen vor Ort finden Sie unter folgendem Link: integrationsagenturen-nrw.de/integrationsagentur-finden.html

Ansprechpartner bei den einzelnen Wohlfahrtsverbänden

1. Arbeiterwohlfahrt (AWO)

AWO Ostwestfalen-Lippe e. V.
Königstraße 15a, 32584 Löhne
www.awo-owl.de

- **Ansprechpartnerin:** Iris Wolter, Leitung Fachdienste für Migration und Integration, Koordination der Integrationsagenturen NRW (Kreise Herford, Paderborn, Gütersloh, Lippe, Höxter, Minden-Lübbecke, Stadt Bielefeld)
  05732 90 52-11
  fmi.loehne@awo-owl.de
- **Weitere Informationen:** awo-fachdienste-migration.de

AWO Westliches-Westfalen e. V.
Kronenstraße 63–69, 44139 Dortmund
www.awo-ww.de

- **Ansprechpartner:**
  Philipp Euler, Fachbereichsleitung
  Fachbereich Migration
  0231 5483-255
  philipp.euler@awo-ww.de

  Heike Ossenberg, Fachbereich Migration,
  Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0231 5483-123
  heike.ossenberg@awo-ww.de
- **Weitere Informationen:**
  www.awo-ww.de/Menschen-mit-Migrationserfahrung

2. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Loher Straße 7, 42283 Wuppertal
www.paritaet-nrw.org

- **Ansprechpartner:**
  Thomas Leipp, Fachreferent Migration
  und Flüchtlingsarbeit, Koordination
  der Integrationsagenturen NRW
  02166 923945
  thomas.leipp@paritaet-nrw.org

  Leonie Stoklossa, Fachreferentin Migration
  und Flüchtlingsarbeit, Koordination
  der Integrationsagenturen NRW
  0211 9460022
  leonie.stoklossa@paritaet-nrw.org
- **Weitere Informationen:**
  www.paritaet-nrw.org/soziale-arbeit/themen/migration

3. Deutscher Caritasverband e. V.

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.
Am Porscheplatz 1, 45127 Essen
www.caritas-essen.de

- **Ansprechpartnerin:**
  Dara Franjic, Referentin Migration & Flüchtlinge,
  Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0201 81028712
  dara.franjic@caritas-essen.de
- **Weitere Informationen:**
  www.caritas-essen.de/dioezesangeschaeftsstelle/abteilungen/beratungerziehungfamilie

Caritasverband für die Diözese Münster e. V.
Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster
www.caritas-muenster.de

- **Ansprechpartnerin:**
  Lena Westerbarkey, Referat Soziale Arbeit,
  Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0251 8901-364
  westerbarkey@caritas-muenster.de
- **Weitere Informationen:**
  www.caritas-muenster.de/wirhelfen/menschenmitmigrationshintergrund

Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e. V.
Am Stadelhof 15, 33098 Paderborn
www.caritas-paderborn.de

- **Ansprechpartnerin:**
  Christiane Vogel, Referat Migration,
  Asyl und Partizipation, Koordination
  der Integrationsagenturen NRW
  05251 209-203
  c.vogel@caritas-paderborn.de
- **Weitere Informationen:**
  www.caritas-paderborn.de/beraten-helfen/migration-integration-asyl

4. Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Westfalen-Lippe e. V. (DRK)

Sperlichstraße 25, 48151 Münster
www.drk-westfalen.de

- **Ansprechpartnerinnen:**
  Sarah Hasselmann, Koordination
  Landesprogramm Integrationsagenturen NRW,
  Interkulturelle Öffnung
  0251 9739-209
  Sarah.Hasselmann@DRK-Westfalen.de

  Margreet Toxopeus, Landesprogramm
  Integrationsagenturen: Koordination und Begleitung, Antidiskriminierungsarbeit, Interkulturelle Öffnungsprozesse von Diensten und Einrichtungen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen
  0251 9739-156
  Margreet.Toxopeus@DRK-Westfalen.de
- **Weitere Informationen:**
  www.drk-westfalen.de/aufgabenfelder/spalte-4/nationale-hilfsgesellschaft/migration

5. Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. (RWL)

Lenaustraße 41, 40470 Düsseldorf
www.diakonie-rwl.de

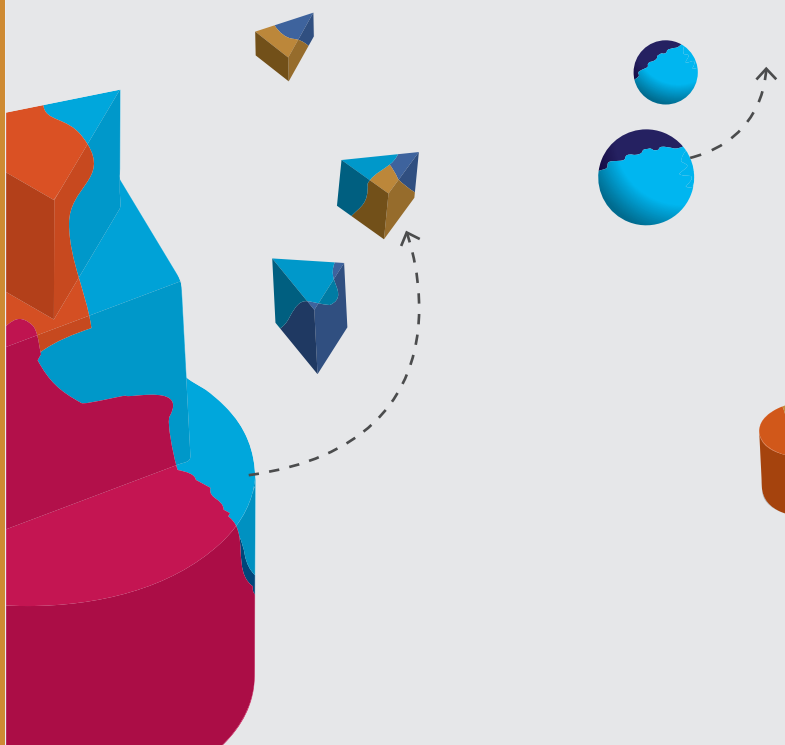
- **Ansprechpartnerin:**
  Ioanna Zacharaki, Referentin für Integration und Interkulturalität, Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0211 6398-253
  i.zacharaki@diakonie-rwl.de

  Christiane Grabe, Referentin für Integration, Sozialraumorientierung, Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0211 6398-650
  c.grabe@diakonie-rwl.de
- **Weitere Informationen:**
  www.diakonie-rwl.de/profil-geschaeftsfelds-flucht-migration-und-integration-fmi

6. Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Westfalen-Lippe K.d.ö.R.

Prinz-Friedrich-Karl-Straße 12, 44135 Dortmund

- **Ansprechpartnerin:**
  Olga Isaak, Koordination der Integrationsagenturen von Westfalen-Lippe
  Jüdische Gemeinde Bochum K.d.ö.R.
  Erich-Mendel-Platz 1, 44791 Bochum
  0234 417560-112
  o.isaak@jg-bochum.de
- **Weitere Informationen:**
  www.zentralratderjuden.de/vor-ort/landesverbaende/



Kommunen

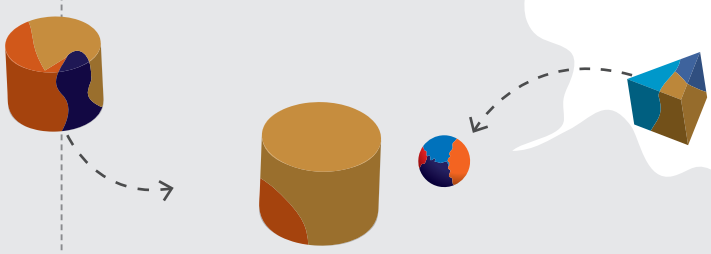
Kommunale Integrationszentren

- **Aufgabenfeld:** Kommunale Integrationszentren (KI) kümmern sich um die Koordination von kommunalen Integrationsaufgaben und die Vernetzung unterschiedlicher Akteure.
- **Zuständigkeit:** Die lokalen KI sind für die Integration durch Bildung und die Integration als Querschnittsaufgabe vor Ort zuständig. Darüber hinaus können sie auch Ansprechpartner für Förderprojekte und Förderungen sein, die vom Land aus verteilt werden (beispielsweise KOMM-AN NRW, siehe dazu ebenfalls den Eintrag unter „Übersicht Fördermöglichkeiten für Projekte“).
- **Ansprechpartner:** Die Kontaktdaten der einzelnen KI vor Ort finden Sie unter: kommunale-integrationszentren-nrw.de/kommunale-integrationszentren

Vereine und Initiativen

1. FlüchtlingsRat NRW e. V.

- **Aufgabenfeld:** Der Verein ist überparteilich und konfessionell ungebunden. Er setzt sich für die Rechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen mit prekärem Aufenthalt ein. Er koordiniert und fördert den Informationsaustausch zwischen Beratungsstellen, Flüchtlingsräten, Selbsthilfegruppen, Initiativen und – beruflich oder ehrenamtlich – in der Flüchtlingsarbeit tätigen Einzelpersonen und leistet Bildungsarbeit.
- **Zuständigkeit:** Der Verein ist Ansprechpartner für die Arbeit mit Geflüchteten. Er bietet Hilfestellungen bei der Initiierung von Projekten und bei der grundlegenden Beratung von Geflüchteten, bietet jedoch keine Einzelfallberatung an. Der FlüchtlingsRat NRW kann jedoch an zahlreiche entsprechende Stellen in NRW vermitteln.
- **Ansprechpartner:**
  FlüchtlingsRat NRW e. V.
  Wittener Straße 201, 44803 Bochum
  info@frnrw.de
  www.frnrw.de



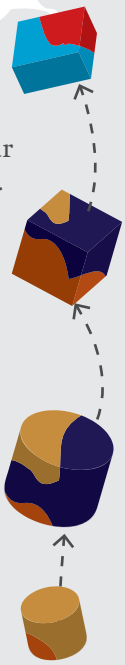
2. Der Internationale Bund e. V. (IB)

- **Aufgabenfeld:** Der IB ist in der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit aktiv. Er bietet in seinen regionalen Standorten unter anderem Hilfen zu Integration, Flüchtlingshilfe und betreibt auch Jugendmigrationsdienste. Der IB will soziale und kulturelle Vielfalt fördern.
- **Zuständigkeit:** Der IB arbeitet in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Vermittlung beruflicher Qualifikation sowie Management sozialer Dienste.
- **Ansprechpartnerin:**
  Der Internationale Bund
  Heidi Mohr-Scholmanns,
  Regionalleitung NRW Nord
  Schillwiese 13, 46485 Wesel
  0281 8940911
  heidi.mohr@ib.de
  www.internationaler-bund.de
- **Weitere Informationen und regionale Ansprechpartner:**
  www.internationaler-bund.de/ib-in-ihrer-naehe/liste

3. Jugendmigrationsdienste (JMD)

- **Aufgabenfeld:** Jugendmigrationsdienste (JMD) begleiten bundesweit junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 27 Jahren mittels individueller Angebote und professioneller Beratung bei ihrem schulischen, beruflichen und sozialen Integrationsprozess in Deutschland. Die JMD sind Teil der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).
- **Zuständigkeit:** Die JMD richten sich dabei nicht nur an Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und deren Eltern, sondern ebenso an Initiativen und Institutionen, die für den Integrationsprozess junger Migrantinnen und Migranten relevant sind. Die Ziele der Dienste liegen dabei vor allem in der Verbesserung der Integrationschancen, der Förderung von Chancengleichheit und der Förderung von Partizipation. Die JMD setzten sich beispielsweise für die interkulturelle Öffnung aller relevanten Einrichtungen ein.
- **Ansprechpartner**:
  Servicebüro Jugendmigrationsdienste
  Adenauerallee 12–14, 53113 Bonn
  www.jugendmigrationsdienste.de
- **Weitere Informationen und lokale Ansprechpartner:**
  www.jugendmigrationsdienste.de/meinen-jmd-vor-ort-finden
  oder unter dem Online-Beratungsportal:
  beratung.jugendmigrationsdienste.de

4. Kennen.Lernen. Eine Initiative für Vielfalt und Begegnung



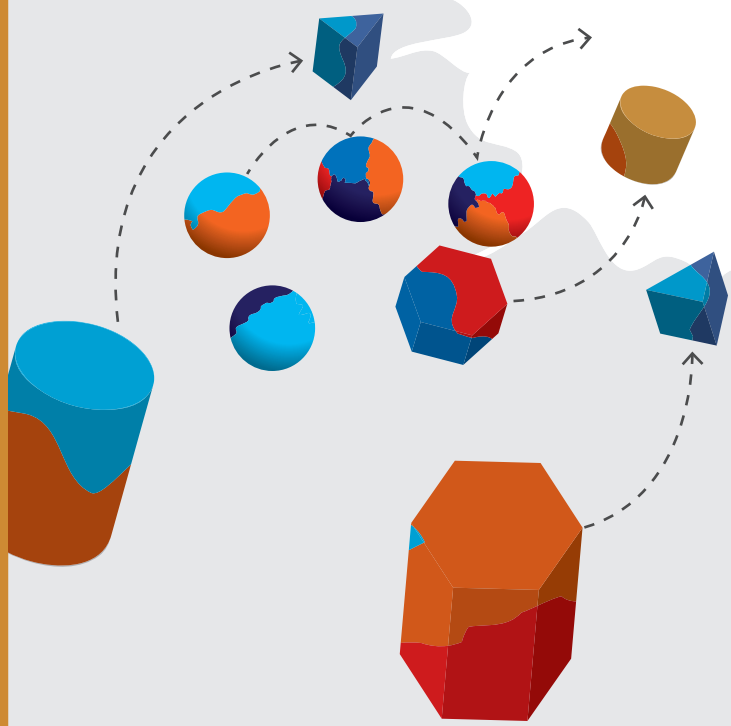
- **Aufgabenfeld:** Mit der von der Diakonie getragenen Plattform soll demokratische, zivilgesellschaftliche Teilhabe gestärkt und eine Kultur der Wertschätzung und Vielfalt gefördert werden.
- **Zuständigkeit:** Die Plattform bietet die Möglichkeit, sein eigenes Projekt vorzustellen und sich andere Projekte anzusehen. Dabei steht vor allem die Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren sozialer Projekte im Mittelpunkt. Menschen mit Ideen sollen hier eine Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Einrichtungen finden. Darüber hinaus bietet die Initiative auch Veranstaltungen, um sich auszutauschen und zu verbinden, beispielsweise das sogenannte Gipfeltreffen.
- **Ansprechpartner:**
  Evangelisches Werk für Diakonie
  und Entwicklung e. V.
  Diakonie Deutschland
  Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin
  Mirjam Riemer & Tobias Wirth
  030 65211-1940
  kennen.lernen@diakonie.de
  www.diakonie-kennenlernen.de

5. Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (NeMO) e. V.

- **Aufgabenfeld:** Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen ist Dachverband und Interessensvertretung von über 700 Migrantenorganisationen und 20 Verbünden in 10 Bundesländern in Deutschland.
- **Zuständigkeit:** Der Bundesverband bietet seinen Mitgliedern eine Plattform des Austausches und der bundesweiten Vernetzung, sowie Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen. Er vertritt die Interessen der lokalen Netzwerke von Migrantenorganisationen auf Bundesebene und setzt sich für mehr Mitsprache und Teilhabe migrantischer Perspektiven ein. Als Bundesverband ist er auch Ansprechpartner für Politik und Zivilgesellschaft sowie Berater bei Fragen zu Integrationspolitik, Teilhabe, Entwicklungspolitik und Anti-Rassismus.
- **Ansprechpartner:**
  Bundesverband Netzwerke von
  Migrantenorganisationen (NeMO) e. V.
  Rheinische Straße 171, 44147 Dortmund
  0231 28678754
  info@bv-nemo.de
  www.bv-nemo.de
- **Weitere Informationen:**
  Migrantenorganisationen und -verbünde, die bei Ihnen vor Ort aktiv sind, finden Sie unter:
  www.bv-nemo.de/mitglieder

6. neue deutsche organisationen e. V. (ndo)

- **Aufgabenfeld:** Die neuen deutschen Organisationen sind ein bundesweites Netzwerk aus rund 120 Vereinen, Organisationen und Projekten, deren Mitglieder Nachkommen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten oder Geflüchteten sind sowie Sinti und Roma, afrodiasporische Menschen, jüdische, muslimische und andere dialogsuchende Engagierte. Die ndo sehen sich selbst als postmigrantische Bewegung gegen Rassismus und für ein inklusives Deutschland.
- **Zuständigkeit:** Als Netzwerk engagieren sich die ndo für mehr Sichtbarkeit, Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Dazu bringen sich das Netzwerk und deren Mitglieder in Debatten ein und bieten Expertinnen und Experten an. Im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit vertreten sie ihre Positionen und Forderungen, welche unter anderem auch die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements gegen antisemitische, antimuslimische, frauenfeindliche und homophobe Einstellungen beinhalten.
- **Ansprechpartner:**
  neue deutsche organisationen e. V.
  Reichenberger Straße 120, 10999 Berlin
  030 25464572
  info@neue-deutsche-organisationen.de
  neuedeutsche.org

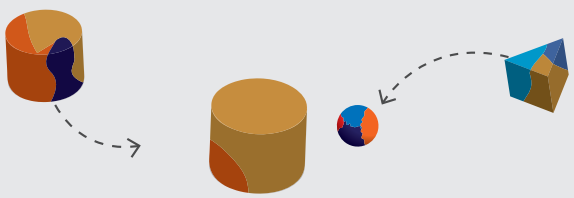


7. Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF)

- **Aufgabenfeld:** Die BAfF ist der Dachverband der Behandlungszentren für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und politischer Verfolgung.
- **Zuständigkeit:** Im BAfF sind derzeit 42 psychosoziale Behandlungszentren und Einrichtungen vernetzt. Darüber hinaus sind auf der Webseite des BAfF Informationen für den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen zu finden und Hilfestellungen und Handlungsempfehlungen bei einem solchen Fall.
- **Ansprechpartner:**
  Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF)
  Paulsenstr. 55–56, 12163 Berlin
  Telefon 030 31012463
  info@baff-zentren.org
- **Weitere Informationen:** Eine Liste der psychosozialen Zentren im BAfF finden Sie hier:
  www.baff-zentren.org/psychosoziale-zentren

8. Netzwerk Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ)

- **Aufgabenfeld:** Die PSZ bieten Psychotherapie, Beratung, Sozialarbeit für Flüchtlinge, die durch Verfolgung, Folter, Haft, Krieg und durch die Flucht traumatisiert oder die psychisch erkrankt sind.
- **Zuständigkeit:** Für alle, die beruflich oder ehrenamtlich mit Flüchtlingen zu tun haben, bieten die PSZ Informationen, Fachberatung, Fortbildungen und manche auch Supervision. Auf der Webseite des Netzwerkes finden sich außerdem weitere Ansprechpartner, Informationen und Materialien für die psychologische Betreuung von Geflüchteten.
- **Ansprechpartner:**
  Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Düsseldorf
  Benrather Str.7, 40213 Düsseldorf
  0211 544173-22
  info@psz-duesseldorf.de
  www.psz-nrw.de



Ansprechpartner zum Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

1. Mobile Beratungsstellen

- **Aufgabenfeld:** Die in jedem Bundesland vorhandenen Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus haben das Ziel, die demokratische Gesellschaft zu stärken und dem Rechtsextremismus und seiner Ausbreitung entgegenzutreten. Die Mobilen Beratungen bieten dabei Hilfe zur Selbsthilfe, um lokal vorhandene Ressourcen zu aktivieren sowie Akteurinnen und Akteure miteinander zu vernetzen. In NRW sind die Aufgabenbereiche nach Regierungsbezirken aufgeteilt.
- **Ansprechpartner:**
  Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg c/o Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen
  Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte
  02304 755-392
  info@mbr-arnsberg.de
  www.mbr-arnsberg.de

  mobim. Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie c/o Stadt Münster – Geschichtsort Villa ten Hompel
  Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster
  0251 492-7109
  kontakt@mobim.info
  www.mobim.info

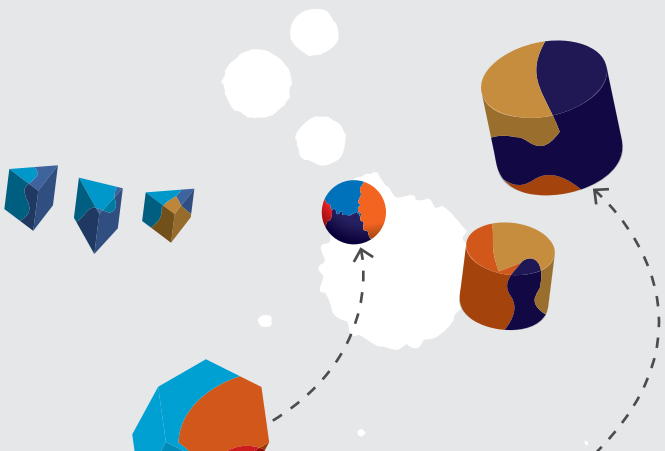
  Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold c/o Arbeit und Leben im Kreis Herford DGB/VHS e. V.
  Kreishausstr. 6, 32051 Herford
  05221 17457-25 oder -26
  info@mbr-owl.de
  www.mobile-beratung-owl.de

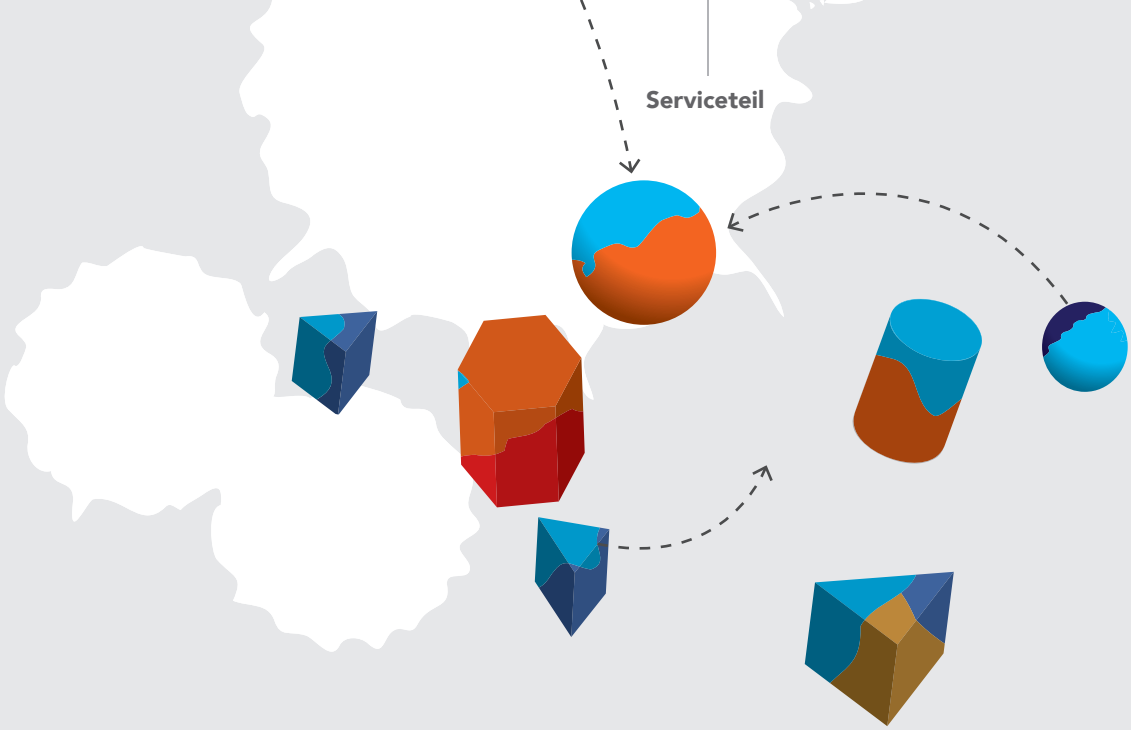
2. Onlineberatung gegen Rechtsextremismus

- **Aufgabenfeld:** Die Onlineberatung gegen Rechtsextremismus unterstützt alle Ratsuchenden, die mit rechtsextremistischen, rassistischen oder anderen menschenfeindlichen Erscheinungen in ihrem Lebensumfeld konfrontiert sind. Zudem vernetzt sie Menschen, die sich für eine Gesellschaft in Vielfalt engagieren möchten. Die Beratung ist eine Initiative des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Anfragen und Beratungen werden vertraulich behandelt und über gesicherte Server abgewickelt.
- **Ansprechpartner:**
  www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de/e-mailberatung

3. Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn (bpb)

- **Aufgabenfeld:** Der Fachbereich Extremismus der bpb widmet sich der Auseinandersetzung mit allen Formen von politischem Extremismus. In diesem Rahmen werden innovative Modellprojekte gefördert, die mit den Mitteln politischer Bildung vielversprechende Ansätze zur Prävention extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen in die Tat umsetzen. Zudem bietet der Fachbereich Extremismus mit ausgewählten zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an, um eine qualifizierte Bildungsarbeit im Bereich des politischen Extremismus zu stärken. Ein besonderer Schwerpunkt der Fachbereichsarbeit liegt auf der Vermittlung von Wissen und Handlungskompetenzen, zum Beispiel in Form von Argumentationshilfen und pädagogischen Handreichungen. Zur Vernetzung und Qualifizierung des zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagements für eine demokratische politische Kultur führt der Fachbereich regelmäßig Tagungen zu im Themenfeld relevanten Fragestellungen und Phänomenen durch.
- **Ansprechpartner:**
  Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
  Hanne Wurzel
  Fachbereich Extremismus
  0228 99515-530
  hanne.wurzel@bpb.bund.de
  www.bpb.de/politik/extremismus





Weitere mögliche Kooperationspartner und Vernetzungsmöglichkeiten

- Informationen über **lokale Integrationsangebote** bietet eine **Suchmaschine** des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge unter www.mkffi.nrw/kontakt-und-beratungsstellen-der-integrationsarbeit
- Über das **„Netzwerk Stiftungen und Bildung“** können Sie im Handlungsfeld „Integration von Zugewanderten, Flucht und Migration“ deutschlandweit Stiftungen und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure finden, die sich im Themenbereich mit Schwerpunkt Bildung engagieren: www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/netzwerk/nettie-finder

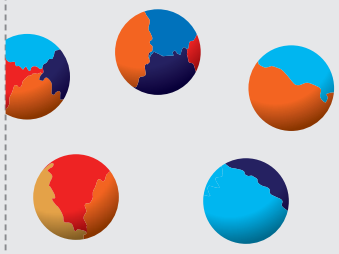
- **Vereine und Verbände:** Je nach Projektart können andere Heimatvereine, Dachverbände, Landesverbände oder kulturverbindende Vereine und Vereinigungen gute Kooperationspartner und Förderer sein. Partner können andere Vereine wie zum Beispiel Gärtnervereine, Sportvereine, Schützenvereine oder auch Verbände wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) sein. Häufig findet man hier Gleichgesinnte und kann auf die jeweiligen Kompetenzen, Stärken, Fähigkeiten und deren Vereinsstrukturen zugreifen und diese dann für gemeinsame Projekte mitbenutzen.

- **Universitäten/Hochschulen** können Projekte wissenschaftlich begleiten und aufbereiten, beispielsweise im didaktischen Bereich. Sie können ebenfalls übergeordnet vernetzen und dabei Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen Bereichen interdisziplinär zusammenbringen.

- **Städtische Koordinierungsstellen** (zum Beispiel für Flüchtlingshilfe oder Gleichstellung) können wertvolle Informationen geben und lokale Kontakte vermitteln.

- **Kirchliche Träger** sind vielfach bereits gut vernetzt und nehmen selbst gerne Unterstützung durch Kooperationspartner an.

- **Schulen und Kindergärten** sind sehr dankbare Kooperationspartner, da gerade sie sich zwangsläufig mit dem Thema Integration auseinandersetzen müssen. Hier finden ehrenamtlich Engagierte und insbesondere Heimatvereine häufig die Möglichkeit, sich aktiv einzubringen. Der WHB hat hierzu bereits Handreichungen zusammengestellt: www.whb.nrw/de/service/handreichungen



7. Angebote zur Qualifizierung

Für Menschen, die sich ehrenamtlich im Bereich Integration einsetzen, gibt es verschiedene Fortbildungen und Seminare oder Tagungen/Workshops sowie (häufig kostenlose) Materialien zum Selbststudium, die viele nützliche Hinweise und Informationen bieten.

Vereine und Organisationen

1. Veranstalter: FlüchtlingsRat NRW e. V.

- **Inhalt:** Schulungsangebote für ehrenamtlich Engagierte und Initiativen in der Flüchtlingsarbeit in NRW zu Themen rund um Flüchtlingsrecht, Asylpolitik und ehrenamtliches Engagement. Die Seminare können angefragt werden und werden dann in Absprache vor Ort organisiert.
- **Weitere Informationen:** Die Schulungen dauern in der Regel rund drei Stunden und werden von vereinsexternen oder -internen Referenten gehalten. Die Teilnehmerzahl liegt bei mindestens 15 Personen, jedoch kann dies auf Anfrage auch anders organisiert werden.
- **Kosten:** für Ehrenamtliche grundsätzlich kostenlos
- **Ansprechpartnerinnen:**
  Mira Berlin
  0234 587315-82
  ehrenamt1@frnrw.de

  Maria Fechter
  0234 587315-83
  ehrenamt2@frnrw.de
- **Weitere Informationen:**
  www.frnrw.de/ehrenamt-initiativen/schulungsangebot

2. Veranstalter: Netzwerk für Demokratie und Courage e. V. (NDC)

- **Inhalt:** Das NDC bietet ein „Argumentations- und Handlungstraining gegen Rechts“ an. Dabei werden Kompetenzen vermittelt, die bei Auseinandersetzungen mit menschenverachtenden Einstellungen helfen können. Es wird trainiert, solche Einstellungen zu erkennen und argumentativ zu widerlegen.
- **Weitere Informationen:** Das Seminar ist ein- bis zweitägig (mindestens 8 Stunden) und für 6 bis 20 Teilnehmende ausgelegt. Es wird von zwei Trainerinnen oder Trainern durchgeführt, welche die Maßnahme in enger Absprache und vor Ort durchführen. Thematisch werden die Trainings an die Anfrage angepasst. Für eine gute Planung der Veranstaltung sollte die Anfrage mindestens einen Monat vor dem geplanten Termin erfolgen, idealerweise drei Monate im Voraus.
- **Kosten:** Für eintägige Seminare 1.050 Euro und für ein zweitägiges Training 1.750 Euro
- **Ansprechpartner:**
  Netzwerk für Demokratie und Courage e. V.
  0351 4810064
  argu@netzwerk-courage.de
- **Weitere Informationen:**
  www.netzwerk-courage.de/web/2107-494.html

3. Veranstalter: Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus

- **Inhalt:** Die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus bieten neben Hilfe bei Fällen von Rechtsextremismus auch Beratungen unabhängig von einem konkreten Anlass an. Zur Auseinandersetzung mit dem Thema stellen die regional zuständigen Stellen auch Qualifizierungsangebote zur Verfügung. Dabei sind diese stets eng mit der Beratung gegen Rechtsextremismus verbunden. Die Beratungen und Schulungen beinhalten auch Hilfestellungen für ehrenamtliche Flüchtlingsunterstützende. Hierzu gehört das Hintergrundwissen zu Fluchtgründen, Asyl und rassistischen Bedrohungslagen, die Moderation von Gruppenfindungsprozessen und die Beratung zu Handlungs- und Projektmöglichkeiten. Die Mobilen Beratungen vor Ort kooperieren bei Bedarf mit Partnern in der Bildungs- und Beratungsarbeit.
- **Kosten:** Die Angebote der Mobilen Beratungen sind kostenfrei. Wenn für Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen mit externen Partnern zusammengearbeitet wird, können Extrakosten anfallen.
- **Ansprechpartner:**
  Siehe dazu den Eintrag unter Vernetzung „Ansprechpartner zum Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus“.

4. Veranstalter: Bildungsstätte Anne Frank e. V.

- **Inhalt:** In den Fortbildungen und Workshops wird ein qualifizierter Umgang mit Schwerpunktthemen trainiert, die gerne auf Ihre spezifischen Wünsche und Bedürfnisse zu den Themen religiöse Vielfalt, Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung, rechte Ideologien und Radikalisierung angepasst werden können. Für Heimatvereine könnte zum Beispiel eine Fortbildung zum Thema Sensibilisierungsarbeit interessant sein. Fortbildungen setzen sich aus drei Aspekten zusammen: der inhaltlichen Beleuchtung des Themas, der Reflexion des eigenen Handelns und der Erarbeitung von möglichen Strategien und Konzepten.
- **Weitere Informationen:** Aufgrund der Corona-Pandemie können individuell angepasste Fortbildungen (Dauer: 3 Stunden) oder Vorträge (Dauer: 1,5 Stunden) zum Beispiel für Vereine auch digital gebucht werden. Beide Formate werden nach Absprache auch kombiniert und angepasst. Zudem werden zweistündige Online-Seminare zu verschiedenen festgelegten Themen angeboten.
- **Kosten:** Onlineseminare, welche für Einzelpersonen gedacht sind, sind kostenlos. Workshops und Vorträge, die auf individuelle Wünsche angepasst werden, kosten 300 Euro.
- **Ansprechpartner:**
  Bildungsstätte Anne Frank e. V.
  erwachsenenbildung@bs-anne-frank.de
- **Weitere Informationen:**
  www.bs-anne-frank.de/erwachsenenbildung

5. Veranstalter: Amadeu Antonio Stiftung

- **Inhalt:** Die Stiftung unterstützt Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, Aufmerksamkeit für engagierte Menschen vor Ort zu schaffen und das Thema Rechtsextremismus dauerhaft auf die Tagesordnung zu bringen. Von der Amadeu Antonio Stiftung werden zusätzlich Tagungen, Workshops und Diskussionen (zum Teil online) zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus angeboten.
- **Kosten:** In der Regel kostenfrei. Bei manchen Tagungen fällt eine Teilnahmegebühr an.
- **Ansprechpartner:**
  Amadeu Antonio Stiftung
  Novalisstraße 12, 10115 Berlin
  info@amadeu-antonio-stiftung.de
  www.amadeu-antonio-stiftung.de/termine/

Wohlfahrtsverbände

1. Veranstalter: Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment

- **Inhalt:** Das Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment ist ein Institut für Bildung und Forschung in Trägerschaft der Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland e. V. (ZWST). Das Team des Kompetenzzentrums entwickelt je nach Anfrage passende Angebote zu Antisemitismus und Diskriminierung unter anderem für Schulen, für zivilgesellschaftliche Organisationen, Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit sowie für weitere Interessierte. Auf Anfrage werden Vorträge, Workshops, Seminare und Trainings für Fachkräfte, für Engagierte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angeboten. Das Kompetenzzentrum ist Mitglied im Netzwerk Antisemitismus vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und kann zudem je nach Absprache überregional Beratung für Projekte und Vereine anbieten.
- **Kosten:** je nach entwickelten Angebot individuell
- **Ansprechpartner:**
  Kompetenzzentrum für Prävention
  und Empowerment
  Johanna Schweitzer
  030 51303988
  schweitzer@zwst-kompetenzzentrum.de
- **Weitere Informationen:**
  www.zwst-kompetenzzentrum.de/angebote/

2. Veranstalter: Paritätische Akademie NRW e. V.

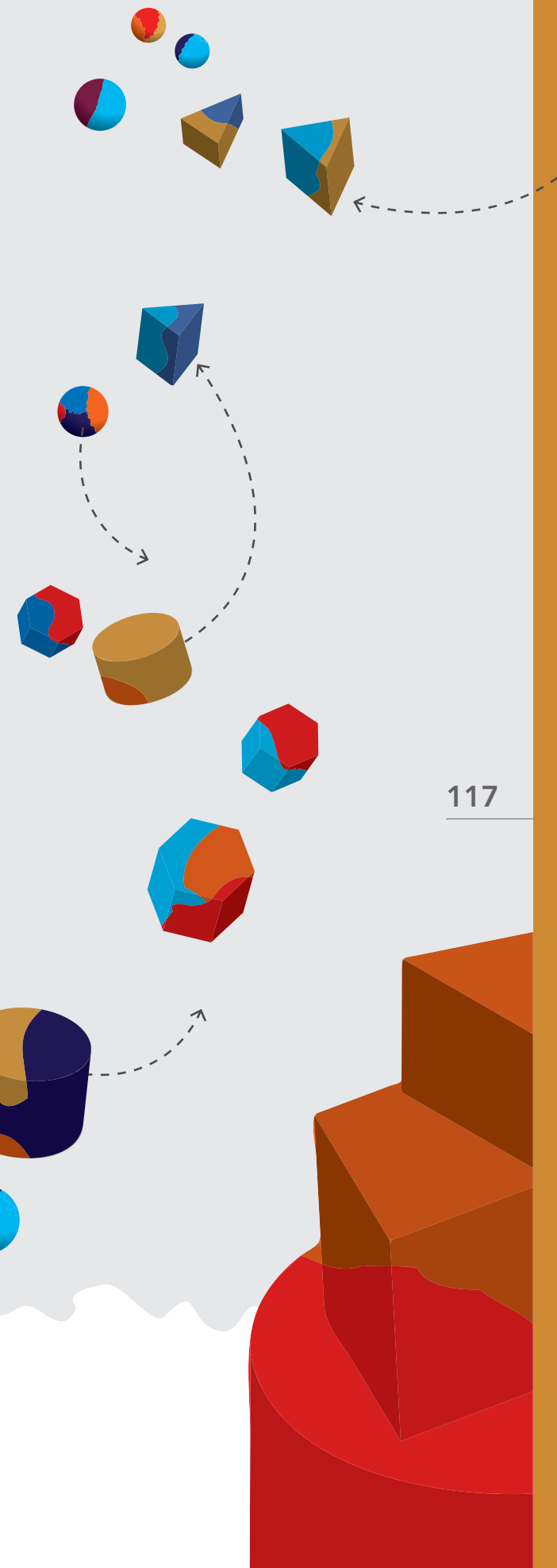
- **Inhalt:** Die Akademie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bietet wechselnde Bildungsangebote, zum Beispiel zu den Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts oder zum Training der Argumentation gegen rassistische und menschenverachtende Äußerungen an.
- **Weitere Informationen:** Seminare sind auf Anfrage auch separat für einen Verein buchbar. Diese können dann auch thematisch angepasst werden.
- **Kosten:** Je nach Kurs betragen die Kosten für ein Tageseminar zwischen 100 und 250 Euro.
- **Ansprechpartnerin:**
  Nadiye Aydin
  Bildungsreferentin Berufliche Bildung
  0202 2822-223
  nadiye.aydin@paritaet-nrw.org
- **Weitere Informationen:**
  www.paritaetische-akademie-nrw.de

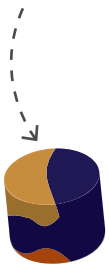
3. Veranstalter: Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Mittelrhein e. V.

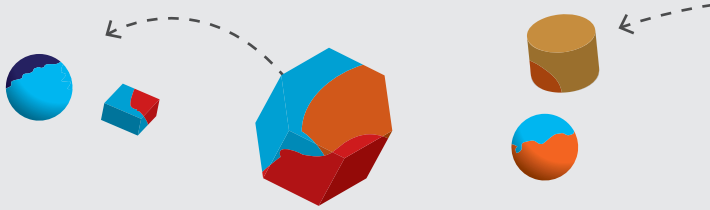
- **Inhalt:** In Seminaren und Trainings sensibilisiert die Chancenwerkstatt der AWO Menschen für gesellschaftliche Vielfalt und vermittelt Fachwissen mit dem Ziel, Rassismus und Diskriminierung abzubauen. Die Teilnehmenden besprechen mit fachkundiger Begleitung, wie sie Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus erkennen und abbauen können und haben die Möglichkeit, über eigene Erfahrungen zu berichten.
- **Weitere Informationen:** Schwerpunkte und Abläufe der Seminare können an die Wünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angepasst werden. Für die Fortbildung wird ein Kooperationsvertrag geschlossen, in welchem auch die Übernahme von Kosten geregelt wird.
- **Kosten:** Für bis zu 15 Teilnehmende entstehen keine Referentenkosten. Bei einer größeren Gruppe muss eine zweite Referentin oder ein zweiter Referent bezahlt werden. Alle weiteren Kosten (Catering, Raummiete, Fahrtkosten, bei Bedarf Übernachtung et cetera) trägt ebenfalls der Auftrag gebende Verein.
- **Ansprechpartner:**
  Mercedes Pascual Iglesias
  0221 846427-03
  mercedes.pascual-iglesias@awo-mittelrhein.de
- **Weitere Informationen:**
  www.integration-chancen.de/46

4. Veranstalter: Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule Bochum

- **Inhalt:** Zertifikatskurs „Basisqualifikation interkulturelle Kompetenz für soziale Berufe und in der Arbeit mit Flüchtlingen“.
- **Kosten:** 450 Euro (350 Euro für Mitglieder)
- **Ansprechpartnerin:**
  Ioanna Zacharaki, Referentin für Integration und Interkulturalität, Koordination der Integrationsagenturen NRW
  0211 6398-253
  i.zacharaki@diakonie-rwl.de
- **Weitere Informationen:**
  www.diakonie-rwl.de/themen/migration-und-flucht







Online-Angebote zum Selbststudium

Viele Materialien und Hilfen – darunter Kurse, Videos und Publikationen – sind online zugänglich und mehrheitlich kostenlos. Sie können diese nach eigenem Bedarf anschauen beziehungsweise herunterladen. Solche Online-Angebote können nicht selten erste allgemeine Fragen zu bestimmten Themenkomplexen klären und bieten darüber hinaus weitergehende Hilfestellungen an. Am Ende werden noch einmal gesondert speziell Materialien zum Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus aufgelistet.

1. Einführungskurs in die Spracharbeit

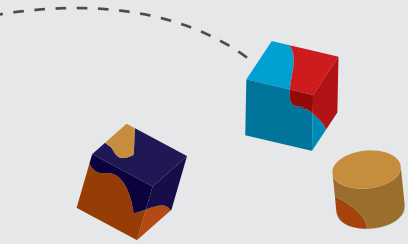
- **Veranstalter:** Goethe Institut e. V.
- **Inhalt:** Im Rahmen des Projekts FEELS „Einführungskurse in die Spracharbeit“ wurde ein Online-Kursraum mit Materialien, Tipps und Best-Practice-Beispielen für die Arbeit als Lernbegleitende zusammengestellt.
- **Kosten:** kostenlos
- **Ansprechpartner:**
  nur per Mail zu erreichen unter
  info-onlinekurse@goethe.de
- **Anmeldung:** Link zur Anleitung zur Anmeldung zum Kursraum www.goethe.de/de/spr/flu/esd.html

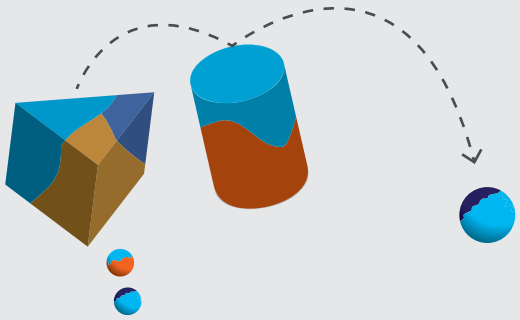
2. Arbeitshilfe „Zusammen. Leben. Gestalten. Impulse für eine migrationssensible Gemeindearbeit“

- **Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
- **Inhalt:** Die Arbeitshilfe richtet sich an Ehren- und Hauptamtliche, die das Zusammenleben in ihrer Gemeinde aktiv gemeinsam mit anderen gestalten wollen. Sie eignet sich aber auch für ehrenamtliche Gruppen abseits von Kirchengemeinden. Die Broschüre gliedert sich in sieben Module, die in sich abgeschlossen und unabhängig voneinander genutzt werden können. Jedes Modul ist als vierstündige Veranstaltung und für eine Gruppengröße von 10 bis 15 Teilnehmenden konzipiert.
- **Kosten:** kostenlos
- **Ansprechpartner:**
  Referat Erwachsenenbildung, Dezernat Bildung im Landeskirchenamt
  Regina Ibanek, Fachreferentin für allgemeine und projektbezogene Erwachsenenbildung, regionale Ansprechpartnerin des Bundesverbandes Kirchenpädagogik
  Wilhelmshöher Allee 330, 34131 Kassel
  0561 9378-449
  regina.ibanek@ekkw.de
- **Link zu der Handreichung:** www.ekkw.de/media_ekkw/service_lka/arbeitshilfe_2018_web.pdf

3. Handreichung „Basisinformationen für die Beratungspraxis Nr. 4: Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements für Schutzsuchende“

- **Herausgeber**: Informationsverbund Asyl & Migration e. V.
- **Inhalt:** Die Beilage geht auf Pflichten und Standards (Rechtsdienstleistungsgesetz, Datenschutz) ein, auf Rechte, Versicherungsschutz und Entgelt sowie auf den Umgang mit Anfeindungen und gibt weitere Publikationshinweise.
- **Kosten:** kostenlos
- **Ansprechpartner:**
  Informationsverbund Asyl und Migration e. V.
  Judith Hoffmann
  Haus der Demokratie und Menschenrechte
  Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
  kontakt@asyl.net
  www.asyl.net
  www.fluechtlingshelfer.info
- **Link zu der Handreichung:**
  www.fluechtlingshelfer.info/fileadmin/user_upload/Basisinf_4_Neuaufl_2019fin.pdf





4. Materialien zum **Umgang mit zugewanderten Opfern von Gewalt**

- **Herausgeber**: Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAfF)
- **Inhalt:** Das BAfF bietet unterschiedliche Materialien wie Broschüren, Recherchen und Handreichungen an, die bei der Arbeit mit Zugewanderten helfen sollen, welche Opfer von Gewalt jeglicher Art geworden sind.
- **Kosten:** kostenlos. Einzelne Publikationen können bei Bedarf zusätzlich auch kostenpflichtig bestellt werden.
- **Ansprechpartner:** siehe Eintrag unter Vernetzung bei „Vereine und Initiativen“
- **Link zu den Materialien:** www.baff-zentren.org/veroeffentlichungen-der-baff

5. Kurz-Expertise **„Mitwirkung, Mitgliedschaft, Bindung: Zugänge für Neuzuwanderer in die (ländliche) Zivilgesellschaft“**

- **Herausgeber**: Robert Bosch Stiftung GmbH
- **Inhalt:** Die Expertise geht den Fragen nach, mit welchen Aktivitäten und Ansätzen der Zugang von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten in die Zivilgesellschaft in ländlichen Räumen unterstützt werden kann sowie welche (ausgewählten) Beispiele es in der Praxis gibt. Die zugrundeliegenden Erfahrungen gehen zurück auf ein Beratungsprojekt der Robert Bosch Stiftung im Landkreis Prignitz im Rahmen des Programms „Land.Zuhause.Zukunft – Integration und Teilhabe von Neuzuwanderern in ländlichen Räumen“, Initiativen der Freiwilligen Feuerwehr in Hessen sowie neue Ansätze des Westfälischen Heimatbundes.
- **Kosten:** kostenlos
- **Link zur Expertise:** www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-12/Kurz-Expertise_Zivilgesellschaft_Land.Zuhause.Zukunft.pdf
- **Weitere Informationen und Kontakt:**
  Robert Bosch Stiftung
  Heidehofstr. 31, 70184 Stuttgart
  Lisa Veyhl
  Projektmanagerin Team Einwanderungsgesellschaft
  0711 46084-551
  www.bosch-stiftung.de

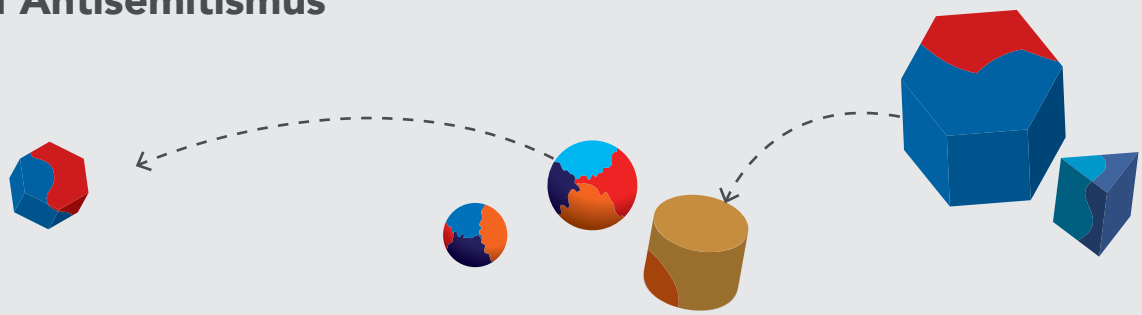
6. Broschüren für Ehrenamtliche

- **Herausgeber**: Flüchtlingsrat NRW e. V.
- **Inhalt:** Der Flüchtlingsrat bietet über seine Webseite für Ehrenamtliche viele Informationsbroschüren zu unterschiedlichen Themenbereichen wie Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Versicherungsfragen oder traumasensibler Umgang mit Flüchtlingen an.
- **Kosten:** kostenlos
- **Link zu den Materialien:** www.frnrw.de/ehrenamt-initiativen/broschuerensammlung/praktisches-fuers-ehrenamt.html

7. YouTube-Kanal zur historisch-politischen Bildungsarbeit

- **Betreiber:** Bildungsstätte Anne Frank e. V.
- **Inhalt:** Auf dem YouTube-Kanal finden sich zahlreiche Interviews, Gesprächsrunden und Diskussionen zu den Themen Rassismus und Diskriminierung, historisch-politische Bildung sowie Flucht und Integration. Darüber hinaus gibt es regelmäßig Live-Streams, bei denen Expertinnen und Experten zu Wort kommen.
- **Link zum Kanal:** www.youtube.com/c/BildungsstätteAnneFrank
- **Ansprechpartner:**
  Bildungsstätte Anne Frank e. V.
  Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
  069 56000-20
  info@bs-anne-frank.de

Materialien und Hilfen zum Umgang mit Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus



Angebote der Freien Wohlfahrtspflege

- Die Handreichung **„Miteinander gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung“** der Wohlfahrtsverbände erklärt Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland. Zudem werden Handlungsempfehlungen für konkrete Situationen gegeben.
  www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/170925-Handreichung_web.pdf

- Die Handreichung **„Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum bieten“** des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hilft, die Strategien von Rechtsextremen zu erkennen und abzuwehren. Darüber hinaus beinhaltet sie weitere Adressen und Ansprechpartner.
  www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/rechtsextremismus_web.pdf

- Die Handreichung **„Fakten gegen Vorurteile“** des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes beschreibt, weshalb es wichtig ist, Vorurteilen gegenüber anderen Menschen zu widersprechen.
  www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/fakten-gegen-vorurteile

- Der Paritätische Wohlfahrtsverband veröffentlicht immer wieder **Handlungshilfen zu Diskriminierung und rechten Argumenten und Strategien.** Hierbei werden Hilfen bei dem Erkennen solcher Strategien sowie Handlungsempfehlungen gegeben.
  www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/vielfalt-ohne-alternative/beratung-gegen-rechts/handlungshilfen

Angebote der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

- In der Handreichung **„Wir lassen uns das Wort nicht nehmen!“** geben die Projekte MBR, [moskito], apabiz und Licht-Blicke Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucherinnen und Besuchern bei Veranstaltungen. Hierbei werden Checklisten aufgeführt und benannt, welche Maßnahmen vor und während der Veranstaltung getroffen werden können, um Rechtsextremen Einhalt zu bieten. Außerdem werden in kurzen Abschnitten Informationen zu Themen wie Durchsetzen des Hausrechts und Nicht-Einladen rechtsextremer Parteien zu Veranstaltungen aufgelistet.
  www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/mbr_handr_wort_2007.pdf

- Unter dem Titel **„Umgang mit rechten Argumenten“** deckt die MBR einige Argumentationsstrategien auf und beschreibt, wie mit diesen umgegangen werden kann. Darüber hinaus wird besprochen, wann man sich auf eine Diskussion mit Rechten einlassen sollte und wie dabei vorgegangen werden kann.
  www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2018/01/Handout_Argumentationsstrategien_web.pdf

- Die Broschüre **„Nur Schnee von gestern?“** des MBR und des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) nimmt die Herausforderungen zum Umgang mit dem „Kulturkampf von rechts“ in Gedenkstätten und Museen in den Blick und gibt Anregungen, Tipps sowie Handlungsempfehlungen für Betroffene.
  www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/02/200113_MBR_Broschüre_Gedenkstätten_online.pdf

Angebote von Trägern politischer Bildung

- Die **Dossiers der Bundeszentrale für politische Bildung** zeigen mit verschiedenen Beiträgen und Videos, welche Ausformungen von Extremismus es gibt und erklären Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.
  www.bpb.de/politik/extremismus

- Die Publikation **„Vereinnahmung von Demokratiegeschichte durch Rechtspopulismus“** des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand geht unter anderem auf Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besuchenden in Gedenkstätten und Erinnerungsorten ein.
  www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Broschueren/Rechtspolulismus_Demokratiegeschichte_2019.pdf

- Die **Initiative Naturschutz gegen Rechtsextremismus der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz** gibt mit drei Broschüren Hilfen und Trainingseinheiten. Jugendliche und Erwachsene sollen sensibilisiert werden, rechtsradikale Botschaften unter dem Deckmantel des Naturschutzes zu erkennen und Argumente gegen rechtsextreme Parolen zu finden.
  umdenken.rlp.de/de/themen/naturschutz-gegen-rechtsextremismus

- Die Broschüre **„Antisemi...was? – 7 Fragen zu Antisemitismus“** des Jüdischen Museums Westfalen entstand aus der Arbeit im pädagogischen Pilotprojekt „Anti-semi...was? Reden wir darüber!“ und richtet sich in erster Linie an junge Menschen. Die Broschüre will darauf aufmerksam machen, wie Antisemitismus im Alltag erkannt werden kann und will dafür sensibilisieren.
  www.jmw-dorsten.de/antisemi-was-heft

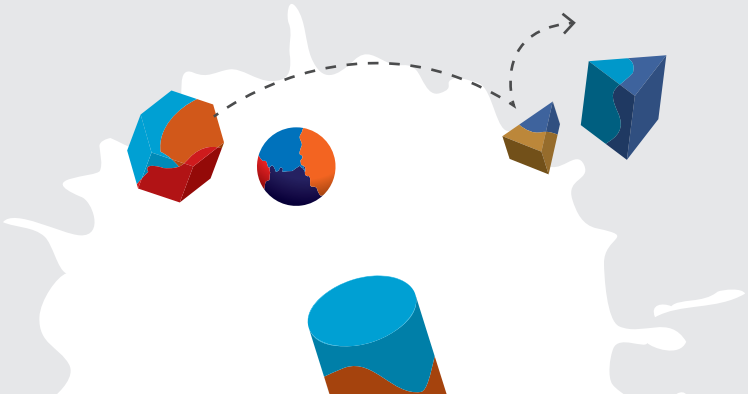
Angebote von Vereinen und Stiftungen

- Die Praxishilfe **„Rechtspopulismus durchschauen und Paroli bieten! Zusammenhänge verstehen und demokratisch handeln“** der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet Hilfe bei dem Erkennen rechtspopulistischer Strategien. Zudem werden die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten gegenüber rechtspopulistischen Argumenten mit Beispielen besprochen. Darüber hinaus gibt es Checklisten zum optimalen Umgang mit rechtspopulistisch Hetzenden und Argumentierenden.
  library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/13663-20190225.pdf

- Die Amadeu Antonio Stiftung gibt Tipps, wie sich **gegen Rechtsextremismus und -populismus zur Wehr gesetzt werden kann** und wie rechtspopulistische Strategien erkannt werden können. Zudem hilft die Stiftung bei der Vernetzung, wenn Sie Beratung und Handlungstipps brauchen.
  www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-kannst-du-tun-rechtsextremismus

- Für Veranstaltende bietet die **„Handreichung zur Förderung einer demokratischen Debattenkultur (Countering Populism in Public Space)“** des Progressiven Zentrums e. V. Informationen und Checklisten für den Umgang mit demokratiefeindlichem Populismus bei öffentlichen Veranstaltungen.
  www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2019/01/Countering-Populism_Umgang-von-Nichtregierungsorganisationen-mit-demokratiefeindlichem-Populismus-bei-oeffentlichen-Veranstaltungen.pdf

- Das **„No Hate Speech Movement“** der Neuen Deutschen Medienmacher e. V. bietet passende Reaktionsmöglichkeiten auf Hassreden in Bezug auf Antiziganismus, Antisemitismus, rechtextreme „Hate Speech“ und andere Anfeindungen (besonders im Internet) sowie Verlinkungen zu weiteren Argumentationshilfen.
  no-hate-speech.de/de/kontern/fuer-gegen-alle-hate-speech

- Eine **Argumentationshilfe für Konfrontationen mit Rechtspopulismus und diskriminierenden Äußerungen** inklusive einer Resolution des Bundes für Heimat und Umwelt in Deutschland e. V. (BHU) in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden wird in Kürze veröffentlicht. Bitte informieren Sie sich auf der Webseite des WHB.

Wir bedanken uns herzlich bei Michél Dylong, Dr. Frank Gesemann und Jannis Gesemann, Christiane Grabe, Paloma Klages sowie Angela Klein, die durch ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Expertise zum Serviceteil beigetragen haben.